Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. Mai 1980
Jg. 8 Nr. 21

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Nach der Wahlniederlage legt Strauß Wahlprogramm vor

Strauß sieht „krisenhafte" Entwicklung / Noch stärkere Bindung an die USA

z.ges. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen ist nicht schlecht. Die CDU hat eine schmerzhafte Niederlage eingesteckt. Die FDP ist aus dem Parlament hinaus. In Nordrhein-Westfalen gibt es ungefähr 320000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst. Wie hätte sich der Kurs des hochdotierten Innenministers Baum gegen die Mindestforderung der ÖTV während des Tarifkampfes nicht auf die FDP auswirken sollen? Die Putzfrauen im Düsseldorfer Rathaus bekämen sowieso zu viel, hatte Baum gemeint.

Die Mitglieder der Bundes- und der NRW-Landesregierung aus der SPD haben sich gehütet, offen gegen die Fortschritte der Arbeiterbewegung aufzutreten. Die SPD-Mitglieder in den Betrieben, Betriebsräte und Vertrauensleute dagegen unterstützen immer wieder von den Betrieben aus direkt Aktionseinheiten für Arbeiterforderungen und demokratische Forderungen. Es sind die Erfolge der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die Entwicklung der Aktionseinheit der Lohnabhängigen, die den Kandidaten der SPD in den nordrhein-westfälischen Wahlen den Sieg eingebracht haben. Zudem tritt Schmidt wirksam als Friedenspolitiker auf.

Es ist fast unvermeidlich, daß die Sozialdemokratie zunächst Nutzen aus den Fortschritten der Arbeiterbewegung zieht. Die andere Frage ist, ob sich eine Vorhut der Arbeiterklasse herausbildet, die die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung fördert, und die die Arbeiterbewegung dabei führt, in den Kämpfen Raum und Zeit zu schaffen, um die revolutionären Kräfte gegen Ausbeutung und Kapitalistenherrschaft zu entfalten und die subjektiven Bedingungen der Revolution zu vollenden.

In seinem jetzt veröffentlichten Wahlprogramm schreibt Strauß im ersten Satz: „Die 80er Jahre werden, nach dem zweiten Jahrzehnt und dem fünften Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, das dritte krisenhafte Jahrzehnt aller Voraussicht nach werden." Man rechnet nach. Im zweiten Jahrzehnt haben die europäischen Kapitalisten, die deutschen Kapitalisten vorneweg, die Völker in den I. Weltkrieg gezwungen. Aber der II. Weltkrieg hat nicht erst im fünften, sondern schon im vierten Jahrzehnt begonnen. Den Hitlerkrieg empfindet Strauß also gar nicht als „krisenhaft", sondern daß die deutsche Kapitalistenklasse diesen Weltkrieg noch vernichtender verloren hat als den ersten, macht das fünfte Jahrzehnt für Strauß krisenhaft. Mit Stalingrad und nicht mit dem Poleneinmarsch und früher fängt für ihn die „Krise" an. Heute sieht Strauß die „Krise" schon vor Kriegsbeginn heraufziehen, weil nicht die westdeutsche Monopolbourgeoisie die Initiative bei den Kriegsvorbereitungen in der Hand hat, sondern die beiden Supermächte, insbesondere die SU. Sie will Westeuropa unter ihre Herrschaft bringen. Der US-Imperialismus will sich hier halten. Strauß als Vertreter der Monopolbourgeoisie sucht den Ausweg aus der „Krise" an der Seite des US-Imperialismus: „Wir bauen unsere Deutschland- und Außenpolitik auf der historischen Grundentscheidung Konrad Adenauers für den Anschluß an den Westen, für die politische Einigung Europas, für das Bündnis mit Amerika auf." Gerade dieser „Anschluß" zwingt das Volk in den Krieg der beiden Supermächte hinein und sichert die Herrschaft der Bourgeoisie von außen ab. Tatsächlich bleibt die CDU/CSU auch heute noch die Hauptkraft dieses Anschlusses, während die Arbeiterbewegung immer dagegen war und trotz SPD/FDP-Bundesregierung das auch verstärkt zum Ausdruck bringt. Die Massendemonstrationen in Bremen gegen die öffentliche Vereidigung am 25. Jahrestag der NATO waren ja deutlich.

Indem die US-Truppen vertrieben werden und verhindert wird, daß US-Mittelstreckenraketen in der BRD aufgestellt werden, indem das NATO-Bündnis durch Austritt der BRD aufgeschlagen wird, indem gegen die beiden Supermächte ein demokratischer Friedensvertrag durchgesetzt wird, können die Kriegsvorbereitungen wirksam durchkreuzt werden, und kann die Herrschaft der Bourgeoisie so geschwächt werden, daß dem Krieg durch die Revolution zuvorgekommen wird. Dann kann sich die Arbeiterbewegung an entscheidender Front Zeit und Raum verschaffen, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse unter günstigsten Bedingungen zu stürzen. Ohne Kampf dafür wird die Gefahr immer größer, daß der Krieg der Revolution zuvorkommt, weil eben die Arbeiterbewegung politisch noch der SPD folgt, nicht immer und ganz, aber doch noch im großen und ganzen. Die beiden Supermächte werden mit dem Krieg nicht warten, bis das anders geworden ist.

Wo der Arbeiter im Frieden wie im Krieg zu stehen hat, sagt Strauß in seinem Wahlprogramm ohne Umschweife: „In der sozialen Marktwirtschaft, die wir für unser Land erstritten haben und die wir erhalten werden, hat jeder seinen Platz: der Arbeitnehmer und der Unternehmer ..." Ersterer am Fließband und im Schützengraben. Die CDU gewährleistet, was diese Ordnung zusammenhält, „die Freiheit des Rechts auf Privateigentum und des Eigentums an Produktionsmitteln". Ein Sieg von Strauß wäre ein Sieg der Bourgeoisie. Wenn die Kommunisten vom revolutionären Flügel her die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung aufbauen helfen und den Wahlkampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse führen, werden insgesamt mehr Kräfte nach links gehen. Das wird die Millionen Stimmen der SPD erhöhen, und erst einige Tausend werden kommunistisch wählen wie z.B. jetzt 2358 in NRW. Die Arbeiterbewegung wird Strauß schlagen – die Kommunisten können dagegen, wie leicht ersichtlich, im Bundestagswahlkampf nicht die SPD schlagen. Die Stellung der Arbeiterbewegung zur SPD wird sowieso anders entschieden: durch die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung und ihre revolutionären Fortschritte, die die Fesseln von Reformismus und Sozialdemokratie sprengen. Um dafür einzutreten und den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung zu stärken, nimmt der KBW an den Bundestagswahlen teil: ein Sieg der SPD soll sich nicht für die Bourgeoisie auszahlen, sondern von der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Bourgeoisie genutzt werden können.

El Salvador: Junta verlängert das Kriegsrecht

z.bew. Den gescheiterten Putsch rechter Militärs am 2. Mai hat die Regierungsjunta von El Salvador zum Anlaß genommen, das bestehende Kriegsrecht um weitere 30 Tage zu verlängern. Die Anführer der Putschisten, die festgenommen waren, sind auf Druck der Mehrheit der militärischen Führung wieder freigelassen worden. Mit Belagerungszustand und Terror der Mordbrigaden gegen Gewerkschaftsführer, Arbeiter und Bauern, der jeden Tag auf Seiten des Volkes mehrere Todesopfer kostet, sollen die Kämpfe der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die imperialistische Ausbeutung der Nahrungs- und Genußmittelkonzerne unterdrückt werden. Trotz Verbotes und Kriegsrecht haben am 1. Mai Tausende in San Salvador gegen die Junta demonstriert, und seit dem 5. Mai streiken die Arbeiter der öffentlichen Wasserversorgung für eine 40prozentige Lohnerhöhung.

Chile: Kirchenbesetzung gegen Verhaftung und Verbannung

z.bew. „Das Volk verteidigt das Volk – Freiheit für die Gefangenen!" steht seit dem 5. Mai auf einem Transparent an einer Kirche in Santiago de Chile. Fünfzehn Personen halten seit diesem Tag die Kirche besetzt und fordern die Freilassung der am 1. Mai verhafteten Arbeiter und Bauern. Die Besetzung soll solange andauern, bis alle 52 Verhafteten wieder auf freiem Fuß sind. Während und nach der offiziellen Maifeier, die die Juntavertreter gemeinsam mit 3000 Vertretern zugelassener Gewerkschaften und Vertretern von Kapitalistenverbänden begingen, hatten Organisationen der Arbeiterklasse zu Demonstrationen aufgerufen, die von der Junta verboten waren. Dabei wurden die 52 Arbeiter verhaftet. 37 der Verhafteten sind inzwischen zu drei Monaten Verbannung verurteilt und in entlegene Gebiete Chiles transportiert worden.

US-Imperialisten bauen Bastion in Mittelamerika aus

z.bew. Einen 125 Mio.-Dollar-Kredit hat die Weltbank im März an Honduras gegeben. Die Internationale Entwicklungsbehörde der USA (IDA) hat gleich 60 Mio. Dollar nachgeschoben. 18% der Gesamtsumme der IDA für Lateinamerika gehen 1980 nach Honduras. Das Militärregime in Honduras ist für die US-Imperialisten gemeinsam mit Guatemala der letzte einigermaßen sichere Stützpunkt in Mittelamerika. Trotz Verbot, Unterdrückung und Terror gegen die Organisationen der Arbeiterklasse und der Bauern beginnen diese Bastionen zu wanken. In Guatemala war die Regierung im April gezwungen, die Löhne der Landarbeiter und der Mehrzahl der Industriearbeiter um 100% zu erhöhen, um den geplanten nationalen Streik abzuwenden. Aus beiden Ländern mehren sich die Meldungen über Kapitalflucht im letzten Jahr: 440 Mio. Dollar aus Honduras und 169 Mio. aus Guatemala.

Flüchtlingsströme von Kuba Kriegsmanöver auf beiden Seiten

z.bag. Mindestens 40000 Menschen haben in den letzten Wochen Kuba verlassen, die meisten auf dem Seeweg nach Florida, USA. Die zum Manöver „Solid Shield 80" zusammengezogenen US-Streitkräfte, die mit 5000 Soldaten auf dem Stützpunkt Guantanamo landen sollten, nutzen die „Rettungsaktionen" als großes Militärmanöver. Küstenwachschiffe nehmen Flüchtlingsboote in Schlepp, US-Flugzeuge kreisen über dem Gebiet, nach der Landung werden die Flüchtlinge von Marinetruppen kontrolliert und in Lager gebracht. – Für Castro und den russischen Militärstab auf Kuba dient die lizensierte Fluchtbewegung ebenfalls als Manöverfeld: Millionen müssen „zur Verteidigung des Vaterlandes" marschieren. Offenbar landesfremde Piloten in kubanischen Kampfflugzeugen versenkten irrtümlich ein Küstenwachboot der Bahamas.

Portugal: Ölarbeiter stehen in unbefristetem Streik – Tankstellen schon geschlossen



Am 11.5. traten die 7500 Arbeiter der staatlichen Ölgesellschaft Petrogal in einen unbefristeten Streik. Im April hatten sie zwei dreitägige Streiks und Überstundenboykotts durchgeführt. Der Versuch der Regierung Sá Carneiro, sie zwangszuverpflichten, schlug fehl. Sie fordern 30% mehr Lohn und die Einstellung von Disziplinarverfahren, die gegen acht Arbeiter wegen der Streiks im April eingeleitet wurden. Die Geschäftsleitung beharrt auf der Lohnleitlinie von 20%, die die Regierung am 30.4. zusammen mit dem Staatshaushalt 1980 ausgegeben hatte. Die Preissteigerung wird 1980 auf 35% geschätzt, durch Erhöhung der indirekten Steuern will die Regierung den Volksmassen 2 Mrd. $ mehr abpressen. Die anhaltenden Streiks der Öl-, Post- und Bergarbeiter bringen ihre Pläne ins Wanken.

83. Deutscher Ärztetag fordert Selbstbeteiligung

Sozialversicherte sollen außer Beiträgen Teile der Behandlungs- und Krankenhauskosten zusätzlich zahlen

z.joh. Vom 13. bis zum 17. Mai tagte in Westberlin der 83. Deutsche Ärztetag. Verhandelt wurde über die „Weiterentwicklung der gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der Deutschen Ärzteschaft", das „blaue Papier" des Vorstandes der Bundesärztekammer (BÄK). Die zentrale Forderung, an mehreren Stellen hervorgehoben: Selbstbeteiligung der Versicherten auch bei der ärztlichen Behandlung, zudem weitere Steigerung der Rezeptgebühren. Begründung: „Gewachsener Wohlstand, technische Entwicklung und ein immer enger geknüpftes Netz der sozialen Sicherung schwächten nicht zuletzt wegen der unbestreitbaren Vorteile für die Gesundheit der Bevölkerung die Motivation des einzelnen zu gesundheitsgerechter Lebensführung." (Blaues Papier, Seite A. 2/2) In Wahrheit ist das genaue Gegenteil richtig. Das rasante Ansteigen der Herzinfarkte und die zunehmende und immer früher erfolgende Verrentung wegen Schäden am Bewegungsapparat sind Resultate der enorm verschärften Ausbeutung. Wie zum Hohn erklärt das „blaue Papier": „Krankheiten gehören zum Lebenslauf. Nicht selten vermitteln sie wichtige persönliche Reifungsimpulse." (A. 2/3)

Worauf die Ärzte, vor allem die Kassenärzte, sich einschwören lassen sollen, hat BÄK-Präsident Vilmar in einer der letzten Nummern des „Deutschen Ärzteblattes" verbreitet: „Es ist heute nicht mehr möglich, all das zu finanzieren, was aufgrund der wissenschaftlichen Entwicklung in die Tat umgesetzt werden könnte." Das zwinge den Arzt zu Überlegungen, „wie sie bislang nur für den Kriegs- oder Katastrophenfall angestellt werden mußten" (Deutsches Ärzteblatt, 17/80).

Machen sich die Kassenärzte und die Ärzte am Krankenhaus derart zum Büttel des Kostendämpfungsprogramms der Bourgeoisie, werden sie von der Arbeiterbewegung und aus den Massen heftigen Druck bekommen. Die Idee einer „Selbstbeteiligung" spekuliert darauf, diesen Druck zu dämpfen. Jeder Arbeiter soll es sich dreimal überlegen, ob er für diese oder jene Behandlung zahlen will, und für das „Sparen" gewonnen werden; insbesondere die unteren Lohngruppen, die den höchsten Krankenstand haben, und die Rentner sollen darüber schwitzen. Womöglich wird auch spekuliert, von der Bourgeoisie dafür aus den Versicherungsgeldern reichlich belohnt zu werden. Von einer Senkung der Beiträge für die Versicherten ist auch nirgends die Rede. Das Projekt „Selbstbeteiligung" ist der miese Versuch, die Wirkungen des Ehrenberg-Programms über die Kassenärzte ganz auf die Sozialversicherten abzuwälzen durch verschärfte bürokratische Kontrolle, Regresse und Honorarsenkungen.

Die Linie des „blauen Papiers" fand auf dem Ärztetag keine breite Gegenliebe. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtet am 16. Mai: „(Es) machte sich Unmut Luft: über die von der Bundesärztekammer betriebene Berufspolitik, über die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vertretene Linie der Honorarpolitik ...". Solange die Kassenärzte den Kostendämpfungsabsichten Breschen eröffnen wie mit der Forderung nach „Selbstbeteiligung", solange sie als unabänderlich hinstellen, was die Bourgeoisie von den Versicherungsgeldern herausrückt, wird die Konkurrenz unter ihnen selbst weiter schärfer Spaltung treiben und sie zu Ehrenbergs Bütteln verdammen.

Aktionstag der britischen Gewerkschaften gegen die Politik der Thatcher-Regierung



Ford-Arbeiter am letzten Mittwoch in Ostlondon bei einer der 130 Demonstrationen und Kundgebungen. Zeitungsdrucker, Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Eisenbahner u.a. streikten mehrheitlich, woanders gab es einzelne Streiks.

z.ges. **Mit 59 zu 40 Stimmen hat das „nationale“ Olympische Komitee der BRD die Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau beschlossen.** Es folgte damit einem Aufruf von Bundesregierung und Bundestag, die ihrerseits einem Aufruf Carters folgten und Solidarität mit den USA verlangt hatten. Der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau kann ein wirksames Kampfmittel gegen die sowjetische Aggression auf Afghanistan sein. Die Mehrheit der Volksmassen ist auch dafür. Aber das Heft haben die Bourgeois in der Hand. Das ist auch in den anderen westeuropäischen Ländern so. So folgen die Beschlüsse in den einzelnen Ländern in Wirklichkeit den internationalen Bündnisbedingungen der jeweiligen Bourgeoisie, und über die gibt es unter den Bourgeois jeweils Krach. In Frankreich war die Regierung gegen Boykott und auch das NOK, in England das NOK dagegen, die Regierung aber dafür. Einheitliche Aktion gegen die sowjetische Aggression auf Afghanistan kann nur von den Völkern kommen – letztlich vor allem durch Unterstützung des afghanischen Widerstandskrieges.

z.gab. **Diese Woche besucht der mexikanische Staatspräsident López Portillo im Rahmen seiner Europareise die BRD.** Die „Wirtschaftswoche“, Magazin der westdeutschen Imperialisten, kommentiert: Portillo komme „nicht als x-beliebiger Bittsteller der Dritten Welt“, sondern „Mexikos Staatspräsident kommt aus einem Land, das von Monat zu Monat auf einer immer höheren Ölwoge schwappt.“ Billig an Mexikos Erdölreserven, die heute auf potentielle 200 bis 700 Mrd. Faß geschätzt werden, heranzukommen, begründet die Gier der westdeutschen Imperialisten. Daß Mexiko jedoch in keiner Weise gewillt ist, als Preisbrecher gegen die OPEC aufzutreten, sondern sein Rohöl entsprechend dem OPEC-Preis verkauft (zu 32 Dollar je Barrel), beklagt die Wirtschaftswoche ebenso wie Portillos Plan, mit dem Erlös aus den Ölexporten das mexikanische Handelsbilanz- und Zahlungsbilanzdefizit abzubauen. „Es liegt mir aber daran, klarzustellen“, hatte Portillo in einem Spiegelinterview unmißverständlich erklärt, „daß Mexikos Erdölpolitik – solange der Weltenergieplan, den wir in der UNO vorgeschlagen haben, nicht angenommen ist – sich nur nach den mexikanischen Interessen und nicht nach denen der USA oder irgendeines anderen Landes richten wird.“ Zum Handelbilanzdefizit mit der BRD, das mit 1,5 Mrd. DM Warenimporten aus der BRD gegenüber 440 Mio. DM Exporten zu Buche schlägt, erklärte er: „Ein so notorisches Ungleichgewicht in den Beziehungen muß korrigiert werden. Wir werden diese Korrektur suchen.“

keiner Weise gewillt ist, als Preisbrecher gegen die OPEC aufzutreten, sondern sein Rohöl entsprechend dem OPEC-Preis verkauft (zu 32 Dollar je Barrel), beklagt die Wirtschaftswoche ebenso wie Portillos Plan, mit dem Erlös aus den Ölexporten das mexikanische Handelsbilanz- und Zahlungsbilanzdefizit abzubauen. „Es liegt mir aber daran, klarzustellen“, hatte Portillo in einem Spiegelinterview unmißverständlich erklärt, „daß Mexikos Erdölpolitik – solange der Weltenergieplan, den wir in der UNO vorgeschlagen haben, nicht angenommen ist – sich nur nach den mexikanischen Interessen und nicht nach denen der USA oder irgendeines anderen Landes richten wird.“ Zum Handelbilanzdefizit mit der BRD, das mit 1,5 Mrd. DM Warenimporten aus der BRD gegenüber 440 Mio. DM Exporten zu Buche schlägt, erklärte er: „Ein so notorisches Ungleichgewicht in den Beziehungen muß korrigiert werden. Wir werden diese Korrektur suchen.“

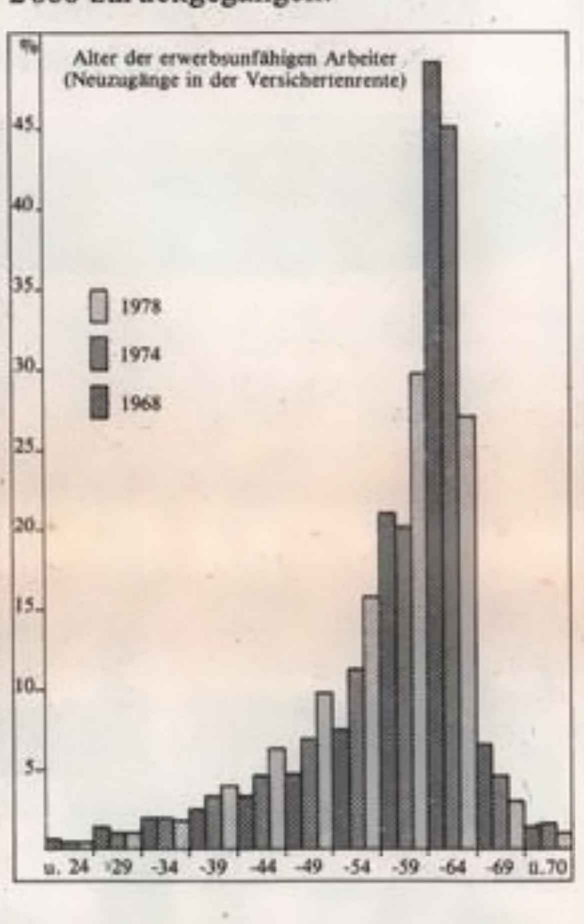
z.jüd. **Während die Zerstörer der westdeutschen Marine schon unterwegs waren, bereiste Apel als erster Verteidigungsminister der BRD Tunesien.** In der Einfuhrstatistik aus Afrika in die BRD steht Tunesien 1978 an 5., in der Ausfuhr an 6. Stelle mit Waren für fast 600 Mio. DM. Apel hat die bevorzugte Fortsetzung der militärischen Ausrüstungshilfen zugesagt. Fernmeldeeinrichtungen und Fallschirmausrüstungen sollen vor allem geschickt werden.



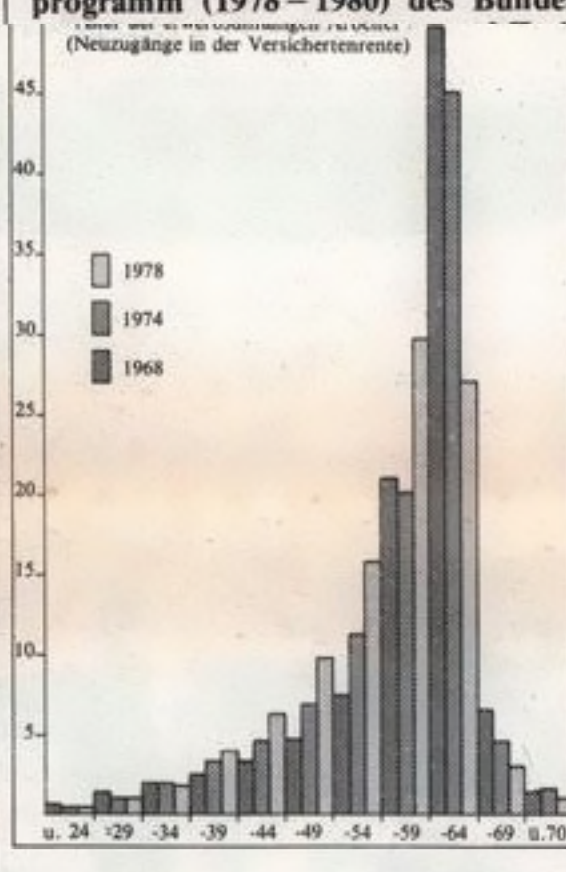
– Im Mittelmeer rammte ein französisches U-Boot „beim Auftauchen ohne akustische Kontrollgeräte“ vor Toulon einen 130000 BRT-Tanker. – Die westdeutschen Zerstörer brummten bei einem nächtlichen Manöver, vorgesehen als Seezielschießübung zusammen mit der französischen Marine, vor Toulon zusammen: der Zerstörer „Bayern“ wird durch die „Hessen“ ersetzt. Ausrüstung und Größe beider Schiffe sind gleich: Artilleriebewaffnung, jüngst modernisierte Seeziel-Flugkörper-Ausrüstung, Länge 134 m. Das Bild zeigt die durch „eine Verkettung unglücklicher Umstände“ frontal in die Breitseite des Versorgungsschiffes kollidierte „Bayern“.

z.haw. **Mit dem Heizölzuschußgesetz als eine der flankierenden Maßnahmen zur Durchsetzung des „Energiesicherungsprogramms“, scheint die Bundesregierung auf die Nase zu fallen.** Von 500000 Antragsberechtigten in NRW haben keine 100000 diesen Zuschuß in Anspruch genommen, erbost sich Antje Huber. Neben dem Bezug von mindestens 250 l leichtem Heizöl für den Zeitraum vom 1.6.79 – 30.4.80 muß eine der folgenden Voraussetzungen vorliegen, z.B. muß man Empfänger von Wohngeld sein, muß sein Einkommen offenlegen, wobei 900 DM netto nicht übersteigen werden dürfen bei einem Zweipersonenhaushalt plus 350 DM, bei jeder weiteren Person 250 DM, oder muß Bezieher von Hilfe im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes sein. Verdienstbescheinigung, Bescheinigung des Vermieters, Meldebescheinigung und Bankkonto sind dem Antrag beizufügen. Sich für höchstens 120 bis 420 DM aushorchen lassen, will keiner.

z.brp. **Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz von 1977 sind die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Erwerbstätigkeit (Kuren, Unterhaltsgeld und zusätzliche Leistungen der Versicherungen für berufliche und medizinische Rehabilitation) gekürzt worden,** so daß sich der zunehmende Verschleiß der Arbeitskraft in früherer Erwerbsunfähigkeit äußert (deutlicher absoluter Zuwachs von 1977 zu 78 zwischen 35 – 59 Jahren). Ein Rückgang bei den Erwerbsunfähigen über 60 Jahren, weil viele von ihnen jetzt vorgezogenes Altersgeld erhalten, das erst über 45 Versicherungsjahre etwas höher als die Erwerbsunfähigkeitsrente ist. Insgesamt sind die Neuzugänge wegen Erwerbsunfähigkeit von 1977 zu 78 um über 2000 zurückgegangen.



z.bsc. **Das laufende Stahlforschungsprogramm (1978 – 1980) des Bundes-**



z.bsc. **Das laufende Stahlforschungsprogramm (1978 – 1980) des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hat ein Volumen von 418 Mio. DM.** Das vorangegangene (1972 – 1978) betrug 130 Mio. DM und das nachfolgende (1980 – 1982) soll sich auf 610. Mio.DM belaufen. Darüber hinaus erhalten die Stahlmonopole die gesicherte Kokszufuhr von der Ruhrkohle AG zum jeweiligen Weltmarktpreis mit 823 Mio. DM allein im Jahre 1980 subventioniert. Dazu kommen jährlich noch einige weitere hundert Mio. DM direkter Subventionen mittels spezieller Sonderprogramme und durch die Landesregierungen, besonders in NRW und Saarland. Die bisherigen Mittel des laufenden Programms wurden zu 46% im Hochofen- und Stahlwerksbereich, zu 20% im Strangguß und Walzwerksbereich und zu je 17% im Bereich der Legierungsanwendung und der Weiterverarbeitung vergeben. Anläßlich der Empörung des Thyssen-Vorstandes über den Hoesch-Rohwedder-Coup, wobei sich Hoesch das neue Oxygen-Stahlwerk zur Hälfte (120 Mio. DM) aus dem Programm subventionieren läßt, ließ dieser etwas über den Forschungscharakter der subventionierten Maßnahmen durchsickern: es handele sich um ein seit 10 Jahren in japanischer Großproduktion bewährtes „neues“ Verfahren.

z.dif. **Anfang Mai waren die Hauptversammlungen der drei Großbanken.** Auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank führte Vorstandssprecher Friderichs aus: „Das Geschäftsjahr 1979 war schwierig. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß Perioden guter Konjunktur nicht unbedingt auch guten Ertrag bei den Banken mit sich bringen; eher ist eine gewisse Gegenläufigkeit zu beobachten. Eine wesentliche Ursache sehen wir darin, daß mit guter Konjunktur meist die Tendenz zu Kostenerhöhung und Preisauftrieb einhergeht, was die Notenbank zu straffer, stabilisierender Geldpolitik veranlaßt.“ Die Maßnahmen der Bundesbank hätten die Geldbeschaffung für die Großbanken teurer gemacht. Die Zinsmarge, also die Differenz zwischen den Zinsen, die die Bank für die Einlagen bezahlen muß, und Zinsen, die sie für Kredite, die die Kapitalisten bei ihr aufnehmen, bekommt, sind bei der Dresdner im Jahre 79 von 2,4% im Jahresdurchschnitt 1978 auf 2,2% zurückgegangen. Am Jahresende 79 lag die Zinsmarge der Dresdner unter 2%, wobei 0,1% über 70 Mio. DM entgangenen Profit entscheidet, wie Friderichs jammerte. Nach den Worten von Friderichs wird die Bank in Zukunft zunehmend von festkonditionierten Krediten Abstand nehmen: „... wir glauben aber, bei unseren Firmen und Privatkunden Verständnis dafür zu finden, daß bei neuen Krediten auf eine längere Festschreibung von Kreditzinsen weitgehend verzichtet werden muß.‘ So kündigt er das Anziehen der Kreditschlingen an.

z.jüd. **Mit nur 139 gegen 109 Stimmen und gleichzeitiger Gegen-Demonstration von 1200 Jungsozialisten entschied die SPD Hessen gegen die Aufforderung an die Landesregierung, das Projekt einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen nicht weiterzuverfolgen.**



Die Parlamentarische Enquete-Kommission Kernenergie im Bundestag wird am Mittwoch vermutlich zu der Empfehlung kommen, die Entscheidung über weitere Verwendung von Kernenergie auf 1990 zu verschieben. Auch ein „Ausstieg“ überhaupt solle zumindest ermöglicht bleiben. – Seit mehr als zwei Wochen wird eine Bohrstelle in Gorleben besetzt gehalten. (s. Bild) Die „Bäuerliche Notgemeinschaft“ erklärt dazu: „Wir ... haben längst erkannt, daß nicht ... Polizisten unsere existenzbedrohenden Gegner sind ... Unsere ... Gegner sind vielmehr die Atomindustrie und ihre Helfer.“ Am 24. April hat der Haushaltsausschuß 10 Mio. DM für Tiefbohrungen in Gorleben freigegeben, von denen 50% für „Sicherheitsmaßnahmen“ verwendet werden müßten.

z.ere. **Nach den USA und Japan war die BRD der dritte imperialistische Staat, der „Investitionen im Ausland gegen die unternehmerisch nicht kalkulierbaren Risiken“ versicherte.** Anfang 1960 wurde dieser „Deckungsschutz“ erweitert durch Investitionsförderungsverträge, Finanzkredite für Rohstoffprojekte etc. Auf Kapitalexporte in 82 Länder erstreckt sich bislang der Versicherungsschutz. An der Spitze in den Ländern Südamerikas mit 661 Anträgen in Höhe von 1392 Mio. DM gefolgt von Afrika mit 576 und Asien mit 390. Die „Schadensfälle“ haben sich gegenüber dem Vorjahr um 18 erhöht, 4 davon aus dem Iran. Insgesamt wurden 8,8 Mio. DM an „Garantienehmer“ ausgezahlt.

z.knp. **Die Umwandlung der Grunderwerbssteuer in Umsatzsteuer schlägt die FDP vor.** Damit will sie den Vorschlag der CDU auf Minderung von 7 auf 2% übertrumpfen mit der völligen Steuerfreiheit für Kapitalisten. Das bisherige Grunderwerbssteuergesetz sieht eine Reihe von Befreiungstatbeständen vor, die besonders die Übertragung von Grundvermögen im Be-

Verbot der Leiharbeit!

Stellungnahme des DGB / Leiharbeit seit 1976 mehr als verdoppelt

z.mak. Die Bundesregierung wird am 30. Juni dieses Jahres ihren vierten „Bericht ... über die Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG“ vorlegen. Der Zusammenschluß der Arbeiterbewegung für das völlige Verbot der Leiharbeit macht Fortschritte. Der DGB hat in seiner Stellungnahme zum bevorstehenden Bericht der Regierung diese Forderung bekräftigt.

Seit das Bundesverfassungsgericht 1967, aufgrund einer Klage der Verleihfirma „Adia-interim“, das bis dahin bestehende Verbot der Leiharbeit aufgehoben hat, hat sich sowohl die Zahl der Verleihbetriebe als auch die Zahl der verliehenen Arbeitskräfte drastisch erhöht. Waren Ende 1968 145 Verleihfirmen bekannt, sind es 1979 bereits 1205. Die Zahl der verliehenen Arbeitskräfte hat sich allein seit 1976 mit 16858 bis 1979 mit 36318 mehr als verdoppelt. Diese Zahlen sind den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) entnommen und zeigen nur die Spitze des Eisberges. Denn mit der Durchbrechung des Verbots der Leiharbeit wurde auch gleichzeitig der illegalen und sogenannten verdeckten Leiharbeit Tür und Tor geöffnet. Der DGB schätzt, daß in der BRD mindestens 10000 Verleihfirmen mit rund 500000 Arbeitskräften tätig sind.

Zwar läßt sich der eine oder andere Bourgeois auch mal zu einem Tadel über die „unwürdigen“ Praktiken der *illegalen* Menschenhändler hinreißen, aber überhaupt ist ihnen die Leiharbeit willkommen. Ist es den Kapitalisten doch durch die Leiharbeit leichter und rascher möglich, den Zustrom und Abgang von Arbeitskräften den Bedürfnissen des Kapitals anzupassen. So weist auch die Statistik der BfA für 1979 aus, daß die Arbeitsverhältnisse die kürzer als eine Woche waren, mit 10417 und die zwischen einem und unter zwei Monaten mit 10959 den weitaus größten Anteil ausmachen.

Für die betroffenen Arbeiter, die ihre Arbeitskraft als Leiharbeiter verkaufen müssen, heißt das weniger Rechte und in den meisten Fällen weniger Lohn. In einem Brief an den zuständigen Minister Ehrenberg schreiben acht Wilhelmshavener Bauarbeiter u.a.: „... Wir wissen, daß die Menschenhändler unsere schwer erkämpften Positionen durchlöchern. Das beginnt bei den elend niedrigen Löhnen, die vielen Leiharbeitern von den meist keinem Tarifvertrag unterworfenen Menschenhändlern gezahlt werden. Das endet damit, daß diese Arbeiter z.B. auch im Winter keinen Anspruch auf Schlechtwettergeld haben, also gezwungen sind, bei jedem Wetter zu arbeiten und ihre Gesundheit zu ruinieren. Wir fordern, daß die Überprüfung des ‚Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes‘ in diesem Sommer zum Verbot aller Formen der Leiharbeit – ob legal oder illegal – führt. Nach dem Beschluß des letzten Bundeskongresses der IG BSE ist diese Position für jedes Mitglied dieser Gewerkschaft verbindlich.“

Ehrenberg – selbst Mitglied der IG Bau, Steine, Erden – sieht in dem Verbot der Leiharbeit „verfassungsrechtliche Probleme“. Die Bundesregierung sieht Probleme in der Verfolgung von Verstößen gegen das AÜG. Deshalb plant sie künftig schärfere Prüfungen und höhere Bußgelder.

Entwicklung der Leiharbeit nach Branchen (Stichtag 30. Juni)

Berufsbereich	1976	1977	1978	1979
Chemiearbeiter / Kunststoffverarb.	219	157	233	283
Metallerzeuger, Metallbearbeiter	411	856	768	1030
Schlosser, Mechaniker u. zugeordn. Berufe	3333	4119	4961	5888
Elektriker	856	1366	1322	1857
Montierer u. Metallberufe	605	1117	1148	1514
Bauberufe	1813	1979	3024	5996
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	191	287	312	398
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	1764	2090	3518	5725
Übrige Fertigungsberufe	810	1135	1223	1764
Technische Berufe	410	603	879	1002
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	4827	5655	6758	8071
Dienstleistungsberufe	1411	1445	1769	2415
Sonstige Berufe	208	377	493	375
Gesamt	16858	21186	26408	36318

Bundestagsdebatte: Mehr öffentliche Auftritte im Rahmen der Kriegsvorbereitung

z.jük. Am Dienstag wurde im Bundestag ein Antrag der CDU/CSU zur Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts behandelt. Diskutiert wurde überwiegend die Massenbewegung gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen. CDU/CSU warfen der SPD „direkte Verantwortung“ und „glattes Versagen“ vor. H. Kohl erklärte, daß nach 10jähriger Regierungszeit von Brandt und Schmidt „es nicht mehr möglich sei, daß das feierliche Gelöbnis von Soldaten unserer Bundeswehr ohne Polizeischutz ablaufen kann“. Einig waren sich die drei bürgerlichen Parteien in einer „Verurteilung der Gewaltakte in Bremen“ sowie im „Bekenntnis zur Bundeswehr als festen Bestandteil der Gesellschaft und der NATO“. Das Problem ist bloß, daß zunehmend dieser „Bestand-

Problem dabei ist, daß sozialdemokratische Arbeiter diese Seite der Regierungspolitik ablehnen bzw. mißbilligen. Das hatte auch die Basis der Aktionseinheit in Bremen verbreitert, woraus die CDU/CSU den Schluß zieht, daß „die SPD in Bremen den Krawallen den Boden bereitet hat“, insbesondere den „Volksfrontbündnissen“. Etliche Beschlüsse aus der Gewerkschaftsbewegung waren gegen die Rekrutenvereidigung vorhanden und vor allem fast 15000 auf der Straße. Schmidt betonte dann auch in seiner Erwiderung auf die CDU/CSU, daß man für Abhilfe sorgen werde bei den unteren SPD-Gliederungen. Wörners Äußerungen von wegen „glattem Versagen“ bezeichnete er als „illoyal und unlauter“, ansonsten hätte die CDU/CSU zwar „den Willen zum

dann werden auch daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen“, und droht mit Ausschluß.

Eine Seite der ideologischen Vorbereitung der Massen für den imperialistischen Krieg besteht in verstärkten Aufmärschen des Militärs, darin waren sich am Schluß der Debatte alle Parteien einig. Öffentliche Vereidigungen sollen in Zukunft mehr von den Politikern besucht werden. „Bei Traditionspflege muß der Anteil der zivilen Staatsbürger gewährleistet sein.“ (Apel) Wie das aussieht, war gleich danach in Emden deutlich, wo 400 Rekruten in einem Stadion vereidigt wurden. Das Gelände wurde zum militärischen Sicherheitsgelände erklärt, geschützt durch 200 Feldjäger. 700 Polizisten bewachten das Stadion außen. Die Zufahrtstraßen waren abgesperrt

Bundestagsdebatte: Mehr öffentliche Auftritte im Rahmen der Kriegsvorbereitung

z.jük. Am Dienstag wurde im Bundestag ein Antrag der CDU/CSU zur Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts behandelt. Diskutiert wurde überwiegend die Massenbewegung gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen. CDU/CSU warfen der SPD „direkte Verantwortung“ und „glattes Versagen“ vor. H. Kohl erklärte, daß nach 10jähriger Regierungszeit von Brandt und Schmidt „es nicht mehr möglich sei, daß das feierliche Gelöbnis von Soldaten unserer Bundeswehr ohne Polizeischutz ablaufen kann“. Einig waren sich die drei bürgerlichen Parteien in einer „Verurteilung der Gewaltakte in Bremen“ sowie im „Bekenntnis zur Bundeswehr als festen Bestandteil der Gesellschaft und der NATO“. Das Problem ist bloß, daß zunehmend dieser „Bestandteil der Gesellschaft“ als Instrument imperialistischer Expansion und Herrschaft von den Massen erkannt und bekämpft wird. Das war auch der eigentliche Grund der Debatte. Nämlich die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus im Rahmen des NATO-Bündnisses, die Nachrüstung und das Fregattenbauprogramm ideologisch weiter abzusichern und eine gemeinsame Richtung festzulegen, die angesichts des Aufschwungs der Arbeiter- und Volksbewegung diese Kriegsvorbereitungen überhaupt erlauben. Das Problem dabei ist, daß sozialdemokratische Arbeiter diese Seite der Regierungspolitik ablehnen bzw. mißbilligen. Das hatte auch die Basis der Aktionseinheit in Bremen verbreitert, woraus die CDU/CSU den Schluß zieht, daß „die SPD in Bremen den Krawallen den Boden bereitet hat“, insbesondere den „Volksfrontbündnissen“. Etliche Beschlüsse aus der Gewerkschaftsbewegung waren gegen die Rekrutenvereidigung vorhanden und vor allem fast 15000 auf der Straße. Schmidt betonte dann auch in seiner Erwiderung auf die CDU/CSU, daß man für Abhilfe sorgen werde bei den unteren SPD-Gliederungen. Wörners Äußerungen von wegen „glattem Versagen“ bezeichnete er als „illoyal und unlauter“, ansonsten hätte die CDU/CSU zwar „den Willen zum Frieden, aber nicht die Fähigkeit zum Frieden“. Wischnewski wird etwas deutlicher in bezug auf die Aktionseinheiten: „Aber ich sage hier eins in aller Deutlichkeit: Die Sozialdemokratische Partei hat eine Million Mitglieder. Und Sie sind auch eine große Partei, und Sie können auch nicht überall die Garantie übernehmen, ob nicht hier und da eine Panne passiert. Diese Vorgänge werden sehr genau geprüft werden. Wenn es hier Dinge gibt, die mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei nicht in Einklang zu bringen sind, dann werden auch daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen“, und droht mit Ausschluß.

Eine Seite der ideologischen Vorbereitung der Massen für den imperialistischen Krieg besteht in verstärkten Aufmärschen des Militärs, darin waren sich am Schluß der Debatte alle Parteien einig. Öffentliche Vereidigungen sollen in Zukunft mehr von den Politikern besucht werden. „Bei Traditionspflege muß der Anteil der zivilen Staatsbürger gewährleistet sein.“ (Apel) Wie das aussieht, war gleich danach in Emden deutlich, wo 400 Rekruten in einem Stadion vereidigt wurden. Das Gelände wurde zum militärischen Sicherheitsgelände erklärt, geschützt durch 200 Feldjäger. 700 Polizisten bewachten das Stadion außen. Die Zufahrtstraßen waren abgesperrt durch Kontrollpunkte, die ersten gleich vor der Stadt. Ungefähr 800 demonstrierten gegen die Vereidigung. Im Stadion waren von 5000 Leuten 2500 Soldaten.

Der CDU-Antrag, der auf der Bundestagsdebatte zur zweiten Lesung anstand und der das „Tragen von Masken, Schutzhelmen“ etc. auf Demonstrationen verbieten will, wurde von der SPD/FDP-Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, „die bestehenden Gesetze reichen aus.“

Warschauer Pakt und NATO stecken Marschlinie ab

„Brutstätten der Spannung beseitigen!" / „Für US-Truppeneinsatz bereitstehen!"

z.lup. Das Treffen des politischen beratenden Ausschusses der Warschauer Paktstaaten hat ein Kommunique veröffentlicht, in dem die Durchführung einer „Weltkonferenz zur Beilegung internationaler Konflikte" vorgeschlagen wird. Dem Kommunique zufolge soll dieses Treffen dazu dienen, die „Brutstätten der internationalen Spannung zu beseitigen, um den Krieg zu verhindern". Mit den Brutstätten der internationalen Spannung ist von Seiten der Sozialimperialisten vor allem der bewaffnete Widerstandskrieg des kampucheanischen wie auch des afghanischen Volkes gemeint.

Die Sowjetunion hat, gestützt auf Vietnam, den Überfall auf das Demokratische Kampuchea, und mit eigenen Truppen den Überfall auf Afghanistan durchgeführt in der Absicht, die Flanken für einen Angriff auf Westeuropa unter Kontrolle zu bekommen. Kampuchea und Afghanistan bilden diese Flanken nicht selber. Aber wenn es der Sowjetunion dort gelingt, eine einigermaßen stabile Besatzerherrschaft zu errichten, ist der weitere Vormarsch zum Indischen Ozean, dem Golf und der Straße von Malakka schwer aufzuhalten. Es gelingt ihr aber nicht, sondern sie ist in beiden Ländern dabei, in einen Volkskrieg zu versinken, der ihren ganzen Aufmarschplan durcheinanderzubringen droht. Außerdem wird der Widerstandskrieg des afghanischen und des kampucheanischen Volkes auf der ganzen Welt unterstützt. Während die Sowjetunion also ihre Aggressionsmaßnahmen an diesen beiden Fronten forciert, muß sie gleichzeitig versuchen, durch politische Manöver die andere Supermacht, die anderen Imperialisten, vor allem aber die Länder der 3. Welt zur Anerkennung ihrer Aggressionen zu bringen. Nur wenn man sich mit den bisherigen Aggressionen der Sozialimperialisten abfinde, könne man weitere Aggressionen vermeiden, ist der Inhalt des Vorschlages der Warschauer-Pakt-Staaten. So ist er jedenfalls von Seiten der Sowjetunion gemeint. Dabei zeigt einem schon die geographische Lage Kampucheas und Afghanistans, daß diese beiden Länder nicht für sich genommen, sondern nur als Stützpunkte weiterer Aggressionen für die Sowjetunion von strategischem Interesse sind, zumal wenn man den Aggressionskrieg mit berücksichtigt, den die Sowjetunion mit Hilfe des äthiopischen Militärregimes seit Jahren gegen das Volk von Eritrea führt.

Carter hatte nach der sowjetischen Aggression in Afghanistan erklärt, daß jedes weitere Vordringen der Sowjetunion in der Golfregion für die USA ein Grund für militärische Gegenschläge sein würde. Der Vorsitzende des NATO-Militärkommandos, General Herman Gundersen, hat jetzt erklärt, daß „jedes weitere Vordringen der Sowjetunion irgendwo auf der Welt zu einer Feuersbrunst führen könne, in die die NATO verwickelt sein werde, wo immer der Funke Feuer schlage". In dem Kommunique des verteidigungspolitischen Ausschusses heißt es: Die größtenteils von den USA übernommene Last, die unter Umständen noch wesentlich erhöht werden müßte, erlege allen Bündnispartnern zusätzliche Verantwortung für die im NATO-Bereich erforderlichen Streitkräfte und ihre Einsatzfähigkeit auf. Zur Erläuterung dessen hatte Muskie mitgeteilt, daß die USA die „militärische Option" gegen den Iran nicht ausschließen könnten. Außerdem hat er erklärt, daß die USA nicht daran denken, wegen ihrer „militärischen Verpflichtungen im Indischen Ozean" ihre Bodentruppen in Europa zu verringern. Beides muß man ihm abnehmen. Entsprechend waren auch die Maßnahmen, die die USA auf der NATO-Tagung verlangt haben: Aufstockung der Munitionsvorräte in Europa, Beschleunigung der Einführung neuer Waffen und Ausrüstungen, Ausrüstung mit chemischen Waffen, als Sofortmaßnahmen. Beschleunigung des Aufbaus von Reservekräften für den Kriegsfall, Beschleunigung der Beschaffung von elektronischen Ausrüstungen zur Störung des Kommunikationssystems und zur Abwehr von Störungen, in Bereitschaft stellen von Ausrüstungen und Versorgung für die US-Streitkräfte, die im *Krisenfall* nach Europa eingeflogen würden, und zur Verfügung stellen von europäischen zivilen Großraumflugzeugen, um die amerikanischen Truppen einzufliegen, falls die US-Kapazitäten durch die Krise im Mittleren Osten ausgelastet sind. Dies als Maßnahmen, die auf der kommenden NATO-Tagung im Dezember beschlossen werden sollen. Insbesondere über die letztgenannten Maßnahmen muß es in Brüssel bereits erheblichen Krach gegeben haben. Apel hat jedenfalls auch öffentlich „Bedenken" vor allem gegen den 2. Teil der US-Vorschläge angemeldet. Obwohl zu selbständig ausgreifenden, von den USA unabhängigen militärischen Operationen nicht in der Lage, haben die westeuropäischen Imperialisten doch selbständige Interessen, die sie innerhalb der NATO in Konkurrenz und unter Aufbegehren zum US-Imperialismus verfolgen. Folglich ist es kaum verwunderlich, daß die Begeisterung der westeuropäischen Imperialisten für Vorschläge, die sie auf reine Hilfsfunktionen für die US-Imperialisten und ihre Mittel-Ost- und Weltpolitik reduzieren sollen, nicht sonderlich groß gewesen ist. Krach gegeben hat es auch über die Nahostpolitik der EG-Staaten. Muskie hat die EG-Imperialisten davor gewarnt, auf eigene Rechnung im Nahen Osten Politik und dabei den arabischen Staaten in bezug auf die Anerkennung der PLO Zugeständnisse zu machen, was den von den USA in Camp David eingeleiteten Friedensprozeß nur stören würde.

Auch die Reaktionen auf den von der Sowjetunion unmittelbar nach Abschluß der NATO-Tagung lancierten Vorschlag des Kabuler Marionettenregimes waren unterschiedlich. Dieser Vorschlag beinhaltet, daß sich Iran und Pakistan verpflichten sollen, sich nicht länger in die „inneren Angelegenheiten" Afghanistans „einzumischen". Dann wird ein mit Bedingungen verbundener Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen in Aussicht gestellt. Die Sowjetunion und die USA sollen Garantiemächte einer solchen Regelung sein. Muskie hat diesen Vorschlag zurückgewiesen. England und die BRD haben eine „sorgfältige" und „konstruktive" Prüfung zugesagt und ihn im übrigen als „erfreuliche Entwicklung" bezeichnet.

Pakistan hat den Vorschlag umgehend zurückgewiesen und die Resolution der islamischen Außenminister-konferenz bekräftigt, die den bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen als Voraussetzung für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes bezeichnet. Der Generalsekretär der Konferenz der islamischen Staaten hat kurz vor Beginn der am 17. Mai stattfindenden Konferenz diesen Standpunkt bekräftigt und erneut festgehalten, daß das Kabuler Marionettenregime kein Recht auf Teilnahme an der Konferenz habe. Weitere Konferenzen stehen an: am Wochenende tagten die EG-Außenminister.



Der Widerstandkrieg des Demokratischen Kampuchea ist ein entscheidender Beitrag zum Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen durch die Supermächte.



Preisgekröntes Olympiaplakat „Triptychon" aus einem hochdotierten Wettbewerb von „Malern aller Kontinente" (nach: Presse der Sowjetunion 15/79)

Sowjetische Presse- und Rundfunkkommentare zum Boykott der Moskauer Olympischen Spiele

z.gek. *„Dieselbe alte Geschichte* – Die größte Sportzeitung des Westens, L'Equipe, die in Paris herausgegeben wird, brachte kürzlich ein Interview mit J.A.Sarmanch, dem Protokollchef des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), zugleich spanischer Botschafter in der UdSSR, der feststellte, daß ‚Millionen von sowjetischen Menschen in der Vorbereitung der Spiele aufgehen' und seine Zuversicht ausdrückte, daß ‚die Moskauer Olympischen Spiele die größten in der Geschichte sein werden' ... – Briefe von Tausenden und Abertausenden Sportfans, Interviews, die berühmte Champions und Rekordhalter geben, zeigen, daß die Unterstützer der Olympischen Bewegung und die progressiven Menschen alle ihre Hoffnung darein setzen, mit den Olympia 1980 den Frieden und die Freundschaft unter der Jugend des Planeten zu stärken. Sie sind überzeugt, daß Niveau und Umfang der Vorbereitungen für die Moskauer Spiele der lebhafte Ausdruck jenes Weges sind, auf dem in der Sowjetunion die Ideen der Verminderung der Spannungen und Stärkung der Kooperation zwischen den Völkern verwirklicht werden."
(Sovietsky Sport, 13. Januar)

Unerlaubte Taktik – Das Olympische Programm umfaßt viele Sportarten, wie wir wissen, aber die amerikanischen Reaktionäre ziehen jetzt eine allen anderen vor, eine verbotene Sportart – das Erpressen ... Es ist organischer Teil einer hinterhältigen Anti-Sowjet-Kampagne, die in Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan entfesselt wurde. – Nach Moskau! Nach Moskau! Davon haben die amerikanischen Athleten seit Jahren geträumt. Jahren des Trainings, verschobener Hochzeiten, entgangenen Familienlebens. Muskulöse oder bebende Arme, die sich daran gewöhnt haben, den Hammer oder Diskus zu werfen, phantastische Gewichte zu heben, fachmännisch den Stab weiterzureichen oder den Basketball ins Netz zu bringen, sind jetzt zum Nichtstun verurteilt, hängen kraftlos vor Enttäuschung herab. Sie sind erpreßt worden von denselben Gentlemen, die von allen Balkonen dieser Welt herab von Freiheit und Demokratie schreien und alle Übel der ‚Hand Moskaus' zuzuschreiben belieben."
(Iswestija, 6. Februar)

„ *‚Heute bereiten sich die Sowjetmenschen auf die Moskauer Olympiade vor, sagte Genosse L.I. Breschnew kürzlich, tun sie alles, damit diese Olympiade auf einem hohen Niveau stattfinden kann, damit sie den hohen Idealen der Freundschaft und des Friedens neue Impulse verleiht.' Es besteht kein Zweifel, daß es so sein wird."*
(Prawda, 9. März)

Negative Folgen – Die Empfehlung der BRD-Regierung an das westdeutsche NOK, seine Teilnahme an den Moskauer Spielen abzusagen, kann nicht ohne negative Folgen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen bleiben. Die westdeutschen Politiker, die diesen Beschluß gefaßt haben, zeigten, was ihre so häufig verkündeten Beteuerungen über die Unabhängigkeit des Sports von der Politik eigentlich wert sind. Sie haben den Sport in doppelter Hinsicht ihren politischen Berechnungen untergeordnet: um ihre Solidarität mit Carter vorzuführen, und außerdem, um zusätzlich die antisowjetische Kampagne anläßlich Afghanistans anzuheizen. Gegenwärtig fragen viele in der Bundesrepublik Deutschland ganz berechtigt, wie sich die Erklärungen der Bonner Politiker von ihrem Wunsch, mit der Sowjetunion bilaterale und internationale Fragen zwecks Entspannung und Zusamenarbeit zu besprechen, mit den gar nicht konstruktiven, sogar gegenüber der Sowjetunion feindseligen Schritten vereinbaren lassen, die dem Geist der Entspannung und Zusammenarbeit sowie den Verpflichtungen der BRD gemäß den bekannten internationalen Verträgen zuwiderlaufen."
(Radio Moskau, dtsch., 27. April)

Kommentar, gezeichnet von „Kommentator" – „Was die Lippenbekenntnisse der Führer der BRD zur Politik der Entspannung betrifft, so meint man in Moskau, daß es darin mehr Scheinbares als Wirkliches, mehr zur Schau Gestelltes als Aufrichtiges gibt. ... (Der Militarismus in der BRD) nimmt Umrisse an, die jenen sehr ähnlich sind, welche in der nicht weit zurückliegenden Vergangenheit Europa in die Tragödie des Jahrhunderts gestürzt haben ... Berücksichtigt man, daß sie (die in der BRD stationierten 6000 Kernraketen) sich gegen die Sowjetunion richten, so wird klar, daß das Territorium der BRD nach dem Willen ihrer Führer praktisch zu einer Zielscheibe für den Gegenschlag im Falle eines Konflikts geworden ist. Denn die Sowjetunion wird ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Verbündeten zu gewährleisten wissen."
(Presseagentur Nowosti, 28. April)

reich des Wohnungsbaus begünstigen. Für die Kapitalisten ein unbefriedigender Zustand, weil Übertragungen im gewerblichen Bereich meistens nicht befreit sind und sie den auf Grund und Boden entfallenden Anteil an Grunderwerbssteuer nicht als Ausgaben abziehen können. Die Umwandlung in Mehrwertsteuer würde eine Befreiung der Unternehmen bedeuten, weil sie diese als Vorsteuer abziehen können. Die Befreiung im Wohnungsbau würde wegfallen und volle Mehrwertsteuerbelastung eintreten. Gobrecht von der SPD läßt keinen Zweifel, daß dieses heiße Eisen im jetzigen Bundestag nicht mehr angepackt wird.

***z.jüd.* Die Staatseinnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im ersten Vierteljahr 1980 weiter um 8,5%, während die Einkommensteuer aufgrund der Reform der Körperschaftsteuer um 4,9% gesunken ist.** Der Bundesfinanzminister macht die „gestiegenen Tarif- und Effektivverdienste sowie die verbesserte Beschäftigungssituation" verantwortlich – und verhüllt, daß ja die Lohnsteuer sich progressiv gegenüber jeder Lohnerhöhung hebt, deshalb die Lohnsteuererhöhung derzeit bei durchschnittlich 12% liegt. – Gleichzeitig ist eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung des Staatshaushalts vorgesehen: 44,5 Mrd. DM für 1980, was einem Anteil der Gesamtausgaben von 9% entspricht. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1974 betrug dieser Anteil noch 4,3%, schnellte dann im Krisenjahr 1975 auf 14,9% (53,6 Mrd. DM). Der gesamte Schuldenstand beläuft sich heute auf 271,1 Mrd. DM. Hohe Tilgungen von 1975 stehen jetzt und in den nächsten Jahren an; 34,1 Mrd. (1980), 42,5 und 36,7 Mrd. DM für 1981 und 1982 stehen bereits fest – die Neuverschuldungen kommen hinzu. 44,5 Mrd. Neuverschuldung 1980 – das bedeutet viel rasantere Steigerung der Staatsschulden in den nächsten Jahren, denn immer mehr alte Schulden werden mitgeschleppt, neue werden gemacht. Dementsprechend ist schon die Steuerreform '80 auf 1981 verschoben; eine Anbindung der Lohnsteuer an den Durchschnittslohn tut not.

***z.ebk.* Die EG-Kommission hält die weitere Angleichung der Mehrwertsteuersysteme innerhalb der EG für erforderlich, „wenn die Steuergrenzen ... fallen sollen".** Durch 2 Richtlinien des Rates der EG von 1967 wurden die Mitgliedsländer zur Einführung des Mehrwertsteuersystems angehalten. In der Zwischenzeit hat der Rat weitere 4 Richtlinien erlassen. Derzeit werden die Mehrwertsteuern zu folgenden Prozentsätzen erhoben:

Land	Normal-Satz	ermäßigter Satz	erhöhter Satz
Irland	25	10	–
Dänemark	20,	–	–
Niederlande	18	4	–
Frankreich	17,6	7	33,3
Belgien	16	6	25
Großbritannien	15	–	–
Italien	14	1–12	18; 35
BRD	13	6,5	–
Luxemburg	10	2; 5	–

Im Durchschnitt werden 16,5% Mehrwertsteuer erhoben. Man sieht also, in welche Richtung die „Angleichung" geht. Als 1968 die Mehrwertsteuer in der BRD mit einem Normalsteuersatz von 10%, ab Mitte des Jahres dann von 11% eingeführt wurde, stieg der Index der Verbraucherpreise um 3,4 Prozentpunkte. 1977 wurde der Satz auf 12% erhöht, 1979 auf 13%. Für die Kapitalisten ist die Mehrwertsteuer ein durchlaufender Posten, den sie für den Staat über die Preise von den Massen hereinholen. Sind die Mehrwertsteuersysteme und die Sätze im Wesentlichen gleich, fallen die langen Abfertigungszeiten an den Grenzen weg. Der Warenumschlag wird beschleunigt. Das in den Waren gebundene Kapital wird schneller frei.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

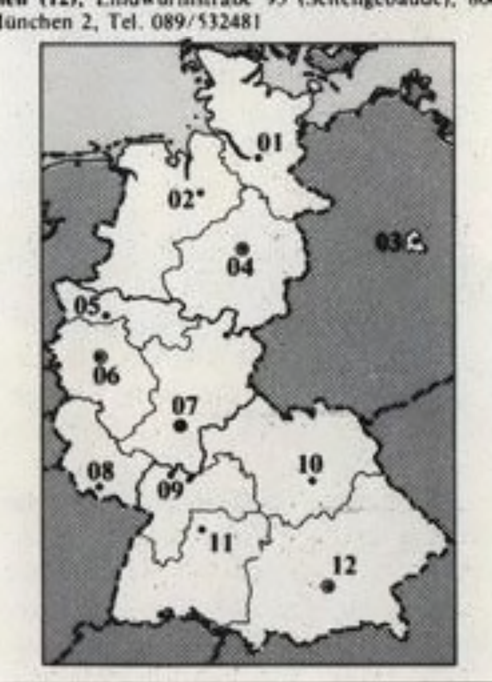
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261; 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.gul. **Vor dem zweiten Verhandlungstermin zum Lohntarif der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV am 14.5.80 führten am Dienstag die Beschäftigten der Verlage de Gruyter und Julius Springer einen zweistündigen Warnstreik durch.** Bei Julius Springer streikten 150, bei de Gruyter ca. 50 Beschäftigte für 200 DM mehr für alle, damit die Kapitalisten überhaupt zu den Verhandlungen kamen. Sie hatten es bis Montag abgelehnt, wenn die HBV nicht von ihrer Forderung runterginge. Am 14. Mai kamen sie dann mit mehreren Angeboten. Das Verhandlungsergebnis sah am Abend folgendermaßen aus: Die Lohngruppen werden aufgelöst und in Gehaltsgruppen eingegliedert, was für die Lagerarbeiter, Boten usw. eine Verbesserung bis zu 100 DM bedeutet, plus sieben Prozent Erhöhung. Die Auszubildenden bekommen im ersten Lehrjahr 45 DM, im zweiten und im dritten 50 DM mehr. Die Gehälter sollen im Durchschnitt um sieben Prozent angehoben werden, was in der untersten Gehaltsgruppe 110 DM, beim Ecklohn 138 DM und in der Gehaltsgruppe G 5 170 DM sind. Die Forderung nach 600 DM Urlaubsgeld haben die Kapitalisten abgelehnt. Stattdessen boten sie vermögenswirksame Leistungen von 26 DM ab 1. März 1980 an. Der Tarif soll rückwirkend ab 1. Mai in Kraft treten und zwölf Monate laufen. Die Mitglieder sollen jetzt in allen Gremien über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Die Tarifkommission empfiehlt die Annahme.

r.diz. **In Bunde, Kreis Leer, hat ein Studienassessor gegen den vorläufigen Erlaß zur Arbeitszeit an Orientierungsstufen geklagt und einen ersten Erfolg errungen.** Im Januar hatte Kultusminister Remmers einen Erlaß zur Regelung der Arbeitszeit an Orientierungsstufen herausgegeben, der dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg entsprechen sollte auf gleiche Arbeitszeit für alle Lehrer an Orientierungsstufen. Die Festlegung auf 27 Wochenstunden bedeutete eine Schlechterstellung der Realschul- und

Studienassessor gegen den vorläufigen Erlaß zur Arbeitszeit an Orientierungsstufen geklagt und einen ersten Erfolg errungen. Im Januar hatte Kultusminister Remmers einen Erlaß zur Regelung der Arbeitszeit an Orientierungsstufen herausgegeben, der dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg entsprechen sollte auf gleiche Arbeitszeit für alle Lehrer an Orientierungsstufen. Die Festlegung auf 27 Wochenstunden bedeutete eine Schlechterstellung der Realschul- und

Gymnasiallehrer an den Orientierungsstufen gegenüber ihren Kollegen an anderen Schulen. An der Orientierungsstufe Bunde wurde gegen diesen Erlaß geklagt und aufschiebende Wirkung verlangt, solange der Rechtsstreit nicht entschieden sei. Die Schulbehörde lehnte dies ab, da die Festlegung der Arbeitszeit für Beamte eine „verwaltungsinterne“ Angelegenheit sei und daher nicht der Verwaltungsgerichtsbarkeit unterliege. Dagegen wurde Widerspruch eingelegt, und das Verwaltungsgericht Oldenburg, Kammer Aurich, hat jetzt entschieden. Im Beschluß wurde festgestellt, daß die Festlegung der Arbeitszeit für Beamte kein verwaltungsinterner Vorgang sei und somit dem Widerspruch stattgegeben. Die Kosten dieses Verfahrens muß die Schulbehörde tragen. Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg möglich. Das Urteil wurde auf der a.o. Bezirksdelegiertenversammlung Weser-Ems der GEW von den Delegierten begrüßt. Die GEW sieht darin eine Bestätigung ihrer Auffassung, daß das Urteil von Lüneburg den Kultusminister auffordert, die Stundenzahl für alle Lehrer an Orientierungsstufen zu senken und nicht, wie geschehen, sie für Gymnasiallehrer um vier und Realschullehrer um eine anzuheben.

b.jok. **Am 7. Mai hat die Große Tarifkommission für die Kautschukindustrie in Hamburg und Schleswig-Holstein die Forderung für die Tarifrunde aufgestellt.** Die Tarifkommission der IG Chemie verlangt höhere Löhne und Gehälter um 9%. Zusätzlich soll für die Arbeiter die Jahresleistungsprämie erhöht werden um 10%. Bei den Angestellten soll zwischen den Gehaltsgruppen V (z.B. techn. Zeichner, Techniker) und VI (Fachhochschulabschluß) eine neue Gehaltsgruppe eingeführt werden, damit die Angestellten in der Gruppe V die Möglichkeit haben, ein besseres Gehalt zu bekommen. Die Auszubildenden im 4. Lehrjahr sollen auch 9% mehr kriegen, das entspricht 61 DM. Diesen Betrag sollen die übrigen Lehrjahre pauschal mehr bekommen. Der Bruttoertrag der 9% liegt zwischen 110 und 276 DM auf den Tariflohn berechnet, effektiv beginnt die Ertragsspanne bei 140 DM für die unteren Lohngruppen, die von Frauen belegt sind

b.clm.Flensburg. **70 Teilnehmer hatte am Freitag die Veranstaltung des Aktionsbündnisses gegen die öffentliche Vereidigung mit dem Thema „Was gefährdet den Frieden?“** Eingeladen waren Egon Bahr, die Stadtpräsidentin von Flensburg Groß und Oberstleutnant Gravert-May. Alle scheuten die öffentliche Auseinandersetzung und zogen ein geheimes Gespräch unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters vor. Es gelang den Teilnehmern im Verlaufe der Diskussion, sich weitgehende Klarheit über die nächsten Schritte zu verschaffen. Folgende Resolution wurde verabschiedet: „Wir, die Anwesenden, halten es in einer Zeit, wo der dritte Weltkrieg in den Bereich des Möglichen gerückt ist, für unbedingt notwendig, daß mit allen Mitteln und Kräften für die Erhaltung des Friedens gekämpft wird. Unsere konkreten Forderungen, die wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind, lauten: – BRD raus aus der NATO! – Sofortige Einstellung der Flottenmanöver im Indischen Ozean! – Abzug aller fremden Truppen aus der BRD! – Keine Atomwaffen in Meyn und Leck und auch nicht anderswo!“ Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß konkrete Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen eingeleitet werden sollen, indem aktionsmäßig Informationen über die geplanten Stationierungen von amerikanischen Truppen und Waffen in Leck verbreitet werden.

b.uwb. **Von 1111 zugelassenen Allgemeinärzten mußten 391 Honorarkürzungen wegen erhöhter Kosten durch Laborleistungen hinnehmen.** Nach dem Kostendämpfungsgesetz, verabschiedet 1977, ist ein Honorarmaßstab festgelegt worden. Dieser sieht vor, daß die Laborleistungen nicht höher als 4% über dem Vorjahr liegen dürfen. Ein betroffener Arzt, bei dem 6600 DM gestrichen wurden, klagte beim Sozialgericht, wo diese Klage abgewiesen wurde und nach einer Berufung beim Landessozialgericht in Schleswig landete. Die Berufung wurde mit folgender Begründung zurückgewiesen: Bei der Festlegung der Art und Weise der Honorarbegrenzung habe, so meint das Landessozialgericht, die Kassenärztliche Vereinigung die Grenzen des Ermessens, das ihr im Rahmen ihrer Satzungsbefugnis zustehe, nicht überschritten.

6600 DM gestrichen wurden, klagte beim Sozialgericht, wo diese Klage abgewiesen wurde und nach einer Berufung beim Landessozialgericht in Schleswig landete. Die Berufung wurde mit folgender Begründung zurückgewiesen: Bei der Festlegung der Art und Weise der Honorarbegrenzung habe, so meint das Landessozialgericht, die Kassenärztliche Vereinigung die Grenzen des Ermessens, das ihr im Rahmen ihrer Satzungsbefugnis zustehe, nicht überschritten.

b.klw.Föhr. **Am 8.5. beschloß der Stadtrat von Wyk, die nach dem Namen des Nazi-Generals Friedrich Christiansen benannte Straße in „Grosse Straße“ umzuändern.** Christiansen war 1933 Ministerialrat im Luftfahrtministerium, 1940 wurde er Kommandant der Wehrmacht in Holland. Für das Massaker in Putten/Holland ist er verantwortlich, wo alle Einwohner zwischen 18 und 50 Jahren deportiert und umgebracht wurden. In Holland entwickelte sich eine Bewegung zur Umbenennung der Wyker Straße. In Wyk hatte eine Initiative 800 Unterschriften für die Namensänderung gesammelt.

b.kas. **Die Tarifkommission für die chemische und kunststoffverarbeitende Industrie Niedersachsen und Bremen haben folgende Forderungen für die Tarifrunde 1980 erhoben:** Der tarifliche Endsatz von T3 wird um 9% = 230 DM erhöht. Diesen Betrag sollen auch die Gruppen K3, M2 und LG IV erhalten (umgerechnet auf den Stundenlohn jedoch 1,33 DM). Die Relationen in den übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen sollen bestehen bleiben, abweichend davon soll T1 den gleichen Betrag wie K1 erhalten. Die Ausbildungsvergütungen sollen einheitlich um 75 DM erhöht werden. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen. Bei den Lohntarifsätzen und den K-Gehaltssätzen soll über Anrechnungsmöglichkeiten auf übertarifliche Zahlungen diskutiert werden.

b.jöf. **Schleswig-Holsteinischer Landkreistag warnt vor Aushöhlung der Kommunalen Selbstverwaltung durch Bürgerinitiativen und durch Bundes- und Ländergesetze.** Auf seiner Mitgliederversammlung am 7.Mai in Kiel wollte er seine Reihen wieder fester schließen. Zunehmend sind Gemeindeparlaments- und Kreistagsbeschlüsse vom Volk unter Beschuß genommen worden: gegen Gebührenerhöhungen, Fahrpreiserhöhungen, Mülldeponien und -verbrennungsanlagen, gegen Trassenführungen, Reduzierung von Krankenhauskapazitäten, Stationierung von Notarztwagen und bei vielen anderen Anlässen. Deshalb müsse die Öffentlichkeit mal wieder daran erinnert werden, daß „das Grundgesetz eine unmittelbare politische Willensbildung ausschließt“ (der Kieler Professor von Unruh als Gastredner). Den Mund halten soll das Volk: „Wer sich berufen fühlt, in der kommunalen Selbstverwaltung mit zu entscheiden, sollte sich um ein kommunales Mandat bewerben oder zumindest darauf verzichten, die Entscheidungen der Volksvertretung herabzusetzen“ (der Dithmarscher Landrat Buhse). Zwar ist der Landkreistag auch gegen Bundesgesetze, die den Kreisen und Gemeinden zusätzliche Kosten aufbürden, ohne sie finanziell besser auszustatten, aber fordert nicht die notwendige Finanzhoheit für die Kreise und Gemeinden. Seine Hauptsorge ist seine demokratische Fassade. Schon warnt er vor möglicher „Resignation jener Bürger, die bereit sind, ein kommunales Mandat zu übernehmen“.

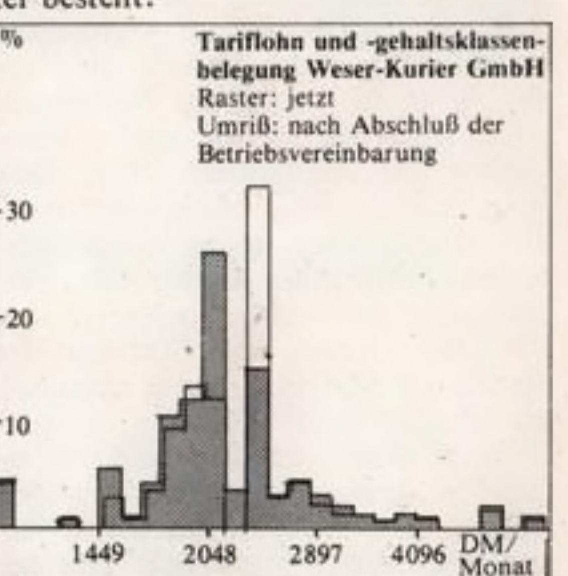
Weser-Kurier: Betriebsvereinbarung sichert einem Teil der Facharbeiter 120% vom Ecklohn

r.stt. Am 6. Mai legten die Arbeiter der Satzherstellung der Weser-Kurier GmbH für dreieinhalb Stunden die Arbeit nieder. Damit wollten die Arbeiter die Geschäftsleitung zwingen, eine Betriebsvereinbarung über die Einführung der neuen Technik im Satzbereich abzuschliessen. Auf einer Abteilungsversammlung für die gesamte Satzherstellung haben die Arbeiter für den § 3 „Besitzstand“ bei Einführung der neuen Technik 120% für alle betroffenen Arbeiter gefordert. Die Geschäftsleitung wollte unter „betroffene Arbeiter“ nur diejenigen fassen, die direkt am Bildschirm arbeiten. Demgegenüber wurde durchgesetzt die Einrichtung von Mischarbeitsplätzen (halbe Schicht Bildschirmarbeit, halbe Schicht andere Tätigkeiten), außerdem Grundausbildung in der neuen Technik für alle Arbeiter, die wollen. Der gestiegene Wert der Ware Arbeitskraft muß mit 120% vom Ecklohn bezahlt werden, unabhängig davon, ob tatsächlich genügend Mischarbeitsplätze zur Verfügung stehen. Damit ist den Kapitalisten ein gewisser Riegel vorgeschoben bei ihrer Absicht, die Arbeiter weiter zu spalten über den Lohn.

Die Arbeit hätte durch die neue Technik weiter geteilt werden können, komplizierte handwerkliche Tätigkeit wird durch maschinelle Funktionen ersetzt. Für die Kapitalisten Ansatzpunkt für Intensivierung der Arbeit und Senkung des Lohnniveaus, dadurch, daß für Texteingabe theoretisch angelernte Schreibkräfte eingestellt werden könnten, daß ein Teil der Facharbeiter entlassen wird und ein Teil als besser bezahlte Fachkräfte am Bildschirm eingesetzt werden. Diese Absichten konnten mit der Durchsetzung der Betriebsvereinbarung weitgehend durchkreuzt werden. Die Anhebung auf 120% ist für 35 Korrektoren (bisher 107,5% vom Ecklohn) und 130 Ecklöhner weitgehend zugesagt. Zusätzlich sollen 10 Hilfsarbeiter um 10% angehoben werden. Das alles sind vorläufige Zusagen der Geschäftsleitung, die solange noch nicht unterschrieben, immer noch durchgesetzt werden müssen. Solange versucht die Geschäftsleitung durch Spaltung, den Erfolg der Belegschaft rückgängig zu machen. So sollen die 120% nur die Arbeiter bekommen, die jetzt beim Weser-Kurier arbeiten. Bei Neueinstellungen soll das im Einzelfall verhandelt werden. Ältere Arbeiter, die sich nicht umschulen lassen wollen, werden nicht angehoben.

Die Betriebsvereinbarung ist ein wichtiger Schritt und eine Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach einer neuen Lohnstruktur, die geeignet sein muß, „der aufgrund des Einsatzes moderner Technologien bestehenden Unternehmertendenz nach Dequalifizierung und damit zugleich der Verringerung des Einkommens entgegenzuwirken“ (Initiativantrag Nr. 2a des Hauptvorstandes vom 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag 1977).

Das Schaubild zeigt die Wirkung der Betriebsvereinbarung auf die Lohnverteilung der Weser-Kurier GmbH. Grau unterlegt ist die Lohnverteilung 1980 ohne innere Verwaltung. Die Verlagerung eines Großteils der Ecklöhner (2062 DM) und aller Korrektoren (2216 DM) in die 120%-Gruppe wird deutlich, genau wie die Notwendigkeit der Durchsetzung einer neuen Lohnstruktur insgesamt, da sonst die Gefahr der völligen Abspaltung der verbleibenden Ecklöhner und Hilfsarbeiter besteht.



Druckkapitalisten wenig erfolgreich bei Verbilligung der Arbeitskraft

r.rok. Facharbeitermangel – wie ihn die Druckkapitalisten seit einiger Zeit beklagen – heißt nicht, daß sich kampflos höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen lassen. Im Druckhaus Tempelhof, „Berlins größte und modernste Tief- und Offsetdruckerei“ (Anzeigenwerbung) kein Arbeiter mehr für den niedrigen Lohn anfangen wollte, sah sich die Geschäftsleitung gezwungen, die Einstellungslöhne schrittweise zu erhöhen. So wurden Ende letzten Jahres Zylinderkorrigierer bzw. Umschüler zum Zylinderkorrigierer mit höherem Lohn eingestellt als die Facharbeiter, die sie aus- nahmefällen mit Arbeiten beschäftigt, die nach dem Tarifvertrag Fachkräften vorbehalten sind oder einen höheren Tariflohn bedingen, haben sie Anspruch auf den Facharbeiterecklohn bzw. den höheren Tariflohn für die Dauer dieser Tätigkeit.“ Das im Schaubild dargestellte Verhältnis zwi-

Druckkapitalisten wenig erfolgreich bei Verbilligung der Arbeitskraft

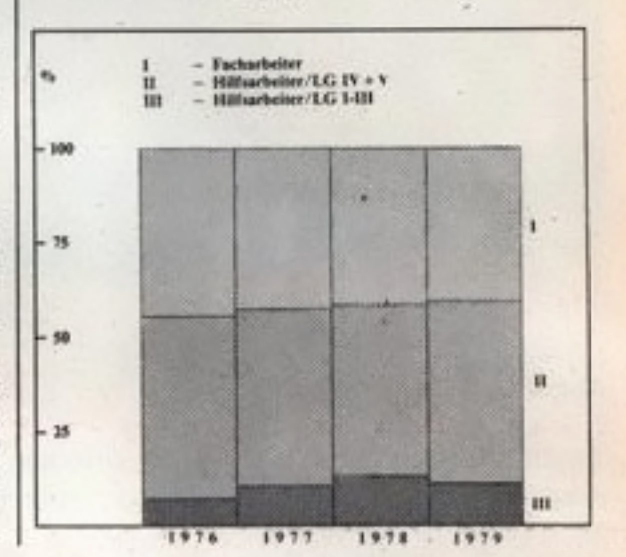
r.rok. Facharbeitermangel – wie ihn die Druckkapitalisten seit einiger Zeit beklagen – heißt nicht, daß sich kampflos höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen lassen. Im Druckhaus Tempelhof, „Berlins größte und modernste Tief- und Offsetdruckerei“ (Anzeigenwerbung) mit 760 Beschäftigten, wird seit Jahren unter Durchschnitt bezahlt. Vor allem in der Zeit nach 1974, als Kapitalist Weitpert wegen voraussichtlichem Auftragsmangel den Betrieb schließen wollte, sind die übertariflichen Zulagen gedrückt worden. Folgende Durchschnittslöhne (ohne Schichtzuschläge) wurden Ende 1979 gezahlt: Tiefdruckrotation: Facharbeiter (F) 13,96 DM, Hilfsarbeiter (H) 11,06 DM; Offset: F 13,70 DM, H 10,98 DM; Fotosatz: 13,55 DM; Ätzerei: F 13,54 DM, H 10,37 DM; Repro: F 13,13 DM; Weiterverarbeitung: F 12,30 DM, H 9,98 DM.

Seit zwei Jahren fehlen in unterschiedlicher Stärke Tiefdruckmontierer, Ätzer und Zylinderkorrigierer, neuerdings wieder Offset- und Tiefdrucker. Die Geschäftsleitung hatte zunächst die Einstellungslöhne bei ihrer alten Niedrigkeit belassen. Sie hat die Überstunden und Sonderschichten ins Gigantische gesteigert: 1979 waren es über 80000. Auszubildende sollen Spätschicht machen. Die Arbeitsbedingungen haben sich nicht gebessert, im Gegenteil: An der neuen überdimensionalen Tiefdruckrotation Cerutti 35 R/S sind Lärm, Papierstaub und nervliche Belastung gestiegen. Dort, wo kein Arbeiter mehr für den niedrigen Lohn anfangen wollte, sah sich die Geschäftsleitung gezwungen, die Einstellungslöhne schrittweise zu erhöhen. So wurden Ende letzten Jahres Zylinderkorrigierer bzw. Umschüler zum Zylinderkorrigierer mit höherem Lohn eingestellt als die Facharbeiter, die sie ausbilden sollten. Letztere haben selbstverständlich gleich nachgezogen.

Es wird nicht massenhaft gekündigt, weil der Lohn niedrig ist, die Arbeitsbedingungen schlecht und Facharbeiter gefragt sind. Das ist nur eine beschränkte Möglichkeit, denn das Druckhaus ist nicht nur die „größte Tiefdruckerei Berlins“, sondern auch die einzige. Die bei den meisten für den Tiefdruck spezialisierte Arbeitskraft läßt sich also nur noch in Westdeutschland verkaufen, es sei denn, man geht dorthin zurück, wo man herkommt: in den Buchdruck, in die Stereotypie usw. Die betriebliche Durchsetzung höherer Zulagen, gerade in einer Zeit, wo der Kapitalist auf die Bereitschaft zu Überstunden und Sonderschichten angewiesen ist bzw. der gewerkschaftliche Kampf für eine neue Lohnstruktur bieten bessere Aussichten.

Seit Jahren versuchen die Druckkapitalisten, über die Einführung neuer Techniken die Fachkraft durch billigere, angelernte Arbeitskräfte zu ersetzen. Mit den seit dem 1. März geltenden neuen Anhängen zum Manteltarif sind diesem Vorhaben erhebliche Schranken gesetzt. Im Allgemeinen Anhang heißt es darin: „Werden Hilfskräfte der Druckindustrie ... in Ausnahmefällen mit Arbeiten beschäftigt, die nach dem Tarifvertrag Fachkräften vorbehalten sind oder einen höheren Tariflohn bedingen, haben sie Anspruch auf den Facharbeiterecklohn bzw. den höheren Tariflohn für die Dauer dieser Tätigkeit.“ Das im Schaubild dargestellte Verhältnis zwischen Fach- und Hilfsarbeitern in der Westberliner Druckindustrie von 1976 bis 1979 zeigt, daß es den Kapitalisten nicht gelungen ist, die Hilfsarbeiter-Lohngruppen wesentlich aufzufüllen. Die in den Jahren 1972 bis 1976 in der BRD und Westberlin über 30000 wegrationalisierten Druckarbeiter waren im wesentlichen Facharbeiter.

In der Diskussion um eine neue Lohnstruktur gibt es in der IG Druck und Papier eine starke Bewegung für Streichung der Lohngruppe I und für ein Verhältnis von 100 zu 80 Prozent (derzeit 74 Prozent) zwischen Facharbeiterecklohn und der untersten Hilfsarbeiter-Lohngruppe.



zichten, die Entscheidungen der Volksvertretung herabzusetzen“ (der Dithmarscher Landrat Buhse). Zwar ist der Landkreistag auch gegen Bundesgesetze, die den Kreisen und Gemeinden zusätzliche Kosten aufbürden, ohne sie finanziell besser auszustatten, aber fordert nicht die notwendige Finanzhoheit für die Kreise und Gemeinden. Seine Hauptsorge ist seine demokratische Fassade. Schon warnt er vor möglicher „Resignation jener Bürger, die bereit sind, ein kommunales Mandat zu übernehmen“.

b.mah. **Veranstaltung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden mit Parteienvertretern.** Weber (FDP) und Petran (SPD) wurden mit konkreten Enthüllungen aus den Reihen der 60 anwesenden Zivildienstpflichtigen angegriffen, wie der verhinderten Ersetzung Festangestellter durch ZDL beim SPD-nahen Arbeiter-Samariter-Bund. Weber wurde angegriffen, weil er als Dienststellenleiter im CVJM keine Mieterstattung zahlt. Er und Petran gerieten so in Bedrängnis, daß sie einer Resolution zustimmen mußten, die sich praktisch gegen die Politik ihrer Parteien und das Zivildienstgesetz richtet: Demnach wollen sie sich z.B. einsetzen für jederzeitiges Verweigerungsrecht durch einfache Willenserklärung, gegen Einsatz von ZDL anstelle Festangestellter, gegen Kasernierung, für Recht auf eigene Wohnung und Zahlung der vollen Miete aller ZDL. – Zum Friedensvertrag und Abzug der fremden Truppen sagte Weber: Die Truppen trügen zur Stabilität bei, wenngleich Stabilität des Schreckens. Petran: Die Supermächte hätten kein Interesse am Friedensvertrag. Die SU müßte mit Aufweichung ihres Machtbereichs rechnen. Die Forderungen seien nicht mehr aktuell.

b.wal. **Die Studenten der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) haben am 7.5. für einen Tag gestreikt.** Anlaß war das 6. Bafög-Änderungsgesetz, in dem das Förderungsalter von 35 auf 30 Jahre gesenkt wurde. Die HWP-Studenten kommen vom 2. Bildungsweg und sind somit älter als viele andere. Bisher wurden die meisten von ihnen gefördert, das hat sich schlagartig geändert. In ihren Flugblättern forderten sie zudem eine Erhöhung des BAFöG und eine ASTA-Delegation verlangte vom Hochschulamt, daß es sich für eine Änderung der Regelung einsetzt.

r.gör. **Niedersächsische Landesregierung berichtet über Erfahrungen mit polizeilichen Kontaktbeamten.** Eingeführt wurden Kontaktbeamte der Polizei in Niedersachsen am 1.3.1978 in Städten mit mehr als 20000 Einwohnern. Ihre „tatsächliche Dienstzeit ist zu zwei Dritteln in Form von Streifen, Posten oder Sprechstunden abgeleistet worden.“ „Anfänglich zum Teil vorhandene Hemmschwellen sind überwunden; lediglich die Kontaktaufnahme zu sozialen Randgruppen und zu Jugendlichen bedarf noch sorgfältiger Pflege, um Voreingenommenheit und Zurückhaltung abzubauen.“ Nur in 12960 Fällen allerdings „suchten Bürger ihren Kontaktbeamten in der Sprechstunde auf. Wünschenswert wäre eine Steigerung der Besucherzahlen.“ Also doch kein so rosiges Bild für die Landesregierung. Darum ist auch nicht vorgesehen, die Zahl der Kontaktbeamten zu erhöhen, sondern: „Priorität bei künftigen schutzpolizeilichen Personalverstärkungen genießen zur Erhöhung der Flächen- und Dauerpräsenz die Polizeistationen und alle rund um die Uhr besetzten Dienststellen.“

b.stk. **In Segeberg fand am 10.5. eine öffentliche Vereidigung von Rekruten**

Eltern greifen zur Selbsthilfe, um die Verpflegung ihrer Kinder in den Schulen zu sichern

r.wir. Die Verpflegung zumindest der Oberstufenschüler *in den Schulen* wird zu einer immer dringenderen Notwendigkeit. Durch die Oberstufenreform und die Einführung der 5-Tage-Woche wurde die Arbeitszeit der Schüler immer mehr auf den Nachmittag ausgedehnt. Der Stundenplan eines Schülers im Vorsemester des Aufbaugymnasiums Krausestr. sieht z.B. folgendermaßen aus: Montag: 8 – 15 Uhr, Dienstag: 8 – 14.15 Uhr, Mittwoch: 8 – 14.15 Uhr, Donnerstag: 9.55 – 14.15 Uhr, Freitag: 8 – 12.35 Uhr. Der Einzugsbereich dieses Gymnasiums umfaßt ganz Hamburg und das Hamburger Umland. Eine Schülerin ist z.B. von 6.45 Uhr bis 15.30 Uhr außer Haus. An der Gesamtschule Horn geht die Unterrichtszeit von 8 – 15.10 Uhr, an der Gesamtschule Steilshoop sind die Schüler bei einer 40-Std.-Woche in der Regel bis 16 Uhr in der Schule. Die Schüler in den Berufsschulen haben 35 Unterrichtsstunden pro Woche. Die Unterrichtszeit an der Gewerbeschule 5 dauert z.B. von 8.15 bis 14.30 oder bis 15.15 Uhr. Die Schüler an den Berufsschulen kommen aus ganz Hamburg, aus dem Hamburger Umland, z.T. aus Lüneburg, Uelzen, Stade, Cuxhaven. Dennoch gibt es für die meisten dieser Schüler keine Möglichkeit, sich mit warmem Mittagessen zu versorgen. Der Senat verweigert mit der Begründung, diese Schulen seien keine Ganztagsschulen, die Einrichtung von Kantinen und die Bezuschussung des Mittagessens. Eltern und Schüler greifen zunehmend zur Selbsthilfe. Einige Beispiele:

Walddörfer Gymnasium
Infolge der Oberstufenreform nahm der Nachmittagsunterricht zu. Schüler gingen in Freistunden nach Hause, um schnell zwischendurch zu essen. Die Zeit war zu knapp. Daraufhin richteten die Eltern eine Cafeteria ein. Sie wird von 2 bis 3 Müttern täglich betreut. Die Mütter wechseln sich ab. Auf Klassenelternabenden werden die Eltern vom Elternrat um Unterstützung gebeten. Ein Ausschuß von einigen Eltern ist für den Einkauf verantwortlich. Die Einrichtung der Küche besteht aus einem Herd mit Kochplatten, einem Backofen, Tiefkühltruhe, Kühlschrank und Büffet; sie wurde über den Elternverein finanziert. Kaufen kann man Tomatensuppe, Fleisch, Steaklets zwischen Brötchenhälften gelegt, Hawaiitoast, belegte Brötchen für 30 Pfennig, Säfte, Kaffee, Milch, Tee. Von 12 – 14 Uhr ist geöffnet. Der Andrang ist groß. Deshalb wurde den Unterstufenschülern die Benutzung der Cafeteria in der großen Pause, in der die Oberstufenschüler kommen, untersagt.

Gymnasium Glückstädter Weg
Seit ca. einem halben Jahr betreiben die Eltern eine Cafeteria, die sie aufgrund der Auswirkungen der Oberstufenreform forderten. Sie war zunächst nur für die Oberstufe geplant, wird aber von allen Schülern benutzt. Es existiert eine Küche mit Herd und Kaffeemaschinen. Geöffnet ist von 11.15 bis ca. 14.30 Uhr. Der Andrang ist sehr groß. Es gibt einen regelrechten Kampf um's Essen. Kein Lehrer will in der Cafeteria Aufsicht machen. Durch das lange Schlangestehen kommen häufig Schüler zu spät in den Unterricht. Auf Vorschlag der Mütter geben die Klassen jetzt Bestellungen auf, so daß einer für die ganze Klasse einkauft. Das ist allerdings kaum praktizierbar. Kaufen kann man Würstchen (80 Pf.), Frikadelle mit Brötchen (80 Pf.), Negerkußbrötchen (40 Pf.), trockene Brötchen (20 Pf.), Milch, Vanilletrunk, Kakao, Kaffee und Tee. Die Ausgabe eines richtigen Mittagessens scheitert an zu großem Arbeitsaufwand und fehlender finanzieller Unterstützung durch die Schulbehörde.

Gymnasium Ohlstedt
Seit Mitte April wird von Müttern, unterstützt vom Elternrat, von Montag bis Donnerstag ein richtiges gut schmeckendes Mittagessen ausgegeben. Unten in der Aula gibt es eine Art Bar, die für die Essensausgabe genutzt wird. 60 – 80 Schüler vor allem aus der Oberstufe essen dort. Das Essen wird von Müttern außerhalb der Schule selbst gekocht und in der Schule auf einer Herdplatte warmgehalten. Angeboten wird jeden Tag ein anderes Gericht. Der Preis beträgt 1,50 DM, mit Nachtisch 2 DM. Im Eßraum stehen Blumen auf den Tischen. Für die 3 bis 4 Mütter, die täglich im Wechsel die Schüler mit Essen versorgen, bedeutet das viel unentgeltliche Arbeit: Einkauf, Kochen, Transport, Essenausgabe, Kasse, Abwasch und Aufräumen.

Gymnasium Blankenese
Im Keller steht den Eltern ein kleiner Raum zur Verfügung. Ausgegeben werden Dosensuppen, Würstchen, Milchkaltschalen, also Speisen, die nicht so großen Arbeitsaufwand erfordern. Direkt gegenüber der Schule ist eine Behördenkantine, in die auch Oberstufenschüler gehen. Je nach Gericht betragen die Preise 3,50 bis 5,50 DM. Lehrer erhalten 1,50 DM Zuschuß pro Essen in Form von Essenmarken, wenn sie aufgrund dienstlicher Verpflichtungen länger als 8 Stunden in der Schule sein müssen. Die Schüler erhalten nichts.

Der Landesausschuß für berufsbildende Schulen führt zur Zeit eine Fragebogenaktion durch, in der nach der Größe der Kantine, dem Angebot (gibt es warmes Mittagessen?) und den Preisen gefragt wird. Diskutiert wird die von der Gewerbeschule 14 aufgestellte Forderung nach Anerkennung der Berufsschule als Ganztagsschule.



Forderung der Schüler der Gewerbeschule 14 auf der Jugenddemonstration am 1.2.1980 in Hamburg.

„Quadratur des Kreises"

b.sul. Die erfolgreiche Aktion von 15000 gegen die Öffentliche Vereidigung in Bremen hat die Bourgeoisie Gift und Galle spucken lassen. „...Tapferkeit, Freimut, Dienst- und Opferbereitschaft sind Tugenden, ohne die eine Armee ihren Auftrag nicht erfüllen kann. Sie in einer Gesellschaft zu bewahren, die ihnen indifferent bis ablehnend gegenübersteht, das kommt der Quadratur des Kreises nahe." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5.)

Durch Angriff auf den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung will sich die Bourgeoisie an diese unlösbare Aufgabe machen. „...KBW Mitglieder dürfen Richter, Staatsanwälte, Polizisten, auch Lehrer werden. Jeder Einzelfall werde geprüft, sagt die Regierung. Prüft so lange, bis der KBW uns allen das Prüfen unmöglich macht." (Bild Hamburg, 9.5.) „...Der Landesausschuß Hessen der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund hat gestern in einer Resolution die Politiker aufgefordert, jetzt endlich den lange überfälligen Verbotsantrag gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) zu stellen..." (Die Welt, 9.5.) In der gegenwärtigen Lage war offensichtlich kein Politiker für eine solche Äußerung zu finden.

„Sechs Anarchisten halten seit gestern, 23 Uhr, die St. Georg-Kirche besetzt. Unter ihnen befindet sich nach Angaben der Polizei auch die seit langem als Terroristin gesuchte Mitbegründerin der Roten Armee Fraktion (RAF), Susanne Lambrecht... Nach ersten Ermittlungen der Staatsschutzabteilung der Polizei besteht zwischen der Kirchenbesetzung in St. Georg und den jüngsten Krawallen am Bremer Weserstadion ein Zusammenhang." (Hamburger Abendblatt, 9.5.) „...Dabei stellte sich heraus, daß unter ihnen nicht, wie von der Polizei vermutet, die KBW-Sekretärin Susanne Lambrecht, gewesen war..." (Hamburger Abendblatt, 10.5.) Die Polizei erklärte, nichts derartiges geäußert zu haben, das zuständige Gericht deckte die Springer-Presse wegen Bremen.

„...Schon heute ist die Basis der Partei weithin linker als deren Vertreter im Parlament ... Da sammeln sich Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Grüne, Alternative, Kernkraftgegner mit Kommunisten zur Aktion. Anlaß ist für sie immer da, wenn der Staat sich zeigt. ..." (FAZ, 10.5.) Die sich entwickelnde Selbständigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber der Politik der Regierung, das ist die Quadratur des Kreises für die Bourgeoisie.



Die Bourgeoisie will in Brokdorf noch vor den Bundestagswahlen weiterbauen

b.wiv. „Die industrielle Struktur im Raum der südlichen Westküste soll gestärkt werden. Das gilt insbesondere für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel, der sich bereits zu einem Schwerpunkt der Grundstoffindustrie in Schleswig-Holstein entwickelt." Das ist das Ziel der Landesregierung in der Neufassung des „Raumordnungsplanes für das Land Schleswig-Holstein" vom 11.7.79. Zu diesem Zeitpunkt standen in Brunsbüttel das Kernkraftwerk sowie riesige Chemiebetriebe der Firmen Sondea-Chemie, Kali-Chemie AG, ELF-Bitumen-Werk GmbH & Co, Veba Chemie AG, Schelde Chemie Brunsbüttel GmbH, Superfors A/S und Bayer. „Eine Menge weites Land liegt um Brunsbüttel", beklagen die KN Mitte April vermeintliche Stockungen in der „Ansiedlung". Auf einem Flug nach Australien (wo die Ruhrkohle AG größere Anteile an Kohlezechen besitzt) machte BP-Buddenberg mit dem Hamburger Finanzsenator Nölling und dem schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Westphal das nächste Projekt klar: eine Kohlevergasungsanlage für eine runde Milliarde Investitionskosten. „Wenn die BP bei uns ihre Steuern zahlt, dann ist das Ding gelaufen", meinte Westphal zum „Spiegel". Von wegen Steuern *zahlen:* 400 Mio. DM (mit den „Forschungszuschüssen" des Bundesinnenministeriums 500) Steuergelder sollen die Kompagnons Buddenberg (BP), Beitz (Krupp) und Bund (Ruhrkohle AG) für den Bau erhalten, dessen Kohlenmonoxid-, Kohlendioxid- und Schwefeldioxidemissionen denen eines großen Kohlekraftwerkes entsprechen. Genau 150 Arbeitsplätze werden „geschaffen".

Ein entscheidender Punkt für die Profitabsichten der Betreiber ist dabei die Versorgung mit *reichlichem* und *billigem Strom.* Landesregierung, Hamburger Senat und Bundesregierung wollen jetzt den Bau des KKW Brokdorf weiterbringen, denn: „Kernenergie und Importkohle halten die NWK unter Strom" (KN 30.4.), vor allem nachdem das KKW Unterweser seinen Betrieb aufgenommen hat, und ermöglichten eine Dividende von 14%.

Kaum haben die Klägergemeinden und die Bauern aus der Gegend um Brokdorf ihre Berufung gegen das „Brokdorf-Urteil" des Verwaltungsgerichts Schleswig eingereicht, heißt es: „Oberverwaltungsgericht hält den Baustopp in Brokdorf für gegenstandslos" (KN, 15.5.) – trotz Berufung. Die Landesregierung will erst die „Signale" aus Bonn und Hamburg abwarten. Was die Landes-SPD betrifft, die neuerdings viel in Gemeinsamkeit mit der Landesregierung macht, kommentieren die KN: „Bei einer positiven Entscheidung (Hamburg und Bonn, Red.) vor der Bundestagswahl dürfte der sozialdemokratische Aufschrei gedämpfter ausfallen als danach."

Die Absichten liegen deutlich auf der Hand, der Kampf gegen diese Absichten aber ist zersplittert. Die Bundesjugendkonferenz der IG Metall hat einen Beschluß gegen die Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke und für die Stillegung der laufenden gefaßt, die Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Nordwest einen ebensolchen auf der ÖTV-Delegiertenkonferenz im Januar 1980 eingebracht. In den Gewerkschaftsgremien können im Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung zweifellos weitere Fortschritte gemacht werden. Ebenso in der Unterstützung der Gemeinden und Bauern bei der politischen Vorbereitung der Berufung wie in der Unterstützung ihrer seit Jahren geführten Kämpfe gegen die Auswirkungen der Konzernansiedlungen (Grundwasserabsenkungen, Grundbrüche, Mülldeponien usw.).

Nur unter starkem Polizeischutz konnte Innenminister Barschel bei der Einweihung des von der NWK gebauten Schwimmbades in Brokdorf behaupten, dies sei kein Trostpflaster für das Kernkraftwerk. Es hat dabei großen Krach gegeben, der zunehmen wird, denn bei ihren Rechtfertigungsreisen zu den Bundestagswahlen werden die bürgerlichen Politiker zur Rede gestellt.

statt. Schüler des Gymnasiums in Segeberg hatten eine Gegendemonstration angemeldet, die vom Bürgermeister verboten worden war. Trotz starken Polizeiaufgebotes wurden während der Reden vom Kompaniechef und dem Bürgermeister auf Vorschlag des KBW die Forderungen: Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des II. Weltkrieges, BRD raus aus der NATO, Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, gerufen und ein Bildtransparent mit diesen Forderungen entrollt. An dieser Aktion beteiligten sich 50 bis 60 Leute, darunter viele Schüler. Zu der Vereidigung waren 2000 Zuschauer gekommen. In Schleswig sollte am 13.5. eine öffentliche Vereidigung stattfinden, die dann von der Bundeswehrführung kurzfristig abgesagt und zwei Tage vorher während einer Übung intern durchgeführt wurde. In Schleswig hatte sich vorher schon eine Aktionseinheit gegen die Vereidigung gebildet.

b.mos. **Auf der Vollversammlung der Uni am 12.5. wurde eine landesweite Demonstration und ein Aktionstag gegen die Politik von Landesregierung und KuMi beschlossen.** Im Mittelpunkt sollen die Forderungen und Auseinandersetzungen an den Fachbereichen gegen die Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen stehen. Mit Schülern, Lehrern und Gewerkschaften sollen Aktionseinheitsverhandlungen aufgenommen werden.

b.abc. **Hamburg, 11.5.80. Studienreformvorschlag Physik wird abgelehnt.** Der SRA Physik hat einen Studienreformvorschlag vorgelegt, der das Studium straffen will. Dagegen haben Fachschaftsrat und Studentenvertreter im FBR eine Stellungnahme vorgelegt. Herausgearbeitet wird, daß der Vorschlag nicht mit den Interessen der Studenten übereinstimmt und aus diesem Grund abgelehnt werden muß. Im Grundstudium sollen semesterbegleitende Klausuren und mündliche Prüfungen eingeführt werden. Im Hauptstudium ist die Erhöhung der Scheinzahl beabsichtigt. Außerdem ist die Erhöhung der SWS pro Semester von 15 auf 21 vorgesehen. „Wir lehnen das erhöhte Prüfungsvolumen ab. Durch die ständigen Prüfungen wird das ganze Grundstudium auf den Zyklus Lernen-Prüfen-Vergessen ausgerichtet." Die Stellungnahme soll auf einer VV beraten werden.

Veranstaltungskalender

Ehrenbergprozeß gegen Susanne Lambrecht – Ehrenberg fühlt sich durch Karikatur beleidigt
Hamburg, 19.5.80, 13.00 Uhr, Fortsetzung 21.5.80, 13.00 Uhr, Amtsgericht Altona, Max-Brauer Allee 91, Sitzungsraum 201

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica
Flensburg, 21.5.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Arbeitskreis Chemie/Druck
Freitag, 23.5.80, 19.00 Uhr, Hamburg, Eimsbüttler Krug.

Arbeitskreis Bauindustrie
Freitag, 23.5.80, Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21.

Arbeitskreis metallverarbeitende Industrie
Flensburg, Appenrader Hof, Appenrader Straße, 10.00 Uhr, 26.5.80;
Kiel, 26.5.80, 13.00 Uhr, Ellerbecker Kegelbahn, Kiel;
Hamburg, 26.5.80, 10.00 Uhr, Eimsbüttler Krug.

Arbeitskreis Öffentlicher Dienst
Flensburg, 26.5., 10.00 Uhr, Appenrader Hof, Appenrader Straße;
Kiel, 26.5., 17.00 Uhr, Ellerbeker Kegelbahn, Kiel;
Hamburg, 26.5., 15.00 Uhr, Eimsbütteler Krug.
Die Arbeitskreise behandeln folgendes Thema: Einführung in die Steuerberechnung: Rechenmethoden, die der Lohnsteuertabelle von 1980 zugrunde liegen; Berechnung der Steuerforderung „Erhöhung des allgemeinen Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes".

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Mittwoch, 19.00 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6.
Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark.

Sportkurs Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße.

Zeichenkurs
Hamburg, 23.5.80, 18 Uhr, Thema: Renaissance in Deutschland, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a.


Kommunistische Volkszeitung
Die deutschen Bauernkriege

Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion
KVZ – Kommunismus und Klassenkampf – Quellenhefte Reihe Deutsche Geschichte
Best.-Nr. 1753 / Preis: 1,50 / 32 Seiten

Rationalisierungen bei VAW Neumünster: Arbeitsbedingungen müssen abgesichert werden

b.stk. Der VAW-Konzern ist der größte Aluminiumhersteller in Westdeutschland, in der Herstellung von Hüttenaluminium nahezu ohne bedeutende Konkurrenz auf dem inländischen Markt. Anders sieht es dagegen auf dem Halbzeugmarkt aus, wo vor allem die US-Konzerne wie Reynolds, Ritter, Alcan im Nacken sitzen. Das liegt vor allem daran, daß die VAW-Kapitalisten in diesem Bereich auf einem total veralteten Produktionsapparat sitzen, so daß trotz einer hohen Ausbeutungsrate die Preise teilweise unter den Produktionskosten liegen.

So ist im Werk Neumünster jede zweite Maschine älter als 15 Jahre. Die Ausfallquote ist entsprechend hoch und eine Intensivierung der Arbeit läßt sich so kaum noch erreichen. Deshalb gehen die VAW-Kapitalisten daran, den Maschinenpark vollständig zu modernisieren, wobei sie unter Hinweis auf gefährdete Arbeitsplätze 25% Investitionsförderung von der Landesregierung kassieren.

In der Profilweiterbearbeitung haben sie zwei NC-gesteuerte Fräsen und drei Spezialbohrautomaten angeschafft. Damit können verschiedene Arbeitsgänge in einem Durchgang gemacht werden, und die Umrüstzeiten werden kürzer, was wichtig ist, da keine großen Serien gefahren werden. In der Butzenabteilung (Butzen sind Aluminiumscheiben, aus denen Tuben, Dosen usw. gepreßt werden) werden zur Zeit zwei elektronische Automatikstanzen aufgestellt, die die dreifache Kapazität der alten Stanzen haben (bis zu 800 Hübe/min). Dazu soll in diesem Jahr noch eine automatische Butzensortieranlage, wie sie von Siemens auf der Hannovermesse ausgestellt wurde, gekauft werden. Und um genügend Nachschub an Alubändern, aus denen die Butzen gestanzt werden, zu haben, soll auch eine Bandgießanlage aufgestellt werden.

Weiter ist eine neue Eloxalanlage aufgestellt worden. Bislang wurde das Eloxieren von Fremdfirmen gemacht, so daß jetzt auch hier Transport- und Verpackungskosten wegfallen. Im Fließpreßwerk, wo Hülsen für Granaten und Munition hergestellt werden, sollen neue Pressen angeschafft werden. Zur Erfassung der Produktionsabläufe und -mengen als auch der Leistung der einzelnen Arbeiter sind Bildschirmgeräte angeschafft worden. Die Arbeiter müssen dazu nach jeder Tätigkeit Karten ausfüllen mit Angabe der Maschinennummer, Werkzeugnummer, Stückzahl und Uhrzeit. Die VAW-Kapitalisten wollen darüber die Arbeit intensivieren durch genauere Planung der Produktionsabläufe, Vermeidung von unnötigen Wartezeiten und Transportarbeiten, Kürzung von Vorgabezeiten für Akkordarbeiter bzw. Prämiensenkung bei den Zeitlöhnern.

Soll die Einführung neuer Maschinerie nicht zu einem Hebel der Intensivierung der Arbeit und der Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit werden, so müssen dringend einige Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden. Der Betriebsrat hat jetzt den Vorschlag zu einer Betriebsvereinbarung für die Arbeit an den Bildschirmgeräten vorgelegt, der folgende Punkte beinhaltet: Beschränkung der täglichen Arbeitszeit an den Bildschirmgeräten auf höchstens 4 Stunden, stündlich 10 Minuten bezahlte Pause, regelmäßige ärztliche Untersuchung der betroffenen Kollegen während der Arbeitszeit und auf Kosten der Kapitalisten, doppelte Besetzung der Bildschirmgeräte.

gekauft werden. Und um genügend | setzung der Bildschirmgeräte.

HAW: Hartnäckig verteidigen die Hüttenarbeiter ihre erkämpften Pausen

b.güt. 14.00 Uhr. Schichtwechsel in den Elektrolysehallen bei den Hamburger Aluminiumwerken. Seit 5 Minuten schon warten die Vorarbeiter, daß die Arbeiter sich ihre Anweisungen holen. Um 14.00 Uhr kommen die Arbeiter aus dem Pausenraum. Sie holen ihre Anweisungen und gehen in die 600 m langen Hallen.

In 3 Elektrolysehallen sind je 90 Elektrolyseöfen aneinandergereiht. Ein Ofenmann muß auf einer Strecke von 200 m 30 Öfen kontrollieren und bedienen. In jeder Hälfte einer Halle arbeiten 2 Arbeiter an einem Brückenkran. Sie müssen die Brennstäbe (Anoden) wechseln und das Metall aus den Öfen saugen. Beim Anodenwechseln muß der Kranuntermann die 20 kg schweren Bleche von den Ofenseiten wuchten. Mit einem am Kran befestigten Hammer wird dann die Kruste auf der Schmelze aufgehauen und die Anoden mit dem Kran rausgezogen. Zwischen den Öfen herrscht bei geschlossenen Klappen 55 Grad, bei geöffneten 70 Grad. Das Atmen fällt schwer bei der Arbeit, da Schwefeldioxid und Fluorwasserstoff frei werden. Herumwirbelnder Aluminiumoxidstaub (der Rohstoff, der so fein ist wie Puderzucker) befindet sich ständig in der Luft. Oft in einer Konzentration, daß man den Kran nicht mehr sehen kann. Ist die neue Anode eingehängt, wird der Ofen wieder abgedeckt und die Arbeit beginnt am nächsten Ofen erneut. 15 Anoden müssen gewechselt werden.

Die Arbeiter gehen im Akkordtempo vor, um schnell von den Öfen wegzukommen. Treten keine Komplikationen auf, sind sie in 2 Stunden mit dieser Arbeit fertig. Äußerste Schwierigkeiten gibt es, wenn die zu wechselnde Anode in kleine Stücke zerbrochen ist. Dann müssen die Arbeiter mit Eisenstangen die Anodenstücke aus der glühenden Schmelze fischen. Die Schmelze hat 900 Grad. Die Arbeiter können sich davor nur wenige Sekunden aufhalten und müssen in kurzer Zeit versuchen, die schwimmenden Stücke zu erwischen. Das ganze kann bis zu 1 Stunde dauern.

Gegen diese z.T. mörderischen Arbeitsbelastungen, die durch die Schichtarbeit noch verstärkt werden, haben sich die Arbeiter in der Elektrolyse Pausen erkämpft, die sie bislang immer erfolgreich gegen die Kapitalisten verteidigt haben. Ist das Anodenwechseln beendet, machen sie Pause bis zur Schichthälfte. Das sind dann mitunter 1 bis 2 Stunden. 1 Stunde Pause wird aber mindestens gemacht, auch von den Ofenleuten. Es kann sein, daß während einer Schicht 4 Stunden gearbeitet wird und 4 Stunden Pause gemacht werden.

Laut Arbeitszeitordnung und Manteltarifvertrag der IG-Chemie steht Schichtarbeitern eine Pause von einer halben Stunde zu, die die Kapitalisten je nach Arbeitsbedarf auch noch in Kurzpausen zerstückeln können. Gegen die Elektrolysearbeiter konnten die HAW-Kapitalisten das nie durchsetzen. Die Arbeiter haben der Betriebsführung Grenzen gesetzt, die sie hartnäckig verteidigen. Zuletzt Ende 1978 hat die Betriebsführung versucht, den Arbeitern zusätzliche Arbeit aufzudrücken. Sie sollten die Ofenbleche reparieren, was bislang eine Fremdfirma gemacht hatte. Die Arbeiter haben das verweigert und durch Aktionen ,,langsam arbeiten" haben sie sich durchgesetzt.

Jetzt unternimmt die Betriebsführung einen erneuten Versuch, den Arbeitstag zu verdichten. Die Arbeitszeitverkürzung bei Kontischicht von 42 auf 40 Stunden bringt im Jahr 13 zusätzliche Freischichten. Die Arbeit, die auf diese Schichten fällt, will die Betriebsführung in die Pausen pressen. Die Arbeiter sind sich schon einig, daß sie das abwehren müssen. Sie beraten, erneut eine Aktion ,,langsam arbeiten" durchzuführen. Gegen die Ruinierung ihrer Arbeitskraft durch Kontischicht und äußerst strapaziöse Arbeitsbedingungen setzen die Arbeiter zunächst den Kampf um Pausen. Der Kampf gegen die Schichtarbeit insgesamt entwickelt sich zunehmend. Der VK von HAW hat am 1. Mai die Forderung: ,,Verbot der Nachtarbeit, Ausnahmen nur mit Genehmigung von Gewerkschaft und Betriebsräten" getragen.



Arbeit am Elektrolyseofen. Eine Störung wird beseitigt. Mit langen Holzstangen werden Blasen, die sich im Ofen gebildet haben, zerstochen.

Nach 40 Jahren Arbeit sollen gefälligst die Kapitalisten die Rente zahlen!

b.led. Am 13.5. fand auf Einladung des Frauenausschusses der IG Chemie Harburg eine Veranstaltung statt – Thema: ,,Rentenversicherung, unter besonderer Berücksichtigung der Fragen, die für Frauen von Bedeutung sind." Referent war Joachim Steffens vom DGB. 20 Frauen, fast ausschließlich Arbeiterinnen von Phoenix, waren gekommen und auch eine Schülerin war da. Die viel zu niedrigen Renten wurden angegriffen: 775 DM durchschnittlich gezahlte Rente aus der Arbeiterrentenversicherung, 502 DM durchschnittliche Witwenrente und die unterschiedliche Bemessungsgrundlage für Renten in der Industrie und im Öffentlichen Dienst – erhoben wurde die Forderung nach einheitlicher Versicherung für alle Lohnabhängigen in Selbstverwaltung und Zahlung einer Rente in Höhe von 90% des Nettolohns eines vergleichbaren Arbeiters. Eine Arbeiterin, die seit 41 Jahren in der Fabrik arbeitet, berichtete von ihrem Betriebsunfall vor 12 Jahren: sie wurde für Akkordarbeit an eine Maschine gestellt, von der sie wußte, daß sie kaputt war. Sie mußte trotzdem daran arbeiten – ein Finger wurde ihr dabei abgequetscht, an der Hand erlitt sie starke Verbrennungen und kann sie seitdem nicht mehr vollständig bewegen. Weil sie deshalb nicht mehr im Akkord arbeiten kann, hat sie 300 bis 400 DM weniger Lohn im Monat, die Kapitalisten zahlen weder Lohnausgleich noch zahlt die Berufsgenossenschaft Unfallrente. Abgemacht wurde, daß denen hinterbliebenen gestiegen werden muß, die zahlen sollen. Der Referent forderte auf, die betrieblichen Kranken- und Rentenversicherungen zu untersuchen und herauszufinden, was die Kapitalisten mit den Rücklagen machen. Die Ansicht des Referenten, die Wehner-Reform der Hinterbliebenenversorgung sei günstig, wurde nicht geteilt: einige bekommen ein bißchen mehr, die Frauen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und mehr als ⅓ der Renten ihres Mannes an eigener Rente beziehen, bekommen die Rente drastisch gekürzt.

Kähler: Mit einem Betriebsmann werden die Erfolge noch größer sein

b.gem. Anfang des Jahres waren auf Drängen der Gewerkschaft Berufsgenossenschaft und Gewerbeaufsichtsamt in der Maschinenbaufirma Kähler, Norderheistedt. Inzwischen sind einige der Beanstandungen beseitigt worden. So sind die Gasarmaturen für Acetylen ausgewechselt, einige elektrische Leitungen neu gelegt, Steckdosen ausgewechselt und Sicherheitsschuhe bei einer Eigenbeteiligung von 10 DM angeschafft worden. Trotz alledem muß immer noch geschweißt und geflext werden, während gleichzeitig lackiert und mit Nitroverdünnung gearbeitet wird. Der Krankenstand ist immer noch hoch, weil die Halle von allen Seiten offen ist und Fenster und Türen mit Blechtafeln notdürftig verschweißt werden. Jede Verbesserung und sei es auch nur die geringste konnte nur nach langwierigen und hartnäckigen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden.

Dabei fällt immer deutlicher auf, daß die Arbeiter eine Interessenvertretung brauchen, einen Betriebsobmann. Das gilt sowohl für die Unfallverhütungsvorschriften und -verordnungen (z.B. Arbeitsstättenverordnung) als auch für die Einhaltung der Tarifverträge und den Abschluß von Betriebsvereinbarungen. Einige Kollegen forderten die Gewerkschaft auf, eine Betriebsratswahl zu organisieren. Der Handwerksmeister äußerte sich erst zu den Vorschlägen einer Betriebsversammlung, als ihm mit Gericht gedroht wurde. Dann bat er um die Verschiebung der Termine wegen angeblicher Beteiligung von Kollegen an der Hannovermesse. Eine generelle Zustimmung konnte erst erreicht werden, nachdem der Gewerkschafter der IGM persönlich mit dem Meister gesprochen hatte. Die IGM hat die Betriebsversammlung nun auf den 3. Juni gelegt.

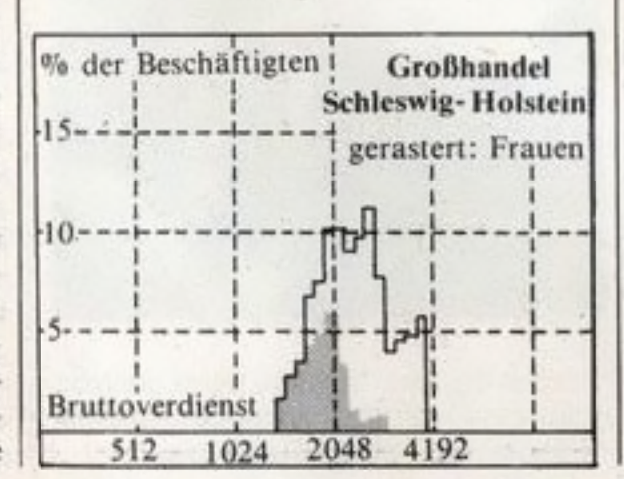
Die Dringlichkeit eines Betriebsobmanns ist jetzt auch bei der Urlaubsfrage akut geworden. Kähler verweigert einigen Kollegen den Urlaub mit der Begründung, es würden Betriebsferien gemacht. Weder besteht aber ein Urlaubsplan bis 1. März noch gibt es eine Betriebsvereinbarung bis zum 1. Februar. Die Termine des Manteltarifs hält Kähler für eine Kannbestimmung, die ihn nicht interessiert. Die Kollegen haben ihren Urlaub im Büro eintragen lassen und werden dann auch fahren. Die Einhaltung des Achtstundentages interessiert Kähler auch nicht. Mit einem Betriebsobmann werden sich die Kampfbedingungen erheblich verbessern.

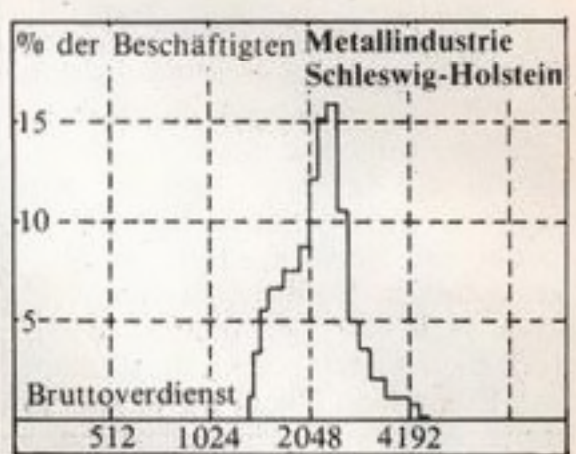
Tarifkündigung im Großhandel in

Tarifkündigung im Großhandel in Schleswig-Holstein am 31. Mai

b.dam. Am 31.5. wird der Lohn- und Gehaltstarif für die 36458 Beschäftigten (Februar 79) des Großhandels Schleswig-Holstein gekündigt. Die Gefahr ist, daß die Tarifabschlüsse bei dem niedrigen Organisationsgrad dieser Branche und der Zersplittertheit in den Betrieben unter denen von Metall liegen. Die HBV geht tariflos in die Verhandlungen hinein, da sie 1979 dem 3,96%-Abschluß der DAG nicht zugestimmt hat. Die jetzige Forderung, die die HBV noch nicht veröffentlicht hat, hat ein Volumen von 11,1%, dazu Strukturverbesserungen in den unteren Lohngruppen (ca. 12%). An den beiden Schaubildern kann man sehen, wie wichtig die tarifliche Absicherung einer hohen Forderung vor allem für die unteren Lohngruppen ist. Da nur die Zahlen für die Angestellten zur Verfügung standen, haben wir die Gehälter des Großhandels mit den Löhnen und Gehältern der Metallindustrie Schleswig-Holstein verglichen. Falsch wäre es gewesen, sie nur mit den Angestellten Metall zu vergleichen, da es einen weitaus größeren Prozentsatz Antreibergehälter beziehen als die Angestellten des Großhandels, die im wesentlichen arbeiten. Hätte man die Löhne noch dazugenommen, wäre der Unterschied in den Verteilungen noch deutlicher, aber auch so ist auffällig, daß ein großer Teil der Großhandelsgehälter unter den Löhnen Metall liegt. Den untersten Teil stellen die Frauen in den Gehaltsgruppen I und II dar, die in I Hilfsarbeiten leisten wie Abheften von Akten, Schreiben von Adressen, Vervielfältigen. Gehaltsgruppe II bedeutet Abfertigen der Post, einfache Ausgabe in einem Warenlager, Fakturieren, Lochen.

Schon 1970 war ein beträchtlicher Lohnunterschied zwischen Großhandel und Verarbeitendem Gewerbe vorhanden. Der Durchschnittslohn des Großhandels war damals 9539 DM im Jahr, der der Verarbeitenden Industrie 10389 DM. Die Gewerkschaft hat in den letzten Jahren 1977 und 1979 einige Strukturverbesserungen durchgesetzt, vor allem die Abschaffung der unteren Gehaltsgruppen bis zum 24. Lebensjahr. 1976 gab es noch Großhandelsgehälter von 555 DM. Dennoch sind die Verbesserungen, die 1977 mit 6,6%, 1978 mit 5,3%, 1979 mit 3,96% unter den Metallabschlüssen lagen, wenig entscheidend. Um die unteren Lohngruppen nicht weiter abzuspalten, ist das Durchsetzen der hohen Forderung und der Strukturverbesserungen notwendig.

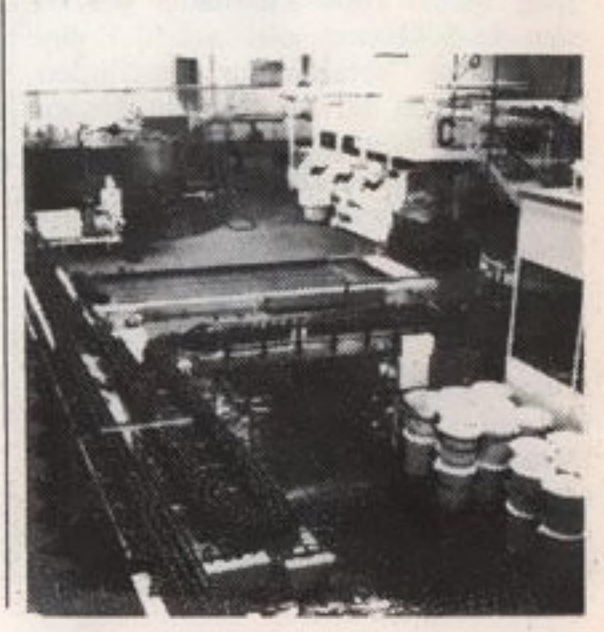




Tarifabschluß in der Brauindustrie Hamburg und Schleswig-Holstein bringt 150 DM auf den Ecklohn

b.loh. Am 13.5. wurde der neue Lohntarif für die Beschäftigten der Brauindustrie Hamburgs und Schleswig-Holsteins abgeschlossen. Alle Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden erhalten ab 1.5.80 7,04% mehr Lohn. Für die Lohngruppen 5 und 6 wurden zusätzlich Relationsverbesserungen (Lohngruppe 4) von 1,28% bzw. 1,38% vereinbart. Die Lohngruppe 5 erhält jetzt 105% und die Gruppe 6 110% vom Ecklohn. Die Kapitalisten hatten auf den letzten Verhandlungen am 7.5. nur 6,0% angeboten, mußten diesen Standpunkt aber schnell verlassen als es bei der ,,Bavaria" und der ,,Elbschloß" zu Aktionen kam um die Tarifkommission der NGG zu unterstützen. Der Abschluß ist gut und liegt etwas höher als bei Metall. Für den Ecklohn macht das 150 DM mehr. Nicht erreicht wurde die stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen. Ein Arbeiter in der Lohngruppe 3 z.B. erhält jetzt 139 DM mehr und kommt nun auf 2113 DM. Das wird den Zwang zur Überstunden- und Schichtarbeit nicht mindern.

Nach Angaben des ,,Statistischen Landesamtes Hamburg" war die Anzahl der Mehrarbeitsstunden in der ,,Brauerei und Mälzerei" von 1974 bis 77 von 3,2 auf 3,9 Stunden pro Woche gestiegen. 1978 sank sie auf 3,1 und ist 79 wieder gestiegen; und zwar auf 3,3 Stunden. Die Zahlen scheinen gering. Man muß jedoch bedenken, daß es Durchschnittswerte aller Arbeiter dieses Gewerbes sind und daß sie in den unteren Lohngruppen bestimmt höher liegen. Der durchschnittliche tarifliche Grundlohn bei der ,,Bavaria" liegt im Mai 79 bei 2105,57 DM, der durchschnittliche Effektivlohn bei 2610,30 DM. 504,73 DM liegt der Effektivlohn also im Durchschnitt über dem Grundlohn. Das sind 19,3% des Effektivlohnes, die im wesentlichen durch Überstunden- und Schichtarbeit hereingeholt werden. Durch die Überstunden- und Schichtarbeit wird die Arbeitskraft frühzeitig verschlissen. Ebenso dadurch, daß es den Kapitalisten gelingt, die Arbeit zu intensivieren. 1975 bzw. 76 wurden z.B. bei der ,,Bavaria" und der ,,Holsten" neue Abfüllanlagen eingeführt, mit denen 80000 Flaschen/Stunde gefüllt werden können (Bild). Der Arbeiter, der die leeren Flaschen kontrolliert muß jetzt statt 60000 Flaschen 80000 pro Stunde prüfen, ob sie gut gewaschen sind und keine Glasfehler haben und er muß die schlechten aussortieren. Neben der größeren Konzentration und Muskelkraft, die nun nötig sind, wirkt auch der größere Lärm auf ihn ein.



In 20 Jahren 75% der Hauptschulen aufgelöst

2760 Fahrtstunden für die Schüler im Kreis Ostholstein

b.cae. Auf der Schleswig-Holsteinischen Landtagssitzung vom 12.03.80 waren sich alle Fraktionen der bürgerlichen Parteien in ihrer Sorge um die schulische Ausbildung überraschend einig: Man wollte auch bei rückläufigen Schülerzahlen die kleiner werdenden Schulen möglichst erhalten, der Generalschulbauplan müsse jetzt angepaßt werden.

Die ganze Frechheit dieser Äußerungen läßt sich nur ermessen, wenn man die Bilanz aus der Schulpolitik der letzten 10 – 15 Jahre zieht. Unter Mitwirkung aller Parteien ist in diesem Zeitraum ein Schulsterben von beträchtlichem Ausmaß organisiert worden. Mit dem Ziel, den Zugriff auf die Ausbildung der Kinder und die ständige Kontrolle der Auslese nach den jeweiligen Anforderungen der Kapitalisten so früh wie möglich zu haben, ist der schulische Apparat völlig umgewälzt worden: Weg vom immerhin flächendeckenden Volksschulangebot in Form der ehemaligen Dorfschulen hin zur Zentralisierung in wenigen Orten und hin zum verstärkten Ausbau der Dreigliedrigkeit des Schulsystems. Haben die Massen schon sowieso die Last dieser Umwälzung in jeder Hinsicht zu tragen, so fallen erst recht in den ländlichen Gebieten ihre Folgen schwer ins Gewicht.

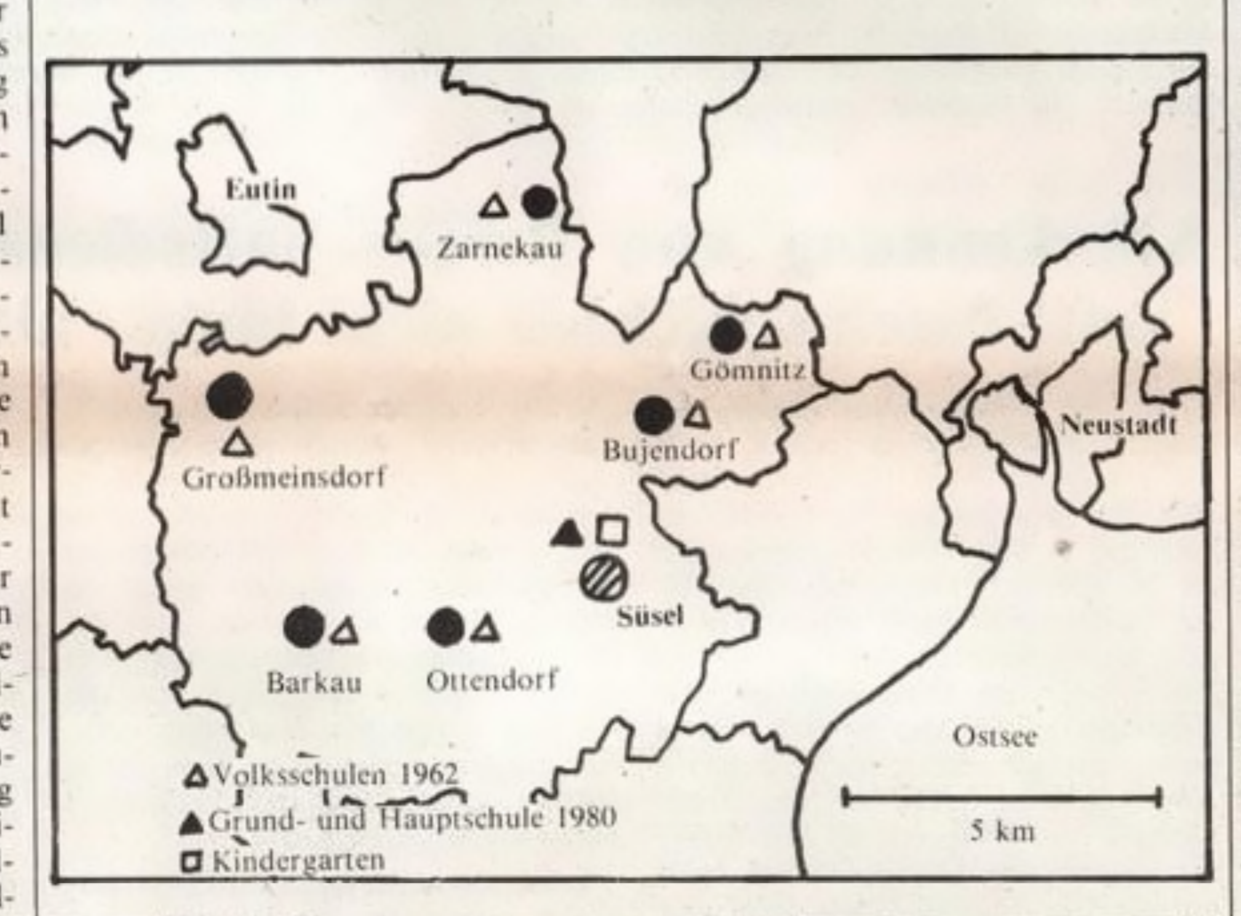
Durch Zusammenlegung der Kreise Eutin und Oldenburg, gegen die es beträchtlichen Widerstand in der Bevölkerung gab, entstand 1973 der Landkreis Ostholstein, heute mit einer Fläche von 1390 km² der viertgrößte in Schleswig-Holstein. Die Gebietsreform war ein Mittel zum Ausbau und zur Zentralisierung des Staatsapparates und hat so auch zur Beschleunigung des Schulabbaus geführt. Bestanden 1962 noch insgesamt 187 Schulen, darunter 165 Volksschulen, 7 Mittelschulen und 7 Gymnasien, gibt es heute 21 Grund- und Hauptschulen, 16 Grundschulen, 3 Hauptschulen, 14 Realschulen und 9 Gymnasien. 75% der ehemaligen Volksschulen sind demnach in dieser Zeit stillgelegt worden. Für die Landkinder und ihre Eltern schlagen sich diese Zahlen direkt um in einen erheblichen Mehraufwand an Arbeitszeit und Geld. Die weiten Wege zur nächsten Schule, die meist mit Schul- oder Linienbussen zurückgelegt werden müssen, bedeuten für die Schüler lange Fahrt- und Wartezeiten, oder die Eltern müssen eben sehen, ob sie ihre Kinder nicht im Privat-PKW zur Schule bringen können. Eine Berechnung auf der Grundlage der Kilometerleistungen von Linienbussen – Schulbusse sind wegen der vielen Haltestel-
busse sind wegen der vielen Haltestel-
len eher langsamer – ergibt eine tägliche Vernutzung der Arbeitskraft der Schüler in Ostholstein von 2760 Stunden. Die Rechnung ist knapp, die Zufahrtswege unzähliger kleinerer Dörfer konnte nicht mit einkalkuliert werden. Hinzu kommen die ohnehin schlechten Busverbindungen im Kreis.

Betrachtet man z.B. die Lage auf der Insel Fehmarn, wird vollends deutlich, wie sich die Schulauflösung praktisch auswirkt. Die wirtschaftliche Struktur Fehmarns ist gekennzeichnet durch die im wesentlichen in den Händen selbständiger Bauern befindliche Landwirtschaft. Die Dörfer, alle mit jeweils etwa gleicher Einwohnerzahl, sind gleichmäßig über die Insel verstreut. 1962 gab es hier noch 25 Volkschulen, davon eine in der Stadt Burg, wo auch die Realschule steht. Im Schuljahr 77/78 waren noch ganze 2 Grund- und Hauptschulen zu verzeichnen, eine in Burg, eine im Westen der Insel. Außerdem existieren noch zwei Grundschulen. Es ist klar, daß sich diese Verhältnisse in einer Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen ausdrücken müssen. Bei den Schülern über den ausgedehnten Schulweg sowieso, bei den Eltern über die zusätzlichen Kosten für Fahrten und Verpflegung. Können die Massen in bäuerlichen oder handwerklichen Verhältnissen die Versorgung ihrer Kinder noch organisieren, da sie die Produktionsmittel – zumindest formal – noch in der Hand haben, treten bei Arbeiterfamilien unlösbare Probleme auf. Im Kreisentwicklungsplan von 1974 ist eine Steigerung der Frauenarbeitsplätze von 21425 1970 auf 25813 1985 vorgesehen, es sollen mehr Frauen in die Produktion gezogen werden. Aber schon seit langem ist die Versorgung der Schulkinder und erst recht der Kinder im Vorschulalter nicht gesichert. In den rein ländlichen Gemeinden gibt es nur 7 Kindergärten, 25 liegen in den Städten. Krippen für die 0 – 3jährigen gibt es überhaupt nicht.

Im Schaubild haben wir die Gemeinde Süsel dargestellt, in der der Landes-SPD-Vorsitzende Günther Jansen als Bürgermeister fungiert. Etwa 350 Schüler besuchen die einzige Grund- und Hauptschule, der Schulweg über die Dörfer ist oft mehr als 12 km lang. Der einzige Kindergarten in Süsel hat über 120 Anmeldungen vormittags auf der Warteliste.

Diese elend schlechte Versorgung schlägt sich nieder in der niedrigen Erwerbstätigen-Quote von 28,9%, der Kreisentwicklungsplan weist im Schnitt schon für 1970 30,4% aus, bis 1985 sollen rund 35% erreicht werden. Es können weniger – vor allem Frauen – arbeiten, die Folge ist: Das Familieneinkommen sinkt und damit die Reproduktion der Massen auf dem Land. Erst kürzlich haben Vertreter des DGB Ostholstein gegenüber dem Staatssekretär des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft die langen Fahrzeiten als untragbar kritisiert. Schon eine Schule mehr, als Ganztagsschule ausgelegt, beispielsweise in Röbel, würde Erleichterung schaffen. Die Schulwege würden sich um die Hälfte reduzieren. Es ergibt sich bei zwei vollständigen Schulzügen von der ersten bis zur neunten Klasse eine durchschnittliche Klassenfrequenz von ca. 20. Die Fragen der Verpflegung, der DGB-Bundeskongreß hat die Forderung nach einem kostenlosen Mittagessen für Schüler 1972 beschlossen, und der Erholungspausen könnten vernünftig geregelt werden.

Der KBW fordert: Ganztagsschule und Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.



Schulart	Gesamtschülerzahl Sept.79 (Anzahl)	erfaßte Fahrschüler (Anzahl)	Fahrsch. in % der Gesamtschüler	tägl.Fahrstrecke aller Fahrschül. (Hin/Rückweg)/in km	tägl.Fahrstrecke pro Fahrschüler in km	tägl.Fahrstrecke pro Schüler in km
Grundsch.	9374	968	10,3	9440	9,75	1,0
Hauptsch.	5740	1017	17,7	9386	9,20	1,6
Realsch.	6254	2024	32,3	30918	15,3	4,9
Gymnas.	5784	2586	44,7	50008	19,3	8,6

Schulen im Kreis Steinburg: Weniger, dafür schlechter

b.mia. „Bald Klassen mit weniger als 18 Schülern erlaubt", unter dieser Überschrift wollte der Staatssekretär im Kultusministerium Boysen die Schulpolitik der Landesregierung preisen und die Bemühungen um die „ortsnahe" Schule beweisen. Unter dem Vorsitz des MdL Georg Rösler führte die CDU-Kreistagsfraktion eine Sitzung in Itzehoe durch am 1.4. Betont wurde, daß „allein in der Zeit von 1969 bis 1979 rund 7900 Klassenräume neu geschaffen wurden". Tatsache ist jedoch, daß von 1960 bis 78 im Kreis Steinburg von 91 Volksschulen 61 geschlossen wurden. Neue Schulen wurden in diesem Zeitraum überhaupt nur in den größeren Städten, wie Itzehoe und Glückstadt, geschaffen.

Während auf der einen Seite sich die Bedingungen für die Grundbildung verschlechterten, wurden im gleichen Zeitraum sechs neue Sonderschulen aufgebaut.

Gleichzeitig hat sich auch der Unterricht an den vorhandenen Schulen weiter verschlechtert. Während im Wahlkampf die bürgerlichen Politiker von Lehrerschwemme reden und die arbeitslosen Lehrer nicht einstellen, hat sich das Verhältnis Schüler zu Lehrer insbesondere an den Hauptschulen seit 1974 an fast allen Schulen verschlechtert. Diese Zahlen drücken ja nicht einmal die Wirklichkeit aus. Denn durch Krankheit, Schwangerschaftsurlaub und Wechsel verschlechtert sich das Verhältnis weiter.

Entwicklung des Schüler-Lehrerverhältnisses im Kreis Steinburg

	L 78	S 78	S/L 74	S/L 78
Realschulen:				
Itzehoe I	22	798	28,6	36,3
Kellingh.	24	695	25,0	28,9
Realschulen gesamt:	126	3558	26,0	28,2
Realschulzüge:				
Hohenlo.	13	295	20,2	22,7
Grund- und Hauptschulen:				
Glückstadt	16	633	28,6	39,6
Hohenlo.	16	481	37,2	30,0
IZ-Edend.	10	397	32,6	39,7
IZ-Klosterh.	16	435	22,6	27,2
Kellingh.	29	1008	31,1	34,6
Grund- und Haupts.ges.	420	13616	23,2	32,4

S (Schüler), L (Lehrer)

Handwerksinnungen in Schleswig-Holstein sperren sich gegen Ausbau des BGJ

b.row. Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) in schulischer Form wird in Schleswig-Holstein in 11 verschiedenen Berufsfeldern angeboten, in kooperativer Form in 2 Berufsfeldern, Metall- und Bautechnik. Im letzteren Fall erfolgt die fachpraktische Ausbildung in betrieblichen Werkstätten. Der Ausbau des BGJ befindet sich in Schleswig-Holstein noch in einem kleineren Rahmen. Bisher überwiegen sogar noch die „Sonderformen" des BGJ, dies sind hauptsächlich das Jugendaufbauwerk (JAW) und das berufsbefähigende Jahr (siehe Tabelle).

Da die bürgerlichen Parteien in der Auffassung, daß die kooperative Form Vorrang verdient. Ihre Vorstellungen sind, daß im ersten Lehrjahr die Ausbildungszeiten etwa zu zwei Fünfteln in der Berufsschule und zu drei Fünfteln im Betrieb liegen sollten. Dies kostete sie dann praktisch nur den zweiten Berufsschultag im ersten Lehrjahr. Aus diesem Grund wird die kooperative Form als „Etikettenschwindel" vom DGB abgelehnt.

Für das Handwerk kommt das kooperative BGJ nur in einem sehr begrenzten Maß in Frage. Das schulische

Schuljahr	73/74	74/75	75/76	76/77	77/78	78/79	79/80
Schüler im BGJ	520	985	1137	1023	1300	1609	2000
BGJ-Klassen	24	45	53	46	–	72	96
Schüler in BGJ ähnlichen Jahren (JAW)	1187	1283	1372	–	2280	2184	–

Das Gesetz über das JAW wurde von der Landesregierung am 13.12.49 verabschiedet. Das JAW dient hauptsächlich dazu, den rebellischeren Teil der Jugend in Heimen auf die Lohnarbeit in zum Teil übelster Form zu trimmen.

Die Landesregierung sieht die Ein-
Die Landesregierung sieht die Ein-
führung des flächendeckenden BGJ „in ganz großen Schritten" erst gekommen, wenn die Schülerzahlen sinken, also etwa ab 83. Grundsätzlich sagt sie ja „zur schrittweisen Einführung des BGJ, und zwar sowohl in schulischer als auch kooperativer Form" (Bernhardt, CDU). Auf die kooperative Form wird von der Industrie- und Handelskammer Wert gelegt. Von seiten des Handwerks wird insgesamt zum BGJ eher eine ablehnende Haltung eingenommen. Die industriellen Kapitalisten sind der Auf-

BGJ wird aufgrund des Wegfalls der betrieblichen fachpraktischen Ausbildung abgelehnt. So verabschiedet von dem Landesinnungsverband des Konditorenhandwerks. Er ist gegen die breite berufliche Bildung im Hotel- und Gaststättengewerbe und möchte mehr seinen Bereich berücksichtigt ha-
mehr seinen Bereich berücksichtigt ha-
ben. Die Verbände des Kraftfahrzeuggewerbes fordern mit der Einführung des BGJ eine Verlängerung der Ausbildung von 3 auf 3½ Jahre und neu abgestimmte Rahmenpläne.

Den Nutzen wie das Industriekapital, daß bei flächendeckender Form haufenweise angelernte Hilfsarbeiter zur Verfügung stehen, haben die Handwerksbetriebe nicht in dem Maße. Die Landesregierung wird noch auf einigen Widerstand stoßen, den Kampf der Auszubildenden und ihrer Gewerkschaften hat sie sich schon aufgehalst.

Dokumentation einiger Anträge Hamburger IGM-Vertrauenskörper zum 13. Gewerkschaftstag

b.mis. Am 22.5. berät die Vertreterversammlung der IG Metall Hamburg über die Anträge an den 13. Gewerkschaftstag in Berlin. Bislang liegen den Delegierten 123 Anträge vor. Sie berühren alle politischen Fragen der Arbeiterbewegung.

Antrag 1.7 Betr. Steuerreform, Antragsteller: VK AEG-Schiffbau
Der Gewerkschaftstag der IG Metall hält eine grundlegende Steuerreform für erforderlich. Langfristig muß sie darauf angelegt sein, daß der zum Leben unbedingt notwendige Teil des Einkommens nicht besteuert wird. Kurzfristig muß sie die unteren und mittleren Einkommen spürbar und dauerhaft entlasten.

Der Gewerkschaftstag spricht sich deshalb dafür aus, daß als erster Schritt der Grundfreibetrag ab 1981 auf ein Viertel des Durchschnittseinkommens, also auf etwa 7000 DM für Ledige und 14000 DM für Verheiratete angehoben wird. Der Grundfreibetrag muß jährlich in mindestens gleichem Verhältnis an das Durchschnittseinkommen angepaßt werden, damit niemand nur durch die Wirkung der Inflation in eine höhere Progressionszone gerät. Keine der indirekten Steuern, die auf die unteren und mittleren Einkommen wirken, soll erhöht werden.
Empfehlung der Ortsverwaltung: Weiterleitung in folgender Neufassung:
Der erste Absatz wird wie folgt ergänzt: Der Gewerkschaftstag spricht sich deshalb dafür aus, – den Grundfreibetrag und die Progressionszone zu erhöhen und sie jährlich der Einkommensentwicklung anzupassen – die indirekten Steuern, die speziell die unteren und mittleren Einkommen treffen, nicht zu erhöhen – die Einkommensgrenzen für die Sparförderung der Entwicklung ab 1975 anzupassen und laufend zu dynamisieren...

Antrag 3.15 Betr. Schichtarbeit Antragsteller: VK AEG, mit Änderungsempfehlung der Ortsverwaltung:
Die IGM strebt grundsätzlich die Abschaffung und das Verbot von Nachtarbeit und eine wesentliche Einschränkung von Schichtarbeit zum Schutze der Arbeitnehmer an. Um dies zu erreichen, müssen alle tariflichen, betrieblichen und gesetzlichen Initiativen durch die IGM, der Ruinierung der Arbeitskraft durch Nacht- und Schichtarbeit Schranken zu setzen, verstärkt werden. Dazu gehört die Durchsetzung von Ausgleichsregelungen, die die betroffenen Kollegen und Kolleginnen gesundheitlich wirkungsvoll entlasten.

Antrag 1.15 Betr. Entspannungspolitik, Antragsteller VK Blohm & Voss:
Der 13. Gewerkschaftstag möge beschließen, auf die Bundesregierung einzuwirken mit dem Ziel, – daß der begonnene Weg zur politischen Entspannung fortgesetzt und durch militärische Entspannung und Initiativen zur Abrüstung erweitert wird. – Sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West. – Keine Erhöhung der Rüstungshaushalte. – Ächtung aller ABC-Waffen. – Konstruktiver Beitrag der Bundesregierung bei allen aktuellen Abrüstungsverhandlungen. – Vorbereitungsmaßnahmen für eine generelle Umstellung von der Rüstungsproduktion auf Güter des zivilen Bedarfs. Empfehlung der Ortsverwaltung: Weiterleitung.

Sofortiger Abbruch der Fahrt der Kriegsschiffe in den Indischen Ozean!

b.reh. Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des Aufspießens des Versorgers „Spessart" durch den Zerstörer „Bayern" vor Toulon am 9.5. erklärte der Sprecher der Bundesmarine, die Schiffe seien noch fahrtüchtig, die Fahrt in den Indischen Ozean werde fortgesetzt. Inzwischen stellte sich heraus, daß die „Bayern" zurückgeführt werden muß. Auf der Stelle wurde als Ersatz die „Hessen" marschbereit gemacht. Worauf Wert gelegt wird ist, daß das Ersatzschiff derselben Größenklasse entspricht wie die „Bayern", d.h. mit 3400 ts der größten Zerstörerklasse angehört und minenverlegefähig ist. Die „Spessart" soll noch in Toulon geflickt werden und ebenfalls vor dem Indischen Ozean mit der „Lütjens" und „Coburg" zusammentreffen. Es scheint, die Bundesregierung will um jeden Preis in den Indischen Ozean, wo es gegenwärtig von den Kriegsschiffen der beiden Supermächte nur so wimmelt.

Wer glaubt da dem Apel, der letzte Woche auf der Nato-Eurogroup-Tagung gesagt haben soll, daß die „Einheiten der deutschen Bundesmarine auf ihrer Übungsfahrt in den Indischen Ozean auf keinen irgendwie gearteten Manöver mit befreundeten Flotten teilnehmen würden". Schon immer haben die Imperialisten behauptet, sie seien durch „unglückliche Umstände" zum Kriegseintritt gezwungen worden. Und dann hat Apel recht, eine Beteiligung des Verbandes an Blockademaßnahmen gegen den Iran und am Kampf um die Vorherrschaft im Indischen Ozean gegen die Flotte der Sowjetunion ist keine „Manöverbeteiligung" sondern Kriegsbeteiligung. Wie es auch kommt, auf jeden Fall wollen die westdeutschen Imperialisten demonstrieren, daß der Mittlere Osten ihr unmittelbares Interessengebiet ist, wo sie mitmischen wollen. Bereits der Unfall vor Toulon hat dies angedeutet. Die „Bayern" hat den Versorger im Winkel von 90 Grad gerammt. Wären die Schiffe, wie behauptet, im Verband gefahren, hätten sie sich hintereinander bzw. parallel nebeneinander befunden. Wahrscheinlicher ist da schon, daß vor Toulon die ersten Blockadeübungen stattgefunden haben.



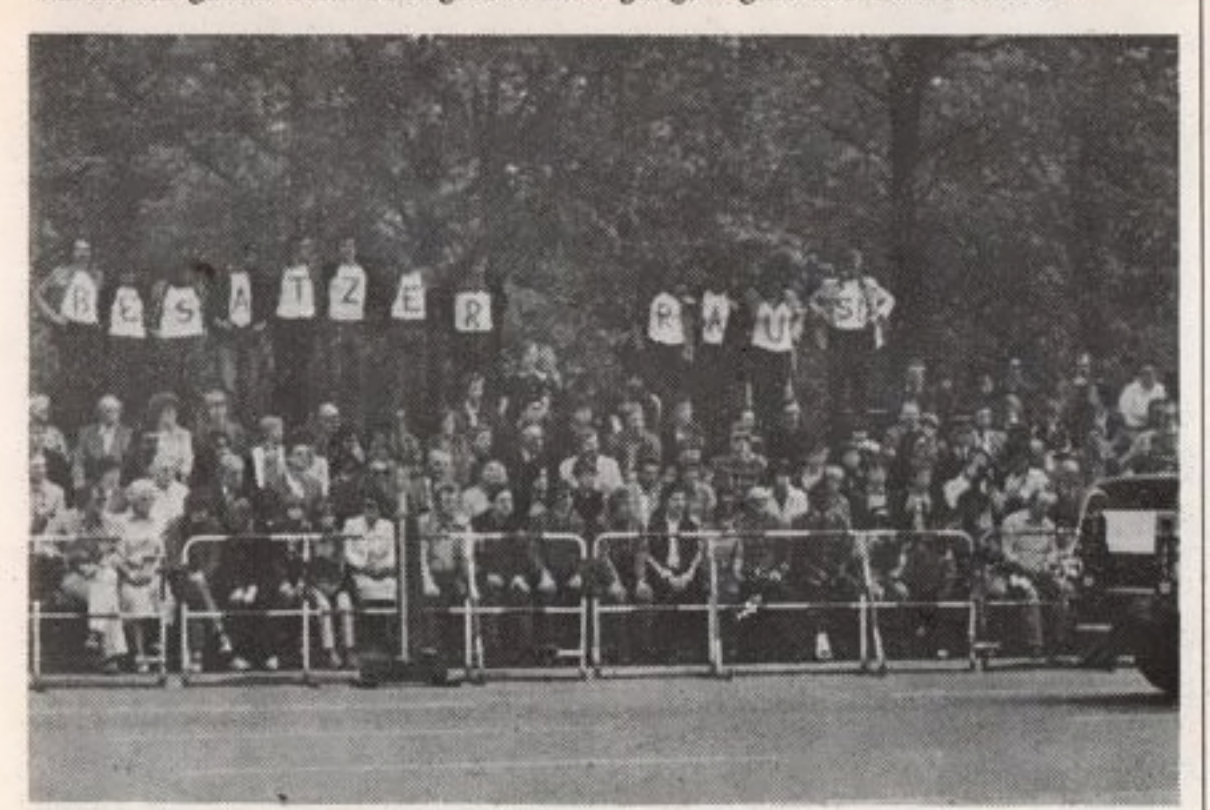


Gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Emden protestierten 1500. *Austritt aus der Nato* und *Abschluß eines demokratischen Friedensvertrags* wurden propagiert (links). In Kiel und Wilhelmshaven (rechts) fanden Aktionen gegen das Auslaufen weiterer Zerstörer der Bundesmarine in den indischen Ozean statt.

Besatzerparade in Westberlin

r.söh. Am Sonnabend, den 17. Mai fand in Westberlin die jährliche Truppenparade der Besatzermächte USA, Großbritannien und Frankreich statt. Paradegeneral war der befehlshabende General der amerikanischen Streitkräfte General Major Calvert P. Benedict. Ein amerikanischer Militär, der sich als Kommandeur in Vietnam auszeichnete, der 1960-62 als Militärattaché im Iran dem Schah-Regime die amerikanische Hilfe bei der Unterdrückung des Volkes garantierte und der auch auf Erfahrungen aus Korea zurückblicken kann. Ihm zur Seite stand der britische Generalmajor Robert Richardson, der sich seine Sporen in Korea, im Nahen Osten und in Indien verdiente, und der französische General de Division B. d'Astorg, der auf eine US-Ausbildung und Einsätze in Nordafrika zurückblicken kann. Man sieht, von Besatzerkommandanten in Westberlin verlangt man, daß sie Erfahrung im Kampf gegen fremde Völker gesammelt haben.
man, daß sie Erfahrung im Kampf gegen fremde Völker gesammelt haben.

Es entspricht ihrer Erfahrung, die Parade in eine Teilen der Straße des 17. Juni zu legen, wo sie hoffen konnten, ihr Verbot von Kundgebungen, Demonstrationen oder Verteilen von Flugschriften in der Nähe der Parade mit Gewalt durchzusetzen. Rigoros wurde das ganze Gelände abgeschirmt. Die Ankündigungen der Parade versprachen artistische Attrationen im Fallschirmabsprung. Das weckt das Interesse vieler Leute, und sie brauchen auf dieser Parade viele Zuschauer, um ihre Behauptung, daß die Westberliner fest zu „ihren Schutzmächten" stünden, auch einmal dokumentieren zu können. Das war dieses Jahr schwieriger denn je. Es hat in den vergangenen Monaten des öfteren Proteste gegen Manöver und Einsätze der Besatzer gegeben und in der Westberliner Demonstration von über 8000 Leuten gegen die Kriegsgefahr war die Forderung nach dem Abzug der Besatzertruppen nicht selten. Die Besatzer werden auch sonst von vielen als notwendiges Übel betrachtet aufgrund der Bedrohung durch die Sowjetunion. Von freudiger Übereinstimmung mit den „Schutztruppen" ist längst keine Rede mehr. So konnte es dann trotz Bannmeile und Polizeikontrollen nicht erreicht werden, daß demonstrative Aktionen
und Polizeikontrollen nicht erreicht werden, daß demonstrative Aktionen
gegen die Parade unterblieben. Von einer Tribüne konnte man während der Vorbeifahrt der Besatzerkommandanten „Besatzer raus" lesen. Der KBW führte darüber hinaus eine Kundgebung gegen die Besatzer, für einen demokratischen Friedensvertrag und den Abzug aller Truppen auf dem Zugangsweg zu der Parade durch.



Besatzer raus! wurde während ihrer Parade demonstriert.

Übermäßige Belastung der Beschäftigten der Uniklinik während der Urlaubszeit

r.ilh. Vor kurzem hat die Personalversammlung der Neurologie der Uniklinik Göttingen den Personalrat aufgefordert, eine Untersuchung über die steigende Arbeitsbelastung durchzuführen; die ÖTV Vertrauensleute wollen jetzt den Gesamtpersonalrat auffordern, das für die ganze Klinik zu machen. Immer unerträglicher wird die Arbeit. Viele denken an Kündigung oder an Berufswechsel. Aber vielleicht kann man sich über einen Urlaub wieder auf die Beine bringen? In der Urlaubszeit, für viele in großer Erwartung, verlangt der Dienstherr in den Krankenhäusern von den Belegschaften Urlaubsstreichungen, mehr Überstunden, mehr geteilten Dienst am Wochenende oder regelmäßige Wochenendeinsätze.

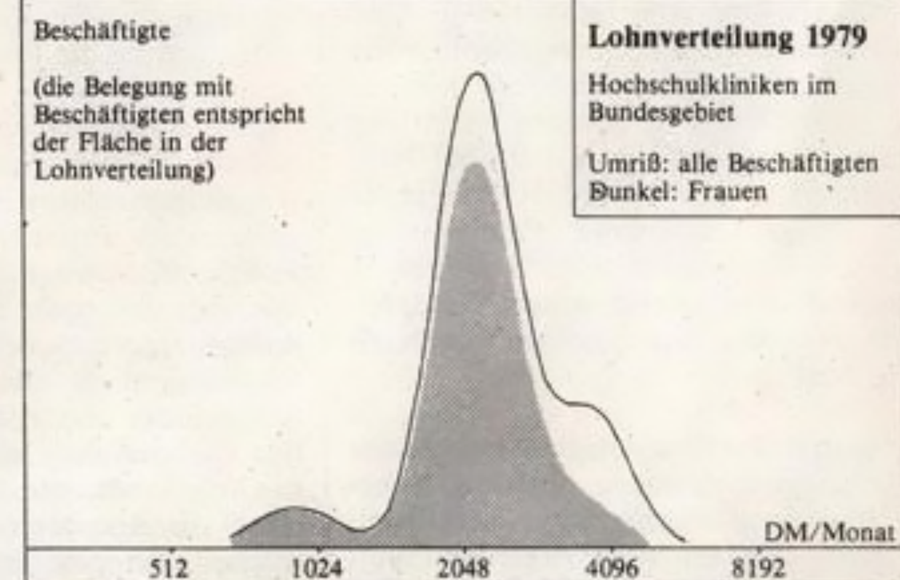
Urlaubsvertretungen? Die Gelder für Vertretungs- und Aushilfskräfte sind von 1976 mit 4401300 DM auf 1978 auf 2100000 DM gekürzt worden. Studentische Sitzwachen können nicht beliebig verlangt werden. Jede Station hat ein festes Kontingent an Stunden. Wer das überschreitet, wird regreßpflichtig gemacht.

Im Sommer sind die Belegungen niedriger? Alle Erfahrungen sprechen dagegen. Wie das Beispiel der Neurologie von 1978 zeigt, steigen die Belegungen ab April stetig an und erreichen im August/September ca. 93%; im Juli 1979 betrugen sie 99%. Der Schweregrad der Krankheiten hat sich ebenfalls erhöht. Auf den neuroloischen Allgemeinstationen müssen von den 20 Patienten knapp 10 regelmäßig gefüttert und gewaschen werden, können nicht allein auf Toilette gehen, müssen sich häufig übergeben. Die Schichten sind oft nur mit zwei Kräften besetzt, wochenends werden oft 13 Stundenschichten gemacht.

Im § 47,6 und 7 wird festgelegt, daß der Urlaub 1. grundsätzlich zusammenhängend gewährt und nur auf Wunsch des Angestellten in zwei Teilen genommen werden kann; 2. der Urlaub ist spätestens bis zum Ende des Urlaubsjahres anzutreten, wenn dienstliche und betriebliche Gründe vorliegen, spätestens bis März des neuen Jahres. Die 74 Pflegekräfte in der Neurologie hatten 1979 einen Urlaubsanspruch von ca. 2200 Tagen, von 1978 standen noch 580 Tage offen. Von den zustehenden 2817 Tagen 1979 wurden aber nur wieder 2340 gewährt. – Die Urlaubspläne sind in den Abteilungen bis jetzt weitgehend abgeschlossen. Um Urlaubsstreichungen und eine weitere Intensivierung zu verhindern, wäre es gut, die Personalräte wären in Kenntnis der Urlaubsplanung und könnten auf der Grundlage Forderungen erheben.

In einer **Flugschrift gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz vom 20. März 1980** schreiben der Deutsche Evangelische Krankenhausverband und der Katholische Krankenhausverband unter anderem:

„Das bisherige Krankenhausfinanzierungsgesetz sollte zu sozial tragbaren Pflegesätzen beitragen. Das neue Gesetz spricht demgegenüber von sozial tragbaren ‚Kosten von Krankenhausleistungen', wodurch die Prüfung der ‚sozialen Tragbarkeit' künftig sich nicht nur auf den Pflegesatz erstreckt, sondern auf den Umfang der für die Patienten vorzunehmenden Leistungen: dieser Umfang wird der Voraussetzung unterworfen, sozial tragbar zu sein... Damit wird fraglich, ob zukünftig Krankenhäuser alles medizinisch Notwendige tun können, was sie für die Behandlung und Betreuung ihrer Patienten für erforderlich halten... Diese geplanten Regelungen treffen nicht nur die Krankenhausträger, sondern: grundsätzlich alle Patienten, soweit die für sie notwendigen Leistungen beschränkt werden; die Mitarbeiter und Patienten, wenn die vorgesehenen verstärkten Eingriffsmöglichkeiten in die Stellenpläne in Kraft treten..." Die Verbände lehnen das Gesetz ab.



Das Schaubild zeigt die Lohnverteilung der Universitätskliniken im Bundesgebiet. Zwei Drittel aller Beschäftigten sind Frauen. Drei Viertel aller Frauen liegen im Lohn unter dem allgemeinen Durchschnittslohn aller Rentenversicherten, obwohl sie fast durchweg Facharbeitertätigkeiten verrichten.

Anerkennung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit! Nachtschichten nicht länger als vier Stunden!

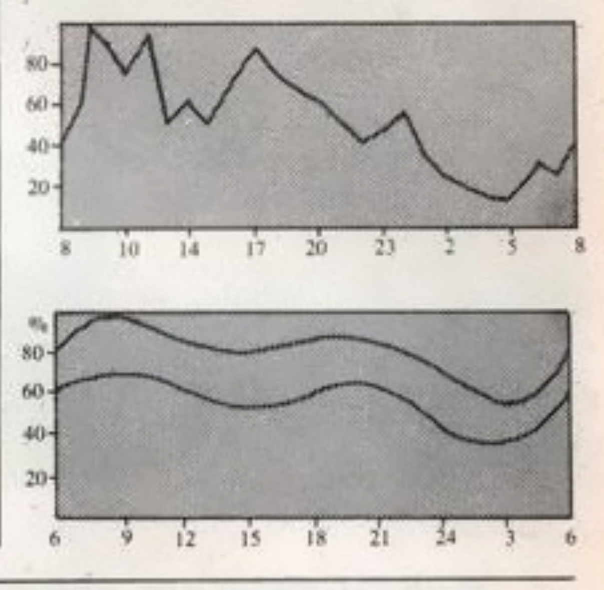
r.raa. Als Krankenhausbeschäftigter kann man sich nicht aussuchen, wann die Patienten krank werden. Daher fällt über den ganzen Tag verteilt zusätzliche Arbeit zum Routinebetrieb an, die sich nicht planen läßt. Die meiste Routinearbeit leistet man von morgens bis nachmittags. Aber auf Grund der entwickelten Untersuchungs- und Behandlungsmethoden ist es gar nicht mehr zu verantworten, nachts auf ihre Anwendung zu verzichten. Das Krankenhaus muß entsprechend dem Stand der medizinischen Möglichkeiten rund um die Uhr funktionsfähig sein. Die Krankenhausträger behaupten, in der Nacht werde gar nicht richtig gearbeitet, sondern nur für Notfälle vorgesorgt. Zwar widerlegt schon der bloße Augenschein diese Behauptung. Aber sie dient dazu, die Anordnung der sog. Bereitschaftsdienste zu rechtfertigen: Mit der Begründung, die Ärzte beispielsweise bräuchten ja nur für den Notfall da zu sein, wird von ihnen verlangt, die Zeit zwischen zwei normalen Diensten im Krankenhaus weiterzuarbeiten.

Daß die Bereitschaftsdienstzeit voll Arbeitszeit ist, beweist eine Untersuchung, die die Assistenzärzte eines Kinderkrankenhauses über mehrere Monate angestellt haben. Unterstützt von den Schwestern zeichneten sie auf, zu welchen Zeiten sie während ihrer Bereitschaftsdienste arbeiten mußten. Die durchschnittliche Häufigkeit, mit der sie zu verschiedenen Tageszeiten gerufen wurden, verteilt sich nicht völlig zufällig, sondern folgt dem Verlauf der unten abgebildeten Kurve.

Diese Kurve wiederum ist derjenigen Kurve angenähert, die die physiologische Leistungsfähigkeit des Menschen darstellt und auf Untersuchungen der Häufigkeit von Arbeitsfehlern im Laufe des Tages beruht. Zum Vergleich wurde diese Kurve ebenfalls im Schaubild eingezeichnet.

Man sieht: Soll die Gesundheit nicht angegriffen werden, muß der Schichtarbeiter sich nachts nur schonen als am Tag, braucht mehr Erholung und Ruhepausen. Aus ihm dürfte man des nachts gar nicht mehr herausholen an Arbeitsleistung, als durchschnittlich während der Bereitschaftsdienste aus den Ärzten *zusätzlich* zur normalen Tagesarbeit herausgeholt wird.

Bereitschaftsdienste müssen also als volle Arbeitszeit anerkannt werden. Die ersatzweise einzuführende Schichtarbeit darf nachts nicht so lange dauern wie am Tag, nicht länger als vier Stunden. Andernfalls ist der Verschleiß nicht auszugleichen.



Anfrage zu Fahrpreiserhöhungen bringt Stadtrat aus der Fassung

r.acm. Münster, 13.5., Sitzung des Rates. Helle Aufregung erfaßt urplötzlich die Ratsmitglieder von CDU, FDP und SPD. Ursache ist eine Anfrage, wie der Oberbürgermeister und der Rat sich zu den Beschlüssen zahlreicher gewerkschaftlicher Körperschaften, u.a. des Amtsvorstandes der DPG, des Stadtvorstandes der GEW, Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier sowie anderer Vertretungskörper gegen die Fahrpreiserhöhungen, zu stellen gedenken. Ob nicht angesichts der Enthüllungen, auch des DGB-Vorsitzenden Wildemann auf der Mai-Kundgebung über die in das Stammkapital und Rücklagen geschobenen riesigen Gewinne der Stadtwerke, Rücknahme des Ratsbeschlusses fällig sei. Die CDU schreit nach „Schluß der Debatte". Die SPD wird angesprochen auf ihre Wahlzeitung vom 4.5. wo sie verlauten ließ, sie habe gegen die Fahrpreiserhöhungen gestimmt. In Wirklichkeit hat sie dafür gestimmt, sah sich nur unter Druck der Bewegung. Die SPD reagiert empört – und weist gleichzeitig Anfrage und Beschlüsse aus den Gewerkschaften zurück. – Nach der Ratssitzung geht die Debatte in den Gewerkschaften zur Führung des Kampfes weiter. Es geht darum, ob auf Grundlage der Beschlüsse der DGB die Führung in der Aktion ergreifen wird. Darum wird gerungen in Richtung Veranstaltungen und Demonstration am 31. Mai.

Demonstration gegen Straßenausbaukosten

r.wop. Erhöhungen der Gas- und Strompreise um durchschnittlich 12% bzw. 8% hat der Vorstand der Stadtwerke Hannover für den 1.9.80 angekündigt. Dies ist die zweite Gas- und Strompreiserhöhung dieses Jahres in Hannover. Erst am 1.1.80 waren die Strompreise z.B. um 19% erhöht worden. In Hildesheim sind Anfang dieses Jahres die Gaspreise um 25% erhöht worden. Die Fahrpreise sind dort ebenfalls erhöht zum 1.3.80. Der Preis eines Einzelfahrtausweis für Stadtbusse stieg auf 1,20 DM (vorher 1,- DM) und für Wochenkarten (Erwachsene) von 11,- auf 12,- DM. Müllabfuhrgebühren stiegen – vor allem im Zusammenhang mit der Umstellung auf größere Müllbehälter – in Celle (um max. 13,5% außer für Gewerbebetriebe), in Hameln (9,50 DM kostet ein 120 l Behälter gegenüber 5,60 für einen 35 – 50 l Behälter) und in Hildesheim. Die Eintrittspreise für Freibäder wurden in Nienburg (2,20 DM statt 1,80 DM für Erwachsene) und Celle (2,- DM statt 1,50 für Erwachsene) erhöht. In Nienburg demonstrierten Ende März die Anwohner des „Strubenbergs" gegen die Überwälzung der Straßenausbaukosten auf die Anwohner des „Strubenberg". 8800 DM pro Grundstück wären auf einmal zu zahlen, was für die meisten Anlieger hieße, sich in die Kreditklauen einer Bank zu begeben. Trotz des Widerstands hält der Rat an den Ausbauabsichten fest.

IG Metall gegen Gaspreiserhöhung von insgesamt 27,8 Prozent

r.hob. Der vergangene Tarifkampf war noch nicht zu Ende, da verfügte der Senat von Westberlin zum 1. Januar 1980 eine Erhöhung der Gaspreise um durchschnittlich 17,8 Prozent. Im März besaß der Senat die Dreistigkeit, eine nochmalige Tariferhöhung für Gas um zehn Prozent für dieses Jahr anzukündigen. Am 1. Mai traten Preiserhöhungen für Strom von durchschnittlich 18,9 Prozent in Kraft. Am 12. Mai beschloß der Verwaltungsrat der senatseigenen Gaswerke, dem Senat eine Erhöhung der Gastarife um zehn Prozent zum 1. Oktober 1980 vorzuschlagen. Die IG Metall schrieb in einem Protestbrief an den Regierenden Bürgermeister: „Setzen Sie doch bitte einmal, Herr Regierender Bürgermeister, diese geplante Preissteigerung für Gas ins Verhältnis zu den 6,8% Lohn- und Gehaltserhöhung, die ein Beschäftigter der Berliner Metallwirtschaft in diesem Jahr mehr bekommt, und übersehen Sie dabei nicht, daß das Durchschnittseinkommen eines in diesem Wirtschaftszweig tätigen Arbeitnehmers nur wenig über 2000 DM liegt..." Darauf antwortete Wirtschaftssenator Lüder am 7. Mai im Abgeordnetenhaus mit folgender Unverschämtheit: „Dem normalen Stromverbraucher bieten sich vielfältige Möglichkeiten, die Auswirkungen der Preisanhebungen durch einen verringerten Energieverbrauch ohne persönliche Einbußen oder Nachteile zu mildern, möglicherweise sogar völlig auszugleichen."

Landgemeinden weigern sich, Abwässergebühren zu zahlen

r.dam. Begleitet von Umweltschutzpropaganda hat die Landesregierung Schleswig-Holstein das Landesabwassergesetz zum 1.1.81 in Kraft gesetzt. 74% der Bevölkerung Schleswig-Holsteins ist bereits an öffentliche Kläranlagen zwangsangeschlossen worden. 86% sollen es jedoch nach dem Generalabwasserplan sein. Das Tempo, dies zu erreichen, hat sich drastisch verlangsamt, weil die jetzt fälligen Landgemeinden sich weigern. Sie stützen sich auf die Erfahrung der Bauern und der Dorfbevölkerung aus den anderen Gemeinden. 2237 DM Anschlußgebühren pro Kopf mußten die Bewohner von Erfde im Kreis Schleswig-Flensburg für die Abwässerung zahlen. In Treia stieg der m³-Preis für Abwasser Anfang 1980 von 1,80 DM auf 2,80 DM. Im Kreis Schleswig-Flensburg sind von der Landesregierung noch nicht einmal 40% Zwangsanschluß durchgesetzt worden. In Husum, Kreis Nordfriesland, soll die Bevölkerung der Stadt die öffentlichen Kosten doppelt übernehmen. Von 1,6 Mio. DM, die der Ausbau der Straßen und die Entwässerung der Fischersiedlung und der Friedrichstraße kosten, sollen die Anlieger über jedem Grundstück 1 Mio. DM selbst zahlen. Die Stadt hat die Straßen jahrelang verrotten lassen, nachdem sie vor 20 Jahren durchschnittlich von jedem 2000 DM einkassiert hat. Auf Anliegerversammlungen sind Beratungen durchgeführt worden.

Urlaub auf dem Lande – ,,Ferien auf dem Bauernhof"

r.ale. Ferien auf dem Bauernhof gibt es in größerem Umfang erst seit Anfang der 60er Jahre. Zwischen 1960 und 69 begannen 62% aller jetzt Ferienzimmer oder -wohnungen anbietenden Bauernhöfe mit diesem Betriebszweig. Die Bourgeoisie begründete das mit dem immer stärker werdenden Wunsch der Stadtbevölkerung nach preiswerteren Familien- und Urlaubsquartieren in ländlicher Umgebung. Wie immer – wenn sie sich auf Interessen der Massen als Begründung bezieht – geht es auch hier schlichtweg um Vertuschung. Anfang der 60er Jahre wurde die landwirtschaftliche Produktion gründlich umgewälzt. Die Betriebe wurden rasch mechanisiert. Arbeitstiere und menschliche Arbeitskraft wurden durch Schlepper, Mähdrescher, Melkmaschinen ersetzt. Der hohe Kapitalbedarf ruinierte viele Kleinbauern. Dies zwang einen wachsenden Teil von Betrieben, sich nach zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten umzusehen. Zum Teil begannen die Bauern mit Fabrikarbeit. Andere versuchten es mit zusätzlichen Produktionszweigen.

In den schwach industrialisierten Gebieten, insbesondere in der Nähe von Ferienorten, begannen die Bauern Feriengäste auf ihren Höfen aufzunehmen und zu versorgen. Eins wie das andere hieß, noch mehr Arbeitskraft pro Tag zu verausgaben. Bis 1965 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 3000 Gästebetten auf Höfen. 1969 hatte sich diese Zahl bereits vervierfacht, denn in der Tat war in der Zwischenzeit der Wunsch nach billigen Urlaubsmöglichkeiten schlicht erzwungen worden durch die Senkung der Familieneinkommen in der Krise 1966/67. Die Bourgeoisie witterte in der Selbständigkeit, mit der sich diese Entwicklung vollzog, eine Gefahr. Sie entschloß sich, ,,Ferien auf dem Bauernhof" nicht zu verbieten, sondern weitestmöglich in eigener Regie zu organisieren und als Programm für Familien mit Kindern und Familien mit geringerem Einkommen zu propagieren. Fremdenverkehrsvereine sollten die Bauern kontrollieren, erfassen und mit kleinli-

Tag zu verausgaben. Bis 1965 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 3000 Gästebetten auf Höfen. 1969 hatte sich diese Zahl bereits vervierfacht, denn in der Tat war in der Zwischenzeit der Wunsch nach billigen Urlaubsmöglichkeiten schlicht erzwungen worden durch die Senkung der Familieneinkommen in der Krise 1966/67. Die Bourgeoisie witterte in der Selbständigkeit, mit der sich diese Entwicklung vollzog, eine Gefahr. Sie entschloß sich, ,,Ferien auf dem Bauernhof" nicht zu verbieten, sondern weitestmöglich in eigener Regie zu organisieren und als Programm für Familien mit Kindern und Familien mit geringerem Einkommen zu propagieren. Fremdenverkehrsvereine sollten die Bauern kontrollieren, erfassen und mit kleinli-

chen Auflagen an die staatliche Aufsicht erinnern. Über Zuschüsse für Baumaßnahmen versuchte sich die Landesregierung weitere Eingriffsrechte zu sichern. Gelungen ist ihr das im wesentlichen nicht. Von den 28000 Betten, die die Bauern 1977 als Gästebetten anboten, waren nur 9313 beim Fremdenverkehrsverein gemeldet. 3000 davon waren mit Zuschüssen gefördert.

Eine Umfrage bei den Kreisen 1977 ergibt, daß 67% der Urlauber Angestellte und Beamte sind, 28% Arbeiter. Dieses läßt sich daraus erklären, daß ,,Ferien auf dem Bauernhof" durchaus nicht einfach billig sind. Und es hängt damit zusammen, daß, wer bei der täglichen Arbeit getrennt ist von der Produktion, ein besonderes Interesse daran entwickelt, eine überschaubare, im Zusammenhang begreifbare Produktion kennenzulernen. Billig ist der Ferienaufenthalt zwar, vergleicht man ihn mit den Kosten von 24 bis 27 DM für die Unterbringung in Gastwirtschaften. Teuer ist er, bezieht man ihn auf den vorhandenen Lohn. Bei Preisen zwischen 12,50 DM und über 17 DM Übernachtung mit Frühstück kommt ein kinderfreundlicher Urlaub für eine Familie mit 3 Kindern immerhin auf täglich um die 100 DM, vorausgesetzt, daß selbst gekocht werden kann. Ein Tag auf dem Campingplatz in Nordfriesland kostet 55,20 DM. Wie eng die Geldreserven für Urlaub geworden sind, sieht man an der ständigen Verkürzung der Aufenthaltsdauer in Schleswig-Holstein. Sie ist von 8,3 Tagen 1975 auf 7,9 Tagen 1977/78 gesunken. 1977 ergibt die genannte Umfrage 2,2 Mio. Übernachtungen auf Bauernhöfen. Das sind durchschnittlich 560 Übernachtungen pro Hof bei einer Auslastung von 60 Tagen im Jahr.

Der Feriengastbetrieb bedeutet eine äußerste Anstrengung für die Bäuerin. Nur ganz wenige Betriebe, unter 10%, sind in der Lage, Vollpension anzubieten. Über die Hälfte haben nur Übernachtung mit Frühstück. 32% bieten

daß selbst gekocht werden kann. Ein Tag auf dem Campingplatz in Nordfriesland kostet 55,20 DM. Wie eng die Geldreserven für Urlaub geworden sind, sieht man an der ständigen Verkürzung der Aufenthaltsdauer in Schleswig-Holstein. Sie ist von 8,3 Tagen 1975 auf 7,9 Tagen 1977/78 gesunken. 1977 ergibt die genannte Umfrage 2,2 Mio. Übernachtungen auf Bauernhöfen. Das sind durchschnittlich 560 Übernachtungen pro Hof bei einer Auslastung von 60 Tagen im Jahr.

Der Feriengastbetrieb bedeutet eine äußerste Anstrengung für die Bäuerin. Nur ganz wenige Betriebe, unter 10%, sind in der Lage, Vollpension anzubieten. Über die Hälfte haben nur Übernachtung mit Frühstück. 32% bieten

gar keine Verpflegung an. Wie angespannt die Lage ist, unter welchem ökonomischen Druck manche der Höfe diese Ferienplätze anbieten, zeigt die Tatsache, daß sie ausgerechnet in der Hochsaison – zur Erntezeit – keine Vermietungen machen.

Trotzdem, viel kommt für die Bauern nicht heraus: Es fallen Unkosten an pro Tag und Person: Abwasser, Wasser, Strom 1,80 DM, Frühstück 2,38 DM, Zusatzverbrauch 1 DM, Abschreibung und Renovierungskosten von 8,20 DM. 5 DM für eine halbe Stunde tägliche Arbeitszeit der Bäuerin. Selbstkosten gesamt 18,38 DM. Bei Preisen unter 20 DM ist die Arbeitskraft der Bäuerin knapp bezahlt.

Bei Preisen unter 14 DM – das sind 85% der Höfe – wird sie kostenlos zugeschossen. Bei 12,50 DM amortisiert sich nicht einmal mehr das in der Zimmeranlage steckende Kapital. Diese Form des Urlaubs ist gegründet auf einer beiderseitigen ökonomischen Zwangslage. In ihr liegt aber auch ein Keim des gegenseitigen Nutzens der Stadt- zu der Landbevölkerung, weswegen er für die Bourgeoisie zum Problem werden kann.



Dieses Ferienhaus steht auf dem Bauernhof des Genossen Ernst Metzger Petersen in Osterohrstedt. Mit den Arbeiten für den jetzigen Standort wurde vor knapp einem Jahr begonnen. An Arbeitszeit stecken ca. 18000 Stunden drin. Diese wurden geleistet von Mitgliedern des KBW und Lesern der Kommunistischen Volkszeitung. Enthalten in der Zeit ist die Entwicklung und Planung der Architektur, Heizung, Sanitär, Elektrik, Inneneinrichtung, die Erstellung aller Teile, die in handwerklicher Arbeit ausgeführt werden können, die Dränage, Fundament, Bauelemente, Fenster, Türen, Heizung-, Sanitär- und Elektroinstallation, Aufbau des Hauses, Bau der Stühle, Tische, Schränke, Betten und Innenausbau. Es soll dazu dienen, Urlaub zu machen in Verbindung mit der Teilnahme an der bäuerlichen Produktion, der wissenschaftlichen Untersuchung und Forschung sowie der Schulung und Weiterbildung.



Dieses Ferienhaus steht auf dem Bauernhof des Genossen Ernst Metzger Petersen in Osterohrstedt. Mit den Arbeiten für den jetzigen Standort wurde vor knapp einem Jahr begonnen. An Arbeitszeit stecken ca. 18000 Stunden drin. Diese wurden geleistet von Mitgliedern des KBW und Lesern der Kommunistischen Volkszeitung. Enthalten in der Zeit ist die Entwicklung und Planung der Architektur, Heizung, Sanitär, Elektrik, Inneneinrichtung, die Erstellung aller Teile, die in handwerklicher Arbeit ausgeführt werden können, die Dränage, Fundament, Bauelemente, Fenster, Türen, Heizung-, Sanitär- und Elektroinstallation, Aufbau des Hauses, Bau der Stühle, Tische, Schränke, Betten und Innenausbau. Es soll dazu dienen, Urlaub zu machen in Verbindung mit der Teilnahme an der bäuerlichen Produktion, der wissenschaftlichen Untersuchung und Forschung sowie der Schulung und Weiterbildung.

Mexikanische Bauern kämpfen um Land

Millionenheer von Wanderarbeitern / Ergebnisse der bürgerlichen Agrarreform

z.ulg. 40000 landlose Bauern haben in den letzten Wochen in mehreren Teilen Mexikos insgesamt etwa 150000 ha Land besetzt. Die in der Nationalen Landarbeiterunion UNTA organisierten Bauern fordern die Anerkennung ihrer Besitzrechte an dem Land und Weiterführung der Agrarreform. Ende 1976 hatte der damalige Präsident Echeverria kurz vor Ende seiner Amtszeit nach einem wahren Flächenbrand von Landbesetzungen einige Zugeständnisse machen müssen: Im fruchtbaren Yaqui-Tal in Nordwestmexiko wurden 100000 ha enteignet und an 10000 Bauern verteilt. Der jetzige Präsident López Portillo hatte daraufhin sein Amt mit dem Schwur angetreten, illegale Landbesetzungen würden ,,künftig nicht mehr geduldet". Jetzt hat er die Polizei gegen die Bauern eingesetzt: Einer wurde getötet, über 550 verhaftet.

70 Jahre nach dem Beginn der mexikanischen Revolution, der bisher größten Bauernrevolution in Amerika, ist die Parole Emiliano Zapatas ,,Tierra y Libertad", Land und Freiheit, noch immer unerfüllt. Weil die Bauern über eine einheitliche – und das hätte nur heißen können: eine proletarische – Führung nicht verfügten, war das unmittelbare Ergebnis der Revolution buchstäblich ein Fetzen Papier: ein Verfassungsartikel, nach dem der Grundbesitz beschränkt und das geraubte Land den indianischen Dorfgemeinschaften, den ,,ejidos", zurückgegeben werden sollten. Doch erst unter dem nationalbürgerlichen Präsidenten Cárdenas wurden in den 30er Jahren ernsthafte Schritte zur Agrarreform unternommen. 100 ha bewässertes Land wurden als Obergrenze für privaten Grundbesitz festgelegt, das restliche Land sollte als unveräußerlicher Besitz den Dorfgemeinschaften übergeben werden. Allein während Cárdenas' Amtszeit wurden 17 Mio. ha verteilt. Insgesamt sind nach der amtlichen Statistik von 1916 bis 1974 über 90 Mio. ha an fast 3 Mio. Bauern vergeben worden. Das scheint eindrucksvoll: Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Mexikos betrug 1977 94,5 Mio. ha, davon waren 27,8 Mio. ha Acker-, der Rest Weideland.

Doch nach der gleichen Statistik waren 1975 von 7 Mio. Erwerbstätigen in der Landwirtschaft knapp die Hälfte – Landarbeiter. Mit 500000 bis 800000 hat López Portillo in seiner letzten Regierungserklärung die Zahl der landlosen Bauern beziffert, deren Rechtsanspruch auf Landzuteilung amtlich besiegelt ist. Und: Im Bundesstaat Sinoloa an der Pazifikküste z.B. kontrollieren 85 Großgrundbesitzer fast ein Viertel der gesamten bewässerten Nutzfläche.

Das Hauptergebnis der Agrarreform scheint die weitgehende Auflösung der früheren halbfeudalen Ausbeutungsverhältnisse und erneute Konzentration des Landes in den Händen kapitalistischer Großgrundbesitzer gewesen zu sein. Diese produzieren im großen Maßstab z.B. Tomaten oder Sojabohnen für den Export. Dahinter stehen vor allem in Nordmexiko oft direkt US-amerikanische Nahrungsmittelmonopole, die nicht nur den Absatz, sondern auch die Saatgutlieferungen und einen Großteil des Agrarkredits kontrollieren. Während die Handelsbilanz für Agrarprodukte ingesamt einen hohen Überschuß aufweist, muß das Grundnahrungsmittel Mais, obwohl es das Hauptprodukt der Kleinbauern ist, seit Anfang der 70er Jahre in beträchtlichem Umfang importiert werden.

Von vornherein hatten die Grundbesitzer einen Großteil (und den besten) ihres Landes durch Überschreibung an Familienangehörige vor der Enteignung ,,bewahren" können. Viele den Dorfgemeinschaften zugeteilte Ländereien sind zur landwirtschaftlichen Nutzung ungeeignet, zumal der größte Teil der Regierungsausgaben für Bewässerungsbauten den Plantagen zugutegekommen ist. Vor allem aber reichen die winzigen, oft weit auseinanderliegenden und damit eine kollektive Bearbeitung unmöglich machenden Flecken, die auf den einzelnen Bauern entfallen, gewöhnlich zur Ernährung der Familie nicht aus. Schon 1960 konnten die ,,ejidatarios", die Mitglieder der Dorfgemeinschaften, durchschnittlich nur 60% ihres Einkommens aus der eigenen Parzelle ziehen. Der Bauer ist gezwungen, jährlich mehrere Monate lang seine Arbeitskraft als Wanderarbeiter an mexikanische und US-Plantagenbesitzer zu verkaufen. Diese wiederum können den Lohn weit unter die Reproduktionskosten der Arbeitskraft drücken, denn viele Landarbeiter bauen die Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen ja für den Eigenbedarf selbst an. Auf 1,2 Mio., fast ein Fünftel der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung, wird das Heer der Wanderarbeiter mittlerweile geschätzt.

Unter diesen Umständen sind immer mehr ,,ejidatarios" gezwungen, ihre Parzelle ganz aufzugeben. Allein 1975 haben 165300 ihre Landrechte verloren, weil sie den ihnen zugeteilten Boden mehr als zwei Jahre lang hatten brachliegen lassen. In einigen Landesteilen sind – formell illegal – über die Hälfte des Gemeindelandes verpachtet, meist an die Großgrundbesitzer. Ein Teil der gelegten ,,Reformbauern" strömt in die Hauptstadt, inzwischen die größte Stadt der Welt, ein anderer schwellt die Reihen des wandernden Landproletariats. Die Landarbeitergewerkschaften sind heute zur wichtigsten organisierten Kraft im Kampf für die Agrarreform geworden. – Um den Kampf gegen die vollständige Entrechtung der mexikanischen Wanderarbeiter in den USA gemeinsam zu führen, haben Ende April 60 Gewerkschaften aus beiden Ländern eine Konferenz in Mexiko-Stadt durchgeführt. Die Konferenz forderte eine Charta der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Wanderarbeiter. Kurz zuvor hatte US-Präsidentschaftskandidat Kennedy eine ,,Amnestie" für die illegal eingewanderten Arbeiter vorgeschlagen. Der mexikanische Senat hat das empört zurückgewiesen: Die mexikanischen Arbeiter seien keine ,,Verbrecher" und brauchten daher keine ,,Amnestie".



Zehntausende Bauern besetzten 1975/76 an die 200000 ha Land. Die Regierung ließ schießen. Schließlich mußte sie einige Zugeständnisse machen.

Druck soll ,,historische Gesamtfangmenge" wieder ermöglichen

z.brp. Die Bundesregierung hat Ende April vom Ernährungsausschuß einen Maßnahmekatalog ausarbeiten lassen, um der westdeutschen Hochseefischerei – eine Handvoll Konzerne – ihre Profite zu sichern. Frühere uneingeschränkte Fangmöglichkeiten sind mit der Errichtung der 200-Seemeilen-Zone entfallen; vor Island und in der Barentssee haben die Fischereikonzerne überhaupt keine Fangrechte mehr, im Nordatlantik sind sie an Quotenvereinbarungen zwischen EG und dem Anliegerstaat gebunden. Grönland hat ebenfalls strenge Fangbestimmungen erlassen. 80% der Fangmenge an traditionellen Fischsorten wurden im Durchschnitt der Jahre 1973–1976 außerhalb der EG gefangen, 1980 werden sie voraussichtlich nur noch 25% der Menge ausmachen, davon können nur 38% außerhalb der EG gefangen werden. Die Hochseefischereiflotte ist jedoch auf den Nordatlantik ausgelegt. Die Bundesregierung will die Fanggründe ausweiten und absichern – vorgesehen sind ein Rahmenabkommen mit Kanada, Gespräche mit Dänemark und Grönland sowie Regelungen innerhalb der EG, die einen ,,nichtdiskriminierenden Zugang" gewährleisten sollen –, und sie ermuntert zur Räuberei: ,,Fangbeschränkungen wurden offensichtlich nicht stets genau eingehalten". Außerdem subventioniert sie die Modernisierung der Flotte und Rationalisierung mit weiteren 24,5 Mio. DM.

NGG: ,,Aktion gerechte Eingruppierung – Gerechter Lohn"

z.bsc. Am 15. Mai eröffnete die Gewerkschaft Nahrung–Genuss–Gaststätten mit einer Großveranstaltung in Essen, an der rund 1200 Gewerkschaftsfunktionäre aus der gesamten BRD und Westberlin teilnahmen, die ,,Aktion gerechte Eingruppierung – gerechter Lohn". Anwesend waren Delegationen der wichtigsten Industriegewerkschaften und ausländischer Brudergewerkschaften u.a. aus Belgien und Dänemark, sowie Vertreter der ILO. Gast- und Hauptreferent war Herbert Ehrenberg, der sich für die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades aussprach, was begrüßt wurde, gegen CDU/CSU und Strauß polemisierte, was Beifall fand

NGG: ,,Aktion gerechte Eingruppierung – Gerechter Lohn"

z.bsc. Am 15. Mai eröffnete die Gewerkschaft Nahrung–Genuss–Gaststätten mit einer Großveranstaltung in Essen, an der rund 1200 Gewerkschaftsfunktionäre aus der gesamten BRD und Westberlin teilnahmen, die ,,Aktion gerechte Eingruppierung – gerechter Lohn". Anwesend waren Delegationen der wichtigsten Industriegewerkschaften und ausländischer Brudergewerkschaften u.a. aus Belgien und Dänemark, sowie Vertreter der ILO. Gast- und Hauptreferent war Herbert Ehrenberg, der sich für die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades aussprach, was begrüßt wurde, gegen CDU/CSU und Strauß polemisierte, was Beifall fand,
und Ausführungen über die Ausweitung der Schichtarbeit auf einen größeren Teil des Arbeiterkörpers auf Grundlage der Verkürzung der individuellen jährlichen Schichtarbeitszeit machte und das Rentenkonzept der SPD erläuterte, wofür er keinen Beifall bekam. Die NGG hat die Kampagne durch eine Untersuchungs- und Enthüllungsbewegung mittels Fragebögen und durch Musterprozesse vorbereitet. Das fand seinen Ausdruck in einer Ausstellung mit Bildkollagen über die körperlich schweren und monotonen Arbeitsbedingungen in den Sparten der NGG, mit handgemalten Schaubildern über die Erwerbsquote der Frauen und die Entwicklung der unteren Lohngruppen gegenüber dem Durchschnittslohn.

Larzac: Enteignungen ungültig, Kampferfolg der Schafbauern

z.inl.Paris. Nach über acht Jahren Kampf gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes haben die Bauern aus dem Larzac einen wichtigen Erfolg errungen. Die zwischen Oktober 1978 und Februar 1979 verfügten Enteignungen mußten jetzt vom Kassationshof, dem höchsten französischen Gericht, für ungültig erklärt werden. In ihrer Hast, endlich das Land zusammenzurauben, das die Bauern zu verkaufen sich weigerten, machten die Bourgeois einige Formfehler. Ende 1971 hatte die Regierung angekündigt, daß sie den Truppenübungsplatz auf der Hochebene Larzac, in der Region Aveyron in Südfrankreich, von 3000 auf 20000 ha ausdehnen wolle. Bis 1978 hatte sie ganze 5810 ha von den Gemeinden oder Grundbesitzern, die von der Pacht lebten, aufkaufen können. Die Schafbauern der Gegend bekämpften von Anfang an die Erweiterung. Die 103 betroffenen Bauern beschlossen gemeinsam, unter keinen Umständen zu verkaufen und ihre Existenz gegen den Druck der Armee zu verteidigen. Die Arbeiter und Volksmassen aus ganz Frankreich unterstützten sie. 60000 versammelten sich 1973 auf der Hochebene, 100000 zum Erntefest 1974. Das Urteil kostet die Regierung nicht nur Zeit, die Larzacer sind zuversichtlich: ,,Die ganze Prozedur noch einmal: Einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen ginge das nicht ohne großen Lärm ab."

„Das Steuerpaket ist ja nicht aus Spaß und Dollerei so und nicht anders“

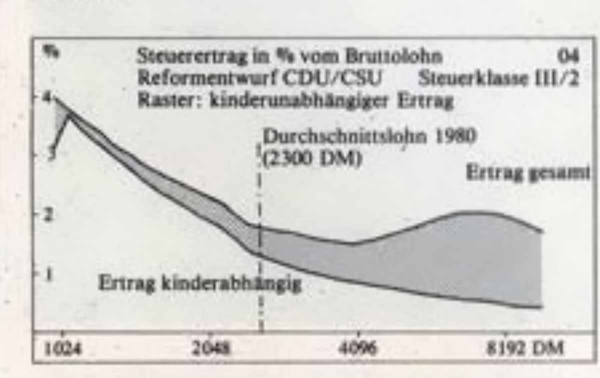
z.jüd. Der Finanzausschuß des Bundestages hat jetzt den Koalitionsentwurf der für 1981 angekündigten Steuerreform verabschiedet. Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat wird ihn durchfallen lassen. – Wir haben errechnet, was nach beiden Entwürfen tatsächlich rauskommen würde: bis zum Durchschnittslohn fast nichts, und eine effektive Kindergelderhöhung wird umgangen. Die Dokumente machen das Manöver durchsichtig:

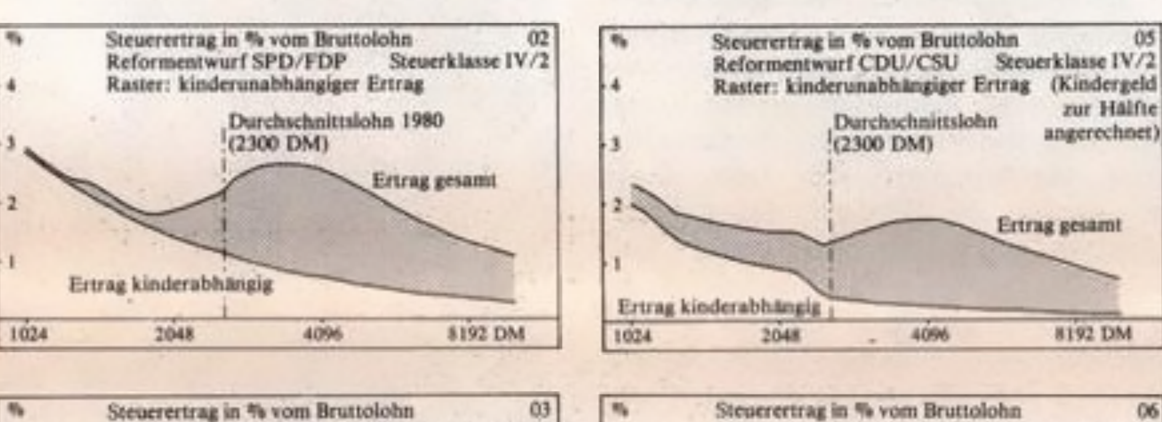
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Der BDI bedauert, daß die Bundesregierung den Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1981 verabschiedet hat, ohne zusätzliche entlastende Maßnahmen für den Bereich der Unternehmensbesteuerung vorzusehen … (Es) muß um Maßnahmen ergänzt werden, die auch langfristig zur Stärkung der Investitionsfähigkeit und Innovationskraft der Unternehmen beitragen.

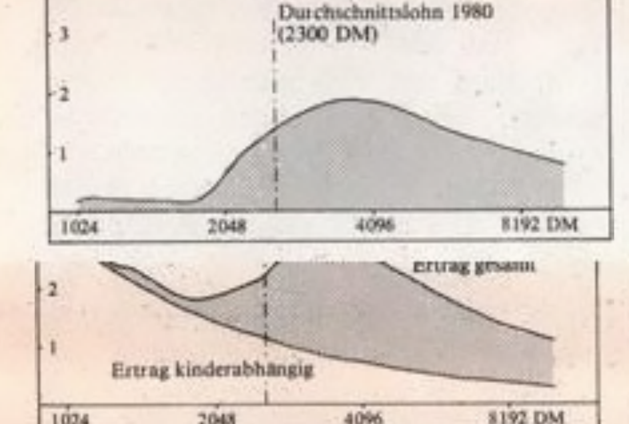
„Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.“ … das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (wird) langsamer steigen: … zudem greift die Progression des Steuertarifs nach den Entlastungen im vergangenen Jahr wieder voll … Gleichwohl darf das Problem eines permanent hohen Staatsdefizits nicht als gering erachtet werden. Es unterhöhlt das Vertrauen in den Staat … Daher muß das Ziel der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bei allen finanzpolitischen Überlegungen eine angemessene Rolle spielen. Erhöhte Bedeutung bekommt die Frage wegen der geplanten Steuersenkung, die 1981 zu Steuerausfällen von reichlich 10 Mrd. DM führen würde … Eine defizitneutrale Finanzierung scheint nur möglich, wenn der Ausgabenanstieg eng begrenzt wird oder indirekte Steuern erhöht werden; hier käme wohl vor allem die Mehrwertsteuer in Frage. Sollte beides politisch nicht durchsetzbar sein, müßte das Steuerpaket verkleinert werden.

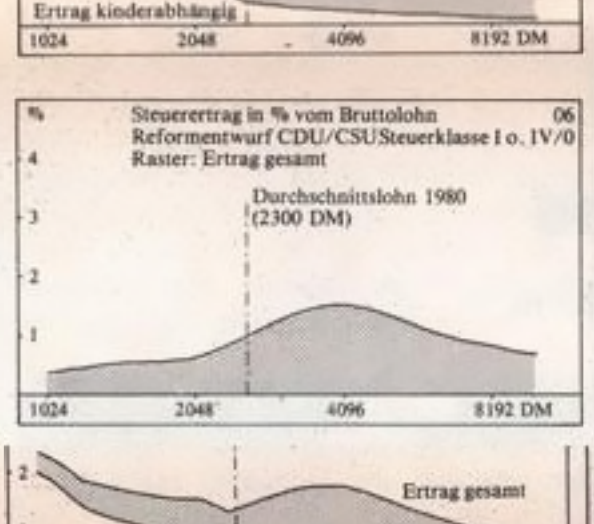
Regierungsparteien (I. Matthäus, FDP). Das Steuerpaket ist ja nicht aus Spaß und Dollerei so und nicht anders. Hier geht es nicht um das Verteilen von Wahlgeschenken, sondern darum, von Zeit zu Zeit … in unserem Steuersystem die notwendigen Anpassungen von Tarif, Freibeträgen und Kindergeld durchzuführen, damit es nicht zu einer Überbesteuerung der Bürger kommt. Angesichts des Steigens der Ölpreise ist diese Anpassung sogar noch dringlicher als vorher, weil dieses natürlich besonders die kleinen und mittleren Einkommen und unter diesen wiederum vor allem die Kinderreichen trifft.

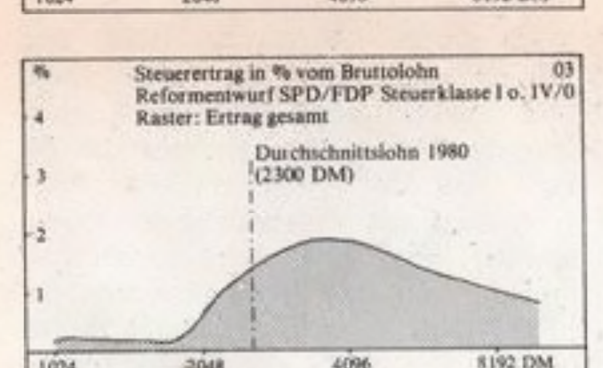
Steuerertrag in % vom Bruttolohn 01
Reformentwurf SPD/FDP Steuerklasse III/2
Raster: kinderunabhängiger Ertrag
Durchschnittslohn 1980 (2300 DM)
Ertrag gesamt
Ertrag kinderabhängig
1024 2048 4096 8192 DM

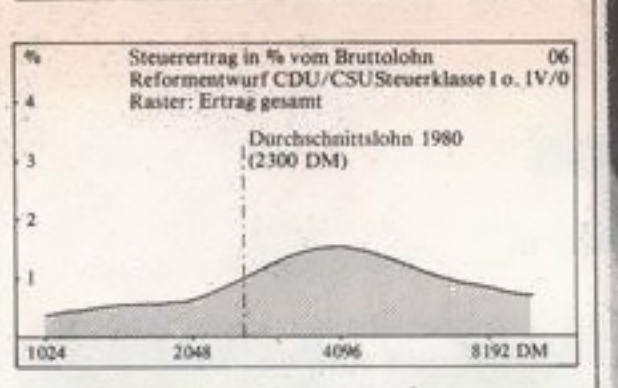












In den Schaubildern ist der Ertrag der Steuerreformvorschläge von SPD/FDP und CDU/CSU in % vom Bruttolohn aufgetragen. Die untere Kurve zeigt den Ertrag der kinderabhängigen Bestandteile der Reform, die obere Kurve den Gesamtertrag, die gerasterte Fläche den Ertrag durch die kinderunabhängigen Bestandteile. Kinderabhängig bei der SPD ist die Einführung eines Kindergrundfreibetrages von 30 DM für jedes Kind. (In der Berechnung der KVZ 19/80, S. 2 wurde er fälschlicherweise in den Steuertarif eingearbeitet, was in der Steuerklasse III den doppelten Ertrag ergab, als tatsächlich der Fall.) Kinderabhängig bei der CDU-Reform ist die Einführung eines allgemeinen Kinderfreibetrages von 300 DM pro Kind, dafür werden aber die Höchstgrenzen bei der Vorsorgepauschale für Steuerpflichtige mit Kindern gesenkt. Außerdem soll das Kindergeld für das 1. und 2. Kind um je 15 DM erhöht werden. Rechnet man die kinderabhängigen Reformerträge auf die längst überfällige Kindergelderhöhung an, so ergibt sich für die unteren Lohngruppen so gut wie kein Steuerertrag, den sowieso erst ab 1981 und das noch nicht einmal sicher.

Miserable Arbeitsbedingungen im Fernverkehr

ÖTV veröffentlicht Schwarzbuch / Lohnvergleich mit Metallarbeitern

z.wel. Am 19.4.80 führte die Gewerkschaft ÖTV in Sontra/Hessen eine Veranstaltung mit über 800 Beschäftigten aus dem Bereich des privaten Güter- und Personenverkehrs durch, auf der über die jetzt fast zwei Jahre dauernde Betreuungsaktion mit „rollenden Gewerkschaftsbüros“ Bilanz gezogen wurde. Die ÖTV veröffentlichte dazu auf dieser Veranstaltung ein „Schwarzbuch“, in dem die Ergebnisse dieser Aktion zusammengefaßt sind. Auf dem Weg der Befragung der auf Rastplätzen der Bundesautobahn, an Grenzkontrollpunkten und vor Betrieben angesprochenen Fahrer kamen Erfahrungsberichte der ÖTV-Sekretäre zustande, die ein Bild von den in ihrem ganzen Ausmaß vorherrschenden miserablen Arbeitsbedingungen in diesem Gewerbe geben. So stehen im Fernverkehr pauschale Monatslöhne zwischen 2000 und 2500 DM wöchentlichen Arbeitszeiten zwischen 80 und 100 Stunden gegenüber. Im Güternahverkehr beträgt die wöchentliche Arbeitszeit durchschnittlich 60 bis 80 Stunden. Die Befragung ergab weiterhin, daß in nur 21 von 100 Betrieben ein Betriebsrat vorhanden war und in nur 33 von 100 Betrieben im Fernverkehr der Lastzug oder Bus von einer Zwei-Fahrer-Besatzung gesteuert wird, in den übrigen nur von einem Fahrer. Besonders krass sind die Ergebnisse hinsichtlich der höchstzulässigen Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche und den dafür meist gezahlten Pauschallöhnen (siehe Zitat aus dem Schwarzbuch).

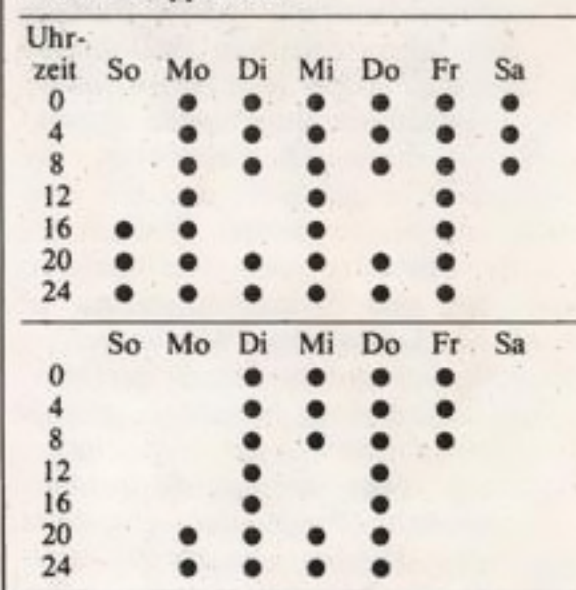
Zum besseren Verständnis haben wir den Schichtplan eines Westberliner Fernfahrers aufgezeichnet, der im Linienverkehr nach Süddeutschland fährt. Dazu die Entlohnung nach gültigem Tarif in Westberlin und dazu im Vergleich den Lohn eines Metallarbeiters, der so viele Stunden arbeiten würde. Als Berechnungsgrundlage haben wir die Lohngruppe fünf (Ecklohn) in der Metallindustrie genommen und sämtliche Zuschläge für Mehrarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie einen Nachtzuschlag von 25% addiert. Die Fernfahrer haben tariflich nur Anspruch auf Überstundenzuschlag.

Lohnvergleich

Fernfahrer, 320 Std. pro Monat
188 Normalstd. a 8,05 .... 1513,40 DM
112 Überstd. a 10,06 .... 1327,92 DM
gesamt .... 2831,32 DM

Metallarbeiter, LG 5, 320 Std. pro Monat
173 Normalstd. a 9,35 .... 1617,55 DM
147 Überstd. a 11,69 .... 1718,43 DM
92 mal Nachtzuschlag .... 215,05 DM
12 mal Samstagszuschlag .... 8,05 DM
16 mal Sonntagszuschlag .... 74,80 DM
gesamt .... 3653,88 DM

Differenz .... 822,56 DM



Schichtplan eines Westberliner Fernfahrers in einer Doppelwoche

Uhrzeit	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa
0		●	●	●	●	●	●
4		●	●	●	●	●	●
8		●	●	●	●	●	●
12		●		●		●	
16	●	●		●		●	
20	●	●	●	●	●	●	
24	●	●	●	●	●	●	

	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa
0			●	●	●	●	
4			●	●	●	●	
8			●	●	●	●	
12			●		●		
16			●		●		
20		●	●	●	●		
24		●	●	●	●		

Die Differenz ist deutlich, wobei man noch berücksichtigen muß, daß die meisten Fernfahrer den ihnen gemessen an den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden zustehenden Tariflohn noch gar nicht erhalten. Zusätzlich zu dieser Unterbezahlung bzw. dem vorsätzlichen Verweigern zustehender Lohnbestandteile legen die Kapitalisten im Transportgewerbe gleich im Arbeitsvertrag fest, wie sie mit den Fahrern umzuspringen gedenken: Da werden Vertragsstrafen in Höhe des Viertels eines Monatslohns im Falle fristloser Kündigung aus eigenem Verschulden festgelegt, die gleich einbehalten werden. Im schriftlichen Kommentar eines Unternehmers zum Arbeitsvertrag heißt es: „Unsere Forderung, wenn die Zusammenarbeit gut bleiben soll: Krankmachen nur in dringenden Fällen! (…) Wenn die Krankheit es erlaubt, stellen Sie sich für Notdienst, Reserve oder stundenweisen Einsatz zur Verfügung.“ (Schwarzbuch, S.13). Im Schreiben eines Arbeitgeberverbandes an einen erkrankten Kraftfahrer wird gefordert, den behandelnden Arzt umgehend von der Schweigepflicht zu entbinden, um Auskünfte über Dauer und Art der Krankheit einholen zu können und die Wiedergesundschreibung zu erwirken.

Die maßlose Ausdehnung des Arbeitstages, die im Schwarzbuch dokumentiert ist, hat ihre Grundlage nicht nur im niedrigen Tariflohn, sondern auch darin, daß der bürgerliche Staat Höchstzeiten legalisiert hat, die von den Kapitalisten oft genug als Mindestzeiten betrachtet werden. Entsprechend schwer war es für die ÖTV, im jetzt geltenden Bundesmanteltarif in

Schweigepflicht zu entbinden, um Auskünfte über Dauer und Art der Krankheit einholen zu können und die Wiedergesundschreibung zu erwirken.

Die maßlose Ausdehnung des Arbeitstages, die im Schwarzbuch dokumentiert ist, hat ihre Grundlage nicht nur im niedrigen Tariflohn, sondern auch darin, daß der bürgerliche Staat Höchstzeiten legalisiert hat, die von den Kapitalisten oft genug als Mindestzeiten betrachtet werden. Entsprechend schwer war es für die ÖTV, im jetzt geltenden Bundesmanteltarif in einem Stufenplan bis 1982 die wöchentliche Arbeitszeit auf 57,5 Stunden zu verkleinern. Insofern hat der Kampf um die rasche und kräftige Anhebung der Tariflöhne Bedeutung dafür, Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, wie sie von den Industriearbeitern bereits erkämpft sind. Im Verlauf der Betreuungsaktion sind in über 100 Betrieben Betriebsräte gebildet worden. Deren Arbeit muß verstärkt darauf gerichtet werden, die Überschreitungen der manteltariflich festgelegten Arbeitszeiten zu unterbinden und sich aktiv in die Kontrolle der Arbeitszeit einzumischen.

Auszüge aus dem Schwarzbuch der ÖTV:

„ – **nur drei Prozent der Fahrer überschreiten die höchstzulässige Arbeitszeit von 60 Stunden in der Woche nicht.**
- 17 Prozent der Fahrer arbeiten 70 Stunden,
- 49 Prozent der Fahrer arbeiten 80 Stunden,
- 17 Prozent der Fahrer arbeiten 90 Stunden,
- 14 Prozent der Fahrer arbeiten 100 Stunden in der Woche;
- fünf von 100 Fahrern erhalten bis zu 200 DM weniger Lohn, als ihnen laut Tarifvertrag zustünde:
- 15 Fahrer erhalten zwischen 200 DM und 400 DM weniger,
- 22 Fahrer erhalten zwischen 400 DM und 600 DM weniger,
- 12 Fahrer erhalten zwischen 600 DM und 800 DM weniger,
- 22 Fahrer erhalten über 1000 DM weniger.
- Zehn Prozent der Fahrer wurden nach Tariflohn und vier Prozent wurden übertariflich bezahlt.“

(„Unternehmerwillkür im privaten Güter- und Personenverkehr“, S.9/10).





Mit Warnstreiks in Kassel, Hersfeld (Bild), Fulda, Gießen und Marburg haben die hessischen Fernfahrer ihre Forderungen bekräftigt. In Herleshausen wurde der Grenzübergang eine Stunde lang blockiert. Am 13.5. nach zwei Verhandlungen vereinbarte die ÖTV: Lohnerhöhungen von 7,2% plus Vorweganhebung für Arbeiter von 30 Pf pro Stunde, für Angestellte 60 DM im Monat. Der Stundenlohn der Fernfahrer beträgt jetzt 8,13 bzw. 8,46 DM.



Streikposten vorm Stahlwerk Sandvik

z.coi.Stockholm. **Mit der Annahme der Schlichtungsangebote (KVZ 20/80) durch LO und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist der größte Streik in der Geschichte Schwedens beendet worden.** Damit erhöhen sich die Löhne der Industriearbeiter ab 15.4. um durchschnittlich 6,8% und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ab 1.6. um 7,3%. Hinzukommt je eine Einmalzahlung von 320 SKr. bzw. 670 SKr. zum 1. Juli als „Kompensation“ für die faktische Verlängerung des am 31.10.79 ausgelaufenen Tarifvertrages. Durch den Festgeldabschluß, im öffentlichen Dienst mit Prozenten gemischt, ist es den Gewerkschaften gelungen, eine besonders auf die Niedrigentlohnten gezielte erdrutschartige Lohnsenkung zu verhindern. Obwohl die Gewerkschaften ihr Ziel, die Reallöhne zu halten, nicht ganz erreichen konnten, haben sie den konzentrierten Angriff der Bourgeoisie zurückgeschlagen. „Wir haben unser Vorhaben nicht durchsetzen können“, resümiert der Kapitalistenverband. Der hatte sich erst durch einen „dringlichen Appell“ der Regierung zur Annahme bewegen lassen, und dies zur öffentlichen Verpflichtung der Regierung auf die Kürzung der Staatsausgaben um 7 Mrd. (u.a. der Renten) genutzt.

z.hef.London. **Zwei Wochen lang sperrten die britischen Zeitungskapitalisten außerhalb Londons die Druckarbeiter aus – dann mußten sie am letzten Sonntag den Forderungen der Gewerkschaft NGA zustimmen.** Der Mindestlohn für die 11000 Drucker der regionalen Presse (London verhandelt getrennt) wird auf 80 Pfund pro Woche erhöht, die Normalarbeitszeit auf 37,5 Stunden gesenkt. Der Verband der übrigen Druckbetriebe, der bislang gemeinsam mit den Zeitungen verhandelte, will weiterhin nur 75 Pfund zahlen. Aber die Gewerkschaft konnte für 29000 der 49000 Arbeiter Interimsverträge mit den einzelnen Kapitalisten über 80 Pfund und 37,5 Stunden abschließen. Die übrigen 20000 Arbeiter boykottieren alle Überstunden und führen Versammlungen während der Arbeitszeit durch.

z.ulg.Rom. **Im öffentlichen Dienst gelten die von der Arbeiterklasse erkämpften gewerkschaftlichen Rechte nur auf dem Papier, hat das italienische Verfassungsgericht geurteilt.** Nach dem „Statut über die Rechte der Werktätigen“ von 1970 können die Gewerkschaften bei Verletzung des Koalitions- und Streikrechts durch einen Kapitalisten innerhalb von zwei Tagen eine sofort vollziehbare einstweilige Verfügung vom Arbeitsrichter erwirken. Die Gewerkschaften hatten dagegen geklagt, daß das nicht auch für den öffentlichen Dienst gilt. Die Verfassungsrichter haben sie jetzt auf den endlosen Verwaltungsgerichtsweg verwiesen. Die gesetzliche Garantie einiger Arbeiterrechte nützt damit praktisch nichts.

z.elb. **16 polnische Seeleute, vom westdeutschen Reeder Zeppenfeld angeheuert, haben die Bezahlung nach ITF-Tarif durchgesetzt.** Nur einige Tage mußten sie das unter Singapurs Flagge fahrende Containerschiff (6200 t) im Rotterdamer Hafen festsetzen, bis die Internationale Transportarbeitergewerkschaft (ITF) den Reeder zur Zahlung von ca. 650 $ pro Monat zwang. Zeppenfeld hatte zusätzlich zur untertariflichen Bezahlung ca. 270000 DM Lohn vorenthalten. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen haben Seeleute westdeutschen Reedern den Tariflohn abgerungen.

z.rua. **Am 5. Mai sind in Griechenland ca. 20000 Rechtsanwälte in einen sechstägigen Streik getreten.** Fast sämtliche Gerichtsverfahren mußten deshalb vorübergehend ausgesetzt werden; der Gerichtsverkehr ist praktisch lahmgelegt. Die Rechtsanwälte fordern eine Verbesserung ihres Versicherungsschutzes und die Erhöhung ihrer Altersruhegelder. Sie fordern weiter die Einrichtung von mehr Sälen und die Einstellung von mehr Personal in den Gerichten. Für den Fall, daß die Regierung ihren Forderungen nach Ablauf des sechstägigen Streiks nicht nachkommt, haben sie einen weiteren unbefristeten Streik angekündigt. – Ebenfalls am 5. Mai sind rund 20000 Angestellte der griechischen Militärbehörden in einen sechstägigen Streik getreten. Sie fordern die tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden, die für die Beamten der Militärbehörden bereits Anfang des Jahres in Kraft gesetzt wurde.

z.lup. **Anfang Mai hat das türkische Parlament beschlossen, daß in Zukunft Streiks in Privatbetrieben nur noch nach Genehmigung durch die zuständige Militärkommandantur der jeweiligen Provinz durchgeführt werden dürften.** Die Regierung hatte kurz zuvor bereits beschlossen, daß alle Streiks der Arbeiter in den zahlreichen staatlichen Betrieben ebenfalls der Zustimmung durch die Militärkommandantur bedürfen. Die Angestellten und Beamten haben von vorneherein das Streikrecht nicht. – Kurz zuvor hatte die Türkei nach Verhandlungen mit dem IWF erneut die türkische Lira um 4,7% abgewertet. Die forcierte Unterdrückung des Streikrechts, verbunden mit Massenverhaftungen von Gewerkschaftern, dient der Unterdrückung der ziemlich breiten Streikbewegung, die die türkische Arbeiterklasse gegen die wachsende Ausbeutung und Ausplünderung durch das imperialistische Kapital durchführt und die sich mit der

Tarifabschlüsse Textil- und Bekleidungsindustrie: Teilweise Anhebung der unteren Lohngruppen

z.wom. Die westdeutsche Bekleidungsindustrie hatte 1979 257000 Beschäftigte und die Textilindustrie 311000 Beschäftigte, hauptsächlich in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern konzentriert. Etwa 65% der Beschäftigten in beiden Industriezweigen sind Frauen. Der Organisationsgrad in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung betrug 1978 36%. Er ist von 1971 bis 1978 um 50% gestiegen. Die extreme Niedrigkeit der Löhne in den beiden Gewerken ist berüchtigt; die durchschnittlichen Effektiv-Stundenverdienste für Frauen lagen 1979 in der Bekleidungsindustrie bei 9,02 DM, in der Textilindustrie bei 9,35 DM gegenüber 9,92 DM in der Elektroindustrie. Die GTB steht in ihrem Kampf großen Unternehmensgruppen gegenüber, die zu den Hauptexporteuren auf dem Weltmarkt gehören.

In der letzten Woche hat die GTB in einer zentralen Verhandlungsrunde die neuen Lohn- und Gehaltstarife für 236000 Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie abgeschlossen. Der Tarif im Bezirk Nordrhein ist noch offen, weil die Kapitalisten in diesem Raum (Krefeld, Mönchengladbach) bislang eine Vorweganhebung der Tarife auf das Niveau anderer Regionen abgelehnt haben; die Gewerkschaft hat das Scheitern der Verhandlungen erklärt. In den anderen Tarifgebieten werden die Löhne und Gehälter um 6,6% erhöht, die unteren Zeitlohngruppen um 2 bis 5 Pfennig zusätzlich, laut Presseberichten, was der gewerkschaftlichen Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen um denselben Betrag wie die Lohngruppe IV entspricht. Damit liegt der tarifliche Stundenlohn in Baden-Württemberg für die unterste Lohngruppe bei 7,91 DM und für LG IV bei 8,41 DM. Die Jahressonderzahlung wird um 5% auf 45% des Monatsverdienstes angehoben und das Urlaubsgeld künftig um denselben Prozentsatz wie der Lohn erhöht.

In den Wochen davor hatte die GTB in den meisten Tarifgebieten die neuen Textiltarife ausgehandelt. Die Lohnerhöhungen liegen zwischen 6,3% (Südbayern) und 6,9% (Baden-Württemberg). Verschiedentlich gelang es der Gewerkschaft, besondere Anhebungen der unteren Lohngruppen durchzusetzen: In Nordrhein-Westfalen zwangen zahlreiche Warnstreiks die Kapitalisten, die Erhöhung für LG VI in Mark und Pfennig auch für die unteren Lohngruppen zu zahlen. In anderen Tarifgebieten wurde der Lohngruppenschlüssel geändert.

Die nötige Aufholbewegung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung gegenüber den anderen Gewerken konnte mit diesen Abschlüssen nicht fortgesetzt werden, auch wenn die teilweise Anhebung der Niedrigstlohngruppen ein Erfolg ist. Bitter ist außerdem, daß das Ergebnis durch die steigende Inflation zum Teil schon wieder überholt ist.

Chemie-Tarifkampf: Kapitalisten bieten 6% – Auf keinen Fall Strukturveränderungen

z.wig. Am 14.5. sind die zweiten Tarifverhandlungen für den Tarifbezirk Nordrhein ergebnislos auf Montag, den 19.5., vertagt worden Kurz nach Eröffnung der Verhandlungen boten die Kapitalisten der IG Chemie 6% an. Die Kapitalisten lehnten die Änderung der Lohn- und Gehaltsstruktur ab und ließen lediglich durchblicken, daß sie bereit seien, bei den oberen Facharbeiterlohngruppen zusätzlich etwas mehr zu zahlen. Mit diesem Angebot wollen die Kapitalisten die IG Chemie in eine schwierige Lage bringen. Die 6% sollen die höheren Angestellten und insbesondere die technischen Angestellten, für die die Forderung so und so wie eine reine Prozentforderung wirkt, rausdrücken. Die Andeutungen, bei den Facharbeiterlohngruppen Extrazahlungen zuzugestehen, die Angleichung der übrigen Lohngruppen und der K-Gehaltsgruppen aber strikt zu verweigern, zielen auf Auseinanderdividieren von Arbeitern in den unteren und oberen Lohngruppen und von Arbeitern und Angestellten. Die IG Chemie hat an den Forderungen festgehalten, wird es aber schwer haben, sich durchzusetzen. Gelingt es bei den jetzigen Verhandlungen nicht, einen Einstieg in die Veränderung der Lohn- und Gehaltsstruktur zu erzielen, werden die Verhandlungen um einen einheitlichen Entgelttarif ebenfalls schwer. Auf keinen Fall reichen die 6% aus, die Reallöhne bis Juni nächsten Jahres zu sichern.

z.wom. **Zahlreiche Warnstreiks auf Montagestellen in ganz Westdeutschland haben die Metallkapitalisten nach 24 Verhandlungsrunden gezwungen, endlich den seit 1977 offenen Bundesmontagetarifvertrag abzuschließen.** Der Montagezuschlag für Montagestammarbeiter wird von 12% auf 13% erhöht (IGM-Forderung: 15%); bei Montagestellen, die mehr als 150 km vom Wohnort entfernt sind, besteht für Verheiratete nach 4 Wochen Anspruch auf Heimfahrt (bisher: 5 Wochen); bei Einsatz von Privat-PKWs müssen die Kapitalisten entsprechend der Gewerkschaftsforderung 36 Pfennig Kilometergeld zahlen (bisher: 32 Pfennig); die Auslösungssätze für Nah- und Fernauslösung werden um 6,5% erhöht; Anspruch auf Fernauslösung besteht schon bei 65 km gegenüber früher 150 km bei PKW-Benutzung. Die IG Metall hatte außerdem verschiedene Forderungen zur Gleichstellung der Montagezeitarbeiter mit den Montagestammarbeitern erhoben; darüber ist das Verhandlungsergebnis noch nicht bekannt. Montagestammarbeiter unterliegen den Tarifbestimmungen des Betriebs, der sie entsendet. Montagezeitarbeiter werden dagegen nur für einen bestimmten Montageort oder für bestimmte Montagen eingestellt und nach den Tarifbestimmungen des Montageorts bezahlt. Das erlaubt den Montagekapitalisten je nach Auftragslage und Fertigungstermin, billigere Zeitarbeiter einzustellen.

„Das muß gestoppt werden, das passiert jetzt“

Frankreich, 13.5.: Millionen streiken gegen Kostendämpfung / Regierung zeigt Wirkung

z.pel.Paris. Mit den Kostendämpfungsbeschlüssen der Regierung vom 25.7.1979 hatte die französische Finanzbourgeoisie ihren Angriff auf die Reproduktionsbedingungen und den Lohn der Arbeiterbevölkerung begonnen. Gesundheitsminister Barrot dekretierte: einen zusätzlichen Krankenversicherungsbeitrag von 1%; die Sperrung aller den Haushaltsansatz übersteigenden Finanzmittel der Krankenhäuser; die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner; das Erlöschen der Krankenversicherung der Arbeitslosen ein Jahr nach Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung; die Blockierung der Ärztehonorare. Es folgte der „Gesetzentwurf Berger“ zur „Sanierung der Sozialversicherung“, der vorsieht, die Höhe der Versicherungsleistungen im voraus im Parlament zu beschließen, ihren Anstieg auf den Anstieg des Bruttosozialprodukts zu beschränken und Überschreitung durch sofortige Beitragserhöhung zu finanzieren. Die genossenschaftlichen Hilfskassen, in denen sich 20 Mio. Lohnabhängige zusätzlich versichert haben, sollten ab 1.5.1980 nicht mehr die vollen Kosten der Gesundheitsversorgung erstatten dürfen, sondern einen „Mäßigungsbeitrag“ von 5 – 12% direkt auf die Versicherten abwälzen. Den Ärzten sollte unter Drohung von Honorarkürzung und Entziehung der Kassenzulassung eine Begrenzung der Behandlungskosten aufgezwungen werden.

Wir haben in KVZ 17 über die Herausbildung einer politischen Bewegung gegen die Kostendämpfung und ihre Führung durch die Gewerkschaften berichtet. Seitdem ist die Kampffront sprunghaft gewachsen. Die Bourgeoisie ihrerseits verschärfte den Angriff. Der neue Honorarvertrag Kassen-Ärzte sieht zwei Sorten Ärzte vor: solche mit festen Behandlungspreisen – die die Kasse erstattet – und reduzierter Leistung und solche mit freien Preisen – nur zum geringen Teil erstattet – und erhöhter Leistung. Der größte Ärzteverband wurde nach Ablehnung dieser „Zweiklassenmedizin“ von den Verhandlungen ausgeschlossen. Die Gewerkschaftsbünde CGT, CFDT und die Lehrergewerkschaft FEN riefen für den 13.5. zu einem nationalen Streik- und Aktionstag auf. Der Generalsekretär der CGT Seguy verkündete am 12.5. die Leitlinien seiner Organisation: „Niemals eine Versicherung für die Reichen und eine Hilfe für die Armen.“ „Das Geld dort nehmen, wo es ist.“ „Das muß gestoppt werden, und das passiert jetzt.“

Als wir am 13.5. um 7.30 Uhr das Radio einschalten, bedauert der Nachrichtensprecher soeben, daß es wegen des Streiks keinen Wetterbericht gebe, andere „Unannehmlichkeiten“ seien im Laufe des Tages zu erwarten. „Aber seien Sie nicht beunruhigt, in 24 Stunden ist alles wieder in Ordnung.“ Gegen 8 Uhr haben diese Beruhigungspillen für die Bourgeoisie erstmal ein Ende. Der Strom fällt aus. Wir machen uns relativ früh auf den Weg zur auf 10 Uhr festgelegten Demonstration der CGT. Schlangen an etlichen Bushaltestellen. Viele Zeitungskioske sind geschlossen. In ganz Frankreich wird keine Zeitung erscheinen. Die U-Bahn zum Abmarschplatz der Demonstration jedoch funktioniert. Tausende von Arbeitern und Angestellten haben sich um 9.45 Uhr schon auf dem Platz versammelt.

Wir fragen, wo die Spitze des Zuges sein wird. „Bei den Krankenhausbeschäftigten.“ Die Hunderte weißer Kittel sind nicht zu übersehen. Auf dem Weg sehen wir ein Plakatwand an einer Bushaltestelle: „Anschlag auf eure Gesundheit – Regierung, Kapitalisten wollen mit der Sozialversicherung Schluß machen. Stoppen wir sie gemeinsam!“ Daneben ein Plakat für die 35-Stundenwoche. Vor allem die CGT hat in den letzten Wochen eine massive Propaganda entfaltet. Eine vierseitige Sondernummer ihrer Zeitung „Vie ouvrière“ (Arbeiterleben) erreicht eine Auflage von 3,5 Mio. In Karikaturen wird die Politik der Regierung direkt als die Politik der Regierung direkt als Rentnerbeseitigungspolitik angegriffen. Die Forderungen zielen in der Hauptseite auf die Rücknahme des „Gesetzentwurfs Berger“ und auf Abschaffung des „Mäßigungsbeitrages“. Das Defizit der Sozialversicherung soll von den Kapitalisten (über eine Steuer auf Kapital und Vermögen) gedeckt werden.

In der Demonstration selbst, die sich um 10.40 Uhr in Bewegung setzt, werden verschiedentlich weitergehende Forderungen erhoben. Im Block der Beschäftigten der Kommunalverwaltungen lesen wir auf einem gemeinsamen Transparent von CGT und CFDT: „Gesundheitsversorgung umsonst und für alle!“ Die Arbeiter und Angestellten der Fluggesellschaften Air France und Air Inter skandieren immer wieder: „Die Sozialversicherung des Lohnabhängigen, die Kapitalisten sollen zahlen!“ Obwohl die CFDT-Führung für Paris nicht zur Demonstration aufgerufen hat, ist die gewerkschaftliche Aktionseinheit, die in gemeinsamen Streiks in vielen Branchen zum Ausdruck kommt, auch auf der Straße hergestellt. Mehrere Einzelgewerkschaften der CFDT beteiligen sich an der CGT-Demonstration. Ärzte- und Richtergewerkschaften und die „genossenschaftliche Hilfskasse der Arbeiter“ haben Abordnungen geschickt. 70000 demonstrieren in großer Geschlossenheit bis 13.40 Uhr.

Der Ostbahnhof ist um 14 Uhr wie leergefegt. Kein Fernzug vor 16.23 Uhr, starke Streichungen bei den Vorortzügen. Als wir den U-Bahnhof betreten, erfolgt über Lautsprecher die Ankündigung: „Momentan keine U-Bahn auf dem gesamten Netz.“ Mehrere Millionen Lohnabhängige haben an diesem Tag in ganz Frankreich gestreikt, davon allein 1,5 Mio. Metallarbeiter. Über 400000 haben demonstriert. Am 15.5. ziehen die Regierungsparteien dann den „Gesetzentwurf Berger“ für diese Legislaturperiode zurück. CGT, CFDT und FEN beraten an diesem Montag über weitere Kampfmaßnahmen, um die Bourgeoisie zum völligen Rückzug zu zwingen.





10000 demonstrierten auf Aufruf einer gewerkschaftlichen Aktionseinheit in Nantes. Die in CGT und CFDT organisierten Rentner bildeten in Paris einen starken Block. Sie fordern: Mindestrente wie Mindestlohn, 2900 FF!

---

anstehenden Aufnahme von Tarifverhandlungen in den wichtigsten Industriebranchen noch weiter ausgedehnen wird.

z.hef. **18000 Regierungsbeschäftigte traten am 6.5. im pakistanischen Teil Kaschmirs in den Streik, unter ihnen die Verwaltungsangestellten, Waldarbeiter, Steuereinzieher und Lehrer.** Sie fordern seit über einem Jahr gleichen Lohn wie ihre Kollegen in der Nachbarprovinz Punjab. Weil die Regierung seitdem mit Verzögerungen hingehalten und mehrere aktive Gewerkschafter entlassen hatte, riefen die vier Gewerkschaften für den 11.5. zum Streik auf. Als Antwort verhaftete die Regierung am 5.5. 149 Gewerkschaftsführer und erklärte die Gewerkschaften für illegal. Am nächsten Tag waren alle Beschäftigten im Streik. Gegen starke Polizeieinsätze legten sie alle Verwaltungsgebäude still.

z.mat.Sydney. **Nach zweiwöchigem Stillstand der Kohleförderung in australischen Bergwerken werden die Forderungen der Bergleute an diesem Montag vor dem staatlichen Kohletribunal verhandelt.** Die Gewerkschaften fordern die Verlängerung des Jahresurlaubs von vier auf fünf Wochen, Übernahme der tariflichen Facharbeiterzulage von 6,30 Dollar pro Woche für alle Arbeiter mit mehr als zweijähriger Betriebszugehörigkeit und Berechnung des Urlaubs ohne Anrechnung von Fehlzeiten. Da in Australien Lohnfortzahlung bei Krankheit nur wenige Tage garantiert ist – für neu eingestellte Arbeiter nur zehn Tage – bedeutet längere Krankheit Lohnverlust und den gänzlichen oder teilweisen Verlust des Urlaubsanspruchs. Im März und April hatten die Bergleute beschlossen, nur noch an drei Wochentagen zu arbeiten, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Nachdem die Kapitalisten Anfang Mai 20000 Bergleute ausgesperrt hatten, droht die Stahlproduktion wegen Kohlemangel zum Stillstand zu kommen. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, um das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten.

z.ans. **Die brasilianischen Metallarbeiter von Sao Bernardo haben nach 41 Tagen ihren Streik abgebrochen.** Sie haben beschlossen, die Überstunden zu verweigern und bei politisch begründeten Entlassungen sofort die Arbeit niederzulegen. Der Streikabbruch wird von den Gewerkschaften mit der verschärften Repression der brasilianischen Militärdiktatur Figueireido begründet. Nach mehreren Niederlagen in den letzten Jahren war dieser Metallerstreik der größte und längste. In ihm haben die Arbeiter ihren Grad an Organisiertheit gesteigert und gefestigt. Trotz massiver Unterdrückung hat die Bourgeoisie den Streik in seinem Zentrum Sao Bernardo nicht zersetzen können. Seine Wucht und Organisiertheit hat nicht ausgereicht, um jetzt zum Ziel zu kommen: Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhöhung und Kündigungsschutz sind nicht durchgesetzt, das Streikrecht ist nicht erkämpft. Der Streik ist vor allem an dem Problem gescheitert, daß er nicht wesentlich über die imperialistischen Autokonzerne hinaus ausgedehnt werden konnte. Unter dem Druck der Militärregierung beschlossen zunächst die Arbeiter von San Caetano, Anfang Mai auch die Metaller von Santo André, den Streik zu beenden.

z.krk. **Gegenwärtig finden in den ungarischen Betrieben Vertrauensleutewahlen statt.** Vor 5 Jahren war das Vertrauensleute-System wiederhergestellt worden, davor gab es nur Gewerkschaftskomitees. Der Vertrauensmann wird von der Gewerkschaftsgruppe gewählt, der Vertrauensleutekörper ist das höchste Gewerkschaftsorgan im Betrieb. Zur Arbeit der neuen Vertrauensleute sagte J. Sándor, stellvertr. Vorsitzender des Nationalrats der Gewerkschaften in einem Interview: „Vielleicht ergibt sich aus der ehemaligen klassischen Rolle der Vertrauensleute, daß heute vielerorts von ihnen erwartet wird, daß sie die individuellen und Gruppeninteressen vertreten, die Schwierigkeiten meistern, einen höheren Lohn erkämpfen. Aber der Vertrauensmann muß – gerade wegen seiner gewachsenen Befugnisse, seiner veränderten Rolle – auch politische Arbeit leisten. Er muß die Werktätigen überzeugen, erziehen ...“ Die ungarische Bourgeoisie will die wachsende Einheit der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf offenbar in einer Art Mitbestimmung gefangenhalten.

z.hku. **Gegenwärtig ist in Polen Wahlperiode für den Gewerkschaftskongreß, der für Ende 1980 einberufen ist.** In den Wahlversammlungen „wird die Rolle der Gewerkschaften als Interessensvertretung betont“ (Zycie Warszawy 18/80). Diesem Bestreben der Arbeiter hatte die PVAP schon vor dem Parteitag und bei den Sejm-Wahlen Rechnung tragen müssen, indem sie von der notwendigen Stärkung der Gewerkschaft sprach und davon, daß sie den Kampf führen müsse für „sozialistische Gerechtigkeit“, gegen „jede Form, unberechtigten Nutzen zu ziehen“. Folgende Anträge zum Gewerkschaftskongreß werden unter anderem in der polnischen Presse wiedergegeben: Änderung der Prinzipien für die Vergabe von Wohnungen; Verbesserung des Berufsverkehrs, der völlig unzureichend ist und oft genug zanz zusammenbricht, während gleichzeitig die Betriebe Busse für Ausflüge und Repräsentation erhalten; Beendigung der „Unkorrektheiten bei der Verteilung von Ferienschecks für Gewerkschaftssanatorien. Hier wirkt ein ganzes System von Pressionen und Verbindungen“ – während 30% der bewilligten dringenden Kuren nicht durchgeführt werden können. – An den Berichten kann man jedoch auch erkennen, daß die PVAP alles tut, um die Forderungen der Arbeiter auf die Sozialfonds der Betriebe einzuschränken und vom Lohn nicht zu reden. Der soll nach den Beschlüssen des VIII. Parteitages im nächsten Jahrfünft zumindest stagnieren; die Auseinandersetzungen um Sozialleistungen sollen abstumpfend wirken: „Klug und gerecht verteilt, kann die Sozialpolitik in einem gewissen Maß behilflich sein, die mageren Jahre zu bewältigen.“

Trotz Protesten der Studenten – schon wieder Hamburger Hochschullehrer nach Südafrika

z.wal. Zum Wintersemester 80/81 will der Assistent am Fachbereich Mathematik in Hamburg, Sprekels, eine Gastprofessur in Südafrika annehmen. Der Fachschaftsrat schrieb dazu: „Ein wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Boykott wäre ein Beitrag, das Regime zu schwächen ... Es wäre ein Beitrag zum Befreiungskampf des Volkes von Südafrika. Darum unterstützte der FSR auch den Aufruf des FSR Geographie, die Exkursion Borcherts nach Südafrika zu boykottieren.“ Professor Borcherts war im März mit 20 Studenten auf Exkursion in Südafrika, trotz entschiedener Proteste nicht nur der Studenten, sondern auch von UNO und OAU. Die OAU hatte geschrieben, daß „jede kulturelle oder wissenschaftliche Beziehung mit Südafrika ein Angriff auf die Würde der Afrikaner in dem Land und eine Beleidigung der afrikanischen Staaten ist.“

Der Vorläufer der Hamburger Universität war das 1908 gegründete „Kolonialinstitut“. Die Hamburger Universität ist dieser Bestimmung immer treu geblieben. Als letzter besuchte der bekannte Reaktionär Professor Hofstätter als offizieller Vertreter des Hamburger Psychologischen Institutes 1967 Südafrika. Kurz darauf stürzten die Studenten das Denkmal des Kolonialisten von Wissmann. Die Studentenbewegung hat den Südafrika-Reisen für einige Zeit Einhalt geboten.

Die Grundlage für den alles in allem regen „wissenschaftlichen Austausch“ hat die Bundesregierung mit dem „Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Südafrika“ gelegt, das am 11.6.62 unterzeichnet wurde; sein Geltungsbereich umfaßt ebenfalls Namibia und verstößt somit eindeutig gegen UNO-Beschlüsse. Mit dem Abkommen gefördert werden soll „u.a. der Austausch von Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens, die gegenseitige Gewährung von Stipendien und die Durchführung von Gastspielen und Ausstellungen ...“

Organisiert wird der Wissenschaftler- und Studentenaustausch von Gesellschaften wie dem „Goethe-Institut“ oder dem „Deutschen Akademischen Auslands-Dienst“ (DAAD). Sie werden fast vollständig von der Bundesregierung finanziert. In den Vorständen und Kuratorien sind dann auch die Hälfte der Ministerien vertreten. 1977 wurden z.B. für 89 Studenten die Fahrtkosten nach Südafrika bezahlt (allein vom DAAD). Namen und Hochschulorte der Wissenschaftler, die für eine bestimmte Zeit in Südafrika lehren, sind in den Jahresberichten des DAAD veröffentlicht. 13 deutsche Privatschulen, 13 deutschsprachige Regierungsschulen und 12 Schulen mit Deutschunterricht werden von der Bundesregierung direkt gefördert.

Mitglied im DAAD sind auch 65 ASten, die dort 1 Stimme haben, darunter der Hamburger AStA. Sie sollten die Auflösung des Kulturabkommens auf der nächsten Mitgliederversammlung dieses ehrenwerten Vereins fordern.

Azania: Schulboykott vorübergehend ausgesetzt

Botha-Regime muß Untersuchung zusagen / Verbot von Pink-Floyd-Platte wegen „Staatsgefährdung“

z.rua. Am 12. Mai haben die über 100000 farbigen Schüler und Studenten geschlossen ihren seit Mitte April andauernden Schulboykott vorübergehend ausgesetzt. Zuvor mußte Ministerpräsident Botha einer Schülerdelegation die Überprüfung ihrer Forderungen zusichern. Die Schüler und Studenten haben ihm eine Frist von drei Wochen gesetzt. Liegen bis dahin keine Vorschläge zur Verbesserung des Schulwesens für die farbige und schwarze Bevölkerung Azanias vor, wird der Boykott wieder aufgenommen. Die Lehrer und die schwarzen Schüler und Studenten haben angekündigt, sich ihm anzuschließen.

Mit dem Boykott fordern sie gleiche Rechte wie die weißen Schüler; kostenlose Lehrmittel, Abschaffung der Schulgebühren, Aufhebung des Uniformzwangs, Einrichtung von Bibliotheken und ausreichende Klassenräume, freien Zugang zu Universitäten für Farbige und Schwarze ohne ministerielle Genehmigung, das Recht auf Bildung von Schülerräten sowie die Freilassung der während der Kampfaktionen der letzten Wochen Verhafteten.

Das Botha-Regime fürchtet einen Aufschwung der Klassenkämpfe wie im Juni 1976 in Soweto, als ausgehend von Demonstrationen schwarzer Schüler gegen die Einführung von Afrikaans als Pflichtsprache 18 Monate andauernde Kämpfe im ganzen Land entbrannten. In Panik ließ Botha Anfang Mai die Schallplatte „The Wall“ von Pink Floyd wegen „Gefährdung der Sicherheit des Staates“ verbieten. Die Schüler hatten dieses Lied zum Kampflied bei ihren Protestaktionen gemacht. Der Text lautet etwa: „Wir brauchen keine Erziehung, wir brauchen keine Gedankenkontrolle, keinen düsteren Sarkasmus im Klassenzimmer, Lehrer, laßt die Schüler in Ruhe! – Alles in allem ist das nur ein weiterer Stein in der Mauer.“ Gegen Erziehung und Lehrer sind die azanischen Schüler nicht, das zeigt sich an ihren Forderungen und an ihrem Zusammenschluß mit den Lehrern. Was die Popularität des Liedes ausmacht, ist, daß sie durch das Singen der aggressiven Melodie ihrem tiefen Haß auf die Unterdrückung durch das Botha-Regime Ausdruck geben können. Und schließlich wird am Ende des Liedes die Mauer eingerissen.

Das nach Rassen gespaltene Schulsystem dient der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Imperialismus über Azania. Es bestehen drei verschiedene Schulsysteme für Weiße, Farbige und Schwarze. Die farbige und Inderbevölkerung Azanias soll durch geringfügige Privilegien vom Zusammenschluß mit den afrikanischen Volksmassen abgehalten werden. Durch Stipendienvergabe an ausgesuchte Afrikaner versucht das Regime, sich unter der schwarzen Bevölkerung eine Kompradorenschicht heranzuziehen.

Die Schulpflicht vom 7. bis zum 16. Lebensjahr besteht lediglich für Weiße. Für sie sind Schulbesuch und Lehrmittel kostenlos. Für Farbige und Inder besteht eine Schulpflicht bis zum 11. Lebensjahr; sie müssen Gebühren entrichten und für Lehrmittel aufkommen. Für Schwarze besteht keine Schulpflicht. Sie müssen den Bau und Betrieb von Schulen selbst finanzieren; monatlich werden jedem schwarzen Einwohner 20 – 38 Cents pauschal abverlangt. Pro Kind müssen für den Schulbesuch 80 – 100 Rand im Monat gezahlt werden. Hinzu kommen die Kosten für Lehrmittel und Zwangsuniform. Die staatlichen Ausgaben pro Schüler betrugen 1977: Weiße – 654 Rand; Inder – 220 R.; Farbige – 158 R.; Schwarze – 48,55 R. Das Verhältnis Lehrer-Schüler betrug 1978: Weiße – 1:19,6; Inder – 1:27,2; Farbige 1:29,2; Schwarze – 1:49,2.

Mit dem „Bantu Education Act“ hat sich das südafrikanische Regime 1953 die volle staatliche Kontrolle über die bis dahin hauptsächlich von Kirchen und Missionen betriebenen Schulen für Afrikaner gesichert. Der damalige Premierminister Verwoerd erklärte: „Die Eingeborenen-Erziehung sollte in einer solchen Weise kontrolliert werden, daß sie in Übereinstimmung mit der Politik des Staates steht ... Unser Schulsystem darf die Bantus nicht dadurch in die Irre führen, daß ihnen die grünen Weiden der europäischen Gesellschaft gezeigt werden, auf denen es ihnen nicht erlaubt ist, zu grasen.“ Die Lehrpläne für schwarze Schüler werden vom Ministerium für Bantu-Angelegenheiten vorgeschrieben; „gelehrt“ werden gerade die Fähigkeiten, die gebraucht werden, um sich später als Hausmädchen bei den weißen Farmern oder in den Bergwerken und Fabriken der imperialistischen Konzerne zu verdingen. Der Unterricht erfolgt offiziell in der Muttersprache, aber Lehrbücher in Xhosa oder Zulu – den beiden afrikanischen Hauptsprachen – gibt es nicht. Unter Hinweis auf diese Lücke hatte das Regime 1976 Afrikaans – die Sprache der Kolonisatoren – als Pflichtsprache an den Schulen einführen wollen. Bis heute sind die Kämpfe der schwarzen Schüler nicht abgeklungen. Angeblich wegen Lehrermangels wurden seit Ende letzten Jahres weiße Soldaten als Lehrer eingesetzt.

Parallel zu der verschärften Unterdrückung der schwarzen Schüler hat das Botha-Regime im Sommer letzten Jahres als „Beweis für die Lockerung des Apartheid-Systems“ gemischtrassige Schulen gegründet, deren Besuch auch schwarzen Kindern gestattet sei. Eine schmierige Farce. Denn der Schulbesuch kostet hier jeweils 200 Rand im Monat, ohne Lehrmittel und Uniformen. Mehr als die Hälfte aller afrikanischen Haushalte in Soweto z.B. liegen mit ihrem monatlichen Einkommen noch unter dem Existenzminimum von 178 Rand.





Kochunterricht in der Lamula-Hausmädchen-Schule. – Februar 1980: 300 Schüler der Pimville-Schule in Soweto im Boykott gegen den Einsatz von Soldaten

Sicherheit des Staates“ verbieten. Die Schüler hatten dieses Lied zum Kampflied bei ihren Protestaktionen gemacht. Der Text lautet etwa: „Wir
Betrieb von Schulen selbst finanzieren; monatlich werden jedem schwarzen Einwohner 20 – 38 Cents pauschal abverlangt. Pro Kind müssen für den
1976 Afrikaans – die Sprache der Kolonisatoren – als Pflichtsprache an den Schulen einführen wollen. Bis heute sind die Kämpfe der schwarzen Schüler nicht abgeklungen. Angeblich wegen Lehrermangels wurden seit Ende letzten Jahres weiße Soldaten als Lehrer eingesetzt.
Parallel zu der verschärften Unterdrückung der schwarzen Schüler hat das Botha-Regime im Sommer letzten Jahres als „Beweis für die Lockerung des Apartheid-Systems“ gemischtrassige Schulen gegründet, deren Besuch auch schwarzen Kindern gestattet sei. Eine schmierige Farce. Denn der Schulbesuch kostet hier jeweils 200 Rand im Monat, ohne Lehrmittel und Uniformen. Mehr als die Hälfte aller afrikanischen Haushalte in Soweto z.B. liegen mit ihrem monatlichen Einkommen noch unter dem Existenzminimum von 178 Rand.



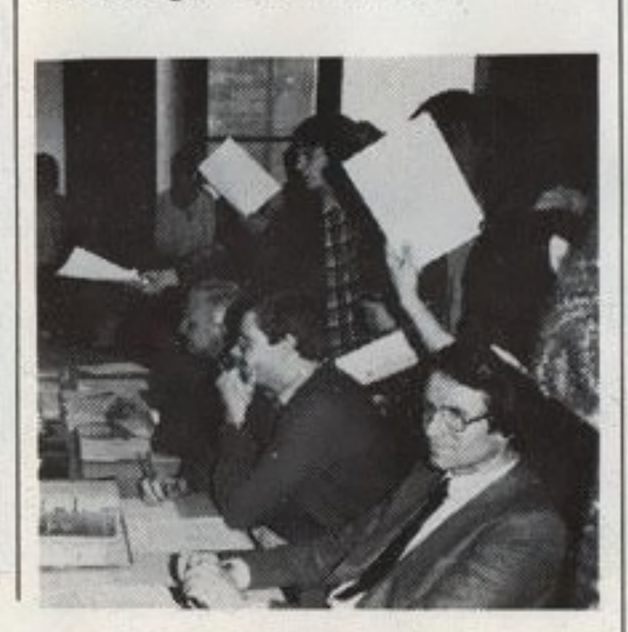
Kochunterricht in der Lamula-Hausmädchen-Schule. – Februar 1980: 300 Schüler der Pimville-Schule in Soweto im Boykott gegen den Einsatz von Soldaten

Neues Verhandlungsangebot der Studenten in Hannover / Präsident muß sich bis 19. Mai äußern

r.jol. Nach der Vollversammlung der Studenten der Universität Hannover am letzten Mittwoch war Vize-Präsident Rewe bei einem Go-In der Studenten während einer Ausschußsitzung gezwungen worden, mit Vertretern der Fachschaften und der politischen Gruppen erneut ein Gespräch über die Wahlordnung zu führen. Am Dienstag fand das Gespräch statt. Erwartet wurde von den Studenten eine Entscheidung des Präsidenten über das Begehren und ein Verhandlungsangebot für eine neue Wahlordnung. Von den Studenten wurde es als eine ziemliche Frechheit betrachtet, daß der Ältestenrat des 2%-Studentenparlaments eine Prüfung des Begehrens noch nicht vorgenommen hatte und der Präsident trotz Zusage von Vizepräsident Schäfer auf der Uni-VV noch nichts gegen diese Verschleppungstaktik unternommen hat, geschweige denn ein Vorschlag für eine Wahlordnung vorgelegt wurde. Trotzdem wurde von studentischer Seite ein neuer Wahlordnungskompromißvorschlag vorgelegt, der garantiert, daß ausschließlich Vertreter der jeweiligen Fachschaften in die studentische Kammer gelangen, aber auch Listenverbindungen möglich sind. Nach Aussage des Rechtsgutachters Schneider entspricht diese Wahlordnung auch den Anforderungen des NHG's und der Satzung.

Auf einer Sitzung der Studentischen Kammer im Anschluß an das Gespräch mit dem Präsidium sprachen sich die Studentenvertreter dafür aus, daß das das letzte Angebot der Studenten sein sollte und vom Präsidenten bis Montag eine Entscheidung erwartet wird. In einer Erklärung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen vom 7.5.80 wird der gewählte AStA unterstützt: „... Der DGB unterstützt das im Rahmen des Begehrens der hannoverschen Universitätsstudenten gezeigte demokratische Engagement und fordert das Wissenschaftsministerium auf, die verfaßte Studentenschaft zu respektieren und das politische Mandat der Studentenvertretungen anzuerkennen.“

Neues Verhandlungsangebot der Studenten in Hannover / Präsident muß sich bis 19. Mai äußern
r.jol. Nach der Vollversammlung der Studenten der Universität Hannover am letzten Mittwoch war Vize-Präsident Rewe bei einem Go-In der Studenten während einer Ausschußsitzung gezwungen worden, mit Vertretern der Fachschaften und der politischen Gruppen erneut ein Gespräch über die Wahlordnung zu führen. Am Dienstag fand das Gespräch statt. Erwartet wurde von den Studenten eine Entscheidung des Präsidenten über das Begehren und ein Verhandlungsangebot für eine neue Wahlordnung. Von den Studenten wurde es als eine ziemliche Frechheit betrachtet, daß der Ältestenrat des 2%-Studentenparlaments eine Prüfung des Begehrens noch nicht vorgenommen hatte und der Präsident
Auf einer Sitzung der Studentischen Kammer im Anschluß an das Gespräch mit dem Präsidium sprachen sich die Studentenvertreter dafür aus, daß das das letzte Angebot der Studenten sein sollte und vom Präsidenten bis Montag eine Entscheidung erwartet wird. In einer Erklärung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen vom 7.5.80 wird der gewählte AStA unterstützt: „... Der DGB unterstützt das im Rahmen des Begehrens der hannoverschen Universitätsstudenten gezeigte demokratische Engagement und fordert das Wissenschaftsministerium auf, die verfaßte Studentenschaft zu respektieren und das politische Mandat der Studentenvertretungen anzuerkennen.“



Ausweitung der Kämpfe der Studenten in Südkorea gegen das Kriegsrecht

z.sta.Sydney. Die Besetzung der Stadt Sabuk durch 3000 Bergarbeiter, deren Erfolg die Durchsetzung einer Lohnerhöhung war, hat offensichtlich einen Aufschwung der ökonomischen und demokratischen Kämpfe der Volksmassen in Südkorea bewirkt. Die Studenten hatten bereits seit Ende April an über der Hälfte der Colleges und Universitäten demonstriert und die Absetzung einiger als Park-Anhänger bekannter Rektoren und Universitätslehrer durchgesetzt. Zunächst richteten sie sich gegen die Unterdrückung des Rechts auf Zusammenschluß und den Militärdienst für Studenten. Versuche der Polizei, die Demonstrationen der Studenten auf die Universitätsgelände zu beschränken, sind in mehreren Städten fehlgeschlagen. In Seoul schlossen sich 80 Universitätslehrer den Demonstrationen der Studenten an. Nach dem erfolgreichen Verlauf der Bergarbeiteraktion weiteten die Studenten ihre Forderungen aus. Anfang Mai stellten sie der Regierung ein Ultimatum: Wenn bis zum 15. Mai ihre Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts, Presse- und Organisationsfreiheit sowie nach Vertretungsrechten und Teilnahme der Studenten an der Universitätsverwaltung nicht erfüllt würden, sollten größere Demonstrationen folgen. An diesen Demonstrationen beteiligten sich in Seoul und anderen Städten mehr als 10000 Studenten.

Die Kämpfe der Studenten für Demokratie und gegen die US-Vorherrschaft haben eine lange Tradition, die sich aus der sozialen Herkunft der Studenten erklärt: die Hälfte stammt aus Bauernfamilien.

Nach der Beseitigung der unhaltbar gewordenen Marionette Park Chung Hee hatten die US-Imperialisten Choi Kyu Hah an dessen Stelle gesetzt. Choi versprach, die Verfassung zu liberalisieren. Die Verfassungsreform sollte bis Anfang 1981 soweit sein, daß Parlamentswahlen stattfinden könnten. Von Aufhebung des Kriegsrechts kein Wort. Während die bürgerliche Opposition sich darauf beschränkt, von der Regierung eine präzisere Terminierung der Verfassungsreform zu fordern, unterstützen sich die Kämpfe der Arbeiter und Studenten gegenseitig. Es sieht ganz danach aus, als ob das Manöver der US-Imperialisten, durch Auswechseln der Marionetten und Verfassungsreform ihre neokoloniale Bastion im Griff zu behalten, nicht klappt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr.21, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Jugendbund (KJB)
Hamburg
12. Mai 1980
20a3z1220n

Kostenlose Versorgung mit Nahrung und Kleidung

An mehreren Hamburger Gymnasien kochen Eltern für Schüler und Lehrer. Die Eltern haben zu dieser Selbstmaßnahme gegriffen, weil die Schüler bis zum Nachmittag in der Schule bleiben müssen und sonst nichts in den Bauch bekommen. An vielen Schulen protestieren Schüler und Eltern gegen die miserablen Versorgungsmöglichkeiten.

Unentgeltliche Schulspeisung wurde gegen Ende des letzten Jahrhunderts von Wohltätigkeitsvereinen eingeführt und war für arme und bedürftige Kinder. In einer Schrift aus der Zeit heißt es: „... bedürftige Kinder, das sind solche, die zuhause kein warmes Essen erhalten.“ Bedürftig war ein Kind, wenn die Mutter arbeitete.

Heute arbeiten mehr als ein Drittel aller Frauen, damit von beiden Eltern überhaupt eine Familie unterhalten werden kann. Bei voller Berufstätigkeit ist eine Erziehung der Kinder durch die Familie gar nicht mehr durchzuführen. Erziehung ist zu einer gesellschaftlichen Aufgabe geworden. Damit ist auch die Versorgung mit Nahrung und Kleidung für Schüler und Lehrlinge unerläßlich. Und diese Versorgung muß unentgeltlich sein. Bei der Berufstätigkeit beider Eltern bleibt wenig Zeit, um die Versorgung mit den notwendigen Nahrungsmitteln vorzunehmen. Der überwiegende Teil aller Erwerbstätigen ist heute lohnabhängig. Er arbeitet nicht für sich, sondern muß für den Kapitalisten arbeiten. Die Ausbildung ist darauf abgestellt. Dazu gehört auch die Versorgung mit den grundlegenden Nahrungsmitteln. Die Versorgung muß allgemein und kostenlos sein. Sie muß vom Staat für die Schulkinder und vom Kapitalisten für die Lehrlinge bezahlt werden. Die Kantinen an den Schulen müssen von den staatlichen Organen auf Kreisebene betrieben werden mit Kontrollrecht der Eltern- und Schülervertretungen sowie der Gewerkschaften.

Forderungen von Schülervertretungen und Gewerkschaft

Auf Anregung der Betriebsräte von AEG und Siemens forderte die IG Metall Ortsverwaltung Hamburg in einem Brief an Schulsenator Grolle die Einrichtung einer Kantine für den Neubau der Berufsschule G16. Der Gesamtschülerrat des Gymnasiums in Gellnhausen erklärte zum Beschluß des Kreistages, keine Kantine zu bauen: „Eine Bezuschussung (der Kantine) ist nötig. Als Schüler sind wir nicht bereit, Gewinne privater Unternehmen zu bezahlen. Wenn Nachmittagsunterricht obligatorisch ist, dann müssen auch finanziell die materiellen Bedingungen dafür bereitgestellt werden.“





Vom ,,Dienen" und vom ,,Opfer Bringen": Zitate von Bismarck bis Apel

z.hev. Regelmäßiger Bestandteil der Kriegsvorbereitungen deutscher Regierungen war und ist die ideologische Ausrichtung und die praktische Einübung von ,,Opfer bringen" und ,,Dienen". Nur in Nuancen, die von den konkreten Kräfteverhältnissen abhängen, unterscheiden sich die Aussprüche von Staatsoberhäuptern und Ministern, die im folgenden zitiert werden.

Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 6.2.1888 (,,Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt") zur Begründung des Wehrpflichtänderungsgesetzes und zur Zeichnung einer Heeresanleihe angesichts eines erwarteten Zweifrontenkrieges mit Frankreich und Rußland:

,,Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unsrer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden."

Kaiser Wilhelm II. anläßlich des Stapellaufs des Linienschiffes ,,Kaiser Karl der Große" im Rathaus von Hamburg am 18.10.1899:

,,Blicken wir um uns her, wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert. Alte Weltreiche vergehen, und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Gesichtskreis der Völker erschienen und treten in ihren Wettbewerb mit ein ... Dadurch sind die Aufgaben für unser Deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erheischen für Mich und Meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anstrengungen, die nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn einheitlich und fest, den Parteiungen entsagend, die Deutschen hinter uns stehen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen."

Kaiser Wilhelm II. bei der Einweihung der Ruhmeshalle in Görlitz am 29.11.1902:

,,Groß ist der Deutsche in seiner wissenschaftlichen Forschung, groß in seiner Organisierungs- und Disziplinfähigkeit ... Möge ... die zukünftige Zeit ein Geschlecht heranwachsen sehen, das ... in freudiger Arbeit Individuen entwickelt, die sich unterordnen zum Wohle des Ganzen und zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes."

Reichspropagandaminister *Goebbels* ,,Appell an die Nation" (wahrscheinlich im Winter 1933/34, zitiert nach H. Heiber, Goebbels-Reden):

,,Wir wollen es nicht mehr dulden, daß der deutsche Arbeiter der Proletarier der Nation ist, – darum sind wir Sozialisten. Wir wollen es nicht mehr zulassen, daß die deutsche Nation der Proletarier der Welt ist, – darum sind wir Nationalisten. Und weil wir in diesen beiden Aufgaben den einmaligen geschichtlichen Sinn deutscher Zukunft erblicken, der nur insgesamt gelöst werden kann, darum nennen wir uns Nationalsozialisten. Das kommende Deutschland wird diesen Stempel tragen oder aus der Reihe der anderen Völker gestrichen werden. Wohlan denn: arbeitet, kämpft, opfert, leidet und duldet! Es handelt sich um Deutschland! Wenn Deutschland stirbt, dann geht das Licht der Welt aus."

Bundespräsident *Carstens* am 6.5.1980 bei der öffentlichen Vereidigung im Weser-Stadion in Bremen:

,,Mit Ihrem Dienst in der Bundeswehr tragen Sie zur Erhaltung des Friedens bei. Mit diesem Dienst schützen Sie die Freiheit des einzelnen und die Freiheit der Nation. Sie können ihn guten Gewissens leisten, denn Sie leisten ihn für ein Land, dessen Bürger in Freiheit leben, in dem die Menschenrechte gelten. Sie leisten ihn für ein Land, in dem das Recht regiert und in dem ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit erreicht werden konnte. Sie leisten diesen Dienst für die Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitliche Ordnung, die es wert ist, daß Sie sie schützen ... Sie bringen mit Ihrem Wehrdienst, der Ihre volle Hingabe verlangt, ein persönliches Opfer für uns alle. Dafür danken wir Ihnen."

,,Nun ist gewiß klar, daß die Bundeswehr kaum besser sein kann als der Durchschnitt der Söhne unseres Volkes. Doch wie Sie begreifen, was Staat heute ist, wie man unsere Gesellschaft bewertet, welche Rechte man hat, aber daß man auch Pflichten zu übernehmen hat, das hängt entscheidend davon ab, welche Erfahrungen der junge Mann in der Bundeswehr gemacht hat ... Von den Soldaten und damit auch von Ihnen wird das Dienen gefordert. Ihr Verständnis vom Dienen muß Vorbild sein können. Dienen ist nicht mit ,dienern' zu verwechseln, gewiß auch nicht mit verdienen."

,,Nasser Sand 80" – Anlandungen auf fremde Territorien werden geübt

r.reh. Zur Vorbereitung größerer NATO-Manöver übte die 1.Amphibische Gruppe mit 17 Landungsbooten vom 5. bis 9. Mai an der Eckernförder Bucht. 700 Soldaten waren daran beteiligt. Dieses Manöver ist das neueste Glied einer immer dichter werdenden Kette amphibischer Übungen im Ostseeraum. Im September 78 ,,eroberten" erstmals US-Marines die Küsten Fehmarns. Im September 79 landeten ca. 500 Soldaten bei Putlos, am 28.4.80 12 Kampf- und Schützenpanzer an der Lübecker Bucht (siehe Bild). Erst Anfang 77 wurden die 17 Boote der 1.Amph.Gr. von Wilhelmshaven nach Kiel verlegt. Jetzt sind am 9.5. die ersten zwei von zwölf weiteren Landungsbooten nach Eckernförde überführt worden.

Zwei Tage nach Ankündigung von ,,Nasser Sand 80" konnte man in der Presse lesen, daß der ,,Verein Mole Stickenhörn", dessen Ziel ist zu verhindern, daß die 1.Amph.Gr. in Stickenhörn stationiert wird, auf 317 Mitglieder angewachsen ist und seine Aktivitäten verstärken will.

Über den Zweck der Anlandeübungen und die Verstärkung der amphibischen Truppe schweigen sich Bundeswehr und Presse aus. In den Manöverberichten haben sie immer die Rolle ,,rot" der sozialimperialistischen Angreifer. Zu behaupten, die Truppenteile würden von holsteinischer Küste aus über offene See wiederum an der gleichen Küste angelandet, um Schleswig-Holstein zu schützen, wagen die ,,Verteidigungs"propagandisten erst gar nicht. Einen Sinn hat der Ausbau der amphibischen Einheiten nur innerhalb der imperialistischen Strategie der westdeutschen Bourgeoisie: entweder zur Anlandung an der Küste der DDR oder Polens zwecks Unterstützung der aus Niedersachsen heraus in Richtung Berlin vorstoßenden Panzerverbände oder zur Anlandung auf den dänischen Inseln, in dem Fall, daß Dänemark sich weigert, in die NATO-Vormarschpläne miteinbezogen zu werden. In dieses Konzept paßt die Verstärkung des Heimatschutzkommandos 13 und dessen Ausrüstung mit M-48 Panzern ebenso wie die Ankündigung der Generalstabstagung ,,Blue Horizon" letzte Woche in Kiel, die Luftstreitkräfte würden in den nächsten vier Jahren an der NATO-Nordflanke um 50% verstärkt.



BRD-Kriegsschiffexporte

z.ped. 1978 machte der Anteil der Aufträge der Bundesmarine am Gesamtumsatz der Schiffbauindustrie Westdeutschlands fünf Prozent aus. Weitere vier Prozent machten ausländische Aufträge aus. Für 1980 erwartet der Verband der Schiffbauindustrie ein Ansteigen der Marineaufträge des Bundes wie des Auslandes auf insgesamt 18 Prozent.

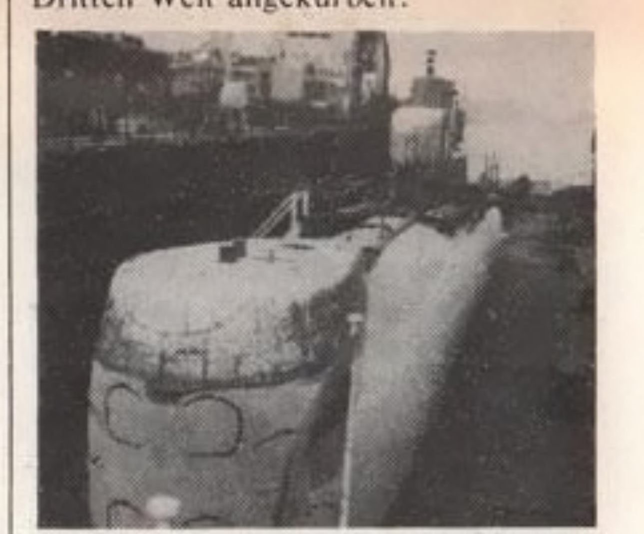
Die Exporte umfaßten lange Zeit ausschließlich konventionelle U-Boote und Schnellboote, Minenräumer, Patroler etc., also vor allem Typen zur Küstenverteidigung. Bei den Auftragsländern handelt es sich um kleinere NATO-Länder (Dänemark, Norwegen, Türkei, Griechenland), sowie Länder der Dritten Welt wie Venezuela, Ekuador, Peru, Argentinien, Indonesien, Nigeria, Ghana. Bei den konventionellen U-Booten hat die BRD einen großen Anteil am Exportmarkt. Nach Entwürfen des Ingenieurkontors Lübeck sind, vor allem bei HDW Kiel und TNSW Emden, seit dem Weltkrieg 86 U-Boote für 14 Länder gebaut worden. Das ist mehr als ein Drittel aller konventionellen U-Boote (RGW-Länder ausgenommen). Zur Zeit wird im Auftrag Norwegens ein neuer U-Boottyp entwickelt; TNSW baut ein 1700-t-U-Boot für Argentinien, wovon sieben weitere in Lizenz in Argentinien gebaut werden sollen.

Bei Lürssen, Bremen, stehen an Schnellbooten drei für Nigeria, sechs für Abu Dhabi, vier für Bahrein; an Patrolern sechs für Indonesien, drei für Nigeria zwei für Ghana zum Bau an.

Seit dem Beschluß, die neuen Fregatten der Bundesmarine selbst zu bauen, beginnen westdeutsche Werften in diesen bisher von den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien beherrschten Exportmarkt einzubrechen. Der von Blohm und Voss entwickelte Typ MEKO = Mehrzweckkombinationsfregatte ist als 3600-t-Version von Nigeria (1) und Argentinien (4), sowie als 1400-t-Version zum Lizenzbau in Argentinien (6) in Auftrag genommen. Bei diesem Typ sind diejenigen Systeme, die einer wesentlich schnelleren Alterung unterliegen als Rumpf und Maschine, nämlich die Waffen und Rechner containerisiert, d.h. variabel und flexibel austauschbar gehalten. MEKO ist also direkt auf den Export hin konstruiert.

Mit der Entwicklung der Roll-on-Roll-off-Handelsschiffe, deren Umwandlung als Landungsboote bei entsprechenden Küstentiefen auf der Hand liegt, haben die HDW zwei 1300-t-RoRo-Landungsboote für Nigeria und der Bremer Vulkan ein RoRo-Landungsboot für Malaysia im Auftrag.

Über den U-Bootbau haben HDW und TNSW seit längerem einen festen Quell ihres Profits im Rüstungsexport. Die mittleren Werften Lürssen und Kröger, Rendsburg, sind nahezu vollständig zur Kriegsschiffproduktion auf dem Schnellbootsektor übergegangen mit starken Exportanteilen. Über die Entwicklungs- und Bauvergabe der neuen Fregatte der Bundesmarine an westdeutsche Werften, die Finanzierung ihrer Entwicklung und der nötigen Produktionsanlagen, wird nun hier der Rüstungsexport in die Länder der Dritten Welt angekurbelt.



Venezolanisches U-Boot ,,Sabalo" im Dock der HDW, Kiel.

,,Alliierte Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg"

Die Klassenverhältnisse bestimmen die Propaganda / Eine Ausstellung

z.gkr. Flugblätter, Flugschriften nutzt heute in erster Linie die Arbeiterklasse, da sie nicht in größerem Umfange über die Medien verfügt. In beträchtlichem Umfange wurde die Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg eingesetzt, vor allem, um die Widersprüche der Volksmassen gegen den faschistischen Staat zu verschärfen: Ca. 30000 verschiedene Flugblätter dürften gedruckt worden sein, alleine Großbritannien verbreitete nach eigenen Angaben 6,5 Mrd. Flugblätter. Das ,,Sternenbanner", eine regelmäßig von den USA herausgegebene Flugblattschrift, wurde in einer Auflage von 4 Mio. gedruckt. Die Verbreitungsart der Flugblätter der alliierten Mächte gegenüber dem deutschen Volk und den deutschen Soldaten entsprach eng der Art der Kriegsführung. Die westlichen Mächte USA und Großbritannien verbreiteten die Flugblätter mit ihren Bombereinsätzen über ganz Deutschland, 75% aller eingesetzten Flugblätter dabei erst nach der Invasion im Juni 1944. Die Sowjetunion wandte sich dagegen in erster Linie an die Soldaten an der Front, in Zusammenarbeit mit den gefangenen deutschen Soldaten gebildeten ,,Nationalkomitee ,Freies Deutschland'".

Gab es objektiv auch eine notwendige Übereinstimmung zwischen den Flugblättern der westlichen Alliierten und denen der Sowjetunion, konnten die westlichen Imperialisten doch ihre imperialistischen Interessen unter einem antifaschistischen Mantel verbergen, so ergeben sich doch wesentliche Unterschiede. Die revolutionäre Sowjetunion wandte sich in ihrer Propaganda nicht einfach an ,,die Deutschen", sondern in erster Linie an den Soldaten, den Arbeiter oder auch Bauern. Dies gemeinsame Klasseninteresse drückt sich in einem Flugblatt aus: ,,Am 1. Mai – kommt zu uns ... Deutsche Soldaten!" Die Propaganda der westlichen Alliierten richtete sich eher, wenn auch nicht durchgängig, gegen die Soldaten. So heißt es auf einem Flugblatt oben: ,,Gefangene deutsche Generäle, die sich mit Paulus bei Stalingrad ergeben haben." Und unten: ,,Gefangene deutsche Soldaten der vernichteten 6. Armee. So sehen heute die Männer aus, die Polen, Holland, Belgien, Frankreich und die Ukraine eroberten – soweit sie noch am Leben sind." Kriegsentscheidend sei die Maschinerie: ,,Wir glauben nicht an Wunder. Wir glauben an Flugzeuge, Kanonen, Granaten, Panzer und Maschinen."

Die Zitate sind Flugblättern einer Ausstellung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt entnommen, die unter dem Thema steht: ,,Alliierte Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg" (bis 15. Juli). ,,Zudem sollen Mittel und Methoden der Propaganda kenntlich gemacht werden, um kritisches Bewußtsein gegenüber jeder Massenbeeinflussung zu wecken", diese Absicht der Ausstellung, sich gegen Flugblattpropaganda zu wenden, braucht dabei gar nicht aufzugehen.

„Belgrad brennt immer noch!"

so berichtete der Deutschlandsender am 9. April 1941.

Am selben Tage erklärte die jugoslawische Regierung:

Warschau, Rotterdam und nun auch Belgrad! Diese drei Städte bezeugen, was die Welt Deutschland verdankt: die Erfindung des totalen Krieges!

Totaler Krieg gegen Schwächere tut Euch ja nicht weh, aber

Wir schlagen zurück!

Englisches Flugblatt, kurz nach dem Einmarsch deutscher Truppen am 6.4.1941 in Jugoslawien, der vom Angriff deutscher Bomber auf Belgrad begleitet war.

WOZU, KAMERAD?

WOZU DAS ALLES?

Flugblatt aus der Sowjetunion, aus dem Winter 1941/42. Ende November 1941, bei tiefem Frost, konnte der Angriff auf Moskau zurückgeschlagen werden.

Karmals „Verfassung": verkleidetes Besatzerstatut Afghanische Jugend stärkt die Widerstandsfront

z.anb. Parallel zu den sowjetisch initiierten Vorstößen, Pakistan und Iran in die Befriedung des afghanischen Widerstands einzubinden, kündigte das Karmal-Regime die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an. Ihr Kern soll die Erklärung der Marionettenpartei zur „führenden und leitenden Kraft der Gesellschaft" sein, die Legitimation des „Hilferufs" an die Besatzer, unter dem Vorwand der „Verteidigung" der „Revolution. Wer das anerkennt, kann an der „breiten nationalen Front" teilhaben.

Ende April verfügte das Kabuler Regime zwangsweise Unterwerfung aller Jugendlichen unter staatliche Schulaufsicht, Ausrichtung des Unterrichts auf die ideologische Rechtfertigung der Besatzung, Vernichtung der nationalen Identität in Sprache und Kultur. Wenige Tage später demonstrierten über 8000 Schüler der Habibia-Mittelschule in den Straßen Kabuls, die afghanischen Marionettentruppen verweigerten den Schießbefehl, sie wurden durch Besatzer ausgewechselt. 60 Tote und 600 Verhaftungen nach tagelangen Kämpfen haben das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht. Unter der Jugend haben sich die Besatzer Tausende neuer Todfeinde geschaffen.

Am 25.4. hat die Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans, ein Zusammenschluß von fünf Organisationen des Volkswiderstands, auf ihrer ersten öffentlichen Versammlung in Peschawar erklärt, der Krieg werde solange fortgesetzt, „wie ein Funken Atem in uns ist". Der Korrespondent der „Prawda", der eine Einheit der Marionettentruppen im Hindukusch begleitete, vermerkte am 13.5. in seinem Artikel, daß „der Kampf gegen die Banditen in den Bergen keine leichte Sache" ist, weil die Befreiungskräfte „vorteilhafte Stellungen einnehmen" und „gut ausgerüstet" sind. Obwohl die sowjetischen Truppen inzwischen mit Beratern ganze 200000 Mann zählen, hat Karmal Ende letzter Woche um „Verstärkung" angesucht.



Türkische Arbeiter kämpfen um Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in Frankreich

z.inl.Paris. Als am 10. Mai französische und ausländische Arbeiter und Studenten gegen die geplante Verschärfung der Ausländergesetze demonstrierten, waren unter den über 10000 Demonstranten in Paris auch die türkischen Arbeiter „ohne Papiere", die seit Februar um die Legalisierung ihres Aufenthaltes in Frankreich kämpfen.

Die Zahl der illegalen ausländischen Arbeiter in der Pariser Bekleidungsindustrie wird auf 40000 geschätzt. In ganz Frankreich sind in der Branche 1977 280000 Beschäftigte, gegen die sie als Lohndrücker eingesetzt werden. Etwa die Hälfte der 40000 sind Türken, häufig gelernte Schneider. Im alten
wa die Hälfte der 40000 sind Türken, häufig gelernte Schneider. Im alten
Stadtviertel Sentier, wo sich Werkstatt an Werkstatt reiht, blüht die Überausbeutung: Weniger als 1000 FF pro Monat für eine tägliche Schinderei von 12–15 Stunden sind keine Seltenheit. Keine Papiere, das heißt außer dem Hungerlohn jederzeitige Kündigung, keine Sozialversicherung, kein Urlaub; keine Papiere, das heißt auch Geldstrafe, wenn man in der Metro in eine Polizeikontrolle kommt, und dann Abschiebung.

Bezahlt wird im Stücklohn, 20 FF (8,60 DM) für ein Kleid. Nochmals 20 FF zahlt der Kapitalist an den Werkstatt„besitzer", der Wohnung und Nähmaschinen bereithält. 300 FF kassiert der Kapitalist beim Verkauf an die Einzelhändler. Wie für höheren Lohn kämpfen, wenn einem alle elementaren Rechte genommen sind? Mit einem Hungerstreik begannen die türkischen Arbeiter, es folgten Demonstrationen, Solidaritätsversammlungen, die gewerkschaftliche Organisierung. 1200 haben sich im Verlauf des Kampfes in der CFDT organisiert.

Die Regierung wurde zu Verhandlungen über die nachträgliche Regulierung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis gezwungen. Vergeblich versuchte sie allerlei Spaltung: Papiere nur für die Hungerstreikenden, Papie-
suchte sie allerlei Spaltung: Papiere nur für die Hungerstreikenden, Papie-
re nur für die Türken. Nachdem sie der Forderung nach Regulierung für alle in der Pariser Bekleidungsindustrie Beschäftigten nachgeben mußte, reagiert sie mit Schikane. Seit Wochen liegen beim Nationalen Einwanderungsbüro die Unterlagen von 7000 Arbeitern, keiner hat bisher die Papiere bekommen. Solange „geprüft" wird, gilt ein Arbeitsverbot. So sollen die ausländischen Arbeiter wieder in die Illegalität und damit ins billige Arbeitskräftereservoir getrieben werden. Mit der CFDT fordern sie dagegen die sofortige Herausgabe der Papiere.

Fiat-Kapitalisten wollen 78000 auf Kurzarbeit setzen

z.ans.Rom. Für 78000 Arbeiter, 68% der Belegschaft, haben die Fiat-Kapitalisten jetzt 7tägige Kurzarbeit beantragt. Mit dieser Maßnahme wollen sie sich einen Teil der Lohnkosten aus Steuer- und Beitragsgeldern zahlen lassen: 15 Mrd. Lire (32 Mio. DM) sparen sie ein. Die Arbeiter verlieren pro Kopf 21000 Lire (45 DM).

Der Rückgang der Autoneuzulassungen in der letzten Zeit wird für die USA auf 25% geschätzt, für Westdeutschland auf 23%, für Großbritannien auf 30%, für Frankreich auf 6,3%. Die japanischen Konkurrenten konnten hingegen im ersten Quartal 1980 ihren europäischen Marktanteil auf 10,6% (7,1% im Vorjahr) steigern. Die Fiat-Kapitalisten produzieren zu 50% für den Export. In Italien konnten sie ihren Marktanteil 1979 auf 51% (1977 41%) hochtreiben. Während hier der Verkauf im ersten Quartal 1980 noch einmal um 5% zunahm, sank er im europäischen Ausland.

Je mehr der internationale Automarkt schrumpft, umso schärfer tobt die Konkurrenz, umso heftiger die Anstrengungen, durch vermehrte Schweißausbeutung und Lohndruck Vorteile zu erzielen. Ein Fiat-Arbeiter: „Sie verlangen von uns, am Samstag Überstunden zu machen, und dann heißt es, es würde zuviel produziert". Ein Vertrauensmann: „Kürzlich hat es geheißen, es sei notwendig, 120 Autos mehr am Tag zu produzieren, und in meiner Halle müßten 30 Neueinstellungen vorgenommen werden. Am Tag darauf ist mir dann mitgeteilt worden, daß Kurzarbeit beantragt wird." In dem jetzt von der Kurzarbeit ausgenommenen neuen Autowerk Termini Imerese bei Palermo sind Anfang Februar 450 Arbeiter in die neueingeführte Nachtschicht gepreßt worden.

Mit der Ankündigung der Kurzarbeit wollen die Fiat-Kapitalisten auch die Kampfbedingungen der Arbeiter bei den anstehenden Firmentarifverhandlungen verschlechtern. Am vorletzten Wochenende hat der gewerkschaftliche Fiat-Koordinationsausschuß den Forderungskatalog verabschiedet. Gefordert werden u.a.: Lohnerhöhungen um rund 45000 Lire (96 DM), Anerkennung der gewerkschaftlichen Informationsrechte auch für die ausländischen Werke, Gewährleistung der elementaren gewerkschaftlichen Rechte in diesen Werken.



Wird der kanadische Siedlerstaat zerbrechen?

Volksabstimmung über politische Selbständigkeit der Provinz Quebec am 20. Mai

z.mif. Am 20. Mai findet in der kanadischen Ostprovinz Quebec, deren Bevölkerung von sechs Millionen zu 80% französischer Herkunft ist, eine Volksabstimmung statt. Entschieden wird über das Vorhaben der Regierung von Quebec, ein Abkommen mit der kanadischen Zentralregierung auszuhandeln, das Quebec die „alleinige Autorität über die Verabschiedung von Gesetzen, Erhebung von Steuern und über Beziehungen mit dem Ausland" einräumt. Angestrebt wird „Souveränität bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Assoziierung mit Kanada einschließlich einer gemeinsamen Währung". Vor Inkrafttreten soll der ausgehandelte Vertrag einem zweiten Referendum unterworfen werden. Die Regierung in Quebec wird von der Parti Québéquois gestellt, die 69 der 110 Parlamentssitze innehat.

Die kanadische Börse erwartet das Ergebnis mit erheblicher Nervosität, die die Sorge der US-amerikanischen Oberherren um die Wahrung ihrer Interessen in Kanada widerspiegelt. „Ein ‚Ja'-Ergebnis würde den kanadischen Dollar schwächen und Aktien, die durch die Abtrennung getroffen würden, in Mitleidenschaft ziehen, d.h. also Gesellschaften, deren Märkte oder Geschäftstätigkeit vorwiegend in Quebec liegen", schreibt die kanadische Wirtschaftszeitung „Globe and Mail". Der kanadische Premierminister Trudeau, der aus Quebec stammt, tritt in aller Schärfe gegen die Abstimmung auf: „Egal wie es ausgeht, ich verhandele nicht über Souveränität-Assoziation", erklärte er auf einer Veranstaltung in Montreal am 15. Mai. Er sei bereit, die Verfassung zu ändern und den Provinzen mehr Rechte zuzugestehen, aber er sei gegen die Lostrennung.

Der Gewerkschaftsbund von Quebec QFL unterstützt die Forderung nach Selbständigkeit Quebecs. Der Generalsekretär hat die 330000 Mitglieder aufgefordert, mit Ja zu stimmen, und rechnet mit einem Ergebnis der Arbeiterklasse von 70% für Lostrennung. Mehrere Hundert ‚Ja-Komitees' sind in zahlreichen Fabriken gebildet worden. Aus der zusätzlichen Unter-
den. Aus der zusätzlichen Unter-
drückung der Frankokanadier innerhalb des kanadischen Staatsgebildes zieht im wesentlichen der US-Imperialismus Nutzen, der Kanada mit seinem Reichtum an Rohstoffen, landwirtschaftlicher und industrieller Produktion als strategisch bedeutende Basis verwendet, die erhebliche Bedeutung für seine Weltmachtstellung hat.

Das US-Kapital hat seit seiner Entwicklung zum Imperialismus die wirtschaftliche Vorherrschaft über Kanada errungen, bei Fortbestehen der politischen Oberhoheit der britischen Bourgeoisie. 1963 besaßen die US-Imperialisten 46% der Industrie, 62% der Öl- und Erdgasproduktion und 52% des Bergbaus in Kanada direkt. Die 20 umsatzstärksten Kapitale beuteten 1978 729000 Arbeiter und Angestellte aus, bei einer Gesamtzahl der Lohnabhängigen in der Industrie von 1,7 Millionen. Sechs dieser 20 Monopole sind in vollständigem oder überwiegendem US-Besitz: General Motors, Ford, Imperial Oil (Exxon), Chrysler, Gulf Oil und die Supermarktkette Safeway. Der Kaufhauskonzern Simpson Sears ist zu 50% US-Kapital; an fast allen anderen großen Kapitalen sind die US-Imperialisten zumindest mit einer Schachtel beteiligt.

In Ontario und Quebec sind 80% des kanadischen Proletariats konzentriert, in Ontario vor allem die Kraftfahrzeugindustrie – gegenüber von Detroit, am Nordufer des Erie- und Ontariosees. In Quebec haben die US-Bourgeois vorwiegend Nahrungs- und Textilindustrie sowie Holzverarbeitung angesiedelt. Der Durchschnittslohn der Arbeiter lag 1975 in Ontario bei 5 Dollar, in Quebec bei 4,33 Dollar. 67 Cent Lohngefälle je Arbeitsstunde macht auf einen Arbeiterkörper von 394000 Mann in Quebec einen Extraprofit von 850 Mio. Dollar im Jahr. Der durchschnittliche Angestelltenlohn liegt in Quebec um 5% niedriger als in Ontario, was sich bei 237000 Angestellten auf rund 166 Mio. Dollar im Jahr aufsummiert.

Die Bewegung der Frankokanadier Quebecs richtet sich gegen die Unterdrückung durch die US-Supermacht und die englisch-kanadische Bourgeoisie. Die britische Bourgeoisie hatte im „Siebenjährigen Krieg", der in Amerika von 1754–64 ausgefochten wurde, die französische Kolonie Quebec erobert, das war damals im wesentlichen das Tal des St. Lorenz-Stroms. Dies war der Ausgangspunkt für die britische Besiedlung Kanadas, die französischsprachige Mehrheit in Quebec blieb jedoch erhalten. Im Quebec-Gesetz von 1774 – angesichts der drohenden amerikanischen Unabhängigkeit – gewährte die britische Bourgeoisie Quebec das Recht auf Verwendung des Französischen neben dem Englischen im Parlament und im Gericht, um den Zusammenschluß Quebecs mit der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung zu verhindern. Auch im Verfassungsdokument von 1867, dem heute noch gültigen Britischen Nordamerika-Gesetz, ist Französisch als Amtssprache zugelassen. Jedoch haben die frankokanadischen Volksmassen keinerlei Rechtsanspruch auf Unterricht in Französisch und gleichberechtigte Verwendung des Französischen am Arbeitsplatz.

Mit den Indianervölkern und Inuit hatte die französische Kolonie Quebec Pelzhandel betrieben. Die französischen Kolonialisten übervorteilten und beraubten die Indianer, aber die Periode der massiven Vertreibung und Vernichtung durch die vordringenden Siedler begann erst in der britischen Kolonialzeit. Daher hat es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Berührungspunkte zwischen den Kämpfen der Frankokanadier und der Indianer gegen die britische Herrschaft gegeben. 1869 und 1885 beteiligten sich auch Frankokanadier an Aufständen der Indianer und Métis, die teils französischer, teils indianischer Herkunft waren, gegen die britische Herrschaft. Heute sind die Widersprüche der Indianer und Inuit zu frankokanadischen Bourgeoisie nicht weniger scharf als zur anglokanadischen Bourgeoisie. Auch die Parti Québéquois erkennt die Forderungen der Indianer und Inuit nach Landrechten, Entschädigungszahlungen und Gleichberechtigung ihrer Sprache und Kultur nicht an.

Die Vereinigungen der Indianer und Inuit in Quebec unterstützen den Kampf um die Selbständigkeit der Provinz nicht. Der Präsident der Konföderation der Indianer in Quebec, der Häuptling des Caughnawaga-Mohawk-Reservats in der Nähe von Montreal, hat am 15. Mai erklärt, daß die Indianer sich nicht an der Abstimmung beteiligen werden. Die Vertreter der 5500 in Südquebec lebenden Inuit haben dazu aufgerufen, mit Nein abzustimmen, um die Verbindung mit den in den anderen Teilen Kanadas lebenden Inuit nicht zu gefährden. Sie treten für die Aushandlung einer neuen Inuit-Verfassung mit den Regierungen von Quebec und Kanada ein.

Die US-Imperialisten sind äußerst beunruhigt. Einige Bourgeois haben mit Abzug ihres Kapitals aus Quebec gedroht. Jeder Riß in dem kanadischen Siedlerstaat schwächt die strategische Basis der US-Supermacht.

An der Demonstration am 1. Mai 1980 in Montreal, der größten Stadt der Provinz Quebec, beteiligten sich etwa 10000 Arbeiter.

Türkei: seit Februar 44% Abwertung – IWF verlangt weitere 20%

z.anb. Am 29.4. wurde die Türkische Lira zum siebten Mal innerhalb von 12 Monaten um 4,7% abgewertet; es handelt sich um ein weiteres In-die-Knie-Gehen Demirels gegenüber der Forderung der IWF-Delegation, die 14 Tage lang in Istanbul über 20% Abwertung verhandelte und am 26.4. mit der Drohung, die 300-Mio.-Dollar-Kredit-Tranche, für jedes der kommenden drei Jahre, platzen zu lassen. Die Durchsetzung der IWF-Erpressung haben die OECD-Gläubiger bei ihrer Entscheidung über 1,16 Mrd. Dollar Wirtschaftshilfe für 1980 (siehe KVZ 18/80) vorausgesetzt. Die von Matthöfer der türkischen Regierung abgepreßten Sonderbedingungen für die Lieferforderungen westdeutscher Kapitalisten von rund 750 Mio. DM repräsentieren nunmehr Ende April gegenüber Anfang 1980 bereits 44,3% mehr, also 1,082 Mrd. DM. Schon vor Wochen hat Demirel verlauten lassen, ohne massiven Anreiz für ausländisches Kapital sei die türkische Wirtschaft „verloren". Man müsse zur Schaffung eines entsprechenden Anreizes – der weiteren Entwertung der Arbeitskraft – noch einmal 33% Abwertung in Kauf nehmen. Bei 150% Jahresinflationsrate und dauernder Steuerprogression werden die türkischen Arbeiter inzwischen mit dem höchsten Steuersatz in ganz Europa belegt. Bei einem Stundenlohn, der etwa 1 US-$ an Kaufkraft entspricht, muß der Industriearbeiter jetzt im Durchschnitt für 1 kg Fleisch 3½ Std. Arbeitskraft verausgaben; für 1 kg Zwiebeln 44 Min.; für 1 kg Orangen 49 Minuten, das Dreifache des Vorjahrs.

Oman widerruft militärische Nutzungsrechte der USA

z.ans. Oman hat Anfang des Monats gegenüber den USA die Genehmigung widerrufen, nach der die US-Imperialisten den Luftwaffenstützpunkt von Masira und den Hafen Mutrah als Basis nutzen konnten. In der ersten Februarwoche hatten die US-Imperialisten die Überlassung dieser Stützpunkte erpreßt, um sich im Kampf um die Flanken Europas strategisch wichtige Positionen am Indischen Ozean zu sichern und Ausgangspunkte zur Bedrohung der Länder am Golf und am Horn von Afrika zu haben. Der Widerruf erfolgte nach der gescheiterten US-imperialistischen Militäraktion gegen den Iran. Von dem in territorialen Gewässern Omans ankernden Flugzeugträger Nimitz waren die Hubschrauber abgeflogen. Die Souveränität Omans mißachtend, erklären die USA frech, der Vertrag liefe weiter.

US-Imperialisten stocken strategische Reserven auf

z.gkr. Die US-Imperialisten haben jetzt für einige Rohstoffe, die sie als strategische Reserve eingelagert haben, die Einlagerungsziele geändert. Die insgesamt 62 Rohstoffe, die im sog. „Stockpile" gelagert sind, sollen für einen dreijährigen konventionellen Krieg ausreichen. Die Rohstoffe, für die jetzt die Ziele geändert wurden, gehören zu den strategisch wichtigsten. Für Kupfer wurde 1 Mio. Shorttons (1 Shortton = 0,907 t) festgelegt, 299000 Shorttons weniger als bisher. Gegenwärtig befinden sich nur 20000 Shorttons in der Reserve. Der Augenblick für die Auffüllung der Kupferreserven scheint günstig, ist doch der Kupferpreis heute bei knapp 2 $ je kg, wäh-

UdSSR: Kriegskasse aus Lohngeldern

Lohn- und Reproduktionsverhältnisse der sowjetischen Arbeiterklasse (III)

z.krk. In KVZ 19/80 haben wir anhand der Preise untersucht, ob der Nettolohn des sowjetischen Arbeiters für die Reproduktion ausreicht. Er reicht nicht aus, und noch weniger reicht das Einkommen der Kolchosbauern aus, das 1978 noch 33 Rb unter dem Durchschnittslohn der Industriearbeiter lag.

Auf dieses niedrige Niveau der Löhne ist das Netz der sozialen Sicherheit der Sowjetunion aufgebaut. Der *Form* nach erinnert dieses soziale Netz noch mehr als das der DDR an das soziale System eines sozialistischen Staates. Denn z.B. die Beiträge für die Sozialversicherung werden einzig und allein von den Betrieben bezahlt, ein noch größerer Teil der Einnahmen stammt direkt aus der Staatskasse.

Zunächst ist festzustellen, daß die Leistungen äußerst niedrig sind, genau wie der Lohn. Und weil der Bezug dieser Sozialleistungen für die Massen eine absolute Lebensnotwendigkeit ist, bildet er eine unerschöpfliche Quelle staatlicher Schikane und Bespitzelung. Versicherungsleistungen und staatliches Kindergeld machen zusammen mit 26,6 Mrd. Rb ganze 13,4% der Gesamtlohnsumme aus.

Im Netz der neuen Bourgeoisie verbleiben bei Verrechnung der Sozialleistungen gegen die Einnahmen aus Versicherungsbeiträgen, Lohn- und Konsumsteuern 46,8 Mrd. Rb, ein knappes Viertel der Lohnsumme (zum Vergleich: bei der DDR war es ein Fünftel). Es ist ein Kriegshaushalt, den die Sozialimperialisten führen: aus der ohnehin extrem niedrigen Lohnsumme wird unter Vorwänden sozialer Zwecke *ein volles Viertel des Arbeiterlohnes* in Kapital bzw. Rüstungen zurückverwandelt.

Steuern

Hauptquelle der Bereicherung der neuen Bourgeoisie bei der Plünderung von Lohn sind die indirekten Steuern, die in der Sowjetunion den Namen *Umsatzsteuern* tragen. Die Umsatzsteuer wird auf den Industriepreis bei Abgabe an den Großhandel aufgeschlagen: sie ist bei Grundnahrungsmitteln und Büchern niedriger, bei Produkten, die die Bourgeoisie zu Luxusgütern erklären ließ, hoch. Die Umsatzsteuer ist neben der direkten Besteuerung der Löhne die am stärksten steigende Einnahmequelle des Staatshaushalts. 1975 waren Umsatzsteuer und Gewinnabführung der Betriebe im Staatshaushalt ungefähr auf gleichem Niveau. (66,6 bzw. 69,7 Mrd. Rb) 1978 betrugen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer schon 82,7 Mrd. Rb, die aus der Gewinnabführung erst 77,5 Mrd. – Eine weitere Form der indirekten Steuer ist die Vergnügungssteuer, die der Staat über jede Kinokarte kassiert.

Einkommenssteuer zahlen die Kolchosen, nach ihrem Reineinkommen und der Lohnsumme der Bauern. Je nach Rentabilität gelten verschiedene Sätze: unter 15% Gewinn wird nichts gezahlt, über 15% für jedes Prozent 0,3% des Reineinkommens. Da ein nicht unerheblicher Teil der Kolchosen unter der Rentabilitätsgrenze arbeitet, scheint hier der Staat nicht viel kassieren zu können. Im Gegenteil legt die Betrachtung des sozialen Netzes den Schluß nahe, es handle sich bei der Landwirtschaft um einen reinen Zuschußbereich, wo am Schluß die Kolchosen und Sowchosen ein höheres Einkommen haben als am Anfang. Weit gefehlt! Längst hat der Staat schon über die extrem niedrigen staatlichen Aufkaufpreise kassiert: 1964 kamen 80% der Staatseinnahmen aus der Landwirtschaft aus dieser Quelle. – Besteuert wird auch der Kolchosbauernhof, und befaßt sich etwa eine arbeitsfähige Person ausschließlich mit dessen Bewirtschaftung, so erhöht sich die Steuer um 75%; ein ökonomisches Zwangsmittel, um die Bauernfrauen, vor allem aus den Nationalitäten, vom Hof in die Lohnarbeit zu treiben.

Schließlich die *Lohnsteuer:* es gibt drei Steuerklassen, Klasse I für die Löhne aus dem Hauptbeschäftigungsverhältnis, Klasse 2 für Nebenbeschäftigungen, und Klasse 3 für Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit.

Die besondere Gemeinheit dieser Steuergruppen besteht in folgendem: wegen der sehr niedrigen Löhne müssen viele Arbeiter einer Nebenbeschäftigung nachgehen. Ist der Zwang, was dazuverdienen zu müssen, absolut, dann wirkt er auch, wenn von dem zusätzlich verdienten Lohn der Staat einen überproportionalen Teil an sich zieht. Hinzu kommt, daß alle außerbetrieblichen Prämien, Löhne für Feiertagsarbeit und Vergütungen für über mehrere Jahre nicht in Anspruch genommenen Urlaub (!) usw. ebenfalls nach der viel höheren Klasse 2 versteuert werden.

Krankengeld

Krankengeld wird ab dem ersten Tag der Krankheit gezahlt und wird nach dem effektiven Tageslohn sowie nach der Dauer der ununterbrochenen Beschäftigung berechnet. Als ununterbrochene Beschäftigung gilt Arbeit in einem Betrieb oder nahtloser Wechsel von einem Betrieb in den anderen. Dauert der Übergang länger als einen Monat, kann man von vorne anfangen, und zwar niedrig: bei weniger als drei Jahren ununterbrochener Arbeit bekommt man 50% des Lohns, bei 3–5 Jahren 60%, zwischen 5 und 8 Jahren 80%, und erst nach 8 Jahren sind es wieder 100%.

Für die Erlangung des Krankengeldes ist in jedem Fall eine ärztliche Bescheinigung notwendig. Der Arzt darf auf einmal nur für drei Tage krankschreiben, für *eine* Krankheit insgesamt nur 6 Tage. Eine Verlängerung der Krankschreibung ist nur durch den Chefarzt oder eine Ärztekommission möglich. Für die, die häufiger krank sind, wird vom Chefarzt ein behandelnder Arzt zugewiesen, und der Betrieb wird darüber informiert. Ab jetzt gelten nur noch die Krankschreibungen dieses Arztes, andere werden nicht angenommen.

Kindergeld

Außer daß Mütter mit 6 Kindern die Mutterschaftsmedaille ersten Grades erhalten, gibt es noch verschiedene Beihilfen zur Aufzucht der Kinder. Ein Kindergeld gibt es erst ab dem dritten Kind. Einmalige Beihilfen werden für stillende Mütter nach der Geburt gezahlt. Die interessanteste Form des Kindergeldes ist die Kinderunterstützung für bedürftige Familien. Sie wird gezahlt an Familien, in denen das Pro-Kopf-Einkommen 50 Rb nicht übersteigt. Die Unterstützung beträgt 12 Rb pro Kind und Monat. 1975 wurden 1,8 Mrd. Rb für diesen Zweck ausgezahlt, was die Zahl der armen Familien erahnen läßt.

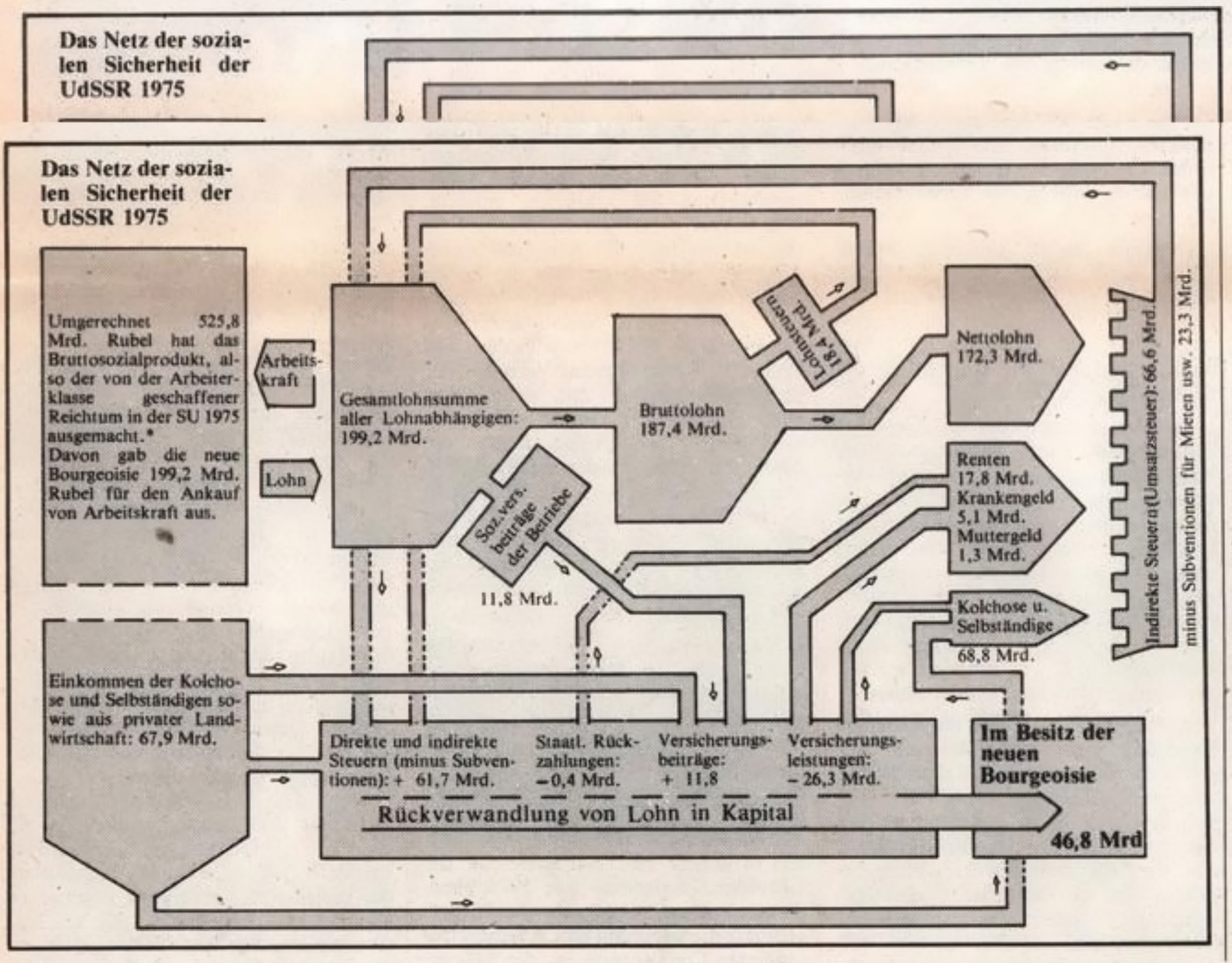
Renten

Anfang 1976 lebten in der Sowjetunion 45,5 Mio. Rentner, der größte Teil weit unter dem Existenzminimum. Männer können mit 60, Frauen mit 55 die Rente antreten, für Kolchosbauern fängt das Rentenalter 5 Jahre später an. Lange schon stellt die sowjetische Bourgeoisie Überlegungen an, wie sie den Zeitraum, in dem ihr die Arbeitskraft zur Verfügung steht, verlängern könnte. Würde sie das Rentenalter erhöhen, „so verblieben Millionen qualifizierte Werktätige automatisch noch eine Zeit lang im Arbeitsprozeß. Dieser Weg ist jedoch ausgeschlossen, wird doch das niedrige Rentenalter zu Recht als eine der größten Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft angesehen", heißt es treffend in einer Broschüre „Die Sozialfürsorge in der UdSSR". Allerdings: eine Reihe von sozialistischen Errungenschaften konnte die neue Bourgeoisie, zumindest der Form nach, nicht rückgängig machen. Der Mindestsatz der Renten beträgt 75% des Bruttoverdienstes, beim gesetzlichen Mindestlohn von 70 Rb wären das 52,2 Rb, knapp unter dem offiziellen Existenzminimum. Aber die tatsächlich gezahlten Renten liegen noch weit mehr unter diesem Existenzminimum. Keine Rente erhalten alle privaten Produzenten und Beschäftigten, sowie „Asoziale", zu denen auch diejenigen zählen, die häufig ihren Arbeitsplatz wechseln. 1971 wurde die Mindestrente für Arbeiter und Angestellte von 30 auf 45 Rb, bei Kolchosbauern von 12 auf 20 Rb erhöht. 1975 betrug die Durchschnittsrente 45,4 Rb. Von vornherein sind die Renten also so berechnet, daß der Rentner entweder bis zum Umfallen weiterarbeiten muß oder aber auf die Unterstützung der Familie angewiesen ist. *Faktisch* hat die Bourgeoisie damit die sozialistische Errungenschaft des niedrigen Rentenalters aufgehoben, wie alle übrigen Errungenschaften dieses Sozialversicherungssystems.

Die Lohnsteuergruppen in der UdSSR

Klasse I		Klasse II	
Lohn (Rb)	Steuer (Rb)	Lohn	Steuer
70	—	bis 15	1,5%
75	1,65	15 – 20	0,22 Rb + 5,5% d.Lohns über 15 Rb
80	3,41	20 – 30	0,50 Rb + 6,0% d.Lohns über 20 Rb
85	5,11	30 – 40	1,10 Rb + 7,0% d.Lohns über 30 Rb
90	6,81	40 – 50	1,80 Rb + 8,0% d.Lohns über 40 Rb
ab 90 Rb Festgeldbetrag		50 – 70	2,60 Rb + 10% d.Lohns über 50 Rb
+ 12% bzw. 13% des		70 – 100	4,60 Rb + 12% d.Lohns über 70 Rb
Lohns über 91 bzw. 100		über 100	8,20 Rb + 13% d.Lohns über 100 Rb

90 6,81 40 – 50 1,80 Rb + 8,0% d.Lohns über 40 Rb
ab 90 Rb Festgeldbetrag 50 – 70 2,60 Rb + 10% d.Lohns über 50 Rb
+ 12% bzw. 13% des 70 – 100 4,60 Rb + 12% d.Lohns über 70 Rb
Lohns über 91 bzw. 100 über 100 8,20 Rb + 13% d.Lohns über 100 Rb



Staatshaushalt der UdSSR 1978 (1975)

(in Mrd. Rubel)

I. EINNAHMEN	
insgesamt	*265,8 (218,8)*
davon:	
Umsatzsteuer	84,1 (66,6)
Gewinnabführung staatl. Betriebe	78,6 (69,7)
Steuerzahlungen der Bevölkerung	22,1 (18,4)
Einzahlungen der Betriebe f. die Sozialversicherung	13,0 (11,3)
Einkommenssteuer der Kooperativen und Kolchosen	1,6 (1,5)
II. AUSGABEN	
insgesamt	*255,7 (214,5)*
davon	
für die Volkswirtschaft	136,0 (110,7)
für soziale und kulturelle Angelegenh. und Wissenschaft	89,0 (77,0)
davon	
- Wissenschaft	36,9 (32,7)
- Kindergärten	4,3 (3,5)
- Kinderheime und Internate	0,6 (0,5)
- allgemeinbildende Schulen	8,9 (8,6)
- weiterführende Schulen	8,1 (7,0)
- Gesundheitswesen insgesamt	13,5 (11,5)
- Sozialwesen insgesamt	21,4 (18,2)
- Überweisung für Sozialvers.	14,0 (11,8)
- Unterstützung für kinderreiche u. led. Mütter	0,3 (0,3)
- Überweisung an Kolchosversicherung	2,8 (2,4)
Verteidigung	17,2 (17,4)
Verwaltung	2,3 (2,0)

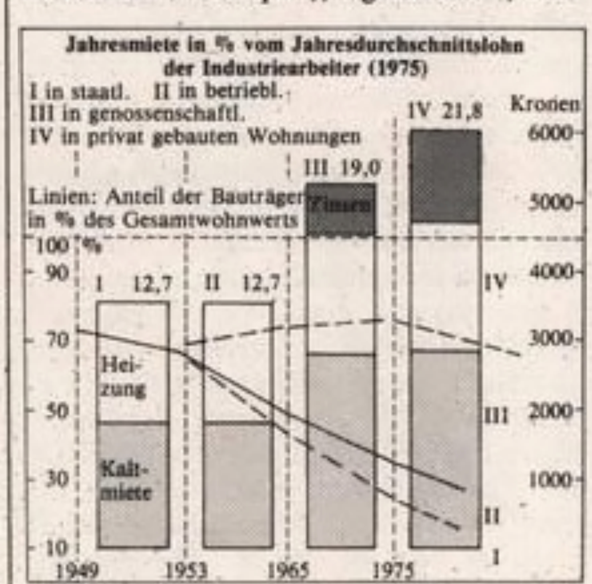
Quelle: Narodnaja Chosjaistwo SSSR, 1978

---

rend er noch im Februar bei über 3 $ je kg lag. Für Zinn wurde die strategische Reserve von 32499 auf 42000 Longtons (1 Longton = 1,016 t) angehoben. Nach wie vor aber befinden sich etwa 200000 t Zinn in der strategischen Reserve, die eingesetzt werden, um Druck auf den Zinnmarkt auszuüben. 1979 wurden 35000 t zum Verkauf freigegeben, eine Maßnahme, gegen die sich Bolivien sofort gewandt hatte. Es ist drittgrößter Zinnproduzent und -lieferant für die USA. Daneben wurden die Bestände für Rohstoffe, die entscheidend sind für die Veredelung von Stahl, vor allem für den Flugzeugbau, erhöht: Titan von 130000 t auf 195000 t, Wolfram von 18500 t auf 22800 t.

CSSR: Gespaltener Wohnungsmarkt, faktische Mieterhöhungen

z.anb. Von 1970–1977 wurden jährlich in der CSSR soviel Wohnungen gebaut wie in der BRD, trotzdem ist der Standard heute allenfalls dem Italiens oder der Niederlande vergleichbar. Stark überalterte Bausubstanz – vor allem in den Städten – und daher enormer Bedarf an neuen Wohnungen war der Grund für hohe Steigerungsraten der staatlichen Investitionen – bis man sie letztes Jahr von 11,1% 1978 auf 7,3% für 1979 kürzte zur Freisetzung von Mitteln für die Produktionsmodernisierung. Das Schaubild zeigt, wie die neue Bourgeoisie seit Mitte der 50er Jahre den Wohnungsmarkt zunehmend in einen staatlichen (I und II) und einen nicht-staatlichen Sektor aufgespalten hat – die Form, in der sich inzwischen die Klassenspaltung ausdrückt: für den neuen Bourgeois die Staatswohnung, auf die der Arbeiter 6–12 Jahre warten müßte. Für den Arbeiter ein 50 qm „Eigenheim", entweder ganz oder wie im Genossenschaftsbau zu 32% in Selbsthilfe erstellt, mit 70–80% Kreditanteil an den Baukosten, ca. vier Jahreslöhnen.



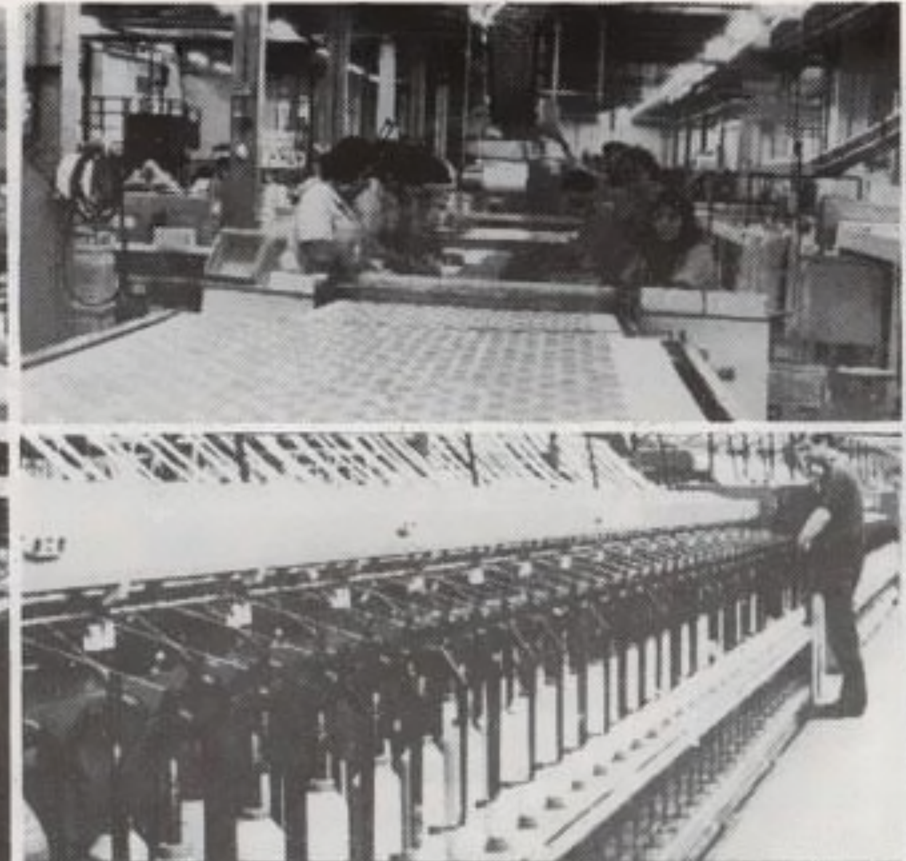
Polen: Demonstration in Gdansk für Freiheit und Unabhängigkeit

z.anb. Drei Tage, bevor der neue polnische Ministerpräsident Babiuch am 6.5. seinen Antrittsbesuch in Moskau zu absolvieren hatte, versammelten sich in Gdansk 7–8000 zu einer Kundgebung für Freiheit und Unabhängigkeit. Redner des Komitees für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter (KOR) griffen die „sowjetischen Invasoren" an, Übergriffe der Staatsorgane wurden von den Teilnehmern verhindert. In Czestochowa wurde die traditionell von der Kirche organisierte Marienwallfahrt am 3.5. wie schon in Vorjahren zu einer politischen Demonstration gegen die Besatzung des Landes und die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten. Obwohl bürgerliche und klerikale Kräfte, die in der Oppositionsbewegung die Führung haben, versuchen, deren Klassencharakter zu unterdrücken – mit seinem Aufruf von Ende April versuchte das polnische Episkopat, die Arbeiter für die „Ausbreitung des Glaubens unter den slawischen Brüdern in Litauen, Bjelorußland, der Ukraine und der CSSR" auf die Straße zu bringen – wird dies in dem Maße schwieriger, wie die Bewegung in der Arbeiterklasse Fuß greift. 24000 Unterschriften allein in Warschau und ein Hungerstreik von 23 KOR-Mitgliedern haben letzte Woche die Freilassung des Ende März verhafteten M. Chojecki, Herausgeber der oppositionellen Zeitung „Nowa", erzwungen.

Ghana und Elfenbeinküste bauen Starkstrom-Verbundleitung

z.hef. Ghana und die Elfenbeinküste wollen bis 1982 eine Starkstromverbundleitung zwischen beiden Ländern bauen. Anfang Mai wurde eine gemeinsame Planungs- und Baukommission eingesetzt. Die Leitung soll der gegenseitigen Hilfsversorgung bei Spitzenverbrauch oder niedrigem Wasserstand in den Flüssen, die die Wasserkraftwerke speisen, dienen. Seit Ende 1978 hat vor allem Ghana große Probleme mit der Stromversorgung. In drei Monaten zu Beginn des letzten Jahres wurden mehr als 100 Stromausfälle registriert. Dabei verfügt das Land mit 4,445 Mio. Kilowattstunden Jahresproduktion (1977) über eine relativ hohe Stromproduktion. Aber mehr als 60% dieses Stroms verbrauchen die Aluminium-Schmelzöfen von Kaiser Aluminium. Ghana hatte 1961 mit Kaiser Aluminium (USA), Reynolds Metals (USA) und der US-Regierung einen Vertrag über das Volta-River-Projekt geschlossen. Ghana zahlte den Bau des Kraftwerkes, um die Aluminiumhütte mit Strom zu versorgen. Die Hütte sollte Ghanas Bauxit verarbeiten. Aber die Imperialisten haben es nicht eilig, eine Fabrik zur Weiterverarbeitung des Bauxits zum Halbprodukt Alumina zu bauen. Deshalb verarbeitet die Hütte nur importiertes Alumina – mit dem billigsten Strom der Welt von dem Volta-Damm. Aus den Stromeinnahmen kann Ghana deshalb nicht einmal die Zinsen und Rückzahlungen der Schulden decken, die das Land für den Kraftwerksbau vor allem in den USA aufnehmen mußte, geschweige denn das Stromnetz weiter ausbauen. Nur ein Fünftel der Bevölkerung verfügt über Stromanschluß, das beschränkt sich fast nur auf die Städte.







Im Rotterdamer Hafen (Bild: Europort) beuten die niederländischen Kapitalisten ca. 16000 Lohnabhängige aus. – In der Nahrungsmittelindustrie arbeiteten 1978 173000 Lohnabhängige, was 4,3% aller Lohnabhängigen entspricht (BRD: 2,5%). Das niederländisch-britische Monopol Unilever ist der größte Nahrungsmittelkonzern der Welt. – Die Textilindustrie war im 19. Jahrhundert die bedeutendste Industrie in den Niederlanden. Noch zu Beginn des 1. Weltkriegs arbeiteten dort 25% aller Lohnabhängigen. Heute beuten die Kapitalisten v.a. Arbeiter in Ländern Nordafrikas aus. Von 1963 bis 1978 setzten sie in den Niederlanden von 219500 über 144000 Textilarbeiter auf die Straße. – Die niederländischen Kapitalisten verfügen über ein hochkonzentriertes Kapital. 1977 weist die Liste der größten Industriebetriebe der Welt drei niederländische Konzerne unter den ersten 17 aus: Shell (NL, GB), Unilever und Philips, die zusammen über 850000 Lohnabhängige weltweit ausbeuten.

Die Gemeinheiten der niederländischen Regierung gegen die Lohnabhängigen sind nicht zu knapp

z.rül. 1977: Um die *Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft* zu steigern – von den über 200000 Arbeitslosen sind im Durchschnitt des Jahres über ⅓ Jugendliche unter 23 Jahren – stellt die Regierung den Kapitalisten 100 Mio. Gulden zur Verfügung. Für die Einrichtung von „Pseudoarbeitsplätzen" – so die offizielle Bezeichnung nach dem im Vorjahr beschlossenen Gesetz –, an denen Jugendliche ohne Schulabschluß an zwei Tagen in der Woche „ausgebildet" werden, bekommen die Kapitalisten z.B. 100 Gulden wöchentlich. *Streikrecht:* Die Regierung zieht ihren seit neun Jahren im Parlament vorliegenden Gesetzentwurf zum Streikrecht zugunsten eines Gesetzes „Zur Billigung der Europäischen Sozialcharta" (siehe unten) zurück. Der Höchste Gerichtshof entscheidet, daß die Kapitalisten bei gewerkschaftlichen Streiks an Lohnabhängige, die „durch den Streik an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert werden", keinen Lohn zahlen müssen. *Sozialversicherung:* Seit 1967 hat die Regierung die Beiträge der Volksmassen um 286,12% gesteigert, gegenüber einer nominalen Lohnsteigerung für Industriearbeiter von nur 189,50%. Die Sozialabzüge für einen Industriearbeiter mit zwei Kindern stiegen von durchschnittlich 16,80% des Bruttolohns (1965) auf 24,34% (1976). Gleichzeitig mußten aber die Kapitalisten – die z.B. in der Kranken- und Rentenversicherung mitversichert sind – ihre Sozialabgaben unter Einschluß ihrer persönlichen Beiträge von 1967 bis 1976 um 305,91% erhöhen. Die Regierung leitet ein umfassendes Kassenplünderungs- und – für die Kapitalisten – Kostendämpfungsprogramm ein. Die Beiträge der Kapitalisten zur Invaliditäts- und zur Krankenversicherung werden um insgesamt 0,5% der Jahreslohn- und Gehaltssumme gesenkt, Kapitalisten, die laut Tarifvertrag bei Arbeitsausfällen den Lohnabhängigen den Lohn fortzahlen müssen, erhalten diese Zahlungen in Zukunft aus der Arbeitslosenversicherung ersetzt.

1978: Die Regierung erhöht ihre Zahlungen an die Kapitalisten im Rahmen der *„Berufsbildungsförderung"* um 65% auf 165 Mio. Gulden. Ab 1979 sollen zusätzlich zweijährige „Kurzausbildungsgänge" für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren „erprobt" werden. Für die Ausbeutung von längere Zeit arbeitslosen Lohnabhängigen bekommen die Kapitalisten – zuerst versuchsweise in fünf Regionen, ab 1.1.79 im ganzen Land – ¾ der Lohnkosten von der Regierung gezahlt. *Betriebsräte:* Ende Oktober tritt eine Änderung des Betriebsratsgesetzes in Kraft: Die Kapitalisten sitzen nicht mehr im Betriebsrat. Die weitgehende Rechtlosigkeit der Betriebsräte bleibt aufrechterhalten. So darf sich der Betriebsrat öffentlich nur zu Fragen äußern, die er vorher mit dem Kapitalisten beraten hat. Anstelle von Einspruchsrechten gegen Entlassungen oder Änderungen der Arbeitszeit und Entlohnung kann er lediglich vor bürgerlichen Gerichten klagen. *Streikrecht:* Am 31. Oktober wird das „Gesetz zur Billigung der Europäischen Sozialcharta" endgültig verabschiedet. Damit ist zwar das Streikrecht zum ersten Mal gesetzlich verankert. Aber die faktischen Einschränkungen durch andere Gesetze und Gerichtsurteile sind weiterhin Legion, Beamten ist das Streikrecht weiter untersagt. Die Regierung kündigt für 1980 ein Gesetz zum Streikrecht für den öffentlichen Dienst an. Gleichzeitig beantragt sie beim Wirtschafts- und Sozialrat eine Stellungnahme zur geplanten Abschaffung von Schutzbestimmungen gegen *Nachtarbeit und Überstunden für Frauen.* Bereits am 30. Juni legte sie ein „Weißbuch zur Wirtschaftspolitik", das „Bestek 81", vor. Seine Kernpunkte: Senkung der Löhne im öffentlichen Dienst in den nächsten drei Jahren um 1% im Vergleich zur Privatwirtschaft; Überprüfung und teilweise Aussetzung der „Preisindexierung" der Sozialleistungen, „Eigenbeteiligung" der Volksmassen an der Krankenversicherung über die Beiträge hinaus. Das bisherige *Kindergeldsystem* – Steuerfreibeträge und geringe zusätzliche Kindergeldzahlungen – wird auf die Zahlung von – leicht erhöhtem – Kindergeld reduziert. Für die Volksmassen ist das erste Ergebnis: höhere Lohnsteuern. Sodann soll das Kindergeld an den Durchschnitt des Lohn- und Preisindex angekoppelt werden, so daß in Zukunft den Lohnabhängigen für jede Lohnerhöhung, die sie über die Inflationsrate hinaus erkämpfen, gleich wieder Kindergeld abgeknöpft wird.

1979: Die Zuschüsse an Kapitalisten für die Ausbeutung Jugendlicher werden auf 220 Mio. Gulden erhöht, für die Ausbeutung anderer Lohnabhängiger erhalten die Kapitalisten weitere 400 Mio. Gulden. Die Regierung beschließt Programme zur Ausweitung der *Teilzeitarbeit* (15 Mio. Gulden) und zur *frühzeitigen Pensionierung* (105 Mio., u.a. für Hafenarbeiter, in der Metallindustrie, bei dem Stahlkonzern Hoogovens und bei AKZO). Die „Preiskompensation" wird für Lohnabhängige im öffentlichen Dienst um 0,3 bis 0,7% unter die Sätze in der Privatwirtschaft gesenkt, für die gesetzlichen Mindestlöhne werden die entsprechenden Sätze generell reduziert. Die *Sozialhilfezahlungen* werden um 0,3 bis 0,7% verringert, für arbeitslose Jugendliche auf 709,30 Gulden im Monat (18jährige) bis 846,70 Gulden (20jährige). Die Alters- und Hinterbliebenenrenten werden an die – reduzierten – Mindestlöhne angekoppelt. Zusätzlich zu den Rentnern sind jetzt auch die Frührentner krankenversicherungspflichtig.

1980: Der Haushalt 1980 enthält *Arbeitsmarktprogramme* in Höhe von 2 Mrd. Gulden für die Kapitalisten. Ab 1.1.80 müssen die Volksmassen zusätzlich zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen eine „Eigenbeteiligung" an den Krankenhauskosten zahlen. Die „Preiskompensation" im öffentlichen Dienst wird erneut um 0,3 bis 0,7% gegenüber der Privatwirtschaft verringert, die Zulagen für Überstunden und Nachtarbeit um durchschnittlich 600 bis 900 Gulden im Jahr gekürzt. Am 10.1. erläßt die Regierung einen *2monatigen Lohnstopp,* der später bis 12.4. verlängert wird. Am 4.3. wird ein neues *Lohngesetz* verabschiedet, das das Tarifrecht der Gewerkschaften bis 31.12.81 aufhebt. Am 6. Mai erklärt Sozialminister Albeda, daß Arbeitslose in Zukunft auch 4-Schicht-Arbeit und Fahrtzeiten von über einer Stunde in Kauf nehmen müssen, wenn sie ihr *Arbeitslosengeld* nicht verlieren wollen. Drei Tage später kündigt er die Vorlage eines Gesetzes an, das das seit 1919 bestehende Verbot der Nachtarbeit für Frauen aufheben soll.

NL: Die Einheitsgewerkschaft wird aufgebaut

Aktionsprogramm des FNV / Gewerkschaftsmitglieder drängen auf klare Forderungen

z.scc. Nach rund sechsjähriger enger organisatorischer Zusammenarbeit werden sich im nächsten Jahr die beiden großen Gewerkschaftszentralen Niederländischer Gewerkschaftsbund NVV und Niederländischer Bund der römisch-katholischen Gewerkschaften NKV endgültig zum Gewerkschaftsbund FNV verschmelzen: Seit den Anfängen der niederländischen Gewerkschaftsbewegung ist dies der bedeutendste Schritt zur Überwindung der Spaltung in verschiedene Richtungsgewerkschaften und zum Aufbau einer mächtigen Einheitsgewerkschaft, auch wenn der FNV, bei einem Organisationsgrad von knapp 40%, bisher nur 1,2 Millionen Mitglieder oder rund ⅔ der Organisierten umfaßt. Weitere 300000 sind in der Christlichen Gewerkschaftszentrale CNV und noch einmal so viele in mehreren kleinen ständischen und gelben Gewerkschaften organisiert.

In seinem ersten Aktionsprogramm „Vier Jahre voran" hatte der noch junge FNV im Mai 1977 festgeschrieben, „was für uns in den kommenden vier Jahren das Wichtigste ist". Hat dieses Programm die Feuerprobe des Klassenkampfes bestanden?

Im vierten Hauptpunkt „Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung" heißt es zur Taktik im Lohnkampf: „Die Politik wird in den kommenden Jahren vor allem auf die Einkommen am oberen Ende konzentriert werden müssen. Es muß untersucht werden, ob ein gesetzliches Maximum-Einkommen dabei behilflich sein kann. Am unteren Ende muß der gesetzliche Minimum-Lohn ... mindestens mit der Lohnentwicklung Schritt halten."

Anfang 1977 hatte sich die Arbeiterbewegung eines konzentrierten Angriffs der Kapitalisten und ihrer Regierung zu erwehren gehabt. Mit den Forderungen v.a. nach vollständiger Erhaltung der „Preiskompensation", d.h. der halbjährlichen Anhebung der Löhne um die amtliche Preissteigerungsrate, und nach zusätzlicher Lohnerhöhung von 2% war der FNV in die Tarifauseinandersetzungen gezogen. Kaum hatte er seine Forderungen bekanntgegeben, kündigte die Regierung eine „Lohnmaßnahme" an, d.h. die gesetzliche Beschränkung der Lohnerhöhung, in diesem Fall ungefähr auf die Hälfte des Forderungswerts des FNV. Die Kapitalistenverbände boten, bei einer Preissteigerungsrate 1977 von 6,1%, ganze 4,5% Lohnerhöhung an. Nach drei Wochen Streik hatte der FNV seine Forderungen im wesentlichen durchgesetzt: Die Bruttolohnerhöhung zusätzlich zur „Preiskompensation" betrug durchschnittlich 1,7% – gemessen an den Forderungen also ein Erfolg, gemessen an dem faktischen Ergebnis (der Reallohn konnte bestenfalls gehalten werden) der Auftakt zu fortdauernden Lohnsenkungen.

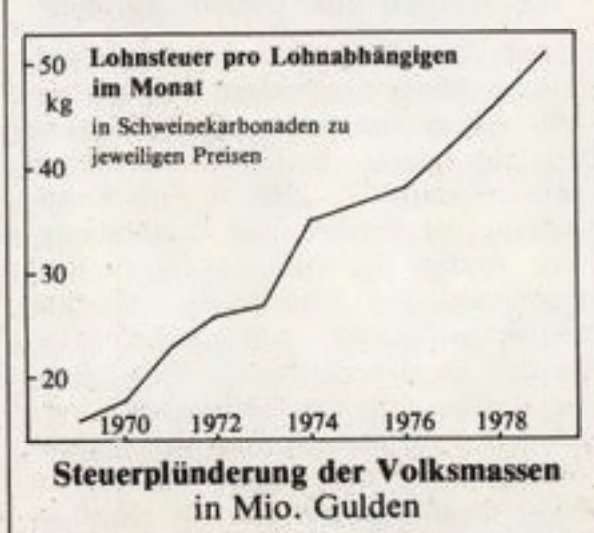
Der oben zitierte Programmpunkt hat die „Preiskompensation" zur stillschweigenden Voraussetzung. Der Kampf um ihre vollständige Auszahlung, um die „Erhaltung der Kaufkraft", bestimmt die Taktik des FNV in seither allen Lohnauseinandersetzungen. In dieser Taktik des FNV muß man die Ursache für die Niederlagen suchen, die die niederländische Arbeiterbewegung hat schlucken müssen. Wir haben unten die Lohnverteilung von Philips für 1978 und 1980 veröffentlicht. 1978 wurden hier die Löhne entsprechend der „Preiskompensation" erhöht, dazu Urlaubsgeld und Jahresprämie leicht angehoben. Die Löhne 1978 nun über die Verbraucherpreissteigerungsrate mit denen von 1980 gleichgesetzt, liegen sie in der niedrigsten Lohngruppe heute um rund 50 Gulden, in den Facharbeiterlohngruppen noch bis zu 30 Gulden monatlich unter denen von 1978. Brutto! Netto dürfte die Differenz aufgrund der gestiegenen Lohnsteuer- und Sozialversicherungslasten noch erheblich höher sein.

Nicht einmal – und bei weitem nicht – kann also die „Preiskompensation" die amtlichen Preissteigerungen ausgleichen. Teils deshalb, weil bestimmte Preissteigerungen erklärtermaßen nicht in sie eingehen, teils, weil die Regierung immer wieder gerne daran dreht, teils, weil die staatlich bestallten Rechenkünstler zudem im Stillen pfuschen und betrügen. Da die „Preiskompensation" bis 1978 überdies in Prozent ausgezahlt wurde, vergrößerte sie bis dahin den Abstand der untersten Lohngruppen zu den Hauptgruppen. 1979 forderte und setzte der FNV allerdings eine Mindestbetragskomponente von 220 bis 250 hfl je 1% Preissteigerung durch.

Von vorneherein aber verzichten die Verfechter der „Kaufkrafterhaltung" darauf, den zur Deckung der steigenden Reproduktionskosten notwendigen Lohn einzufordern. Die untenstehenden Graphiken vermitteln einen Eindruck von den verschlechterten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, wenngleich sie die Auswirkungen der letztjährigen Lohnsenkungen noch nicht oder nur teilweise widerspiegeln.

Angesichts der zweifachen Wucht, mit der diese Entwicklung die schlechtbezahltesten Teile der Arbeiterbevölkerung trifft – der Verschleiß der Arbeitskraft ist über Durchschnitt, der Lohn unter Durchschnitt hoch –, hätte der FNV besser daran getan, seine Politik früher und stärker vor allem auf das Einkommen am *unteren* anstatt am oberen Ende zu konzentrieren. Zwar ist der gesetzliche Minimumlohn zeitweise etwas schneller gestiegen als der Durchschnittslohn; durch Änderungen der Berechnungsgrundlage jedoch hat ihn die Regierung 1979 und 1980 um mehrere Prozentpunkte weniger angehoben, als es der ursprünglichen Berechnung entsprochen hätte. Zudem ist er so gesetzlich, daß er die Kapitalisten tatsächlich bindet, auch wieder nicht. Nach amtlicher Zählung, die nur die Betriebe über 10 Beschäftigte erfaßte, wurden 1978 325000 Lohnabhängige zum Mindestlohn bezahlt, über 30000 darunter, und sowieso ist die Dunkelziffer beträchtlich. Die Kombination „Preiskompensation" – gesetzlicher Mindestlohn hat die Organisierung des Lohnkampfes in den letzten Jahren behindert und es der Arbeiterbewegung erschwert, sich gegen die absolute Verelendung zusammenzuschließen. Sie hat den Bourgeois viel Spielraum zum Betrug gelassen. Indes erstarkt die Bewegung für ausreichende Mindest- und Festgeldforderungen, einzelne Gewerkschaften sind im letzten Jahr zur Aufstellung von Festgeldforderungen übergegangen.

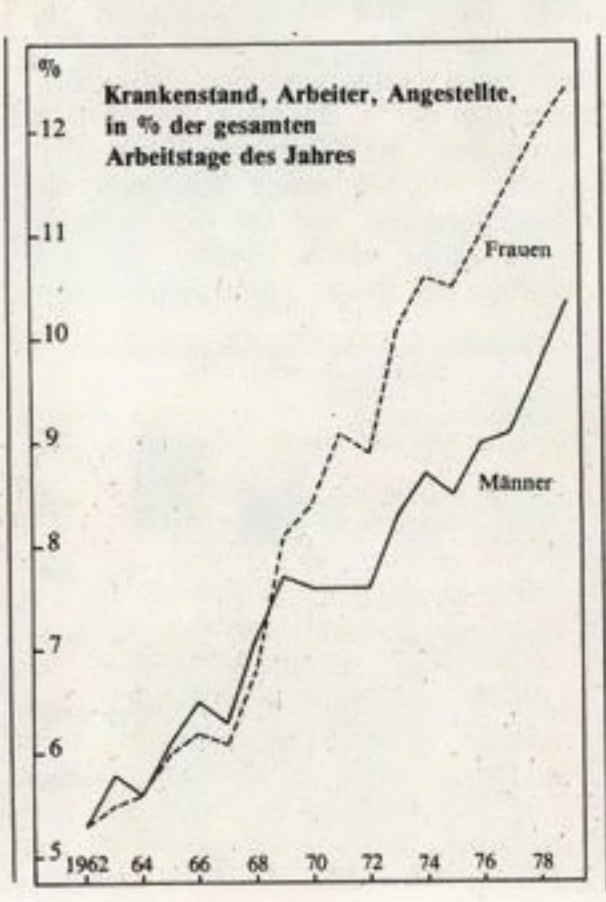
Unter dem 5. Hauptpunkt: „Soziale Sicherheit und Volksgesundheit" stellt das FNV-Aktionsprogramm fest: „Die soziale Sicherheit steht als Bestandteil der kollektiven Versorgung unter starkem Druck." Eine ganze Latte von kostendämpfenden und beitragstreibenden Maßnahmen hat die Regierung in den letzten Jahren beschlossen (s. Artikel links). Um es vorwegzunehmen: Das FNV-Programm öffnet diesen Angriffen ein breites Einfallstor. „Ausdrücklich stellt der FNV die Beitragserhebung zur Diskussion. Es gibt, nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Einkommenspolitik, gute Gründe, um

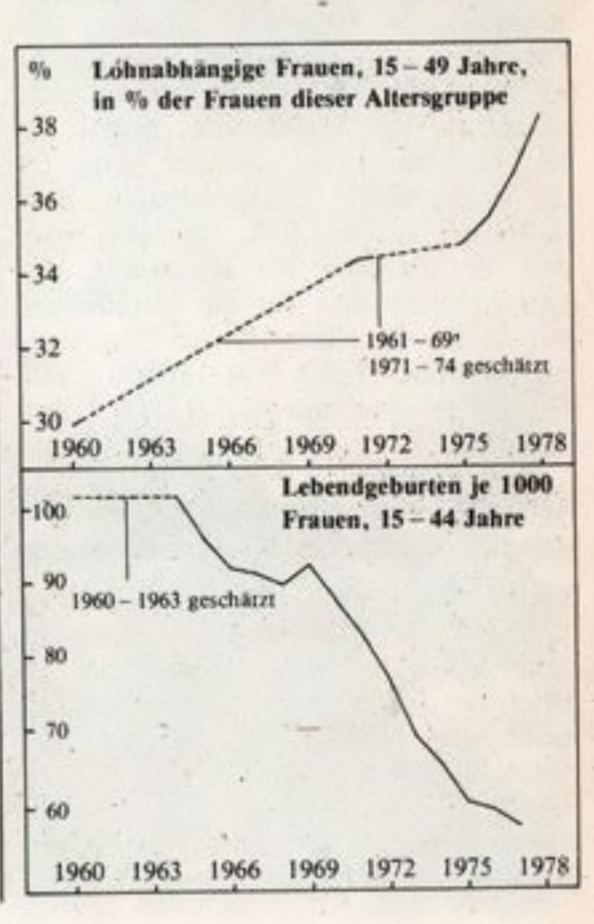


Steuerplünderung der Volksmassen
in Mio. Gulden

	1969	1977
Lohnsteuer	5988	24621
Umsatz-, Mehrwertsteuer	4877	19272
Heizöl-, Benzinsteuer	1603	3073
Kraftfahrzeugsteuer	306	1280
Getränke-, Alkoholsteuer	597	1295
sonst. Verbrauchssteuern	923	1477
alle indirekten Steuern	8306	26397

1969: 1 hfl = 1,09 DM; 1977: 1 hfl = 0,95 DM











In einem kurzen Streik 1903 erkämpften sich die Eisenbahner die Anerkennung ihrer Gewerkschaft. (Bild oben) Die Bourgeoisie reagierte daraufhin mit dem Verbot aller Streiks im öffentlichen Dienst und stellte sie unter schwerste Strafen. Nie aber ist es ihr gelungen, Streiks im öffentlichen Dienst zu verhindern, selten, sie mit Strafen zu belegen. 1955 streikten die Amsterdamer Gemeindearbeiter gegen die Anordnung ihres Dienstherrn, nur die Gehälter der mittleren und hohen Beamten zu erhöhen (Bild unten: Streik der Amsterdamer Hafenarbeiter 1955); 1978 streikten die Beschäftigten bei Post, Nahverkehr und Müllabfuhr gegen das ,,Bestek 81", gegen Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst. (Bild rechts) – 1975 demonstrierten Tausende in Utrecht gegen das Programm der Regierung, u.a. den Kapitalisten mit über 160 Mio. Gulden die Ausbeutung von Arbeitslosen zu versilbern, und forderten: ,,Arbeitslosengeld von 80% auf 90%, Verlängerung von 26 auf 52 Wochen."

mit der Auffassung zu brechen, daß die Sozialleistungen durch Beiträge auf den Lohn finanziert werden müssen. Der FNV weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Tatsache hin, daß durch die bestehende Regelung der Beitragsdruck für arbeitsintensive Betriebe ... schwerer ist als für kapitalintensive." Und fordert also zu erwägen, ,,einen Teil der Kosten (der Gesundheitsversorgung) aus allgemeinen Mitteln zu finanzieren."

Ein Viertel des Bruttolohns zahlen die Lohnabhängigen gezwungenermaßen als Sozialversicherungsbeiträge weg. Die Beiträge zur Rentenversicherung, 10,25%, zahlen sie ausschließlich, die Beiträge zu den ,,Arbeitnehmerversicherungen" – im Gegensatz zu den ,,Volksversicherungen"; das Sozialversicherungswesen ist uneinheitlich und höchst unübersichtlich – fast zur Hälfte. Der Beitragssatz der Kapitalisten beläuft sich auf 27,7%. Anstatt die Kapitalisten, die die Arbeitskraft für ihren Profit vernutzen und ruinieren und die sie nur solange zahlen, als sie sie profitlich vernutzen können, anstatt also die Kapitalisten zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zu zwingen, verlangt der FNV die Befreiung der Kosten – aus den Steuern. Und damit *überwiegend* aus Lohn!

,,Die wichtigsten Forderungen für die kommende Regierungsperiode sind", fährt das Aktionsprogramm fort: ,,Die Einführung einer gesetzlichen Rentenpflicht (diese besteht erst seit 1975, d. Red.) als ergänzende Rentenversorgung für alle Arbeitnehmer."

Den vollständigen (einheitlichen) Rentenbetrag von 1414,23 hfl für Verheiratete und 983,82 hfl für Ledige pro Monat erhält nur, wer zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr ununterbro-
Monat erhält nur, wer zwischen dem
15. und 65. Lebensjahr ununterbro-
chen Versicherungsbeiträge gezahlt hat, bzw. sofern nicht, dann ,,ohne eigenes Verschulden". Für jedes fehlende Jahr wird die Rente um 2% gekürzt. Verheiratete Frauen haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Rente. Und: Die Rentner sind steuer- und krankenversicherungspflichtig, was den auf den ersten Blick relativ hohen Rentensatz vollständig zu kümmerlichem Existenzminimum schrumpfen läßt. Das FNV-Aktionsprogramm schweigt sich dazu aus; aber dem Gründungskongreß der Nahrungsmittelgewerkschaft FNV, der Ende Mai die beiden Gewerkschaften dieses Industriezweiges endgültig verschmilzt, liegen rund ein halbes Dutzend Anträge auf Abschaffung der Steuer- und Krankenversicherungspflicht für Rentner vor, wie auch ein Antrag auf Senkung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre.

,,Einführung von umfangbegrenzenden Maßnahmen, so daß der Druck auf die Arbeitslosenregelungen ... vermindert wird."

Zu ,,umfangbegrenzenden Maßnahmen" braucht man die Regierung van Agt nun wirklich nicht auffordern. ,,Umfangbegrenzen", die industrielle Reservearmee mobilisieren, um sie den Kapitalisten zu günstigsten Bedingungen zugriffig zu machen, und zwar gerade durch ,,Druck auf die Arbeitslosenregelungen", das tut sie und darin steht sie ihren westeuropäischen Konkurrenten buchstäblich in nichts nach. Welche Forderungen also erhebt der FNV gegen diesen ,,Druck", gegen den Versuch, das Arbeitslosengeld von 80 auf 75% des Lohns zu drücken oder mit der Drohung des Arbeitslosengeldentzugs die Lohnabhängigen zur Arbeit unter *jeder* Bedingung zu zwingen? In seinem Aktionsprogramm – keine. Daß die Gewerkschaftsbewegung hier inzwischen weiter ist, dokumentiert erneut die Debatte zur Vorbereitung des Gründungskongresses der Nahrungsmittelgewerkschaft FNV: Mehrere Abteilungen erheben die Forderung nach Anhebung des Arbeitslosengeldes von 80 auf 90% des Bruttolohns.

,,Beherrschung der Kosten der Gesundheitsversorgung, ebenfalls durch umfangbegrenzende Maßnahmen."

Was der FNV hier unter ,,umfangbegrenzenden Maßnahmen" versteht, bleibt offen. Darauf aber kommt es für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse an. Auf Forderungen nach Verbot von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit, nach Normalarbeitstag, um so der physischen Unterhöhlung der Arbeitskraft Schranken zu setzen, kann sich die Ar-
sischen Unterhöhlung der Arbeitskraft
Schranken zu setzen, kann sich die Ar-
beiterbewegung gut zusammenschließen. Die Debatte über diese Forderungen ist in Gang gekommen. Sie drückt sich aus z.B. in der Forderung nach Änderung des Arbeitsgesetzes, das nach wie vor die 48-Stundenwoche enthält, und gesetzlicher Festlegung der 40-Stundenwoche. Sie drückt sich aus in der Forderung nach Abschaffung der vollkontinuierlichen 4-Schicht-Arbeit zugunsten von fünf Schichten. Für diese Forderung, die zwar nicht auf Verbot von Schichtarbeit abhebt, sich aber gegen ihre ärgsten Auswirkungen in der Vollkontischicht wendet, streiken seit Wochen die Arbeiter von Mobil Oil. Die Entwicklung des Klassenkampfes in den Niederlanden hat die Fragen, die der FNV in seinem 77er Aktionsprogramm stellt, schärfer aufgeworfen und die Antworten zum Teil bereits revidiert.

Philips: Drei Jahre Reallohnsenkungen

Es wirkt die Tendenz, den Lohn auf den weltweit niedrigsten Standard zu drücken

z.scc. ,,Es war einmal", ungefähr so liest sich die hochglanzgedruckte Firmengeschichte des niederländischen Elektrokonzerns Philips, ,,ein tatkräftiger Maschinenbauingenieur, der gründete 1891 in Eindhoven eine Glühlampenfabrik, und seine nicht minder tatkräftigen Nachkommen bauten sie mit Genie und Geschick zu einem der größten niederländischen und der 20 größten Monopole der Welt aus."

Begonnen hatte der Maschinenbauingenieur Philips mit einem Kapital von 75000 Gulden und der Ausbeutung einiger Dutzend Lohnabhängiger, fast durchweg Kinder und Halbwüchsige, die sich für ein paar Pfennige unter den elendsten Bedingungen Tag und Nacht abschuften mußten. Zwischen den beiden Weltkriegen – 1916 betrug die Zahl der Lohnabhängigen ,,erst" 3700, während beispielsweise die AEG bereits 1911 60800 Beschäftigte ausbeutete – konnten die Söhne das Geschäft sprunghaft ausweiten, als es ihnen über Jahre hinweg gelang, die Löhne nicht nur real, sondern oft auch absolut zu senken und dabei die Arbeitszeit maßlos auszudehnen. So gerüstet vermochte der aufstrebende Konzern die Weltwirtschaftskrise zu beschleunigter Expansion und Aufnahme des Kapitalexports in großem Stil zu nutzen. Heute beläuft sich das von Generationen von Arbeitern geschaffene in der Bilanz ausgewiesene ,,Gesamtkapital" auf 35,15 Mrd. Gulden, die Millionen und Milliarden Profite, die sich im Verlauf von Jahrzehnten die Banken in Form von Zinsen, die Aktionäre als Dividenden usw. her-
ten die Banken in Form von Zinsen,
die Aktionäre als Dividenden usw. her-
ausgezogen haben, gar nicht berücksichtigt. Mit diesen 35,15 Mrd. kommandiert Philips rund 379000 Lohnabhängige in allen Erdteilen, fast so viel, wie in der Metallindustrie der Niederlande arbeiten. Ein Fünftel der niederländischen Metallarbeiter selbst, 82400 von 409000, schafft in 105 Werken für den Reichtum von Philips. Zwar sind die imperialistischen Länder nach wie vor Schwerpunkt des Kapitalexports, mehr und mehr aber hat Philips in den letzten zwei Jahrzehnten den Kapitalexport in Länder der Dritten Welt, wo die Imperialisten den Arbeitern Niedriglöhne aufzwingen konnten, forciert.

Welche Politik die Gewerkschaft gegenüber dem Kapitalexport in die Niedriglohnländer verfolgt, fragen wir einen Vertreter der Industriegewerkschaft FNV. Lange habe man dieser Entwicklung positiv gegenübergestanden, erwidert dieser, in der Erwartung, daß der Gedeih der niederländischen Arbeiter am Gedeih von Philips hänge. Nun, Philips gedieh, die Arbeiter nicht.

Gerade 12% des Lohns, den sich der niederländische Arbeiter erkämpft hat, erhält z.B. der Arbeiter aus Taiwan, 16% der in Hongkong (1978). Philips selbst hat diese Zahlen in der Belegschaftszeitung veröffentlicht und als Kampfansage gemeint. Tatsächlich *hat* bereits der niedrige Lohnstandard in den Ländern der Dritten Welt mit Wucht auf den Lohnstandard in den Niederlanden zurückgewirkt. Die Spitzen der Lohnverteilung (s.u.) lagen 1978 im unteren Drittel der Lohnskala in der Metallindustrie, die wir bereits früher untersucht haben (s. KVZ 49/79), und machen die dort ausgeprägte, deutlich abgehobene Niedriglohnzone im wesentlichen aus. Sichtbar hat Philips 1978 – 1980 diese Niedriglohnbereiche noch verstärkt.

Wie? Anders als etwa in der westdeutschen Elektroindustrie ist der Anteil der Frauenarbeit, ,,traditionell" im Niedriglohnbereich angesiedelt, bei Philips Niederlande seit Jahren stark rückläufig und macht heute kaum 16% aus. Hauptursache, erklärt der Gewerkschaftsvertreter, ist die Umstrukturierung der Produktion, die Auslagerung ganzer Produktionszweige, in denen die Anwendung billiger Frauenarbeitskraft dominierte, in Niedriglohnländer. – Gleichzeitig hat die Gewerk-
länder. – Gleichzeitig hat die Gewerk-
schaft vor zehn Jahren schon den Kapitalisten per Tarifvertrag den Weg versperrt, die unteren Lohn*gruppen* durch Herabgruppierungen z.B. bei Umsetzung oder bei erfolgten Änderungen des Entlohnungssystems aufzufüllen. Die Belegung der ,,Hilfsarbeiter"lohngruppen 10, 15, und 20 ist mit 27% zwar noch hoch, gegenüber 1977 aber um fast 11 Prozentpunkte gesunken. Wie also erklärt sich die weitere Auffüllung des Niedriglohnbereichs?

Über mindestens die beiden, wahrscheinlich aber drei letzten Jahre ist es den Philips-Kapitalisten gelungen, den *Reallohn* bis in die Facharbeiterlohngruppen hinein zu senken und ganze Lohngruppen weiter nach unten zu drücken.

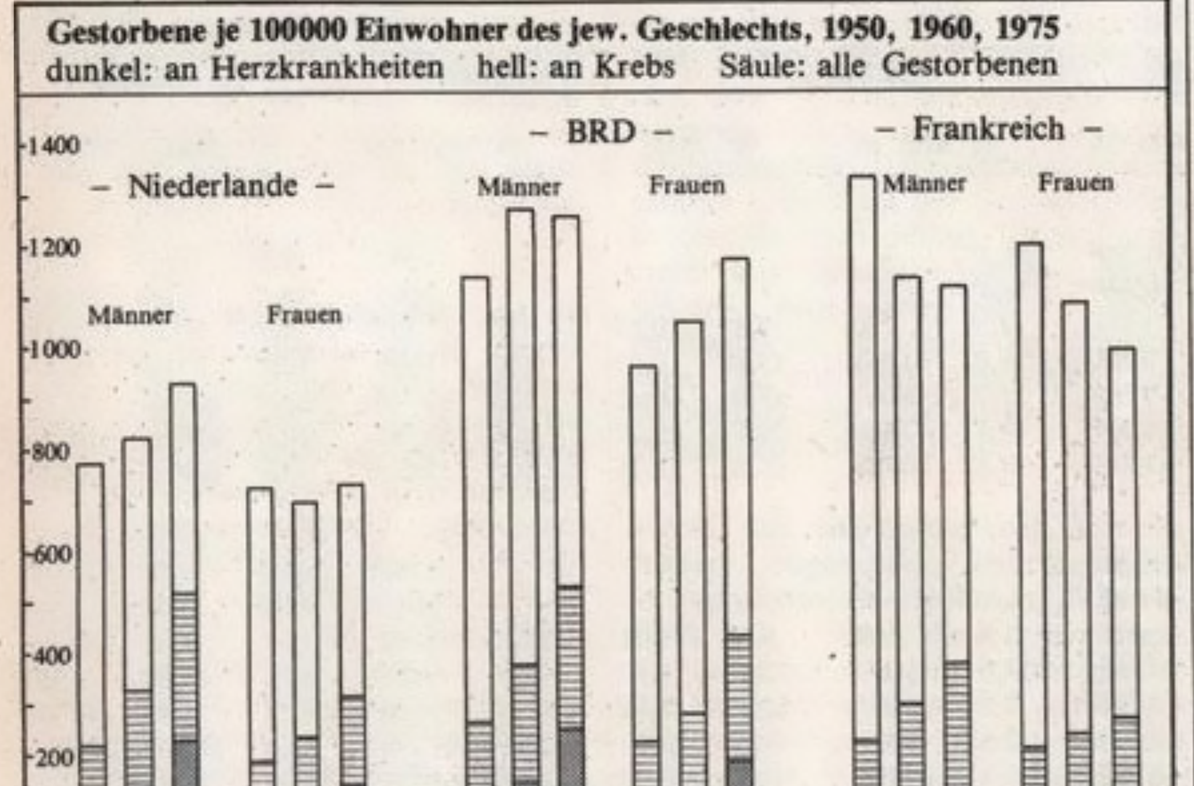
Infolge der fortgesetzten Revolutionierung der Produktionsmethoden wird es für Philips zunehmend profitabler, bestimmte bislang ,,arbeitsintensive", einst ausgelagerte Produktionen auf hochautomatisierter Grundlage und bei Anwendung qualifizierter Arbeitskraft in den Niederlanden wiederaufzunehmen. Diese Tendenz zeichnet sich deutlich ab und läßt Philips gerade auch den Druck auf die Facharbeiterlöhne verstärken.

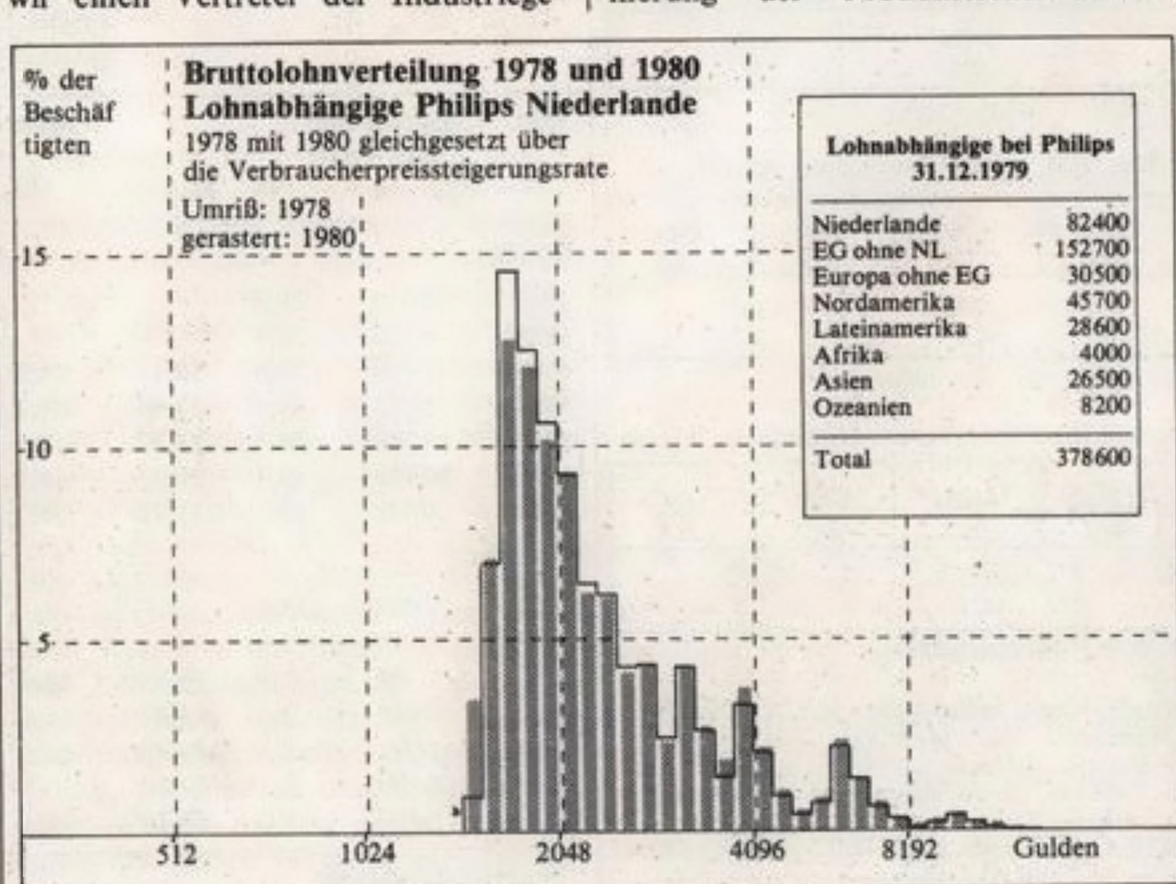
Vor zehn Jahren hatte die Gewerkschaft die Abschaffung des Akkordlohns bei Philips durchgesetzt. Daß die Intensität der Arbeit, die Antreiberei, auch ohne Akkord extrem hoch sein muß und der Verschleiß der Arbeitskraft umso höher, je niedriger die Lohngruppe, verdeutlicht folgende Tabelle über den Krankenstand der Arbeiter und der Masse der Angestellten bei Philips 1978:

Lohngruppe	M	F
10/15	17,3	18,1
20/25	13,6	13,9
30/35	9,5	8,6
40/45	5,7	7,1
insg	10,9	13,9
NL (Arb.)	10,2	12,6

Dessenungeachtet ist natürlich die Abschaffung der mörderischen Akkordarbeit eine bedeutende Errungenschaft und arbeiten gerade deshalb die Kapitalisten verbissen an ihrer Wiedereinführung, um die Ausbeutung schrankenlos steigern zu können. Bisher zumindest sind jedoch alle ihre Anläufe am klaren Nein der Industriegewerkschaft FNV gescheitert.

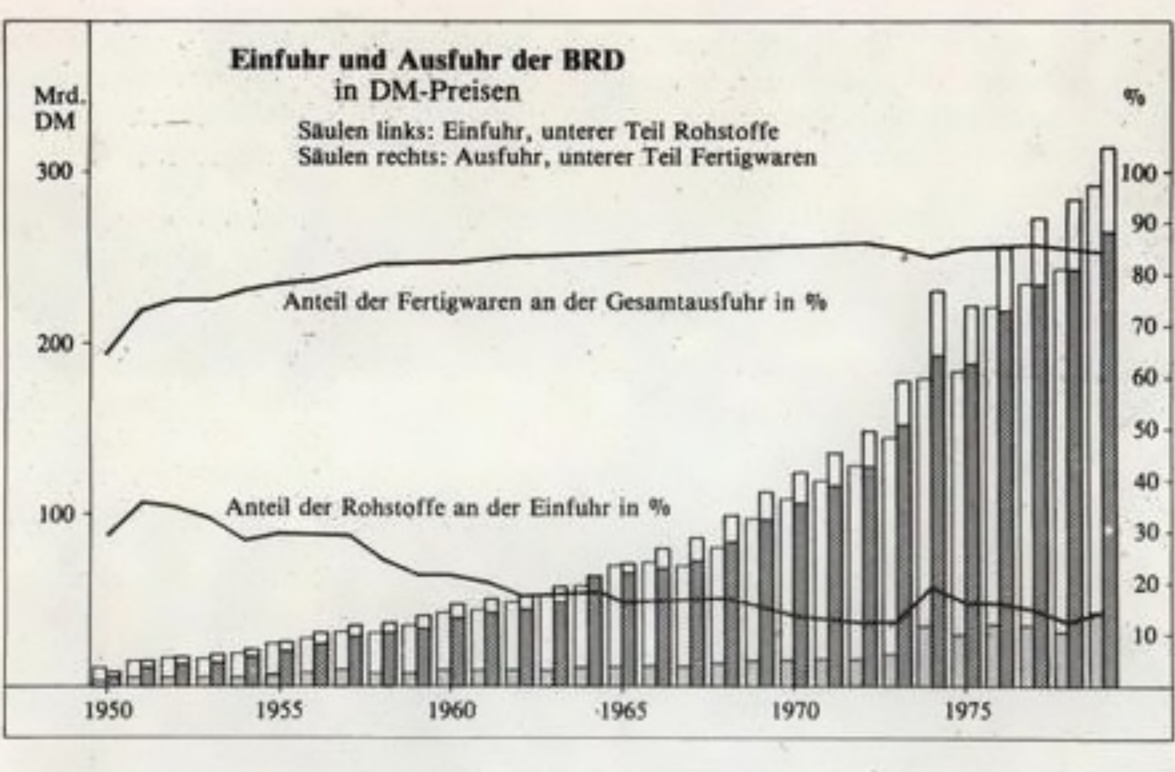
Doch trotz dieser und anderer Er-
Doch trotz dieser und anderer Errungenschaften bleibt die unstrittige Tatsache einer Niederlage an der Lohnfront, bleibt die Tatsache, daß sich die Lohnabhängigen bei Philips weiteren wütenden Angriffen auf ihren Lohn ausgesetzt sehen, bleibt die Tatsache, daß nicht zuletzt der Kapitalexport in die Niedriglohnländer die Entlassung von 20000 niederländischen Arbeitern im letzten Jahrzehnt beschleunigt hat und Philips weitere 20000 Entlassungen im nächsten Jahrzehnt plant. An diesen Tatsachen haben sich die reformistischen Illusionen über die wohltuenden Auswirkungen der Expansion von Philips gehörig gestoßen. Wir sehen jetzt sehr wohl, sagt der FNV-Vertreter weiter, daß wir in unserem eigenen Interesse die Kämpfe der Arbeiter in Brasilien oder Südostasien unterstützen müssen.

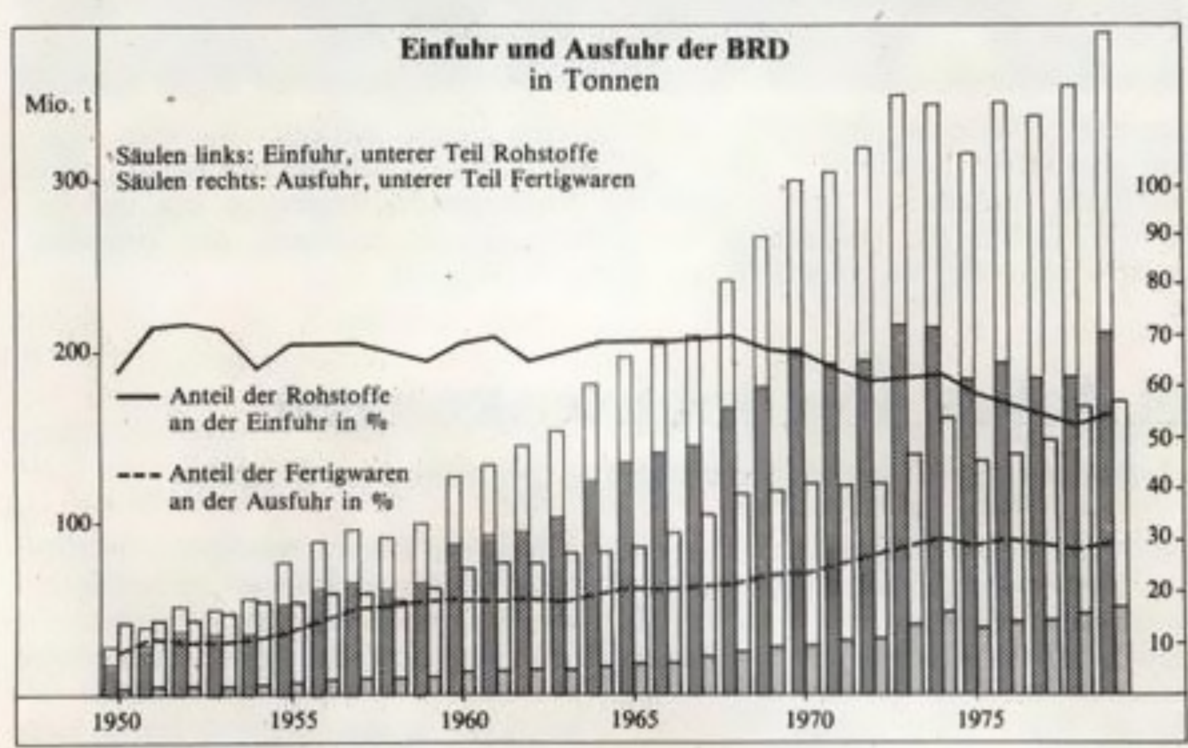


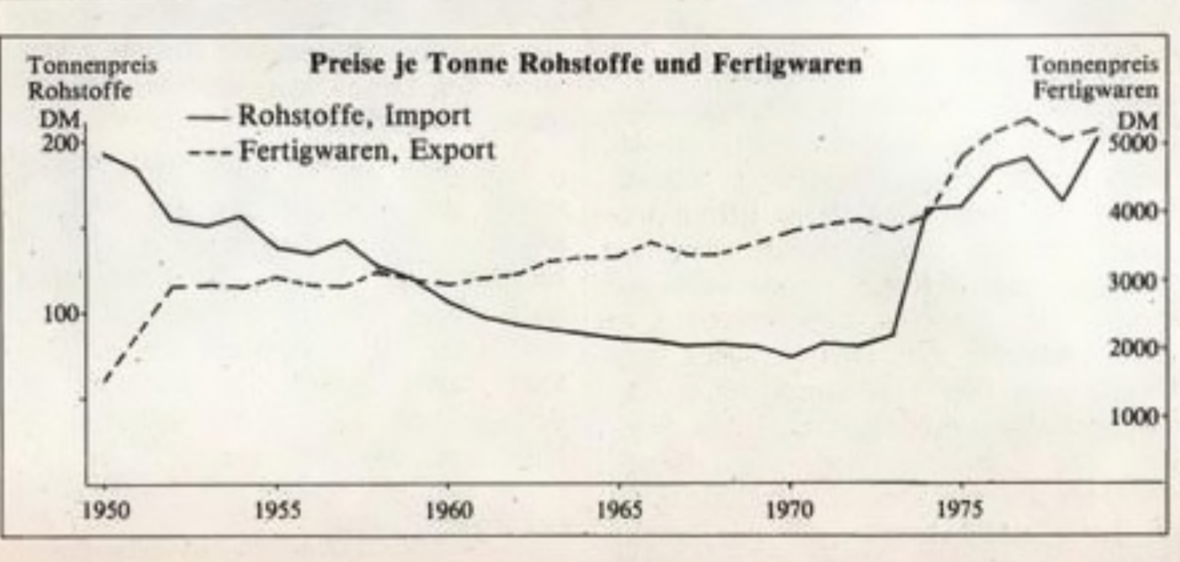


Lohnabhängige bei Philips 31.12.1979	
Niederlande	82400
EG ohne NL	152700
Europa ohne EG	30500
Nordamerika	45700
Lateinamerika	28600
Afrika	4000
Asien	26500
Ozeanien	8200
Total	378600









USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien

Einfuhr gesamt nach Herstellungsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
17433 *7,2*	7178 *2,9*	1411 *0,6*	1963 *0,8*	125814 *51,6*	31380 *12,9*	5050 *2,1*	5438 *2,2*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
9343 *3,8*	8645 *3,5*	6908 *2,8*	11001 *4,5*	11235 *4,6*

insgesamt 235178 3. Welt: 43686 *(19,3%)*

Einfuhr Ernährungswirtsch. nach Herstellungsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
3965 *10,3*	65 *0,2*	203 *0,5*	245 *0,6*	20235 *52,4*	1846 *4,8*	902 *2,3*	65 *0,2*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
5076 *13,1*	2649 *6,9*	215 *0,6*	422 *1,1*	2176 *5,6*

insgesamt 38605 3. Welt: 10538 *(27,3%)*

Einfuhr Rohstoffe nach Herstellungsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
884 *2,9*	25 *0,1*	856 *2,8*	600 *2,0*	322 *14,0*	999 *3,2*	508 *1,7*	853 *2,8*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
1388 *4,5*	4133 *13,4*	5888 *19,1*	9131 *29,7*	1198 *3,9*

insgesamt 30786 3. Welt: 21738 *(70,6%)*

Einfuhr Halbwaren nach Herstellungsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
1386 *3,7*	158 *0,4*	291 *0,8*	632 *1,7*	22083 *58,8*	4475 *11,9*	943 *2,5*	3310 *8,8*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
1656 *4,4,*	940 *2,5*	338 *0,9*	295 *0,8*	850 *2,3*

insgesamt 37526 3. Welt: 4079 *(10,9%)*

Einfuhr Fertigwaren nach Herstellungsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
10994 *8,2*	6899 *5,2*	47 *0,0*	468 *0,4*	77725 *58,2*	23059 *17,3*	2563 *1,9*	1122 *0,8*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
1180 *0,9*	876 *0,7*	428 *0,3*	1074 *0,8*	6805 *5,1*

insgesamt: 133471 3. Welt: 10363 *(7,8%)*

Einfuhr Rohstoffe nach Einkaufsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
8199 *26,6*	25 *0,1*	668 *2,2*	485 *1,6*	11097 *36,0*	1786 *5,8*	447 *1,5*	692 *2,2*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
1017 *3,3*	1493 *4,8*	2243 *7,3*	1892 *6,1*	857 *2,8*

insgesamt 30786 3. Welt: 7501 *(24,4%)*

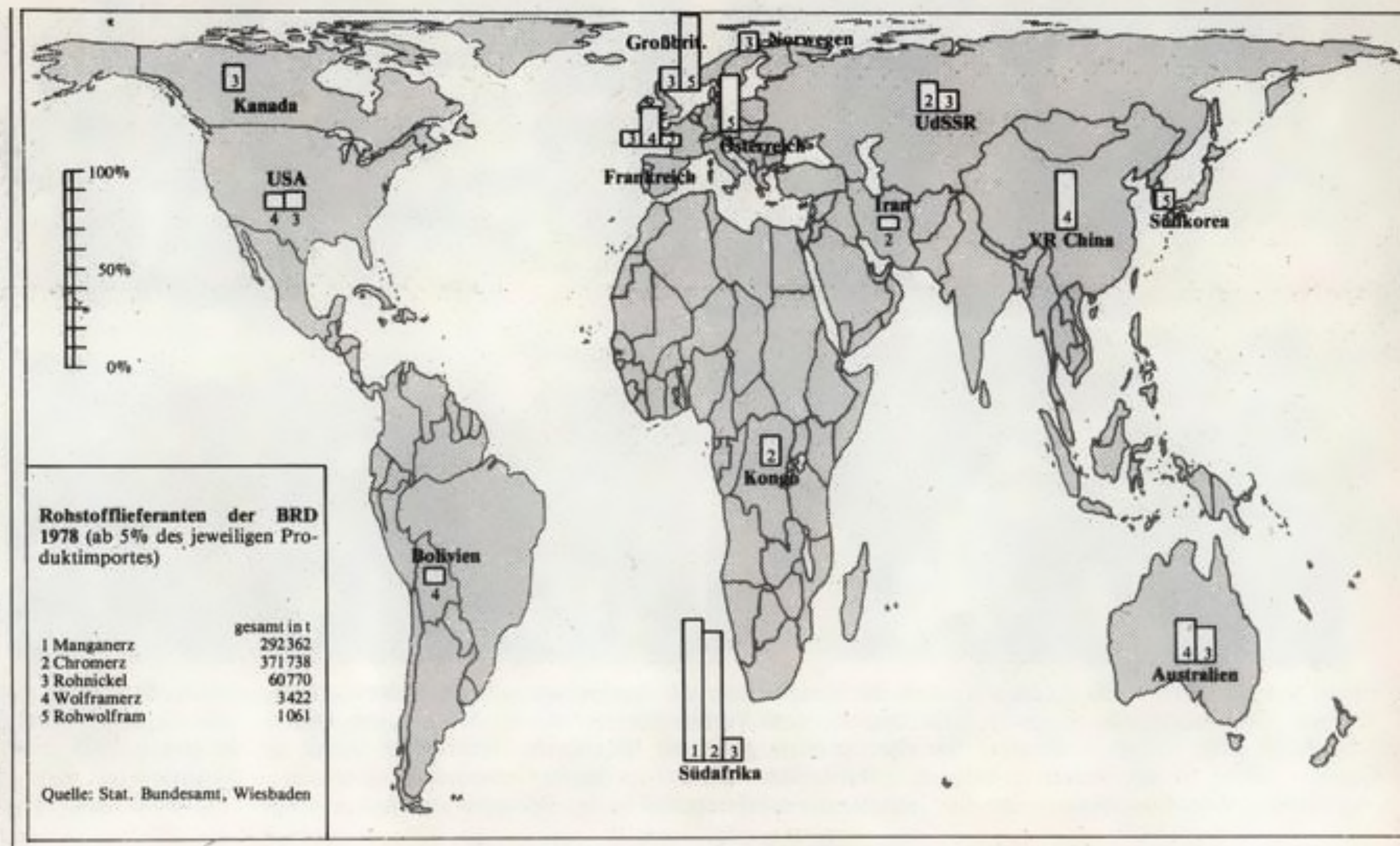
Ausfuhr Fertigwaren gesamt nach Verbrauchsländern (Mio. DM, kursiv: prozentualer Anteil)

USA	Japan	Australien Neuseeland	Kanada	Europa NATO	Europa Paktfrei	Warsch. Pakt	UdSSR
18129 *7,5*	3119 *1,3*	2366 *1,0*	2004 *0,8*	112110 *46,2*	44254 *18,2*	6493 *2,7*	6097 *2,5*

Lateinamerika	Afrika (südl. Sahara)	Nordafrika	Nahost	Asien
8634 *3,6*	8477 *3,5*	5886 *2,4*	15832 *6,5*	9297 *3,8*

insgesamt 242787 3. Welt: 48125 *(19,8%)*

Alle Angaben für 1978. Quelle: Fachserie 7, Reihe 3: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden). Warschauer Pakt: Nur europäische Staaten, ohne UdSSR. *Europa Paktfrei:* Alle Staaten Europas, die nicht zur NATO oder zum Warschauer Pakt gehören. *Nordafrika:* Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Mauretanien. *Afrika (südl.):* Afrika ohne Nordafrika. *Nahost:* Zypern, Libanon, Syrien, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Saudi-Arabien, Kuweit, Bahrain, Katar, Ver. Arabische Emirate, Oman, Nord- und Südjemen. *Asien:* Asien ohne Nahost, einschließlich Ozeanien, ohne Neuseeland und Australien.



BRD-Imperialisten auf Jagd nach Rohstoffen

Nach Käufen auf dem Weltmarkt wird jetzt „vor Ort gesichert"

z.frb. Die westdeutschen Imperialisten haben 1979 einen Handelsbilanzüberschuß von 22 Milliarden DM erzielt. In den letzten fünf Jahren zusammengenommen haben sie einen Überschuß von 174 Milliarden DM erzielt. Auf doppelten Raub ist dieser Überschuß gegründet: Auf der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse und auf der Ausbeutung von Ländern der Dritten Welt, ohne deren Rohstofflieferungen die Exportüberschüsse und die dadurch realisierten Profite nicht möglich wären.

Betrachtet man die Zusammensetzung der Einfuhr und die Zusammensetzung der Ausfuhr, so fällt gleich auf, daß sie ganz unterschiedlich ist. 15% der Einfuhr sind Rohstoffe, aber nur 2% der Ausfuhr. Auch bei den Halbwaren übersteigen die Einfuhren die Ausfuhren bei weitem, ebenso bei den Gütern der Ernährungswirtschaft. Das Defizit dieser Bilanzen wird mehr als kompensiert durch den Überschuß der unter die Kategorie der Fertigwaren fallenden Produkte. Zwar hat sich ren fallenden Produkte. Zwar hat sich der Anteil der Rohstoffeinfuhren an der Gesamteinfuhr in den letzten Jahren verringert, aber der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von Rohstoffen hat sich sowohl der Masse nach wie dem Wert nach ausgeweitet.

Westdeutschland verfügt wie ganz Westeuropa im großen und ganzen kaum über leicht abzubauende mineralische Rohstoffe. Weit mehr noch als die beiden imperialistischen Supermächte müssen die EG-Imperialisten Rohstoffe einführen. 1950 zahlten die westdeutschen Imperialisten 193 DM pro Tonne eingeführten Rohstoff. Bis 1971 sank dieser durchschnittliche Preis ständig, um zunächst leicht, dann dank der Ölpreiserhöhung rascher zu steigen. Gegenwärtig steht der Durchschnittspreis etwa auf dem Stand von 1950, wobei aber Wertverlust des Geldzeichens ganz unberücksichtigt ist. Der Tonnenpreis der ausgeführten Fertigwaren hingegen hat sich von 1950 bis 1979 von 1520 DM auf 5210 DM erhöht. Beides sind nur ganz grobe Maßstäbe, aber ihre Entwicklung sagt doch einiges aus. Eine Tonne Nickel hat einen anderen Preis als eine Tonne Eisenerz, und unter dem Mantel des Durchschnittspreises verschwindet manche Änderung in der stofflichen Zusammensetzung der Einfuhren; aber dennoch ist sicher, daß es den BRD-Imperialisten gelungen ist, den Rohstoffpreis erheblich zu drücken. Im Tonnenpreis der ausgeführten Fertigwaren teilen sich erst recht die unterschiedlichsten Bewegungen mit. Vor allem aber drückt sich hierin aus, daß ein immer größeres Quantum Arbeit in die Bearbeitung des natürlichen Rohstoffes gesteckt wird. All die Vorteile hieraus eignet sich die Kapitalistenklasse als Konkurrenzvorteil an und mehrt ihren Reichtum.

Die eingeführten Rohstoffe bilden die notwendige stoffliche Basis der Ausbeuterei der westdeutschen Imperialisten. Zum einen ist die gesamte Produktion auf die verschwenderische Verwendung von Rohstoffen aufgebaut, Produktion und Konsum der Rohstoffe fallen weltweit ganz auseinander und machen so ein wesentliches Treibmittel für den Widerspruch zwischen den unterdrückten Ländern und den imperialistischen Mächten aus. Zum zweiten geht ein erheblicher Teil Zum zweiten geht ein erheblicher Teil der importierten Rohstoffe in die später wieder exportierten Waren ein. So werden vom eingeführten Blei einschließlich der als Hilfsstoff verwendeten Menge 40% wieder exportiert, bei Zinn 46%, bei Zink 43%, bei Aluminium 47%, bei Kupfer 42%. (Dt. Institut f. Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 6/1978) Die „Rohstoffarmut" Westdeutschlands besteht also zum großen Teil sowieso nur darin, daß den BRD-Imperialisten der innere Markt für die Verwirklichung ihrer Profitinteressen zu eng ist und sie daher nach weit mehr Rohstoffen verlangen als die Versorgung des inneren Marktes überhaupt erfordert.

Woher beziehen die westdeutschen Imperialisten die Rohstoffe? Faßt man die Länder in Gruppierungen wie in den Tabellen links unten zusammen, so kommt dem Wert nach betrachtet der größte Teil der Rohstoffe aus den Ländern des Nahen Ostens (30%), gefolgt von den Ländern Nordafrikas (19%), den NATO-Mitgliedsländern Europas (14%) sowie den Ländern Afrikas südlich der Sahara (13%). Es ist klar, daß sich hierin das große Gewicht des Erdöls auswirkt.

Nach dieser Rechnung kommen rund 70% der Rohstoffe aus den Ländern der Dritten Welt. Die Lieferungen der UdSSR haben mittlerweile das gleiche Gewicht wie jene der USA, deren Bedeutung früher größer war. Fast eine ebenso große Menge Rohstoffe wie aus den beiden Supermächten kommt aus Kanada und Australien / Neuseeland.

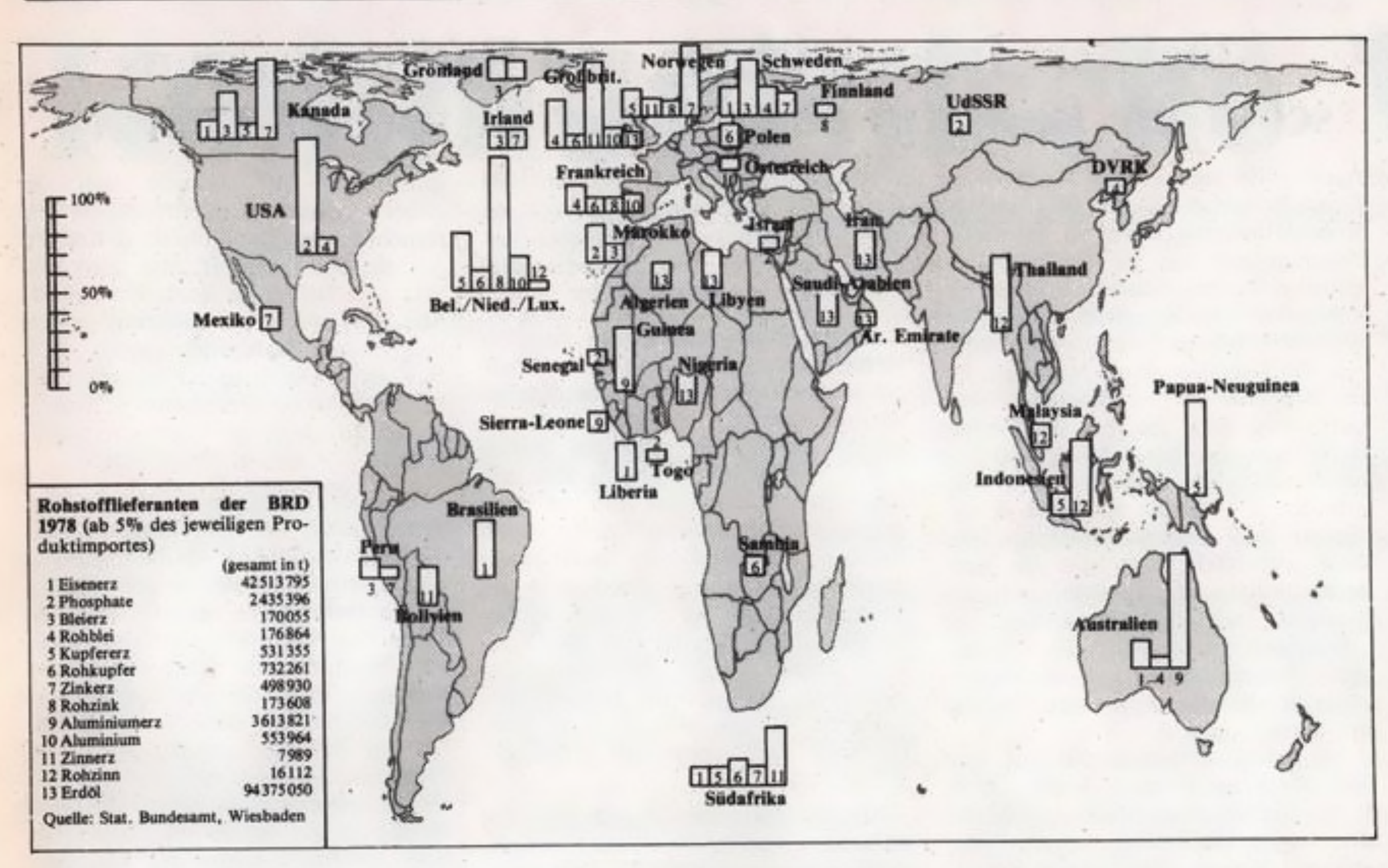
Einen Überblick über die Lieferländer der drei mengenmäßig bedeutendsten Nichteisen-Metalle gibt die Tabelle rechts unten. Zwar haben sich die Lieferländer in den letzten 15 Jahren teilweise erheblich verändert, nicht jedoch die Konzentration auf wenige Länder. Dabei gibt die Außenhandelsstatistik nur die halbe Wahrheit wieder. Sie führt die Herstellungsländer an, so kommt denn 9% des Rohkupfers in der Statistik aus Belgien, obwohl das Erz aus Zaire stammt. Die Aluminium-Lieferungen aus Italien beruhen vollständig, jene aus Norwegen zu 10% auf Lieferungen aus Australien, weitere 80% der Lieferungen aus Norwegen stammen ursprünglich aus Jamaika und Surinam. Auch bei Blei Jamaika und Surinam. Auch bei Blei ist die Bedeutung Australiens größer, als die Statistik aussagt. Denn gut ¾ der Bezüge aus Großbritannien stammen dorther. Bei Zink schließlich schiebt sich Belgien als „Herstellerland" zwischen den Rohstofflieferanten Kanada und die BRD. Die Vorstoffe für rund ⅔ des aus Belgien gelieferten Zinks stammen aus Kanada, 15% sollen aus Schweden, rund 10% aus Australien stammen. So hat sich der Kreis der Bezieherländer in Wirklichkeit noch weiter eingeschränkt, wobei gleichzeitig die imperialistischen Konkurrenten eher mehr zwischengeschaltet sind, so daß der Lieferanteil der Dritten Welt tatsächlich über 70% liegt.

Letzteres wird noch deutlicher, wenn man wiederum die Außenhandelsstatistik zu Rate zieht und den Einfuhrnachweis nach „Einkaufsländern" zu Rate zieht. Es zeigt sich, daß mehr als ¼ der Rohstoffe in den USA eingekauft werden müssen, obwohl sie nie das Territorium der USA berührt haben, sondern lediglich dort verrechnet werden. Große Bedeutung als solche Händler haben außerdem Großbritannien, Belgien, Niederlande, Schweiz. Auf zwei Arten also schieben sich imperialistische Konkurrenten

Einfuhr und Ausfuhr nach Warenarten

Jahr	Ernährungswirtschaft		Rohstoffe				Halbwaren				Fertigwaren		Gesamt	
	Mio. M	%	Mio. t	%	Mio. M	%	Mio. M	%	Mio. t	%	Mio. M	%	Mio. t	Mio. M
Einfuhr														
1913	3098	28,8			6280[1]	58,3[1]					1392	12,9	72,83	10770
1925	4154	33,4			6269[1]	50,4[1]					2005	16,1	51,98	12428
1936	1499	35,5	38,17	74,5	1571	37,3	750	17,8	0,57	1,1	397	9,4	51,25	4218
1950	5013	44,1	17,44	63,2	3368	29,6	1564	13,8	0,51	1,9	1429	12,6	27,62	11374
1960	11246	26,3	87,42	68,5	9269	21,7	8061	18,9	6,42	5,0	13746	32,2	127,62	42723
1970	20924	19,1	198,33	66,1	14809	13,5	17660	16,1	19,77	6,6	54763	50,0	299,96	109606
1979	39943	13,7	211,12	54,7	42748	14,6	50189	17,2	35,31	9,2	155627	53,3	386,10	292161
Ausfuhr														
1913	1077	10,7			2274[1]	22,5[1]					6746	66,8	73,71	10097
1925	523	5,9			1640[1]	18,6[1]					6626	75,3	38,32	8798
1936	88	1,9	36,32	68,8	419	8,8	459	9,6	5,71	10,8	3802	79,7	52,83	4768
1950	196	2,3	23,02	55,2	1168	14,0	1099	13,1	3,57	8,6	5422	64,8	41,68	8362
1960	1091	2,3	30,98	42,0	2182	4,6	5007	10,4	13,42	18,2	39506	82,4	73,79	47946
1970	4380	3,5	47,38	38,5	3188	2,5	9577	7,6	28,95	23,5	107430	85,8	123,20	125276
1979	15699	5,0	53,29	31,1	6556	2,1	24798	7,9	50,98	29,8	265435	84,4	171,22	314621

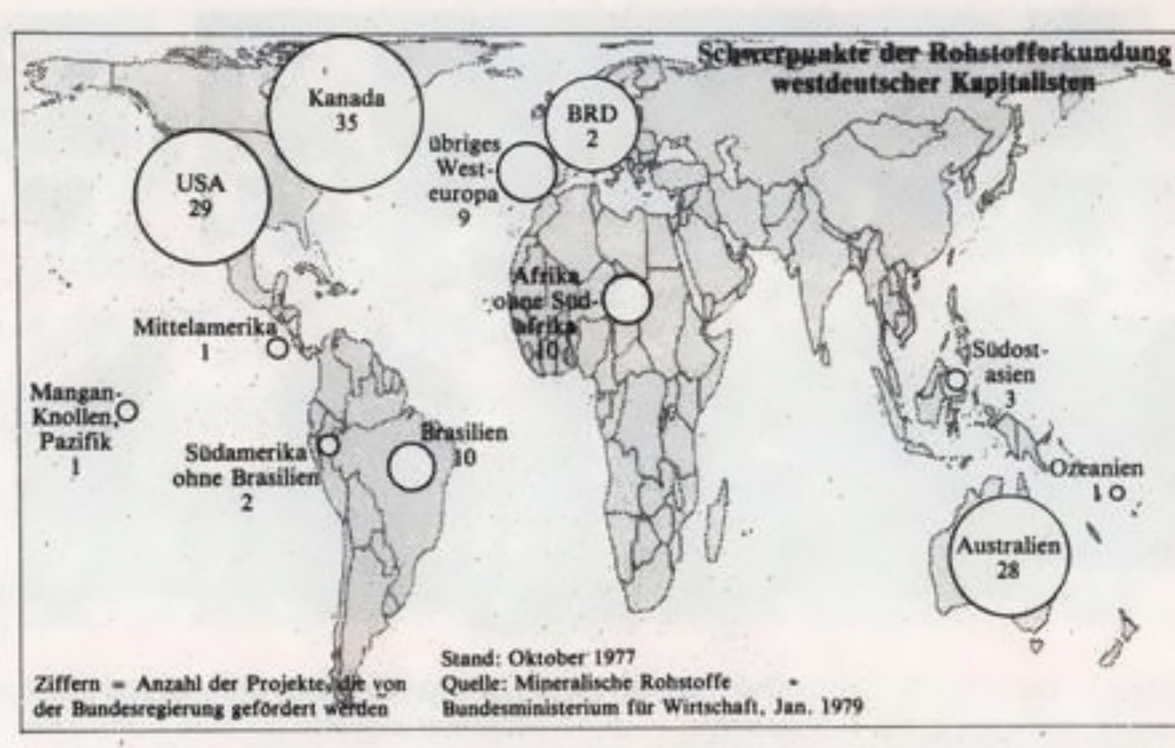
[1] einschließlich Halbwaren



Rohstofflieferanten der BRD 1978 (ab 5% des jeweiligen Produktimportes)

	(gesamt in t)
1 Eisenerz	42513795
2 Phosphate	2435396
3 Bleierz	170055
4 Rohblei	176864
5 Kupfererz	531355
6 Rohkupfer	732261
7 Zinkerz	498930
8 Rohzink	173608
9 Aluminiumerz	3613821
10 Aluminium	553964
11 Zinnerz	7989
12 Rohzinn	16112
13 Erdöl	94375050

Quelle: Stat. Bundesamt, Wiesbaden



Rund um die Welt sind die westdeutschen Monopole auf der Jagd nach neuen Rohstofflagern. Staatlich gefördert, weil die einzelnen Kapitale, in zwei Weltkriegen gegenüber ihren Konkurrenten zurückgeworfen, zu schwach sind, weil es der geballten Kraft der im Staatsapparat organisierten Kapitalistenklasse bedarf. Seit fünf Jahren erst haben sich die westdeutschen Imperialisten wieder ins Rohstoffgeschäft direkt getraut. Darlehenslieferverträge zugunsten der Metallgesellschaft, Preussag, Norddeutsche Affinerie und VAW wurden geschlossen. 1976 erwarb die Preussag einen Anteil an der Patino N.V., 1977 die Metallgesellschaft an der Teck Corporation.

zwischen die BRD-Imperialisten und deren Rohstofflieferanten. Erstens, indem sie den Handel an sich gerissen haben, zweitens indem sie das Rohmaterial verhütten, raffinieren und sodann weiterverkaufen. Drittens schließlich, selbst wenn die BRD-Imperialisten im rohstoffproduzierenden Land direkt einkaufen können, so kaufen sie meist bei einem US-amerikanischen, britischen oder auch belgischen oder französischen Bergbaumonopol.

Mit Einsatz der durch ihren Staatsapparat konzentrierten Mittel versuchen die BRD-Imperialisten sich aus diesen Abhängigkeiten zu befreien. Die ersten Maßnahmen wurden schon 1960 eingeleitet, die notwendige Stärke zu entscheidenden Vorstößen fühlten die BRD-Imperialisten aber erst 1970 und erst recht nach der Ölpreiserhöhung Ende 1973 in sich aufkommen. Mehrere Waffen haben sie sich geschmiedet. 1971 wurde vom Wirtschaftsministerium ein Programm zur Förderung der Prospektion und Exploration von Lagerstätten mineralischer Rohstoffe eingerichtet. In der ersten Phase, die bis 1978 veranschlagt war, wurden 13 Erzvorkommen entdeckt, von denen zwei bislang abgebaut werden. 430 Millionen DM wurden bis dahin in das Programm gesteckt. Trotzdem allerdings immer noch weniger als der Explorationsetat eines einzigen US-Konzerns, der AMAX. Für die zweite Phase bis 1982 wurde das Programm kräftig aufgestockt, so werden 1980 57,5 Mio. DM bereitgestellt.
57,5 Mio. DM bereitgestellt.

Mit Finanzkrediten an Bergbaumonopole versuchen sich die BRD-Imperialisten langfristige Lieferverträge einzuhandeln. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau hat dazu Kredite von rd. 1,5 Mrd. DM für Gesamtinvestitionen von 5,6 Mrd. DM bereitgestellt. Einzelnen Rohstoffen sind sie wie folgt zugeordnet:

	Mio. DM	%
Eisenerz	765	52,7
Nickel	328	22,5
Kupfer	316	21,7
Zink	18	1,2
Uran	13	0,9
Bauxit	10	0,7
Blei	4	0,3

Quelle: Metall, Mai 1979, S. 507

Etwa folgender Anteil am Verbrauch war damit 1977 durch langfristige Verträge gedeckt:

	Import in jato	% des Verbrauchs
Eisen	12 Mio.	27,6
Nickel	23700	43,7
Kupfer	67500	9,3
Zink	13200	4,0
Uran	125	–
Bauxit	900000	24,7
Blei	3000	1,0

Quelle: ebenda, jato = Jahrestonnen

Konnte dadurch der Nachschub besser gesichert und der Handelsprofit in die eigene Tasche geschoben werden, so haben andererseits die US-Monopole die Grenzen deutlich gemacht. Seit 1976 konnte die Kreditanstalt keine neuen Projekte anfangen, weil sie seither damit befaßt ist, in Schwierigkeiten geratene Projekte durch neue Zuschüsse zu retten, weil die US-Monopole ihre Tochtergesellschaften, an denen sich die BRD-Imperialisten durch Kredite beteiligt haben, finanziell auf dem Trockenen sitzen lassen. Ähnlich treiben es die US-Monopole, wo es um direkte Beteiligungen geht. Wahlweise streichen sie Zuschüsse oder nehmen solche Kapitalerhöhungen vor, die die weniger finanzstarken BRD-Konzerne nicht mehr durchstehen können. Mit 500 Mio. sollen westdeutsche Monopole an ausländischen Grubenunternehmen beteiligt sein, davon 65 Mio. Beteiligungen am Eigenkapital, der Rest Kredite. (Metall 1978, S. 1268) Die USA weisen für ihre Bergbau-Monopole Ende 1977 sieben Mrd. Direktinvestitionen im Ausland aus. In einem Gutachten für die Bundesregierung
Gutachten für die Bundesregierung
heißt es, die US-Monopole würden nach dem Grundsatz handeln ,,Wer zum Pokern nicht in der Lage ist, soll sich erst gar nicht an den Tisch setzen.''

Die Zeit, da sie einfach als Käufer auf den Rohstoffmärkten auftraten, sei vorbei, verkünden die BRD-Imperialisten. Es müsse nun direkt eingestiegen werden. Das Kapital der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, die für Kapitalexport Mittel bereitstellt, wurde zu diesem Zweck auf 1 Mrd. DM aufgestockt. Das Entwicklungsländer-Steuergesetz wurde erst jetzt erneut zur weiteren Begünstigung von Kapitalexport in Rohstoffvorhaben geändert. Metallgesellschaft und Preussag konnten sich in ausländische Konzerne einkaufen. Jetzt fordern sie alle, vom Sprecher der Rohstoff-Konzerne bis zum Staatssekretär im Entwicklungsministerium, die Großbanken müßten endlich ihre ganze Schlagkraft ins Geschäft werfen.

Regionale Importstruktur der BRD bei NE-Metallen, 1960 und 1976

Metall	Importe von Erzen, Konzentraten, Roh- u. Raffinademetall (Metallinhalt) 1960 Herkunft	1960 1 000 t	1960 in %	1976 Herkunft	1976 1 000 t	1976 in %
Aluminium						
Insgesamt		517	100		1 664	100
Darunter aus	Jugoslawien	142	27	Australien	677	41
	Griechenland	82	16	Guinea	294	18
	Kanada	69	13	Norwegen	175	11
	USA	68	13	Sierra Leone	95	6
	Frankreich	40	8	Italien	93	6
5 Länder		401	78		1 334	80
Kupfer*						
Insgesamt		465	100		685	100
Darunter aus	Chile	147	32	Chile	141	21
	USA	88	19	Südafrika	86	13
	Sambia	68	15	Sambia	83	12
	Belgien	33	7	Papua-Neuguinea	71	10
	Peru	24	5	Belgien	55	8
5 Länder		360	77		436	64
Zink						
Insgesamt		222	100		417	100
Darunter aus	Belgien	58	26	Kanada	111	27
	Schweden	20	9	Belgien	63	15
	Peru	13	6	Südafrika	47	11
	Niederlande	13	6	Schweden	31	7
	UdSSR	11	5	Mexiko	28	7
5 Länder		115	52		280	67

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Mineralische Rohstoffe

Debatte über die Rohstoffpolitik im Bundestag 16.11.78

Minister Graf Lambsdorff: ,,Vorrangiges Ziel der Rohstoffpolitik der Bundesregierung ist ... die Sicherung der Rohstoffversorgung der importabhängigen Bundesrepublik durch eine Minderung des Abhängigkeitsrisikos ... Zu den Kernelementen unserer Rohstoffversorgungspolitik zählen deshalb die regionale Diversifizierung (Vervielseitigung, d. Verf.) der Rohstoffbezüge auf der Basis funktionsfähiger Rohstoffmärkte, die Intensivierung der Rohstofforschung sowie eine ausreichende Vorratshaltung. Mit den rohstoffpolitischen Instrumenten, insbesondere dem Explorationsprogramm (Erforschungsprogramm) und dem Gewährleistungsinstrumentarium, werden die Bemühungen der Privatwirtschaft von der Suche nach Rohstoffen bis hin zu ihrem Abbau erfolgreich flankiert ... Neben langfristige Lieferverträge und Spotkäufe sollte verstärkt der *Eigenbesitz bzw. der Beteiligungsbesitz an Rohstoffquellen* treten.''

Dr. Narjes, CDU: ,,... hilft die Bundesregierung dennoch wegen des hohen Risikos ... durch Übernahme von Gewährleistungen für Kapitalanlagen und Investitionsfinanzierungen. Allein in den Jahren 1973 bis 1977 wurden Gewährleistungen für sieben Projekte in Höhe von 680 Mio. DM übernommen. Hinzu kommt, daß sich die deut-
men. Hinzu kommt, daß sich die deut-
sche Gesellschaft für Entwicklungshilfe, indem sie haftendes Kapital in Form von Beteiligungen an Unternehmen in Entwicklungsländern übernimmt, ebenfalls der Rohstoffinvestition in Entwicklungsländern besonders gewidmet hat. Außerdem gibt es bereits heute steuerliche Hilfen für deutsche Unternehmen, um ein risikohaftes Engagement im Ausland abzuschwächen. Diese Hilfen werden ... noch ausgeweitet ... Unterteilen Sie die deutschen Investitionen im Ausland der letzten Jahre nach Investitionen, die in die Rohstoffversorgung gehen, und Investitionen, die anderen Zwecken dienen, dann ist im Vergleich zu den übrigen Staaten der westlichen Welt der Anteil der Rohstoffversorgung für Deutschland wesentlich kleiner als bei unseren Partnern ... Jedenfalls besteht aber die Notwendigkeit, ... diesen Rückstand aufzuholen und das Ungleichgewicht in der Verwendung unserer Auslandsinvestitionen möglichst schnell zu korrigieren.''

Dr. Holtz, SPD: ,,... die Bundesrepublik ist ein rohstoffarmes Land, etwa 90% aller hier verarbeiteten Rohstoffe müssen eingeführt werden. Fast die Hälfte davon kommt aus Ländern der dritten Welt.''

Rapp, SPD: ,,Schon heute sind die Bezugsquellen der deutschen Industrie verhältnismäßig breit gestreut. Dabei nehmen die Bezüge aus Übersee zu, wobei freilich ein sehr großer Teil aus westlichen überseeischen Industrieländern kommt. Die USA, Kanada, Australien werden als Bezugsquellen für uns eher noch wichtiger werden. Nur bei einigen wenigen Rohstoffen, wie z.B. beim Eisenerz, steigen die Bezüge aus Entwicklungsländern stärker an als die aus Industrieländern. Bei einigen Nichteisenmetallen belegt das südliche Afrika einfach deshalb eine Spitzenposition in diesen Risikolisten, weil dort z.B. fast drei Viertel der Weltvorräte an Chrom lagern. Im Verhältnis zu anderen Industrieländern und auch im Verhältnis zu ihrem Rohstoffbedarf ist die deutsche Wirtschaft in einem zu geringen Maße an Bergbauunternehmen in Erzeugerländern beteiligt. Überwiegend werden Rohstoffe auf der Basis mehr oder weniger langfristiger Lieferverträge bezogen.''

Rohstoffbericht des BMWI, 1976: ,,Unter den Entwicklungsländern haben 27 eine besondere Bedeutung. Sie verfügen zwar nur über rund 29% der Weltbergbauproduktion; die von ihnen geförderten Rohstoffe entsprechen aber etwa 60% der am Weltmarkt für den Export in andere Länder verfügbaren Mengen ... Auf weite Sicht muß zwar bei allen mineralischen Rohstoffen mit physischen Verknappungen gerechnet werden ... Ihre tatsächliche Verwendung und damit die Versorgung hängen davon ab, daß die erschlossenen Lagerstätten *ohne Störung* abgebaut werden.''

Angermeier, FDP: ,,Ihnen allen ist bekannt, daß sich in den Manganknollen der Tiefsee wesentliche Vorkommen an mineralischen Rohstoffen, insbesondere an Mangan, Kobalt, Nickel und Kupfer befinden. Mit diesen *noch nicht verplanten Rohstoffen* hat sich *naturgemäß* die Politik zur Sicherung der Rohstoffversorgung der Bundesre-
der Rohstoffversorgung der Bundesre-
publik zu befassen.''

Graf Lambsdorff: ,,Deutsche Unternehmen sind in die Gruppe der technologischen Spitzenreiter der Meerestechnik vorgestoßen. Ein internationales Firmenkonsortium mit deutscher Beteiligung hat im Frühjahr dieses Jahres einen Fördertest durchgeführt, bei dem es erstmals in der Geschichte des Tiefseebergbaus gelang, Manganknollen in 5000 m Meerestiefe aufzusammeln und kontinuierlich in wirtschaftlich interessanten Mengen zum Förderschiff hochzubringen. Sofern nicht weitere technische, wirtschaftliche und rechtlich-politische Schwierigkeiten hinzutreten, letztere insbesondere im Zusammenhang mit der UN-Seerechtskonferenz, kann mit dem Beginn einer schrittweise in Gang kommenden Manganknollenförderung aus der Tiefsee etwa ab 1985 gerechnet werden.''

Angermeier, FDP: ,,Die vielfältigen Möglichkeiten der friedlichen Forschung im Gebiet der Antarktis im Zusammenhang mit den anderen Mitgliedern des Antarktisvertrages können einen weiteren Beitrag zur Lösung des Rohstoffproblems der Bundesrepublik ... erbringen. Das Anstreben der Konsultativmitgliedschaft bedeutet für unser Land eine finanzielle Verpflichtung, aktiv auf dem antarktischen Kontinent zu forschen, gleichzeitig aber auch eine Herausforderung an die deutsche Wissenschaft, sich in Anlehnung an *die guten Traditionen der deutschen Polarforschung* mit Nachdruck für die Lösung diverser Forschungsthemen in der Antarktis einzusetzen ... Hiermit hat die Bundesrepublik ein weiteres Betätigungsfeld in Aussicht genommen, auf dem sie ihren technologisch hohen Stand bewahren kann, um mit diesem *unserem* Rohstoff weltweit operieren zu können.''

Graf Lambsdorff: ,,Im Rahmen der seit 1973 laufenden dritten UN-Seerechtskonferenz vertritt die Bundesregierung den Standpunkt, daß sie nur einem solchen internationalen Meeresbodenregime zustimmen wird, das auch ein Zugangsrecht der Staaten und ihrer Unternehmen zu den Ressourcen des Meeresbodens neben dem einer internationalen Meeresbehörde hinreichend garantiert.

Für die meisten industriellen Rohstoffe haben wir glücklicherweise mehr als nur eine Bezugsquelle. Beim Ausfall eines Lieferanten gibt es also, zumindest langfristig, neue Bezugsquellen. Bei einigen – volkswirtschaftlich besonders wichtigen – Industrierohstoffen ist das jedoch anders. Hier sind die Vorkommen regional derart konzentriert – z.B. im südlichen Afrika oder in Südostasien –, daß im Krisenfall ein Ausweichen auf andere Lieferanten nicht mehr möglich ist ... In einem Gespräch mit dem Staatssekretärsausschuß für Rohstofffragen hat die Industrie zu einer möglichen Krise geäußert, daß ein Ausfall von z.B. südafrikanischen Lieferungen nur mit Lägern mit mindestens zwölfmonatiger Reichdauer überbrückt werden kann. In Preisen von 1977 entspricht das für die sensiblen Rohstoffe Chrom, Mangan, Wolfram und Asbest einem Wert von einer Milliarde DM. Die laufenden Zinsen und Lagerkosten beliefen sich auf 10 bis 15% dieses Wertes.''

Angermeier, (FDP): ,,Insgesamt umfassen die Rohstoffimporte der BRD aus dem südlichen Afrika 48 Positionen, von denen 23 jeweils mehr als 10% der Gesamteinfuhren ausmachen
nen, von denen 23 jeweils mehr als 10% der Gesamteinfuhren ausmachen
und einige sogar einen Bereich von über 80% für die BRD erreichen. In Expertenkreisen ist es völlig unbestritten, daß ein zeitweiliger Ausfall des südlichen Afrika als Lieferant wichtiger Rohstoffe unangenehme, vielleicht sogar bedrohliche Folgen für unsere Rohstoffgesamtversorgung haben könnte. Um so wichtiger ist daher eine behutsame Handhabung dieses Problems ... Ihnen allen ist bekannt, daß dieser geographische Bereich nicht nur einer der Hauptlieferanten, sondern auch einer der großen Märkte der Industrie der BRD ist ... Die Bundesrepublik hat von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Republik Südafrika aus wohlerwogenen Gründen Abstand genommen. Wir begrüßen das.''

CDU: ,,Meine Damen und Herren, wir haben in letzter Zeit auch Übergriffe aus Botswana gegen Südafrika. Wir haben Unruhen unter den Weißen in Sambia, wo, wie wir wissen, die Hauptkupferlager Afrikas sind. Wir haben bereits zweimal in den letzten beiden Jahren Unruhen in Kolwesi, wo die Kupfer- und Kobaltreserven lagern, gehabt ... Wir wissen alle, welch ganz besondere Bedeutung die Republik Südafrika für die Unabhängigkeit der Rohstoffversorgung, insbesonders für die Chromversorgung, hat. Dazu kommen noch die Chrom- und Asbestvorräte Rhodesiens. Zu dieser Bedeutung kommt noch die strategische Bedeutung der Kap-Route für die Rohstoffversorgung hinzu. Dort kommen 75% der Erdöllieferungen für Europa aus dem mittleren Osten vorbei. Wir wissen alle, was dies für uns bedeutet.''

Graf Lambsdorff: ,,Wünschen der Wirtschaft, im Rahmen der Bundesgarantien für Kapitalanlagen, die Risiken in der sogenannten grauen Zone zwischen politischem und wirtschaftlichem Risiko zu übernehmen, sind wir durch *erweiterte Definition des politischen Risikos* entgegengekommen.''



Vom 6. bis zum 19. September 1969 streikten die Arbeiter des Stahlwerks Osnabrück und vom 6. bis 8. September in der Georgsmarienhütte für eine Lohnerhöhung von ca. 50 Pfennig die Stunde.

88,6% der Arbeiter werden nach 45 verschiedenen Schichtplänen ausgebeutet

r.thw. Knapp die Hälfte, 46,3% der Arbeiterbelegschaft der Klöckner-Hütte Bremen, haben die Kapitalisten einem Vollkontischichtplan unterworfen, d.h. bestimmte Anlagen sind ohne Unterbrechung mit voller Manschaft besetzt. Dem System der Früh-, Spät- und Nachtschicht verbunden mit Wochenendarbeit sind insgesamt 70,7% der Lohnempfängerbelegschaft unterworfen, rechnet man die Dreischichtler ohne Wochenendarbeit hinzu, so sind es 75,9%. Weitere 12,7% arbeiten in Frühschicht mit Wochenendarbeit oder mit Spätschicht oder beidem. Von den verbleibenden 11,4% der Arbeiter arbeitet der überwiegende Teil in Frühschicht von montags bis freitags und ganze 2% der Arbeiterbelegschaft verfahren einen Normalarbeitstag von 8 bis 16.30 Uhr und von montags bis freitags. Das sind 104 Arbeiter von etwas über 5000!

Das ganze System der 45 Schichtpläne ist darauf abgestellt, daß die Kapitalisten für jeden Arbeitsanfall über die nötige Arbeiterzahl verfügen, eher weniger, auf alle Fälle kein Mann „zuviel", d.h. es ist ein System zur Intensivierung der Arbeit in allen Bereichen. Dementsprechend hat der vom Werksvorstand angekündigte „Abbau der Schichtarbeit" in den Reparaturbetrieben zur Folge, daß z.B. 1 - 2 Elektriker nachts ohne Pause beschäftigt sind und eine etwas verstärkte Frühschicht am laufenden Band größere Reparaturen „reißt".

Das System der Schichtpläne ist nur eine zusätzliche Methode zu Verdichtung des Arbeitstages, die zusammen mit allen anderen Intensivierungsmaßnahmen auf die ohnehin durch die „bloße" Schichtarbeit ruinierte Arbeitskraft wirkt: Die Untersuchung des Sterbealters der Klöcknerarbeiter in Bremen für die Jahre 1971 - 1979 hat ein durchschnittliches Sterbealter von 57,1 Jahren ergeben, beschränkt auf jene Arbeiter, die vor dem 63. Lebensjahr gestorben sind, liegt das durchschnittliche Sterbealter bei 47,8 Jahren.

Ständig ändern die Kapitalisten einen Schichtplan, weiten ihn aus oder „fahren ihn zurück" und fast ebenso viele Kämpfe gegen Schichtausweitungen hat es auf Abteilungsebene gegeben. Anfang der siebziger Jahre wollten die Kapitalisten mit einem Schlag die Schichtpläne für die gesamte Produktion im Kaltwalzwerk ins Wochenende ausdehnen. Die Belegschaft des KW hat dies wie ein Mann in einer Unterschriftenaktion abgelehnt, woraufhin die Kapitalisten nach der Salamitaktik, Abteilung für Abteilung vorgegangen sind, was bis heute darin deutlich wird, daß fast alle Abteilungen im KW unterschiedliche Schichtpläne haben. Am heftigsten waren solche Kämpfe immer dann, wenn es um eine Ausdehnung ins Wochenende gegangen ist oder gar um die Einführung der Halb- oder Vollkontischicht wie z.B. 1973 im Warmwalzwerk 2. Immer waren sich die Arbeiter in der Ablehnung der Halb- wie Vollkontischicht einig, aber bisher konnten die Kapitalisten mit Entlassungsdrohungen, Spaltung und unter Einsatz des Arbeitssenators ihren Plan durchsetzen. Ein starkes Handicap bei diesen Kämpfen war und ist die reformistische Ideologie, daß Abbau der Schichtarbeit Entlassungen bedeute, während es sich gerade umgekehrt verhält und diese Ideologie vor allem völlig von der Frage des Verschleisses der Arbeitskraft ablenkt. Der Vertrauenskörper konnte sich infolgedessen bisher bloß auf die Forderungen nach Abbau der Nachtarbeit und 55 Jahre Rentenalter einigen. Darüberhinaus werden auf den Betriebsversammlungen und in den letzten 3 Jahren auch am 1. Mai die Forderungen nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit wie der Überstunden erhoben.

Weltweite Beziehungen der Klöckner Werke AG

Weltweite Beziehungen der Klöckner Werke AG

Europa
Holstein & Kappert Benelux B.V., Breda/NL
A/S Holstein & Kappert Skandinavien, Lynge/DK
Holstein & Kappert Grimson Ltd., Kenilworth/GB
Holstein & Kappert S.A.R.L., Antony/F
Holstein & Kappert Italia s.r.l., Merate/I
Holstein & Kappert Ges.m.b.H., Wien/A
Holstein & Kappert Iberica S.A., Barcelona/E
Holstein & Kappert GmbH, Trimbach/CH
ALZ N.V., Genk/B
Klöckner-Ferromatik (UK) Ltd., Warwick/GB

USA
Klöckner-Pentaplast of America Inc., Gordonsville/Virgina
H & K Inc., New Berlin, Wisconsin,
National Mine Service Longwall Company, Pittsburgh, Pa.

Australien
B.B.-H. & K. Pty. Ltd., Melbourne

Japan
Holstein & Kappert Corp., Toyonaka
Nippon Ionon Company, Hamamatsu

Dritte Welt
Holstein & Kappert South-Africa (Pty.) Ltd., Kramerville Sandton/Südafrika
Klöckner-Becorit (S.A.)(PTY) Ltd., Klerksdorp/Südafrika
Klöckner-Ferromatik (S.A.)(PTY) Ltd., Johannesburg/Südafrika
Holstein & Kappert S.A. Industria de Maquinas, Sao Paulo/Brasilien
Metallurgica Liess S.A. Canoas, Porto Alegre/Brasilien
Asatec Ltda., Sao Paulo/Brasilien
Ziemann-Industria Metalurgica Ltda., Sao Paulo/Brasilien

Klöckner: Intensivierung und Rationalisierung schuf die Basis für einen imperialistischen Konzern

r.jom. 1894 kaufte Peter Klöckner die Firma Krieger & Co., die aufgrund von Rohstoffabhängigkeiten in Schwierigkeiten geraten war. In Verbindung mit anderen Werken wandelte er diese Firma in eine Aktiengesellschaft um. Dieser Schritt galt als Gründung des späteren Klöckner-Konzerns. Nachdem Peter Klöckner in verschiedenen Aufsichtsräten sitzt, die ihm die Verbindungen in die verschiedenen Zweige der Eisen- und Stahlbranche öffnen, gründet er 1906 die Klöckner & Co. Eisen- und Stahlhandelgesellschaft. 1923 schließlich kann man die Konzerngründung als abgeschlossen betrachten mit der Gründung der „Klöckner-Werke AG", die verschiedene Firmen umfaßt von der Gewinnung der Rohstoffe bis zum Verkauf der Fertigprodukte.

Mit einer Jahresproduktion von 750000 t Rohstahl und 2,5 Mio. t Kohle war der Klöckner-Konzern 1923 auf dem vierten Platz hinter Krupp, Thyssen und Phönix. Durchsetzen konnte Peter Klöckner als Vorsitzender des Konzerns diese Vormachtstellung auf dem Rücken der Arbeiter. Seine Methoden gehen aus einem Polizeibericht aus der Stadt Osnabrück von 1923 hervor. Um wieder den zehnstündigen Arbeitstag einzuführen, wurde die Belegschaft einfach entlassen und nur derjenige wieder eingestellt, der den neuen Vertrag unterschrieb. Im Februar 1931 traten die Klöckner-Werke AG aus dem Osnabrücker Arbeitgeber-Verband aus, um überverbandsmäßige Lohnsenkungen durchzusetzen.

Gleich nach dem Kriege bereitete Henle als Nachfolger von Peter Klöckner sogleich alles für die Reorganisation des Konzerns vor. Die „Entflechtung" durch die Alliierten wurde durch Aktienverschiebung in eine holländische Tochterfirma und die Handelsgesellschaft Klöckner & Co. überwunden. 1958/59 wurden die Tochtergesellschaften „durch Übernahme des Vermögens und der Schulden wieder zu Niederlassungen der Klöckner-Werke". Lediglich die Klöckner-Humbold-Deutz AG und die Hüttenwerke Geiswald AG gehörten nach der Entflechtung nicht mehr zur Klöckner-Werke AG.

Mit der Hütte Bremen, die jetzt neu aufgebaut war, reichte dieser Grundstock aber für erhebliche Expansion des Konzerns in die ganze Welt. „Die von Klöckner in die erweiterte Gesellschaft mit eingebrachte Tochtergesellschaft Klöckner Ferromatic (S.A.) (PTY) Ltd. und die Beteiligungsgesellschaft NMS Longwall Company sowie die insgesamt rund 15 Vertretungen beider Partner sind erste Stützpunkte für eine künftige auch weltweite Akquisition." 1977 kaufte sich der Klöckner-Konzern zu 50% bei der Unternehmensgruppe Holstein & Kappert ein, die von ihren 300 Mio. DM Umsatz zwei Drittel im Ausland absetzen. Mit 20% steckt der Konzern in dem belgischen Stahlproduzenten ALZ N.V. drin. Die neueste Errungenschaft ist die Klöckner-Pentaplast of America, die Klöckner in Virginia fertigstellen ließ.

Es ist die Festigung der Werke im eigenen Land, die dem Klöckner-Konzern die Grundlagen für die Expansion bieten. Mit einem Bein in der verarbeitenden Industrie reorganisierten sie die Eisen- und Stahlwerke, den ursprünglichen Kapitalstock. Nach Massenentlassungen und hohen Investitionen ist die Maxhütte aus den schwarzen Zahlen. In der Georgsmarienhütte und Osnabrück sind seit 1970 über ein Drittel der Belegschaft entlassen. Die Hütte Bremen ist der Schwerpunkt der Eisen- und Stahlproduktion des Konzerns. Nach einiger Zeit der Entlassungen und „Verjüngungen" der Belegschaft wird Rekordproduktion unter polizeiähnlichen Maßnahmen verfahren.

Mit 767 Mio. DM ist der Klöckner-Konzern bei den Banken verschuldet. Das zeigt, daß sie große Hoffnungen hegen. Den Konzern selber wird diese Schuldenlast zusätzlich anstacheln.

Klöckner: Verschärfte Ausbeutung nach innen – Garant für die Expansion auf dem Weltmarkt

r.hej. Mit der 51% – Beteiligung an der Eisenwerkgesellschaft Maximilianhütte 1976, die zur Flick-Gruppe gehörte, rückte der Klöckner-Konzern auf den 3. Platz in der Rangliste der westdeutschen Stahlkonzerne mit einem Marktanteil von ca. 11% vor. Bereits 1979 ist sie 100%iger Besitz der Klöckner-Werke AG. „Der große Sprung nach vorne im Stahlbereich durch den Maxhütte-Erwerb ändert nichts an unserer Unternehmenspolitik", vermerkt die Werkszeitung "Pütt und Hütte" der Klöckner-Kapitalisten. Dies kann man bestätigen. Die Voraussetzung für die Kapitalgeschäfte, trotz der schweren Stahlkrise und trotz hoher Bilanzverluste, hatten die Klöckner-Kapitalisten in den Jahren zuvor geschaffen.

Etwa ab 1970 geht es den Arbeitern in den 'Mutter-Werken' mit Entlassungen und Rationalisierung an den Kragen (Bremen, Osnabrück, GM-Hütte, Troisdorf, Hagen-Haspe). Die Steigerung der Ausbeutung verdeutlicht sich seit 1970 in einer 40% höheren Stahlerzeugung mit einer um ein Drittel verringerten Belegschaft. Gleichzeitig wird der Kapitaleinsatz in die stahlferne Verarbeitung eingeleitet und seither forciert. Hierüber wird der Schlüssel

ne Verarbeitung eingeleitet und seitner forciert. Hierüber wird der Schlüssel

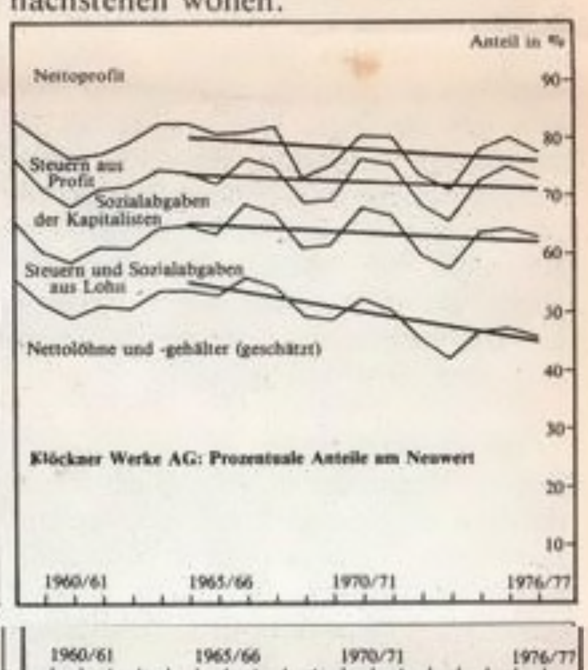
für die Expansion in alle Teile der Welt gefunden – sowohl Kapitalexport, wie Warenexport und die Sicherung der Rohstoffquellen für die Stahlerzeugung. Zunächst in die Länder der Dritten Welt, so Südafrika als Stützpunkt für Afrika und Brasilien für Südamerika, richtet sich das Augenmerk der Kapitalisten, um dann in die imperialistischen Länder in Europa und Amerika vorzudringen.

Für die Stahlbereiche wird weiterhin das Programm „zur Kostensenkung im Personal- und Sachkostenbereich" fortgeführt und die Struktur bereinigt. Auf der Aktionärsversammlung am 2.5.80 wurde die Kapitalordnung beschlossen: Herabsetzung des Grundkapitals um 50 Prozent, die Beseitigung des gesamten Verlustvortrages in Höhe von 210 Mio. DM und die Wiederanhebung des Grundkapitals auf den alten Stand in Höhe von 469 Mio. DM durch die Ausgabe neuer Aktien zum Kurs von 110%. Konzernhäuptling Gienow dazu: „Um unsere Vorwärtsstrategie auf die Anforderungen der 80er Jahre mit steigendem Geschäftsvolumen und fortgesetztem Ausbau der Verarbeitung auf einem Umsatzziel von 50% – heute 40% – abzusichern und uns

tung auf einem Umsatzziel von 50% – heute 40% – abzusichern und uns

dabei gleichzeitig von der Vergangenheit zu lösen, wollen wir auch unsere Kapitalverhältnisse neu ordnen."

Mit 50% finanziert die Kapitalneuordnung die Deutsche Bank, die Hoffnungen in die Expansionspolitik (s. Schaubild links) setzt und die ihr 'Vertrauen' in Zukunft mit Zinsen (Bankschulden Klöckner: 767 Mio. DM) und Dividende honoriert sehen will. Die Internationals Industriele Belegging Maatschappij und Klöckner & Co, die die meisten Aktienanteile halten, werden der Deutschen Bank auch nicht nachstehen wollen.



Daten zur Klöckner-Werke AG:

Beschäftigte (30.9.79)	31699
davon Klöckner-Werke AG	18057
Klöckner-Werke AG und Tochtergesellschaften	29742
davon Arbeiter	22158
davon Angestellte	6305
davon Auszubildende	1279
Umsatz (1978/79) in Mio. DM	5411
Produktion in 1000 t:	
Roheisen	3421
Rohstahl	4963
Walzstahl	4418

Aufsichtsratsmitglieder: Henle (Klöckner % Co), Herrhausen (Deutsche Bank), Helms (Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft 'Hansa'), Liebe (Klöckner-Humboldt-Deutz AG), Röell (Bankier, Holland), Sendler (Klöckner), Thoelke (Klöckner & Co), Wilke (BfG).

Die wichtigsten Beteiligungen der Klöckner-Werke AG

Klöckner-Werke AG 447 Mio.
Bremen · Osnabrück
Georgsmarienhütte
Mannstaedt-Werke
Hagen-Haspe
Castrop-Rauxel

- Klöckner-Durilit GmbH 8 Mio. / 100%
- Eisenwerk-Gesellsch. Maximilianhütte mbH 51 Mio. / 100%
- Hamburger Stahlwerke GmbH, 100%
- Klöckner-Pentaplast GmbH, 1 Mio. / 100% Klöckner-Pentapack 2 Mio. / 100%
- Klöckner-Draht GmbH 35 Mio. / 100%
- Holstein & Kappert AG 50%
- Klöckner-Ferromatic GmbH 20000 / 100%
- Klöckner-Becorit GmbH 30 Mio. / 50%
- Weserport Umschlags-Gesellsch. mbH 1 Mio. / 50%
- Klöckner-Ionon GmbH 1 Mio. / 50%



Luo Guang-bin und Yang Yi-yän

Roter Fels

„Huang Yän" (Roter Fels) schildert die letzte Phase vor der Befreiung Tschungkings (1949). Seine beiden Verfasser erlebten diese Zeit als Gefangene in den dortigen Konzentrationslagern. Sie berichten, wie es den inhaftierten Revolutionären trotz grausamer Unterdrückung schließlich gelang, die Verbindung mit der Kommunistischen Partei herzustellen, so daß der Kampf hinter dem Stacheldraht und „draußen" zu einem unaufhaltsamen Strom verschmelzen konnte.

„Hung Yän" ist ein chinesischer Bestseller. In den frühen sechziger Jahren wurde er in 51 Monaten 24mal aufgelegt und erreichte eine Gesamtauflage von 4,8 Mio. Exemplaren. Während der Kulturrevolution war der „Rote Fels" unter dem Einfluß der „Viererbande" verboten, die von den Autoren forderte, den Roman umzuschreiben und Djiang Tjing zur Hauptfigur zu machen. Die Autoren lehnten das ab und einer schrieb stattdessen für die 25. Auflage, die 1977 erschienen ist, seine Erinnerungen an den Genossen Tschou En-lai, dem der Angriff der „Viererbande" galt.

Die vorliegende deutsche Neuausgabe entspricht der erweiterten chinesischen Auflage / Verlag für fremdsprachige Literatur Beijing / Best. Nr. 599 / 504 S. / 17,00 DM

